

Digitalisierung, soziale Ungleichheit und Klasse

Bettina Kohlrausch
(Subjektive) Erfahrungen im Berufskontext und das
Erstarken rechtspopulistischer Deutungsmuster

Max Reinhardt
„Digitale Revolution“. Eine Kritik

Michael Heiling, Sylvia Kuba
Arbeit und Kapital in der digitalen Plattformökonomie: Befunde und
Ergebnisse aktueller Arbeiten aus ArbeitnehmerInnenperspektive

Philipp Staab
Digitalisierung als Geopolitik des Kapitals



Felix Welti	
Kurzum	4

MEINUNG

Kai Burmeister	
Verzweifeln? Oder: Die Aufgaben sozialistischer Politik und Wirtschaft	5

Peter Reif-Spirek	
Das Ende der Sozialdemokratie, wie wir sie kannten – bayerische und hessische Lektionen	7

Frederike Boll	
Menschenrechte vor Profit – die Klage gegen KiK und die Frage nach globaler GeRECHTigkeit	13

SCHWERPUNKT: DIGITALISIERUNG, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND KLASSE

Anna-Katharina Meßmer, Christina Schildmann, Stefan Stache	
Einleitung zum Schwerpunkt	17

Bettina Kohlrausch	
(Subjektive) Erfahrungen im Berufskontext und das Erstarken rechtspopulistischer Deutungsmuster	22

Milan Glatzer	
Soziale Abgrenzung auf Facebook – eine ethnographische Feldstudie über die Generation Y	27

Max Reinhardt	
„Digitale Revolution“. Eine Kritik	34

Michael Heiling, Sylvia Kuba	
Arbeit und Kapital in der digitalen Plattformökonomie: Befunde und Ergebnisse aktueller Arbeiten aus ArbeitnehmerInnenperspektive	41

Philipp Staab	
Digitalisierung als Geopolitik des Kapitals	47

Christina Colclough	
Die Nutzung der KI zum Wohle der Menschen und der Erde	53

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise	
Stichwort Wirtschaftspolitik: Brüssel und der Haushaltsentwurf Italiens	56

Michael Reschke	
Die aktuelle Zahl: 49 Prozent	58

Sönke Hollenberg, Christian Krell

Die Linke, die Kosmopoliten und die Kommunitaristen 59

Werner Kindsmüller

Plädoyer für eine linke Zornsammelstelle..... 66

Benjamin Mikfeld

Die falsche Weltformel – das Grundeinkommen als Antwort auf den digitalen Kapitalismus? 71

Joachim Rock

Soziale Rechte statt Chancen 79

Folke große Deters

Rezension: Streitbare JuristInnen. Eine andere Tradition..... 84

Ridvan Ciftci

Rezension: Franz L. Neumann – Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 86

Thilo Scholle

Rezensionen: Sozialismus und Arbeiterbewegung..... 88

Thilo Scholle

Sammelrezension: Marx – Biographien und Interpretationen 90

PERSONEN & POSITIONEN**Hilde Mattheis**

DL 21 Aktuell: Hartz IV ist und bleibt falsch 96

Kongress DigitalCapitalism 2018/6./7. November: Videodokumentation der Vorträge..... 98

Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz

Workshopdokumentation des Forums Neue Politik der Arbeit 98

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft**HerausgeberInnen:**

Niels Annen (Hamburg), Klaus Dörre (Jena), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Oliver Kaczmarek (Kamen), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), Florian Pronold (Deggendorf), René Röspe (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Michael Vester (Hannover), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Chefredaktion

Stefan Stache

Titelfoto: Foto: iStock.com/iLexx

Kurzum | von Felix Welti

Ein Jahr der Jahrestage geht zu Ende. 200. Geburtstag von Karl Marx (1818), 100. Jahrestag von Kriegsende und Novemberrevolution (1918), 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), 50 Jahre nach „1968“ (mehr ein Gefühl als ein Jahrestag?): Das waren viele Anlässe für politische Menschen zu reflektieren, wo man herkommt und wohin es gehen soll. Klar, dass sich alle dabei das suchen, was ihnen gerade passt. Doch ist auch bei unterschiedlichen Schwerpunkten und Bewertungen ein geteiltes Bewusstsein historischer Relevanz ein Wert an sich.

Für die Sozialdemokratie im engeren und die sozialistisch inspirierte Linke im weiteren Sinne könnte das ein großes Plus im Verhältnis zu anderen Parteien und Strömungen sein: Wenn die Beschleunigung von Produktion und Kommunikation den historischen Sinn planvollen politischen Handelns als „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ (Filmtitel von Alexander Kluge) zu verdecken scheint, wird es umso wichtiger, auf die langen Linien zu blicken. Historische Kommissionen könnten dafür wichtig sein, eine lebende Partei muss aber selbst ihren Platz in der Geschichte definieren, nicht nur an Fest- und Jahrestagen, sondern in den Zukunftsfragen.

Kurzum: Progressive Parteien und Bewegungen können die Richtung des gewollten Fortschritts nur durch tiefes Verständnis ihrer Geschichte definieren.

Im Übergang der Jahrestage von 1918 zu denen von 1919 – Frauenwahlrecht, Weimarer Reichsverfassung, Schwerbehindertenrecht, Mitbestimmung, Internationale Arbeitsorganisation – rückt das Verhältnis der langen Linien zu den Herausforderungen des Tages in den Blick. Progressive Kräfte sind schwach, wenn sie „Visionen“ gegen „Sacharbeit“ disputieren. Sie sind stark, wenn beides nachvollziehbar zusammenhängt. Eine SPD, die nur für eines von beidem stünde, bräuchte – seit jeher – kein Mensch.

Man kann nicht des Beginns der Weimarer Republik gedenken, ohne ihr Ende im Blick zu



⇒ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut für Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

haben. Weder die große „Weimarer Koalition“ noch das nie zustande gekommene Linksbündnis konnten den raschen Siegeszug des Nationalsozialismus verhindern, der reaktionäre Kräfte in Staatsapparat und Wirtschaft mit modernster Massenmobilisierung, Gewalt und Propaganda verbunden hat. Der Blick zurück und heute nach Italien oder Brasilien zeigt, dass eine in ihren sozialen Prioritäten und in ihrer Bündnispolitik unsichere demokratische Linke existenziell gefährdet ist – und mit ihr Demokratie, Rechts- und Sozialstaat im Ganzen. Faschismus, die Drohung eines Atomkriegs, die ökologische Katastrophe: Es gibt historisch gesehen gute Gründe, sich Marx' Erkenntnis zu erinnern, dass der „gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen“ eine nicht wünschenswerte, aber denkbare Option ist.

Kurzum: Die (Wieder-)Entdeckung, dass es soziale Klassen mit unterschiedlichen Interessen gibt, beantwortet noch keine Bündnisfrage, sie definiert sie erst.

Marx' Beitrag zur Tagespolitik war vor allem, die langen Linien der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung zu zeichnen. Darüber hinaus hat er an einer bürgerlichen Revolution mitgewirkt, Utopismus und Etatismus in der Arbeiterbewegung kritisiert und eine Internationale mitgegründet. Internationales Zusammenwirken für und Verständigung auf fortschrittliche Ziele wieder nicht nur und nicht primär als Regierungszusammenarbeit zu definieren, wird – schon notgedrungen, wegen der geringer gewordenen Regierungsbeteiligung – eine zentrale Herausforderung der progressiven Kräfte.

Kurzum: Aus der Geschichte lernen, heißt aus Fehlern lernen. Daran sollte die SPD einen großen Schatz haben. ■

Verzweifeln? Oder: Die Aufgaben sozialistischer Politik und Wirtschaft

von Kai Burmeister



⇒ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Foto: © Frank Rumpenhorst

Derzeit ist es um die SPD schlecht bestellt. Nicht auszuschließen ist ein weiterer Absturz bis hin zum Verschwinden. Diese Entwicklung kann niemanden egal sein, außer man will mit Häme den Niedergang kommentieren.

Mehr Disziplin oder großer Knall?

Was hilft jetzt, um wieder Boden unter den Füßen zu bekommen? Eine Schlussfolgerung für die SPD-Linke könnte das Eingeständnis sein: Für Flügelarbeit sind die notwendigen Ressourcen nicht mehr vorhanden, und alle Kraft ist auf die Partei zu konzentrieren. Oder aus anderer Richtung: Jetzt endlich Vermögenssteuer und Bürgerversicherung durchsetzen und wenn das nicht klappt, endlich raus aus der GroKo.

Beide Blickrichtungen verkörpern den Wunsch nach besseren Zeiten. Verständlich! Mit Blick auf die Machtverhältnisse in der GroKo sowie der Verfasstheit von Partei und ihrer Aktiven ist beides nicht realistisch. Vor allem überzeugen sie nicht als Mittel gegen den sozialdemokratischen Niedergang. Helfen könnte ein Verständnis über die unterschiedlichen Aufgaben innerhalb der großen Koalition, der Partei sowie der Parteilinken. Wer hat was zu tun und wie verhalten sich die einzelnen Teile zum Ganzen.

Für spw als Zeitschriftenprojekt geht es um die inhaltliche und strategische Entwicklung von Fragestellungen, die in der aktuellen poli-

tischen Konstellation nicht durchgesetzt werden können. Wohl aber können notwendige Vorarbeiten geleistet werden.

Auch das Analysedefizit ist zu überwinden. An vielen Stellen sind in der SPD-Linken schnelle Erklärungen für den schlechten Zustand zu hören. So richtig Hinweise auf verloren gegangenes Vertrauen durch die Agenda 2010 sowie eine ungeliebte GroKo sind – in der Summe besteht kein konsistentes Lagebild. Der Höhenflug der Grünen ist kaum mit dem fehlenden sozialen Profil der SPD zu erklären. Es dominieren innerparteiliche und taktische Schuldzuweisungen statt tatsächlicher Einschätzungen gesellschaftlicher Dynamiken. Statt überzeugender Forderungen hat sich ein Teil der SPD-Linken in der Haltung „alles aus Berlin ist schlecht“ eingerichtet und verlangt „die Parteiführung müsse glaubwürdiger sein“, ohne diesen Anspruch konsistent durchbuchstabieren zu können. Tatsächlich ist die Krise der Linken und Sozialdemokratie global. Sie muss tiefere politische und ökonomische Ursachen haben, als jene, die in der deutschen Debatte im Vordergrund stehen. Die SPD-Linke muss stringenter und fokussierter sein. Dazu drei Vorschläge:

1. Digitalen Kapitalismus verstehen

Als spw waren wir jüngst am 2. Kongress „Digitaler Kapitalismus“¹ beteiligt und die dortige Fragestellung „Alle Macht den Konzernen?“ zielt auf Gewinner und Verlierer der digitalen Transformation. Neben der Forderung nach einer Digitalsteuer geht es um das bessere Verständnis des digitalen Kapitalismus und um die Gestaltung von digitalen Technologien bis hin zur Künstlichen Intelligenz im Sinne eines Dreiklangs aus Arbeit, Technik und Organisation anstelle eines verkürzten technischen Deter-

¹ <https://www.fes.de/digitalcapitalism/>.

minismus.² Die Frage nach kapitalistischer oder sozialistischer Programmierung der Produktions- und Kommunikationsnetze wird dringlicher. Wie soll das Eigentum an und die Infrastruktur von Datennetzen organisiert sein?

2. Hartz IV überwinden, solidarischen Sozialstaat aufbauen

Die letzten Jahre waren durch ordentliches Wachstum geprägt. Gleichzeitig stellt das Statistische Bundesamt fest: „Die Armutsrisiken haben sich in der Gesamtbevölkerung erhöht“.³ Überlebenswichtig für die SPD ist daher ein Sozialstaatskonzept, dass an den tatsächlichen Bedürfnissen von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen ansetzt und Menschen wirklich aus der Armut führt. Damit geht es weniger um moralisch aufgeladene Ansichten (*weder „Fördern und Fordern“ noch „bedingungsloses Grundeinkommen“*). Statt um abstrakte Überlegungen (*wenn jemand wirklich nicht arbeiten will*) geht es um den Abbau von Sanktionen und Bürokratie im Sozialstaat als Grundlage von Würde und Anerkennung bis hin zum Aufbau einer Arbeitsversicherung. Ein ausgebauter Sozialstaat ist als produktiver ökonomischer Faktor mit guten Dienstleistungen und guten Arbeitsbedingungen für die dortigen Beschäftigten zu verstehen.⁴

3. Europa jenseits von Erasmus-Euphorie neu begründen

In Ungarn, Österreich und Italien sind Rechtspopulisten an der Regierung. Die Europawahlen sind damit einmal mehr eine der berühmten Scheidewege des europäischen Projekts. Weder der Verweis auf das Friedensprojekt noch die Euphorie von Erasmus-Studenten reichen aus, um breiten Teilen der Bevölkerung den Stellenwert Europas für die eigene Lebenssituation zu verdeutlichen. Darum wird es für die politische Linke aber gehen müssen, soll Europa nicht zwischen Rechtspopulisten und Marktradikalen zerrieben werden. Wir müssen auch unsere Debatten europäisieren.

Als *progressive Strukturreformen* hat Uwe Kremer diese Vorarbeiten charakterisiert.⁵ Zugabegeben, die Radikalität entfalten diese Überlegungen nicht als plakative Einzelforderungen, wohl aber durch ihre Grundsätzlichkeit in der Wirkung auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Progressive Bündnisse entwickeln

Die Aufgabe von spw liegt auch im Aufspüren von sozialistischen Potentialen in Politik und Wirtschaft. Dies meint mehr als Papiere zu schreiben. Es geht um den Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse und die Vernetzung innerhalb der gesellschaftlichen Linken im Sinne eines Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur. Anzuknüpfen ist an die #Un teilbar-Demo in Berlin. Daneben geht es um die Unterstützung von symbolisch wichtigen Auseinandersetzungen um das Wesen des digitalen Kapitalismus (Amazon, Foodora u.a.). In Köln haben SPD und Linke in einer öffentlichen Veranstaltung über gemeinsame Wege beraten. Solche Veranstaltungen braucht es in vielen anderen Städten. Die Diskussion muss dabei von der Anti-Groko-Stimmung zur Frage übergehen, was unter welchen Bedingungen danach kommen kann, im Sinne eines R2G.

2019 zum Marx-Jahr machen!

Das Marx-Jubiläum geht allmählich vorbei. Im Feuilleton wird die Marx-Konjunktur abebben, für die SPD-Linke bietet sich Ausdauer an. Die SPD-Linke kann sich so vor einer idealistischen Überhöhung von Einzelforderungen schützen. Anzuknüpfen ist an die dynamische Betrachtung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“. Dieser Satz klingt aktueller denn je und lädt dazu ein, mit Marxscher Brille die Dynamiken der ökonomischen Basis sowie des gesellschaftlich-politischen Überbau näher zu durchdringen. Wer zwischen den Jahren die Zeit findet, sollte einmal mehr Marx lesen. ■

2 siehe spw 225 „Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?“

3 Vgl. Datenreport 2018, Seite 247.

4 Ein entsprechender spw-Schwerpunkt ist für 2019 vorgesehen.

5 Vgl. Uwe Kremer, kurzum in spw 222.

Das Ende der Sozialdemokratie, wie wir sie kannten

– bayerische und hessische Lektionen

von Peter Reif-Spirek¹

Als erste Landtagswahlen nach Bildung der Bundesregierung kam den Wahlgängen in Bayern und Hessen von vornherein bundespolitische Bedeutung zu. Die wochenlangen Querelen, die gemeinsamen Versuche von Seehofer und Söder, die Flüchtlingspolitik nach rechts zu verschieben und die Elitenkungelei um den Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen erzeugten das Bild einer handlungsunfähigen Bundesregierung. Die Wahlergebnisse² zeigen in eine eindeutige Richtung: Die an der Bundesregierung beteiligten Parteien mussten dramatische Stimmenverluste im zweistelligen Prozentbereich hinnehmen. Erst nach wenigen Monaten im Amt muss man konstatieren, dass die GroKo keine gesellschaftliche Mehrheit mehr repräsentiert. Von ihr ist weder eine Erneuerung der politischen Kultur zu erwarten noch eine offene Debatte der wirklichen Zukunftsfragen der deutschen Gesellschaft.

Die politischen Ausgangspunkte der beiden Wahlverlierer SPD und CDU/CSU unterscheiden sich jedoch fundamental. Die bayerische SPD hat mit 9,7 Prozent das schlechteste Wahlergebnis in der sozialdemokratischen Nachkriegsgeschichte überhaupt erreicht, die SPD Hessen mit 19,8 Prozent „nur“ das schlechteste Hessen-Ergebnis. Die bayerische SPD hat die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren und erzielt nur bei den über 60-Jährigen ein zweistelliges Ergebnis. Bei allen darunter liegenden Altersgruppen schafft sie es mit 7 Prozent gerade einmal über die 5-Prozent-Hürde. Auch in Hessen ist die SPD-Wählerschaft strukturell überaltert. In Bayern und knapp auch in Hessen geht die Führung des Mitte-links-Lagers auf die Grünen über. Das gilt vor allem für die urbanen Zentren. Ein programmatischer Markenkern der

Sozialdemokratie ist offensichtlich nicht mehr erkennbar. Fast 80 Prozent der Wähler (und fast 75 Prozent der eigenen Wähler) sehen kein zentrales begeisterungsfähiges Thema mehr mit der Partei identifiziert. Auf den Politikfeldern, auf denen ihr noch Kompetenzen zugeordnet werden, hat sie zugleich die höchsten Vertrauensverluste in den Augen der Wähler zu verzeichnen. Beim zentralen Wahlkampfversprechen in Hessen, der Frage des bezahlbaren Wohnraums, lag das Minus bei zwölf, auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit bei minus acht Prozent. Im Unterschied zu anderen Bundesländern kann die SPD in Hessen noch einen alten Milieukern ansprechen, denn sie ist mit 28,9 Prozent nach wie vor die deutlich stärkste Kraft bei den Wählern mit Gewerkschaftsbindung. Aber auch dieser politische Kredit aus alten Zeiten braucht sich auf. Insbesondere bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern zeichnen sich die Veränderungen ab: Hier liegen die Grünen mittlerweile mit 24,7 Prozent fast auf Augenhöhe mit der SPD (26,3 Prozent).³

Eine große Mehrheit der SPD-Wähler wünscht sich daher eine Erneuerung der Bundespartei in der Opposition. Nur 18 Prozent der eigenen Wähler in Hessen sind der Meinung, dass die Erneuerung unter Andrea Nahles gut voran ginge. Gleichwohl zeigt gerade das bayerische Ergebnis, dass die Lage noch viel dramatischer ist, weil Opposition kein Garant für Erneuerung ist.

Stolz gaben Sozialdemokraten einst ihrer Zukunftshoffnung mit dem Lied „Mit uns zieht die neue Zeit“ Ausdruck. Die SPD vermittelt den Eindruck einer Partei auf dem Abstellgleis, die schon lange die Zeichen der „neuen Zeit“ nicht mehr erkennt und ihre gesellschaftliche Kommunikationsfähigkeit weitgehend verloren hat. Ein Ausstieg aus der GroKo, so notwendig

¹ Peter Reif-Spirek ist Sozialwissenschaftler und parteiloser Sozialdemokrat in Erfurt.

² Daten nach: Landtagswahl Bayern. 15. Oktober 2018. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD. Landtagswahl Bayern. 28. Oktober 2018. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD.

³ Vgl. zu Hessen die DGB-Daten: <http://www.dgb.de/themen/++co++615c79eadb81-11e8-9092-52540088cada> (eingesehen am 2.11.2018).

dieser ist, um wieder als Alternative attraktiv zu werden, würde daran erst mal nichts ändern. Wenn der Generalsekretär Lars Klingbeil die Wahlniederlage zu einem Performance-Problem verniedlicht, dem mit Kabinettsdisziplin und Regierungsfahrplänen beizukommen ist, zeigt dies, wie wenig die Berliner Parteispitze fähig ist, den Ernst der Lage zu erkennen. Die offene Frage ist, wie lange die ermattete SPD-Basis diese Politik noch mitträgt, die unweigerlich zur Selbstmarginalisierung der Sozialdemokratie führt.

Demgegenüber ist die CSU fast noch in einer komfortablen Lage. Zwar hat auch sie mit ihrem schlechtesten Ergebnis seit 1954 dramatische Stimmenverluste hinnehmen müssen, aber sie ist nach wie vor in der Lage eine Regierungsmehrheit anzuführen und verfügt dabei auch noch über unterschiedliche Koalitionsoptionen. Der Gewinn von 85 der 91 Direktmandate zeugt von einer nach wie vor vorhandenen Dominanz, von der andere Landesverbände nur träumen können. Trotz aller Verluste konnte die CSU auch im Nichtwählerbereich deutlich neu mobilisieren. Ihre Verluste sind nicht zuletzt Ergebnis einer verfehlten Wahlstrategie, mit der es nicht gelungen ist, die eigenen Erfolge zu kommunizieren. Mit ihrer Rechtswende, die die Migrationspolitik zur „Mutter aller Probleme“ (Seehofer) erklärte, wurde der politische Frame des Rechtspopulismus aufgegriffen und verstärkt. Auch die politische Achsenbildung mit Viktor Orbán in Ungarn und Sebastian Kurz in Österreich, der mit der rechtsradikalen FPÖ koalitiert, zeugt hiervon. Man bekämpft den Rechtspopulismus nicht, indem man ihm ähnlich wird. Die CSU hat dadurch große Stimmenverluste sowohl in Richtung der AfD als auch der Grünen hinnehmen müssen. 70 Prozent der Wähler und selbst 51 Prozent der CSU-Anhänger waren der Meinung, dass sich die CSU zu sehr auf die Flüchtlingspolitik konzentriert habe, während wichtige wahlentscheidende Themenfelder aus dem Blickfeld gerieten. Damit hat die CSU auch der AfD das politische Feld bereitet, die sich als eine Art Old-School-CSU zu inszenieren wusste. Erst nachdem die CSU das politische Koordinatensystem nach rechts verschoben hatte, machte sie eine Kehrtwende und griff die AfD scharf an.

Auf der anderen Seite verlor die CSU viele bürgerliche Wähler an die Grünen. Wichtige ehrenamtliche Strukturen der Flüchtlingsarbeit werden auch von konfessionell gebundenen bürgerlichen Milieus getragen, die von Inhalt und Form der CSU-Politik abgeschreckt wurden. Die bayerische Gesellschaft erwies sich als pluraler und weltoffener, als es die CSU-Wahlstrategen annahmen. Bis weit in die CSU-Wählerschaft hinein gab es starke Sympathien für eine schwarz-grüne Koalitionsregierung. Die Zeiten absoluter CSU-Herrschaft gelten selbst bei einem wachsenden Teil des eigenen Wahlvolks nicht mehr als erstrebenswert.

Die CSU-Führung setzt auf die sogenannte Bayern-Koalition mit den gestärkten Freien Wählern, die sich aus ähnlichen Milieus wie die CSU speisen und im Unterschied zu den Grünen keine habituellen Unterschiede zu ihr aufweisen. Ob man mit dieser Politik die modernisierten bürgerlichen Milieufaktionen zurückgewinnen kann, die bei dieser Wahl zu den Grünen wechselten, ist eine offene Frage.

Gleichwohl kann das bayerische Wahlergebnis nicht zum Erneuerungssignal umgedeutet werden, wie dies vor allem im grünen Milieu geschieht – am Wahlabend noch getrieben von dem kaum überhörbaren Wunsch, sich der CSU als Koalitionspartner anzudienen. Im Wahlergebnis kommt keine Krise des bürgerlichen Blocks zum Ausdruck, sondern seine Transformation und innere Differenzierung. Fast zwei Drittel der bayerischen Wähler votierten für CSU, Freie Wähler, FDP und AfD – Parteien, die allen Unterschieden zum Trotz eine Migrationspolitik rechts der Merkel-CDU einforderten. Dieses Kräftefeld hat sich im Vergleich zur Landtagswahl 2013 sogar noch leicht vergrößert, weil nunmehr auch FDP und AfD parlamentarisch verankert sind.

Die hessische CDU repräsentierte einst den stramm rechten Flügel der CDU; noch unter dem Spitzenkandidaten Roland Koch wurde mit strammen Ressentiments gegen Migranten und alles, was irgendwie links schien, politisch mobilisiert. Ihre neue Positionierung als Merkel-treuer Landesverband, der still mit den Grünen die Regierungsgeschäfte besorgt, hatte

das schlechteste Hessen-Ergebnis seit 1966 zur Folge. Und wie in Bayern verlor die CDU Wähler zu gleichen Teilen an die AfD und die Grünen. Wenn gegenteilige Strategien von CDU und CSU zu gleichen Wählerverlusten führen, ist dies ein Indiz für die Tiefe der Transformationsprozesse im bürgerlichen Lager. Die FDP ist leicht gestärkt in beide Landesparlamente eingezogen. Lindner inszeniert die FDP als eine Art rechtsbürgerliche Fundamentalopposition, die ihren Profit aus der Krise der Merkel-CDU zieht. Ob diese Strategie langfristig tragfähig sein wird, bleibt abzuwarten.

Mit AfD und Grünen müssen die beiden gegensätzlichen Pole der kulturalistischen Spaltungslinie des Parteiensystems – Kosmopoliten versus Kommunitaristen⁴ – als Gewinner dieser Wahlen angesehen werden. Den Grünen ist es gelungen, sich als neue Brückenpartei zu etablieren und sehr unterschiedliche soziale und politische Milieus anzusprechen. Auf der einen Seite haben die Grünen massiv Stimmen von der Sozialdemokratie gewonnen und sie damit als führende Kraft des Mitte-Links-Spektrums abgelöst. Auf der anderen Seite zeigen die deutlichen Gewinne bei früheren CDU/CSU-Wählern, dass sie auch einen modernisierten Konservatismus ansprechen können. Gerade in den ländlichen Räumen Bayerns gelang dies mit einer ökologischen Schwerpunktsetzung, beispielsweise gegen Flächenverbrauch. Die ökologischen Orientierungen fungierten wie eine Klammer zwischen den unterschiedlichen sozialen Milieus. Die Grünen – so lässt sich zusammenfassend sagen – boten eine attraktive Erzählung eines anderen Bayerns an: ökologisch, weltoffen und doch heimatverbunden. Und diese Erneuerungserzählung funktionierte trotz einer durchwachsenen umweltpolitischen Bilanz in Hessen selbst aus einer Bündnisposition mit der CDU heraus. „Mit Tarek statt Groko“ mobilisieren und zugleich selbst mit der hessischen CDU koalieren, ist ein politisches Kunststück.

Mit dieser erfolgreichen Mobilisierungsstrategie haben sie auch das politische Terrain der Linkspartei eng begrenzt. In Bayern misslang abermals ihr Parlamentseinzug; sie hat nicht einmal den Stand der vorletzten Landtagswahl 2006 erreicht. Auch wenn die Linkspartei auf absolute Stimmengewinne und junge Neumitglieder verweisen kann, so lässt sich dieses schwache Ergebnis weder in eine Erfolgsgeschichte ummünzen noch mit einer fehlenden R2G-Machtperspektive erklären. In der Doppelkrise des bayerischen Konservatismus und zugleich der Sozialdemokratie gelingt der Linkspartei kein Ausbruch aus dem Sektenghetto. SPD und Linkspartei erzielen in Bayern zusammen 12,9 Prozent – also deutlich weniger als das 20-Prozent-Ergebnis, das die SPD allein bei der Landtagswahl 2013 erzielt hatte. Auch von der bundespolitischen Dimension dieser Wahlen konnte die Linkspartei nicht profitieren. Der Aufschwung sozialer Bewegungen in Bayern, die in den Demonstrationen gegen das Polizeigesetz und die Flüchtlingspolitik der Landesregierung ihren Ausdruck fanden, kam nicht der Linkspartei, sondern vor allem den Grünen zugute. Die bayerischen Wähler verbanden mit der Linkspartei keinen reformpolitischen Nutzen auf Landesebene. In Hessen gelang ihr dagegen mit 6,3 Prozent das bisher beste Landtagswahlergebnis. Allerdings konnte sie auch hier in keiner Weise die sozialdemokratischen Verluste kompensieren. Sie gewinnt 25.000 Stimmen von der SPD und verliert 15.000 an die AfD. Ihre Hochburgen hat sie in den Universitätsstädten. Allen Selbstbeschwörungen einer neuen Klassenpolitik und starker Unterstützung aus dem Gewerkschaftsapparat zum Trotz hat sie nur leicht überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Gewerkschaftsmitgliedern erreichen können (8,4 Prozent insgesamt, bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern allerdings 10,4 Prozent).

In Hessen (wie im Saarland) verdankt sich die parlamentarische Existenz einer erfolgreichen Abspaltung des sozialdemokratischen Felds. Aus einer reformerischen Gesamtperspektive ist dies ein Nullsummenspiel, selbst wenn die Spaltung über eine entsprechende R2G-Konstellation wieder eingehegt werden könnte.

⁴ Sie liegt quer zu den sozialen Milieus. Aus Platzgründen muss hier auf eine ausführliche Thematisierung der unterschiedlichen Spaltungslinien verzichtet werden. Deren politisches Gewicht ist immer eine Frage der politischen Formierung.

Mit zweistelligen Ergebnissen ist die AfD nunmehr in allen Landesparlamenten vertreten. Ohne charismatisches Führungspersonal gewinnt ein zerstrittener Landesverband 10,2 Prozent in Bayern – und dies angesichts der Konkurrenz der Freien Wähler, die sich in der Flüchtlingspolitik zwischen CSU und AfD verorten. Die AfD gewinnt vor allem von der CSU, den Nichtwählern und Wählern nicht etablierter Parteien. Bei den Arbeitern haben sie mit 20 Prozent ihre größte soziale Unterstützerguppe. In Hessen erreicht sie mit 13,1 Prozent ihr bisher zweitbestes Landtagswahlergebnis in den alten Bundesländern. Auch hier gewinnt sie vor allem von der CDU und Wählern nicht etablierter Parteien. Die AfD ist vor allem Fleisch vom Fleisch der CDU Hessen und steht für die Teilradikalisierung dieses früher in der CDU beheimateten Milieus. Sie hat in allen Sozialgruppen zweistelliges Potential, allerdings bei Arbeitern mit 24 Prozent und Arbeitslosen mit 28 Prozent (und fast dramatischen Steigerungsraten) Spitzenwerte. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat sie mit 17 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis und ist hier doppelt so stark wie die Linkspartei. Auch hier zeigt sich eine signifikante Geschlechterdifferenz: Es sind vor allem die männlichen Gewerkschaftsmitglieder, die mit 20,3 Prozent (weibliche Gewerkschaftsmitglieder 5,3 Prozent) zu dieser überdurchschnittlichen AfD-Unterstützung beitragen. Die Zukunft der AfD hängt nicht zuletzt davon ab, ob nationalistische und rassistische Abschottungspolitik weiterhin eine Klammer sein kann, die unterschiedliche soziale Milieus – von alten bürgerlichen Milieukernen der CDU bis hin zu enttäuschten Wählern der ehemaligen Volksparteien aus der Arbeiterschaft – verbindet. Die deutliche Radikalisierung hat der AfD bisher noch in keiner Weise geschadet.

Exkurs: Die AfD als Radikalisierungskollektiv

Die AfD spielt in mehrfacher Weise die Rolle eines Radikalisierungskollektivs: im Hinblick auf ihre innerparteiliche Entwicklung, die Auswirkungen auf das Parteiensystem und die Umgruppierung des Alltagsverständs.

Innerparteilich erweist sich der völkisch-nationalistische Flügel um Björn Höcke, der

– wie jüngst in Chemnitz – keinerlei Berührungspunkte zu rechtsextremen Kräften kennt, als der dynamische Pol der Parteientwicklung. Nachdem es gelungen ist, den neoliberalen Flügel um Lucke aus der Partei zu drängen, hat sich das siegreiche Parteizentrum um Gauland, Meuthen und Weidel selbst nach rechts radikalisiert, so dass heute vor allem noch taktische Unterschiede zum Agieren des völkisch-nationalistischen Flügels bestehen. Die Zusammenarbeit mit den Netzwerkstrukturen der Neuen Rechten und neuen rechtsradikalen Bewegungsformen wie Pegida oder die Identitären ist evident. Diese wissen sehr genau, dass der nächste Schritt nach rechts nicht von ihnen, sondern nur von der AfD gegangen werden kann. Rassismus und die ständige rechtspopulistische Rhetorik vom drohenden Untergang des Landes laden das politische Klima gewaltträchtig auf und schaffen damit auch einen neuen Resonanzraum für rechte Militanz.

Im Hinblick auf das Parteiensystem insgesamt besteht die Funktion der AfD noch nicht in der eines potentiellen Koalitionspartners (wie bereits der Rechtspopulismus in Nordeuropa)⁵, sondern der einer politischen Formation, die das Diskursfeld radikalisiert und die anderen Parteien nach rechts treibt. Das ist gerade auf dem Feld der Migrations- und Flüchtlingspolitik erkennbar.

Der AfD-Erfolg verdankt sich nicht zuletzt einer erfolgreichen Umgruppierung des Alltagsverständs, auf dessen widersprüchliche Struktur Antonio Gramsci hingewiesen hat.⁶ Wir wissen seit Jahren um die weite Verbreitung von Einstellungsmustern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie verblieben jedoch lange im privaten Raum, waren vielfach von demokratischen, auch sozialstaatlichen Orientierungen überlagert und dadurch politisch entschärft. Jetzt werden diese im öffentlichen Raum artikuliert und die bisher vagabundierenden Potentiale politisch formiert.

5 Frank Bandau: Skandinavien Rechtspopulisten: Von Schmutzkindern zu Königsmachern. In Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018, S. 83 ff.

6 Antonio Gramsci, Gefängnishefte 6, Hamburg, 1994, S. 1376.

Allein in dieser doppelten Resonanz liegt schon ein Prozess der Radikalisierung. Der AfD ist es gelungen, diese problematischen Einstellungsmuster „scharf“ zu stellen. Sie hat damit einen Lernprozess von rechts initiiert, der neue soziale Milieus für das rechtsradikale Lager erschlossen hat, die die NPD selbst in ihrer erfolgreichsten Phase in Sachsen nicht erreichen konnte.

Die Zukunft des Parteiensystems: Neugründung der Sozialdemokratie?

Die Verhältnisse der alten Bonner und frühen Berliner Republik, in der die zwei Volksparteien CDU/CSU und SPD flächendeckend als politische Antipoden fungierten, sind vorbei. Es entsteht ein pluralisiertes und regionalisiertes Parteiensystem, in dem sich sehr unterschiedliche Mehrheitskonstellationen bilden können und selbst Lagerwahlkämpfe keine Lagermehrheiten garantieren. Die CDU/CSU ist immer noch die politische Formation, die am stärksten über eine bundesweite Präsenz verfügt, aber auch ihre volksparteiliche Existenzform ist stark angegriffen. Merkel wird eine CDU hinterlassen, die – der Schröder-SPD vergleichbar – programmatisch entleert und von ihren früheren Milieus entkernt sein wird. Ihr Rückzug vom Parteivorsitz ist ein kluger Schachzug. Sie signalisiert, dass ihre Zeit vorbei ist und eröffnet damit der CDU die Chance zur personellen Erneuerung, mit der auch offene Richtungsentscheidungen über die Modernisierung oder Retraditionalisierung des deutschen Konservatismus verbunden sein werden.

In der spw 222 habe ich die Bundestagswahlen 2017 als Einschnitt in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems analysiert und dabei die Gefahr eines „französischen Abstiegspfades“ für die Sozialdemokratie prognostiziert.⁷ Die bayerischen und hessischen Wahlergebnisse bestätigen diesen Befund. Die AfD hat sich strukturell im Parteiensystem verankert und ist gewissermaßen das Gegenstück zu den grünen Wahlerfolgen. Beide zei-

gen die derzeitige Bedeutung der kulturalistischen Spaltungslinie des Parteiensystems.

Die Grünen haben sich nach dem Scheitern der Jamaika-Konstellation auf Bundesebene als erste politische Formation auf diese „neue Zeit“ des deutschen Parteiensystems eingeladen. Ihre Parteiführung artikuliert mit großem Geschick diesen politischen Zeitenwechsel und verändert dadurch bisherige Diskurs- und Milieugrenzen. Ausgehend vom süddeutschen Raum können die Grünen im Westen die führende Kraft einer neu – auch ökologisch – definierten Mitte werden, die nach allen Seiten hin bündnisfähig ist, also sowohl einen Mitte-links-Block anführen als auch mit der CDU kooperieren kann. Wenn Habeck davon spricht, dass die Grünen keine Projektpartei mehr seien, sondern in die Mitte der Demokratie rücken müssten, ist dies auch eine klare Absage an das Konzept einer R2G-Lagerpartei. Im Osten fehlen für eine solche Strategie die Milieukerne, aber der bundesweite Hype könnte helfen, die parlamentarische Existenz der Grünen zu sichern.

SPD und Linke wirken wie Zaungäste eines großen Umbruchs des Parteiensystems, die gemeinsam keine politische Sprache finden, die alte Milieus zu binden und neue anzusprechen vermag. Auf Bundesebene hat R2G sein politisches Momentum nach 2013 verpasst. Nun ist diese Konstellation weiter denn je von einer gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit entfernt, was den Mitte-Trend der Grünen verstärken wird. Ob die Linkspartei das Wahljahr 2019 ohne Parteispaltung übersteht, ist eine offene Frage.

Die SPD ist derzeit nur noch eine nordwestdeutsche Regionalpartei, was ihre Fähigkeiten angeht, einen mehrheitsfähigen Block zu formieren. In mittlerweile fünf Bundesländern liegt sie unter 15 Prozent Wählerzustimmung und agiert am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit. Gerade die Landtagswahlen 2019 im Osten bringen die Gefahr weiterer einseitiger SPD-Ergebnisse mit sich. Der Osten erweist sich als Avantgarde in der Zerstörung des alten Parteiensystems. Hier drohen bei einer weiteren Stärkung der AfD sehr schwierige

⁷ Peter Reif-Spirek: Die andere Republik – Notizen nach einer vorhersehbaren Niederlage. In: spw 222, S. 5 ff.

parlamentarische Mehrheitsbildungen, wenn nur noch zwischen „mosaikdemokratischen“ Mehrheiten, Tolerierungsmodellen oder gar einer neuen „Nationalen Front“ aus CDU und Linkspartei gewählt werden kann, um eine blau-schwarze Landesregierung zu verhindern.

Diese strukturellen Entwicklungen lassen sich nicht kurzfristig ändern. Sicher helfen auch ständig neue Personaltableaus ohne Strategiewechsel nicht weiter. Die heutige Führungsschicht der Sozialdemokratie – und die SPD-Linke macht hier keine Ausnahme – rekrutiert sich zunehmend aus Generationskohorten, die ihr gesamtes berufliches Leben im politischen Apparat zugebracht haben. Ihre Fähigkeiten zu innerparteilicher Netzwerkbildung stehen im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Kommunikationsfähigkeit. Nie in ihrer Geschichte hatte die Sozialdemokratie eine derart sozial homogene Führungsschicht – und diese soziale Exklusion hat Folgen. Das Mitte-unten-Bündnis, das die SPD früher allein repräsentierte, ist zerbrochen. Die Sozialdemokratie, wie wir sie kannten gibt es nicht mehr und nichts spricht für ihre Wiederbelebung, denn sie hat zu vielen sozialen Milieus keine Kontaktflächen mehr. Allenfalls sehr langfristig ließe sich dies noch einmal korrigieren.

Ob der Sozialdemokratie diese Zeit bleibt, durch solides Regierungshandeln wieder langfristiges Vertrauen aufzubauen, ist eine offene Frage. Die Wahlen im nächsten Jahr könnten mit einer Kette von existenzgefährdenden Niederlagen enden. Der sozialdemokratische Staatsadel kann nicht in Kategorien des politischen Bruchs denken und kennt daher keine Haltelinien. Deswegen ist von ihm kein symbolpolitischer Befreiungsschlag zu erwarten, der den Bruch mit der GroKo exekutiert.

Noch in ihrem Niedergang erweist sich paradoxerweise die Schlüsselrolle der Sozialdemokratie für die Demokratieentwicklung in diesem Land. Denn das soziale Terrain, das einst die Sozialdemokratie „unten“ politisch repräsentierte und dadurch demokratisch band, wird weder durch die Grünen, noch durch eine

Mosaik- oder Transformationslinke übernommen. In dieser Repräsentationslücke agiert der Rechtspopulismus als Kraft der Veränderung – während ein hilfloser Antirassismus der gesellschaftlichen Linken keine politische Sprache für die diffusen Gefühle sozialer und politischer Heimatlosigkeit findet. Als Leerstelle im politischen Raum erweist sich die demokratische Repräsentation der sozialen Unterlassen – für die Schließung dieser Leerstelle müsste vermutlich die Sozialdemokratie, einst hervorgegangen aus Arbeiterbildungsvereinen, durch eine sozial verankerte Generation von „Organizern“ neu gegründet werden. Das wäre dann eine ganz andere personelle Repräsentation der Sozialdemokratie. ■

Menschenrechte vor Profit – die Klage gegen KiK und die Frage nach globaler GeRECHTigkeit

von Frederike Boll



⇒ **Frederike Boll** ist Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte sowie Gute Arbeit weltweit in der Friedrich-Ebert-Stiftung und begleitet und unterstützt die Kläger_innen, ECCHR und medico international bei ihrem Prozess gegen KiK.

Foto: privat

Immer wieder scheinen es plötzliche Katastrophen zu sein, die uns ins Bewusstsein rufen, was wir eigentlich wissen, doch allzu leichtfertig und erfolgreich verdrängen: Die Zustände entlang der Wertschöpfungsketten im Textilsektor sind menschenunwürdig. Sie sind charakterisiert durch viel zu lange Arbeitszeiten bei unzureichender Bezahlung, in Kaufgenommene Kinderarbeit und sexualisierte Gewalt, Beschränkungen von Gewerkschaftsrechten und Gewalt gegen Gewerkschafter_innen und nicht zuletzt vernachlässigte Arbeitssicherheit durch mangelhafte Feuer- und Gebäudesicherheit in den Produktionsstätten.

So auch in der Textilfabrik Ali Enterprise in Pakistan, in der am 11. September 2012 ein Brand ausbrach, bei dem 259 Menschen zu Tode kamen und ca. 50 Arbeiter_innen schwer verletzt wurden. Fluchtversuche der zum Unglückszeitpunkt in der Fabrik Beschäftigten scheiterten daran, dass Fluchtwege versperrt, Fenster vergittert und die Feuerlöscher funktionsuntüchtig waren, obwohl die Fabrik nur drei Wochen vor der Katastrophe mit dem internationalen Gütesiegel des italienischen Prüfdienstleisters RINA zertifiziert worden war; ein Siegel mit einer hohen internationalen Reputation, wenn es um die Auszeichnung von Feuerschutz und Gebäudesicherheit geht. Der Textildiscounter KiK („Kunde ist König“), mit Sitz in Bönen (bei Dortmund), war der Hauptabnehmer der hergestellten Ware und kaufte über 70 Prozent der Produktion aus der Fabrik

– teilweise war die Fabrik zu 100 Prozent mit Aufträgen von KiK ausgelastet. Das deutsche Unternehmen war somit nicht nur Hauptkunde der Fabrik, sondern die Fabrik existierte u.a., weil der Textildiscounter dort produzieren ließ.

Nach dem Brand organisierten sich die Betroffenen und Hinterbliebenen mit Hilfe des National Trade Union Centers Pakistans (NTUF) in der eigens gegründeten Organisation Ali Enterprises Factory Fire Affecteds Association (AEFFAA). Mit Unterstützung der deutschen Organisationen European Center on Constitutional and Human Rights (ECCHR) und medico international beschloss die AEF-FAA im Jahr 2015, Klage gegen KiK am Landgericht Dortmund einzureichen – dort wo sich auch der Hauptsitz des Textilunternehmens befindet.¹ Im August 2016 hat das Landgericht die Klage zugelassen und ebenfalls Prozesshilfekosten für die pakistanischen Kläger_innen bewilligt.² Bei der Klage am Landgericht Dortmund geht es den Kläger_innen neben der Forderung von 30.000 Euro Schmerzensgeld pro Kläger_in insbesondere um die Klärung der rechtlichen Verantwortung für das Unglück in der Fabrik Ali Enterprise und um die grundsätzliche Verpflichtung eines global agierenden Unternehmens, Verantwortung für seine gesamte Lieferkette zu übernehmen.

1. AFEE wählte stellvertretend für die Gesamtzahl der Geschädigten fünf Personen aus, die offiziell Klage erhoben. Da es in Deutschland - anders als z. B. in den USA, keine Möglichkeit der Sammelklage gibt und jede_r einzelne Geschädigte selbst Klage einreichen müsste, war dies ein gangbarer Weg, um die ansonsten große Hürde des Zugangs zum Recht für Opfer von unternehmerischen Menschenrechtsverletzungen zu nehmen.

2. KiK hat nach dem Brand eine Soforthilfe von 1 Million Euro an die Hinterbliebenen und Opfer gezahlt. Nach Einreichung der Klage hat das Unternehmen im Zuge eines weiteren Verfahrens, welches auf Initiative der deutschen und pakistanischen Regierung stattgefunden hat, weitere 5,1 Millionen US-Dollar Entschädigung zugesagt, die nun unter der Aufsicht der Internationalen Arbeitsorganisation in einen Entschädigungsfonds gezahlt und als monatliche Entschädigungszahlungen an die Opfer und Hinterbliebenen ausgezahlt werden. https://www.kik.de/unternehmen/kik_presse/stellungnahme-von-kik-zur-klage-auf-schmerzensgeld-vor-dem-landgericht-dortmund/ (Stand 1.12.2018).

Viele Hürden für die Opfer beim Zugang zu Recht

Auch wenn das Landgericht Dortmund die Klage zugelassen hat, stand und steht das Gericht vor großen Herausforderungen: u. a. muss das Gericht die Zivilklage nach pakistanischem Recht verhandeln, da die sogenannte ROM-III EU-Verordnung festschreibt, dass nach dem Recht verhandelt werden muss, wo die Menschenrechtsverletzung verübt worden ist. Da es keine klare gesetzliche Regulierung für internationale Haftungsfragen gibt, ziehen die Anwalt_innen der Kläger_innenseite den selbst auferlegten Code of Conduct des Unternehmens KiK heran, in dem soziale und ökologische Mindeststandards von Auftraggebern und Zulieferern vereinbart wurden. Am 29. November 2018, drei Jahre nach Einreichung der Klage, fand die mündliche Verhandlung statt, die von Kläger_innenseite als ernüchternd bewertet werden muss: KiK beruft sich darauf, dass der Vorfall nach pakistanischem Recht verjährt sei und stützt die Argumentation auf ein britisches Gutachten.³ Dieses Vorgehen stellt eine Kehrtwende des Unternehmens dar, hat KiK doch noch vor zwei Jahren eine Vereinbarung mit den Anwalt_innen der Opfer unterzeichnet, in der es erklärt, dass die Verjährung im Prozess keine Rolle spielen wird. Diese gemeinsame Absichtserklärung wurde nun einseitig aufgekündigt. Nun muss das Gericht prüfen und entscheiden, ob es diese Erklärung als gültig erklärt und somit über den eigentlichen Sachverhalt verhandelt, oder ob es der Argumentation KIKs folgen wird. Bei der Gerichtsverhandlung war die wirklich entscheidende Frage, ob KiK Verantwortung für seine Lieferkette übernehmen muss und ob sich auf ihren freiwilligen Code of Conduct verlassen werden kann, nicht mehr Gegenstand der Verhandlung. Da die Richter sich noch mehr Zeit für die Urteilsfindung eingeräumt haben, wurde das Urteil auf Januar 2019 verschoben.

Fragen wurden nicht beantwortet

Viele Hoffnungen und vor allem Rechtsfragen waren und sind mit dem Prozess verbunden: Trägt der Auftraggeber, also KiK, eine Mitverantwortung für den Brand und die vielen Opfer in der Fabrik in Pakistan? Trägt KiK eine Verantwortung für den fehlenden Feuerschutz? Darüber hinaus drängen sich Fragen zur grundsätzlichen unternehmerischen Verantwortung auf: Welchen Wert haben ein freiwilliger Code of Conduct oder eine unverbindliche Corporate Social Responsibility-Erklärung für Geschädigte in den Lieferketten und auch für uns Verbraucher_innen, die wir fast täglich mit den Produkten der Textilunternehmen in Berührung kommen? Welche Rolle und Verantwortung haben in diesem Zusammenhang Audit- und Zertifizierungsunternehmen, die z. B. bei der Zertifizierung der Ali Enterprise Fabrik offensichtlich versagt haben? Diese Fragen bleiben, sollte das Gericht der Argumentation KIKs folgen, unbeantwortet.

Das Kapital ist global – Menschenrechte sind weiterhin national

Seit der Brandkatastrophe in Pakistan im Herbst 2012 oder auch dem Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch im Frühjahr 2013, bei dem 1.100 Menschen gestorben sind, werden die Zustände in den Wertschöpfungsketten und bei den Zulieferern in der Textilbranche verstärkt in Gesellschaft und Politik diskutiert. Der Dortmunder Prozess ist nur ein kleiner – wenn auch wichtiger – Baustein in der Debatte, welche Verantwortung deutsche Konzerne für ihre globalen Produktionsnetzwerke haben und inwieweit diese gesetzlich vorgeschrieben werden oder weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen sollten.

2016 hat die deutsche Bundesregierung einen sogenannten Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet, der auf die 2011 einstimmig vom UN Menschenrechtsrat verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zurückgeht. Die UN-Leitprinzipien basieren auf drei Säulen: erstens auf der Pflicht des Staates zum Schutz der Menschenrechte, zweitens auf

³ https://www.kik.de/unternehmen/kik_presse/stellungnahme-von-kik-zur-klage-auf-schmerzensgeld-vor-dem-landgericht-dortmund/ (Stand 1.12.2018).

die Verantwortung des Unternehmens zur Achtung derselben und drittens auf den Zugang zu Abhilfe beziehungsweise Wiedergutmachung.⁴ Sie schreiben damit nicht nur den Staaten Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte zu, sondern auch Wirtschaftsunternehmen. Ein zentrales Konzept der zweiten Säule ist die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen und eine der wichtigsten Forderungen, auf die sich die deutsche Bundesregierung im NAP einigte: 50 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen bis 2020 menschenrechtliche Sorgfaltprozesse in ihren Unternehmensstrukturen einführen.⁵ Die Bundesregierung behält sich die Prüfung einer gesetzlichen Regulierung vor, wenn bis 2020 eine ausreichende Umsetzung der im NAP formulierten Erwartungen nicht erfolgt sein sollte. Somit wird 2020 ein ganz entscheidendes Jahr für die Frage einer gesetzlichen Regulierung hinsichtlich transnationaler Aktivitäten deutscher Unternehmen. Das Konzept der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ist bisher allerdings nur wenig konkretisiert und es gibt bislang keine „best practice“ Methode, wie solch eine Pflicht implementiert werden kann. Die UN Leitprinzipien sehen dafür folgende Schritte vor: 1. Das Unternehmen muss sich zu den Menschenrechten in einer Grundsatzerklärung bekennen und diese unternehmensintern und -extern kommunizieren. 2. Es muss entsprechende Maßnahmen und Verfahren zur Erfüllung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht im Rahmen der Geschäftsaktivität durchführen und 3. angemessene Möglichkeit der Beschwerde für Fälle von menschenrechtlichen Verstößen einrichten und 4. abschließend über ihre Aktivitäten transparent berichten.⁶

Darüber hinaus hat das Entwicklungsministerium als Reaktion auf die Unfälle in Pakistan und Bangladesh das Bündnis für nachhaltige Textilien ins Leben gerufen. Das Bündnis für

Praxisorientiert, politik- und gewerkschaftsnah

Die WSI-Mitteilungen feiern ihr 70-jähriges Bestehen



WSI-Mitteilungen

70. Jahrgang 2018
erscheint 6 x jährlich
ISSN 0342-300X

🔗 wsi-mitteilungen.nomos.de

*2 Print-Ausgaben inkl. Vertriebskosten und Porto

Praxisorientiert, politik- und gewerkschaftsnah – seit nunmehr 70 Jahren liefern die WSI-Mitteilungen fundierte Analysen, Hintergründe und Argumente für Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Im Fokus stehen dabei neue wissenschaftliche Erkenntnisse im Themenspektrum »Arbeit – Wirtschaft – Soziales«. Die Zeitschrift fördert den interdisziplinären Austausch und ist Wissens- und Argumentationsquelle für Akteure aus Arbeitswelt, Wirtschaft und politischer Praxis.

Weitere Informationen finden Sie unter
www.wsi-mitteilungen.de



Nomos

⁴ https://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusiness-HR_EN.pdf (Stand 20.11.2018).

⁵ <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/297434/8d6ab29982767d5a31d2e85464461565/nap-wirtschaft-menschenrechte-data.pdf> (Stand 23.11.2018).

⁶ Grabosch, Robert / Scheper, Christian (2015): Die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Politische und rechtliche Gestaltungsansätze. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/11623-20150925.pdf> (Stand 20.11.2019).

nachhaltige Textilien ist eine Multistakeholder-Initiative mit rund 130 Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften. Sie alle wollen als breites Bündnis gemeinsam die Bedingungen in der weltweiten Textilproduktion verbessern – von der Rohstoffproduktion bis zur Entsorgung. Alles jedoch auch auf freiwilliger Basis.

Schaut man sich die internationale Gemengelage an, scheint das politische Momentum für verbindliche Regeln zu sprechen. In Frankreich trat im Jahr 2017 das sogenannte „loi de vigilance“⁷ in Kraft. Das Gesetz schreibt eine umfassende menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung für die größten 100 bis 150 Unternehmen vor. Unter bestimmten Umständen können somit die Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar gemacht werden. Ziel soll es sein, dass Unternehmen präventiv aktiv werden, um ihrer Verantwortung in ihren Lieferketten gerecht zu werden. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um menschenwürdige Arbeit und ein nachhaltiges Wachstum in den Ländern des globalen Südens zu ermöglichen. Ähnliche gesetzliche Initiativen oder auch bestimmte verbindliche Regeln für bestimmte Menschenrechtsverletzungen gibt es zurzeit in der Schweiz, in Österreich oder auch in Großbritannien (Modern Slavery Act).

Zudem läuft zurzeit der sogenannte UN-Treaty-Prozess auf Initiative der Regierung Ecuadors und Südafrikas, in dessen Rahmen verbindliche Regeln für transnationale Aktivitäten diskutiert werden. Ein erster Entwurf ist nun öffentlich zugänglich und wird bis Februar 2019 diskutiert.⁸ Bislang beteiligen sich die Europäische Union, die USA und einige andere starke Wirtschaftsnationen nicht, so dass zu bezweifeln ist, inwiefern solch ein Menschenrechtsvertrag Wirksamkeit besäße.

Es ist zu beobachten, dass viele Initiativen zum Schutz von Menschenrechten in komple-

xen und globalen Produktionsprozessen bislang parallel laufen, doch haben sie noch nicht die Schlagkraft entwickelt, die sie erreichen könnten. Die Prozesse und Initiativen müssen besser und kohärenter zusammen gedacht werden, damit sie umfassend wirken können und das Leben für die Arbeiter_innen insbesondere im globalen Süden wirklich nachhaltig verbessern.

Deutschland darf den Anschluss an die Debatte nicht verlieren

Die Unfälle in Pakistan und Bangladesch sind nur die Spitze des Eisbergs. Unzählige Unfälle in Fabriken, Minen, etc., die vielfach für die westlichen Konsument_innen produzieren, erreichen nicht die globale öffentliche Wahrnehmung. Klar ist: Die Zeit für freiwillige Corporate Social Responsibility ist vorbei – und Deutschland stünde es als drittgrößte Volkswirtschaft gut, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die SPD hat in der aktuellen Regierungskonstellation eine verantwortungsvolle Rolle. Die Partei hat bereits in ihrem Wahlprogramm deutlich und vorausschauend formuliert, dass sie sich für verbindliche Sorgfaltspflichten von international agierenden Unternehmen einsetzt und sich für den UN-Treaty-Prozess auf UN-Ebene stark machen wird.⁹ Ohne die SPD wären diese Themen nicht im Koalitionsvertrag adressiert worden und nun gilt es, dass sie die programmatischen Absichten umsetzt. Sie sind es nicht nur den Kläger_innen gegen KiK schuldig, die bei der Produktion für deutsche Textilien ihre Angehörigen und fast ihr eigenes Leben verloren haben, sondern auch den Bürger_innen hier in Deutschland. ■

7 <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2017/3/27/2017-399/jo/texte> (Stand 1.12.2018).

8 <https://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/DraftLBI.pdf> (Stand 1.12.2018).

9 https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf (Seite 113, Stand 1.12.2018).

Digitalisierung, soziale Ungleichheit und Klasse

Einleitung zum Schwerpunkt

von Anna-Katharina Meßmer, Christina Schildmann und Stefan Stache¹



Foto: iStock.com/lexxx

Trotz guter Konjunkturlage und seit Jahren sinkender Arbeitslosenzahlen wachsen in Teilen der deutschen Gesellschaft soziale Verunsicherung und Zukunftsängste. Im Unterschied zu den Dynamiken der Prekarisierung, die zu jener Verunsicherung beitragen, scheinen die Dynamiken der Digitalisierung weitaus weniger im Alltag greifbar zu sein. Für viele Menschen ist bis heute – trotz der Allgegenwart von Smartphone und Smarthome – unklar, ob und in welcher Weise sich Digitalisierungsdynamiken zukünftig (weiter) auf die eigene Lebensweise und den eigenen Lebensstandard auswirken werden. Ob sie Treiber sozialer Öffnungen oder sozialer Schließungen sein werden. In diesem Heftschwerpunkt richten wir den Blick darauf, ob und mittels welcher ökonomischen und all-

tagskulturellen Mechanismen Digitalisierung soziale Ungleichheiten reproduziert. In dieser Perspektive stellt sich u.a. die Frage, wie und mit welchen Ressourcen und entlang welcher Konfliktlinien Prozesse der Digitalisierung im Alltag erfahren, be- und verarbeitet werden.

Die soziologische Vermessung der digitalisierungsbedingten Veränderungsdynamiken in der Gesellschaft ist in vollem Gange. Kategorien der Analyse und Beschreibung sind „Beschleunigung und Entfremdung“,² „Resonanzverlust“ als „Verlust von Weltbeziehung“,³ die Auflösung der Gesellschaft in um Einzigartigkeit ringende „Singularitäten“⁴

¹ Dr. Anna-Katharina Meßmer ist Beraterin und Publizistin.

Christina Schildmann ist Leiterin der Abteilung Politik im SPD-Parteivorstand.
Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

² Rosa, Hartmut (2013): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin, Suhrkamp.

³ Rosa, Hartmut (2016): Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin, Suhrkamp.

⁴ Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten – Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin, Suhrkamp.

oder in „Granularitäten.“⁵ Auf den ersten Blick scheinen diese Begriffe auf das Gegenteil einer Klassenstruktur zu verweisen – beschreiben sie doch Prozesse der gesellschaftlichen Fragmentierung, Atomisierung und Hyperindividualisierung. Horizontale gesellschaftliche Modernisierungen, die auch durch die Digitalisierung entfaltet und getrieben werden, führen jedoch nicht zu einer Auflösung der Klassenmilieus, etwa durch mehr Möglichkeiten individueller Autonomie.

In seinem Buch „Das metrische Wir“ beschreibt der Soziologe Steffen Mau, wie im Zuge der Digitalisierung eine Gesellschaft der „Sternchen, Scores, Likes und Listen“ entsteht. Das digitale Regime der permanenten Bewertung und „Quantifizierung des Sozialen“, bringe immer wieder „neuen Regime der Ungleichheit.“⁶ Doch von welcher Natur sind die Ungleichheiten? An welchen Trennlinien entstehen sie? Und was sind die relevanten Konfliktlinien, die es zu bearbeiten gilt? Die Be- und Verarbeitung von Digitalisierung, der Umgang mit digitalen Tools und Neuerungen, die Nutzung der digitalen Infrastruktur ist weder unabhängig von gesellschaftlichen Ungleichheitskategorien noch transzendiert es diese. Im Gegenteil. All das ist nach wie vor an die kulturellen und materiellen Ressourcen der Klassenmilieus und deren langfristige Erfahrungen gebunden und in wohlfahrtsstaatliche Regulierung und wohlfahrtsstaatliche Institutionen eingebettet. Habitus- bzw. milieuspezifische Alltagsästhetiken und Gestaltungsstile des sozialen Raums setzen sich in digitalen Räumen fort. Und auch Reckwitz denkt sein Theorem von der Gesellschaft der Singularitäten nicht jenseits von Klasse. Vielmehr schreibt er: „Das spätmoderne Subjekt in seiner avanciertesten Form“ – also die Trägergruppe der Singularisierung – „hängt sozialstrukturell nicht in der Luft, sondern bewegt sich in einem eindeutig bestimmbar sozialen-kulturellen Milieu, ja – stärker formuliert – in einer sozial-kulturellen Klasse: der neuen *Mit-*

telklasse. Damit ist das Milieu jener gemeint, die formal gesehen über ein hohes kulturelles Kapital von meist akademischen Bildungsschlüssen verfügten und im Feld der Wissens- und Kulturökonomie arbeiten (...).“⁷ Reckwitz beschreibt die Rückkehr zur Klassengesellschaft in einer neuen Spielart: der kulturellen Klassengesellschaft.

„Wenn es eine politische Botschaft meines Buches gibt, dann diejenige, dass man die sozialen Fragen, das heißt die Arbeiterklasse und die Probleme der Unterschicht im Allgemeinen, den Fragen des Feminismus, der Minderheitenrechte, des Umweltschutzes nicht entgegensetzen darf.“⁸ Mit diesen Worten wehrte sich Didier Eribon Anfang des Jahres 2018 gegen die vereinseitigende Lesart seines Buches „Rückkehr nach Reims“, das wiederholt als Beleg dafür herangezogen wurde, die Linke hätte sich zu viel um identitätspolitische Fragen und zu wenig um das eigentlich drängendste Thema gekümmert: den Klassenunterschied. Damit habe, so die Lesart, die Linke in Europa ebenso wie in den USA den Bezug zur oftmals ethnisierend als „white working class“ beschriebenen Arbeiterklasse verloren, die nun in rechtspopulistischen Parteien wie der AfD ihren Widerstand organisiere.

Dass diese Lesart der Realität nicht stand hält, lässt sich nicht nur mit Pierre Bourdieu erklären, der bereits Ende der 1970er Jahre mit den „feinen Unterschieden“ deutlich machte, wie sehr die Räume der ökonomisch-sozialen Bedingungen und der Lebensstile aufeinander bezogen sind und Klasse ihrerseits – dies zeigt auch Eribon – gar nicht nicht (!) identitätspolitisch denkbar ist. Vor allem aber zeigen die Analysen der WählerInnenstrukturen etwa der AfD, wie komplex die Verschränkung von Klasse, Alter, Geschlecht, Sexualität und Herkunft ist. Aus diesem Grund ist die Wiederkehr der Debatte um Haupt- und Nebenwiderspruch zwar interessant, verkürzt sich aber allzu oft in einem vordergründig verständnisvollen zugleich aber bisweilen dämonisierenden Interesse an der ‚Unterschicht‘,

5 Kucklick, Christoph (2015): Die granulare Gesellschaft: Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst. Berlin, Ullstein.

6 Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir – Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin, Suhrkamp.

7 Reckwitz 2017 a.a.O.

8 <https://www.republik.ch/2018/02/19/interview-eribon-teil>

die nicht nur politisch, sondern auch von den digitalen Veränderungen in ihrer Existenz bedroht scheint.

Inwiefern dies zu kurz gedacht ist, zeigen etwa die Befunde einer von *Bettina Kohlrausch* (zusammen mit *policy matters*) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten Studie zu Einstellungsmustern AfD-affiner BürgerInnen.⁹ Die Tatsache, dass es AfD-affine WählerInnen in allen gesellschaftlichen Schichten gibt, zeigt, dass es hier eben nicht nur um die Gruppe der sogenannten „Abgehängten“ geht. Viele InterpretatorInnen der Studie hat das allerdings zu dem Fehlschluss verleitet, die sozio-ökonomische Konfliktlinie spiele hier gar keine Rolle. In diesem Schwerpunkt wirft die Studienautorin Bettina Kohlrausch einen Blick auf die Prozesse, die sich unterhalb der xenophoben Oberfläche (Konfliktlinie: Wir gegen die Anderen) in der Gruppe der AfD-affinen WählerInnen abspielen. Sie arbeitet dort ein ganzes „Sorgenbündel“ heraus: das Gefühl, stärker als früher auf sich selbst gestellt und (technologischen) Veränderungen hilflos ausgeliefert zu sein (Kontrollverlust über das eigene Leben) sowie die Angst vor Entwertung der eigenen Biografie, also des einst erlernten Berufs.

Wie sich dies mitunter auch in den sozialen Netzwerken ausdrückt, zeigt der Beitrag von *Milan Glatzer*. Im Rückgriff auf Pierre Bourdieus Konzepte der sozialen Distinktion und des kulturellen Kapitals widmet sich der Autor der Frage, wie Klassenunterschiede in den sozialen Netzen sichtbar werden. Dafür unterzieht Glatzer Facebook-Postings der sogenannten „Generation Y“ einer kulturellen Analyse von sozialer Ungleichheit. Dabei stellt er zwei Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsgrad einander vergleichend gegenüber und zeigt auf, wie sich ‚Geschmack‘ und kulturelles Kapital im Jahr 2018 in digitalen Öffentlichkeiten manifestieren. Dabei stehen sich, so Glatzer, eine spielerisch-reflexive kosmopolitische Ästhetik der Vernetzung und abstrakten Verbundenheit einerseits und das

Prinzip einer pragmatischen Zugehörigkeit in Verbindung mit lokalen Praktiken und Verantwortung im unmittelbaren Umfeld andererseits gegenüber. Zeichnen sich Postings hochgebildeter junger Menschen vor allem dadurch aus, sich vermeintlich ‚natürlich‘ und selbstverständlich in einer vielfältigen und komplexen Welt zurecht zu finden, mit Sprachen, Orten und global-politischen Fragen zu jonglieren, sind die Postings derjenigen NutzerInnen mit niedrigerem Bildungsstand stärker von privaten Informationen und/oder der Bezugnahme auf bzw. die Verantwortung für das unmittelbare geographische und/oder persönliche Umfeld geprägt. Besonders interessant erscheint jedoch, wie der spielerischen Leichtigkeit der Kosmopoliten hier die Thematisierung der Mühen und Anstrengungen im Leben von Seiten derjenigen mit niedrigerem Bildungskapital gegenüber tritt, die – so Glatzers Analyse – sich auch in einer deutlich stärkeren Trennung zwischen den Sphären der (Arbeits-)Pflichten und der Freizeit ausdrückt. Wie Glatzer zeigt, hat Bourdieu auch in Zeiten weltweiter Vernetzung und vermeintlich globaler Einheitsästhetiken keineswegs an Bedeutung eingebüßt, denn als Resümee lässt sich festhalten, dass gerade die digitale Präsentation des eigenen kulturellen Kapitals keineswegs Ausdruck eines individuellen Geschmacks ist, sondern vielmehr Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse und damit, so lässt sich mit Bourdieu konstatieren, wiederum in ökonomisches Kapital transformierbar ist, also Einfluss auf die Zukunfts- und Aufstiegschancen hat.

Die „digitale Revolution“ ist, wie *Max Reinhardt* ausführt, bislang vor allem ein Projekt der technokratischen, informationswissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Eliten (Stichwort Industrie 4.0). Innerhalb des politischen Feldes sei das Thema „digitale Revolution“ zwischen Wirtschaftsliberalen, sozialdemokratischen Modernisier*innen sowie rot-rot-grünen Umverteilungs- oder Degrowth-Befürworter*innen umstritten und umkämpft – gerade aufgrund einer Beschränkung auf rein technologische Argumente einer internationalen Wettbewerbslogik durch die wirtschaftsliberalen Eliten. Bildung erscheine

⁹ Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina et al. (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung.

ihnen häufig lediglich als Instrumentarium zur Entwicklung digitaler Kompetenzen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Wirtschaftsliberalen verstünden die Reproduktion sozialer Ungleichheit als Hindernis von Modernisierung. Die Entwicklung digitaler Kompetenzen sei jedoch, wie PISA zeige, abhängig von den sonstigen entwickelten Lese- und Analysekompetenzen, so dass die Einführung neuer digitaler Lernformate die Spaltungslinien zu verstetigen oder verschärfen (Stichwort digital divide) drohen. Entscheidend sei, die soziale Ungleichheit im Bildungswesen gezielt durch strukturelle Änderungen im Schul- und Hochschulsystem durch eine inklusive Gesamtstrategie, z.B. mit kollaborativ-solidarisch gestalteten Lernformaten, abzubauen. Ansonsten würden vom Lernkulturwandel vor allem die akademisch geprägten Bildungseliten profitieren, die ohnehin selbstgesteuert-individualistisch lernen könnten.

Wie sich das Verhältnis von Arbeit und Kapital in der digitalen Plattformökonomie

aus ArbeitnehmerInnenperspektive gestaltet, damit beschäftigen sich *Michael Heiling* und *Sylvia Kuba* in ihrem Beitrag. Ausgehend von aktuellen Forschungsergebnissen aus Österreich beschreiben die AutorInnen, wie die Entwicklung der digitalen Plattformökonomie „Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse, auf Arbeitende und KapitaleignerInnen, sohin auf die „Hauptklassen“ im Kapitalismus im orthodoxen Sinne“ (vgl. Heiling/Kuba in diesem Schwerpunkt) hat. Prägend ist hierbei insbesondere, dass KapitaleignerInnen nicht mehr als ArbeitgeberInnen auftreten, sondern als AnbieterInnen einer durch allgemeine Geschäftsbedingungen organisierten Plattform-Infrastruktur. Die Rolle der Auftrag- und ArbeitgeberInnen übernehmen dann – mitunter bis hin zu Managementaufgabe wie Ratings und Controlling – die (privaten) KundInnen. Für die überwiegend freien ArbeiterInnen hat dies zur Folge, dass sie kaum formale Strukturen und AnsprechpartnerInnen vorfinden. Wie Heiling und Kuba aufzeigen, stehen diesen meist prekären ArbeiterInnen, deren Plattfortmätigkeiten oftmals lediglich einen



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2. korrigierte und erweiterte Auflage

Hans-Günter Thien

Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland

2018 – 235 Seiten – 25,00 €

ISBN 978-3-89691-782-9

„eine großartige Analyse gegenwärtiger und vergangener Klassentheorien und zeichnet zugleich ein prozesshaftes Bild des Wandels der Arbeiterinnen und Arbeiter im Deutschland der vergangenen Jahrzehnte.“

pw-portal



Zusatzverdienst zu Niedrigeinkommen darstellen, profitorientierte, als Kapitalgesellschaften organisierte Plattformunternehmen gegenüber, die sehr schwache Kapitaldecken bis in zu negativem Eigenkapital aufweisen – eine Strategie, die sich den AutorInnen zufolge nur lohnen kann, wenn langfristig auf enorme Wachstumsraten etwa aufgrund einer monopolartigen Stellung spekuliert wird.

Hieran anschließend arbeitet *Philipp Staab* die zentrale Rolle des Finanzkapitals, insbesondere privaten Risikokapitals und der spekulativen Erwartungen der Investoren, an die digitalen Unternehmen heraus. Der Finanzmarkt ist für ihn die „Arena der Strukturierung sozialer Ungleichheit, die nachweislich die dramatischsten Transformationen innerhalb der Sozialstrukturen der vergangenen 40 Jahre erzeugt hat“. Die Strategien der Investoren entkoppelten sich zunehmend von der Frage eines erfolgreichen Geschäftsmodells (*growth-before-profit*-Strategie) – Gewinne werden hier „vorbörslich“ durch Exits (als Akquisitionen) erwirtschaftet. Staab analysiert, wie diese Geschäftspraktiken neue Risikostrukturen und Ungleichheiten schaffen: Sie verlagern das Risiko vom Investor auf Unternehmen und deren Beschäftigte und sie erzeugen eine Verschiebung von Einkommen zu Vermögen. Staabs *Conclusio*: Wer Ungleichheitsdynamiken im digitalen Kapitalismus verstehen will, sollte aufhören, über die langfristigen potenziellen Effekte von Robotereinsatz und künstlicher Intelligenz zu spekulieren, sondern den Blick auf die gesellschaftlichen Neusortierungswirkungen der kurzfristigen realen Spekulationen des Kapitals richten.

Und dennoch: Auch das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI) soll in diesem Schwerpunkt nicht unberücksichtigt bleiben. Denn schon heute – diesseits aller Spekulation – wird Gesellschaft durch den Einsatz von selbstlernenden, Muster erkennenden Algorithmen neu strukturiert – werden Chancen, Zugänge und Risiken neu verteilt: Bekommt man wegen seiner Krankenakte keinen Job? Oder wegen dem Profil der Freunde? Wegen der Gewerkschaftszugehörigkeit oder den Daten aus

der Messung der eigenen Produktivität? Hier geht es nicht um Science Fiction, sondern um realistische Szenarien, die bereits jetzt in Ansätzen Realität sind. Unabhängig davon, wie sich die KI-Systeme und ihre Anwendung entwickeln werden, gilt es jetzt, Spielregeln dafür zu entwickeln. Der Weltverband der Dienstleistungsgewerkschaften, UNI Global Union hat zehn Prinzipien für die Gestaltung von Künstlicher Intelligenz festgelegt, die in diesem Schwerpunkt von *Christina Coclough*, der Leiterin der Abteilung „Plattformarbeit, Digitalisierung und Welthandel“ von UNI Global Union, präsentiert werden.

Was heißt das nun alles für die Sozialdemokratie? Zunächst einmal ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die digitalisierte Gesellschaft nicht die Zukunft, sondern der Status Quo ist. Sie ist bereits Realität. Zweitens geht es darum, diese auch sozialdemokratisch zu gestalten, mit einem Gespür dafür, wie sich alte Ungleichheiten reproduzieren und durch welche Mechanismen neue Ungleichheiten entstehen. Und das muss ressortübergreifend (nicht nur im Hinblick auf Arbeit, sondern eben auch in den Bereichen Bildung, Finanzen, Wirtschaft, Umwelt, Gleichstellung, Entwicklungszusammenarbeit etc.) und vor allem auch aus einer europäischen Perspektive gedacht werden. Ob und in welchem Maße die Dynamik der Digitalisierung zu sozialen Öffnungen oder eher zur Schließung sozialer Chancen beiträgt, hängt nicht nur von den Technologien selbst, sondern sehr wesentlich von ihrer solidarischen Regulierung, Nutzung und wohlfahrtsstaatlichen Ressourcen ab. Damit ist die zentrale Frage verknüpft, wie die monopolisierte Macht der digitalen Konzerne und großer Investoren begrenzt werden kann. Wenn gerade die moderne Arbeitnehmer*in den Eindruck gewinnt, Digitalisierung sei nicht demokratisch gestaltbar, wird sich die soziale Verunsicherung verfestigen und die Repräsentationskrise der Sozialdemokratie vertiefen. Darüber hinaus zeigt der Beitrag von Milan Glatzer, dass Digitalisierung uns auch beim Verstehen Anderer helfen kann. ■

(Subjektive) Erfahrungen im Berufskontext und das Erstarken rechtspopulistischer Deutungsmuster

von Bettina Kohlrausch¹

Ausgangspunkt

Vor dem Hintergrund des starken Abschneidens der AfD bei der letzten Bundestagswahl stellt sich die Frage, wie es zu erklären ist, dass eine rechtspopulistische Partei einen solchen Zuspruch erfahren konnte. In Abgrenzung zu gängigen Erklärungsmustern, werde ich im Folgenden argumentieren, dass die Wahl dieser rechtspopulistischen Partei auch der Ausdruck von sozialen Unsicherheiten ist, die aus der digitalen Transformation der Arbeitswelt resultieren.

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte existieren unterschiedliche Einschätzungen darüber, welche Bedeutung Erfahrungen sozialer Ausgrenzung für die Entscheidung, AfD zu wählen, haben und in welchem Verhältnis diese zu kulturellen Faktoren, wie der Ablehnung von Migrationsprozessen stehen (vgl. für unterschiedliche Positionen z.B. Lux 2018, Lengfeld 2017). Bezugspunkt des „kulturellen“ Erklärungsversuchs ist die empirische Erkenntnis, dass die AfD auch von Personen gewählt wurde, die nicht von sozialer Ausgrenzung bedroht sind (Hilmer, Kohlrausch et al. 2017, Lengfeld 2017, Bergmann, Diermeier et al. 2016). Der Befund, dass die AfD, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, von allen gesellschaftlichen Milieus gewählt wurde, befeuert das Argument, dass der Erfolg dieser Partei bei den letzten Bundestagswahlen nicht mit der sozialen Lage der jeweiligen Wähler/innen erklärt werden könne. Statt einer sozialen Spaltung sei vor allem eine kulturelle Spaltung des Landes Ursache für das Erstarken der AfD. Die Stimmengewinne der AfD bei der Bundestagswahl 2017 spiegelten somit eine Art Kulturkampf um die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung, wie zum Beispiel die

Gleichberechtigung von Homosexuellen oder einen zunehmenden Multikulturalismus und Kosmopolitismus. Im Kontext dieses Kulturkampfes wird auch die Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel verortet. So konstatiert Lengfeld (2017b) auf Spiegel Online über AfD-Wähler/innen: „Es geht ihnen um die grundsätzliche Frage, wie die Gesellschaft und das Land in Zukunft aussehen sollen. Wir haben es mit einer offenbar nicht geringen Minderheit der Bevölkerung zu tun, die die kulturellen Veränderungen der vergangenen Jahre zutiefst ablehnt“. Empirisch lässt sich eine wachsende Ablehnung kultureller Modernisierungsprozesse jedoch nicht belegen. Befunde zur Verbreitung von Sexismus oder der Abwertung Homosexueller zeigen, dass diese im Zeitvergleich auf einem niedrigen Stand sind. Auch die Fremdenfeindlichkeit ist vergleichsweise niedrig (vgl. Zick, Krause et al. 2016).

Gleichzeitig haben jedoch eine Reihe von Analysen einen Einfluss von sozialstrukturellen Merkmalen, wie Bildung, Einkommen und Berufsstatus nachgewiesen (Lux 2018; Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Gleichzeitig ist der Einfluss dieser Merkmale der „objektiven sozialen Lage“ aber komplex. So zeigen Hilmer Kohlrausch et al. (2017), dass auch höhere Einkommensgruppen signifikant häufiger AfD wählen als mittlere Einkommensschichten. Akademiker/innen wählen seltener AfD – aber es macht statistisch keinen Unterschied, ob eine Person keinen Schulabschluss, einen Haupt- oder Realschulabschluss hat. Für das Einkommen und Bildung gilt, dass es keinen linearen Effekt zwischen dem entsprechenden Merkmal und der AfD-Präferenz gibt. Die Formel „je abgehangter desto größer die Affinität zu rechtspopulistischen Deutungsmustern“ gilt in dieser Einfachheit nicht. Dies ist jedoch die Deutung jener, die im Aufstieg der AfD vor allem ein Aufbegehren der sogenannten Modernisierungsverlierer/innen sieht. Zentrale Annahme der Modernisierungsverliererthese ist, dass vor allem ein-

¹ Dr. Bettina Kohlrausch ist Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Paderborn mit Schwerpunkten in der Berufsbildungs-, Arbeitsmarktsowie Lebenslauforschung und der Erforschung rechtspopulistischer Einstellungsmuster.

kommensschwache Bevölkerungsgruppen und solche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen dazu tendieren, rechtspopulistische Parteien zu wählen. Diese seien aufgrund der Globalisierung zunehmend von Wohlstandsverlusten betroffen und fühlten sich in ihren Belangen in öffentlichen Diskursen nicht mehr angemessen vertreten (vgl. Streek 2017, Nachtwey 2016, Eribon 2016, kritisch Lengfeld 2017): „Was aus der politischen Repräsentation und den kritischen Diskursen verschwand, war nicht nur die Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen und Traditionen, es waren die Arbeiter selbst, ihre Kultur, ihre spezifischen Lebensbedingungen, ihre Hoffnungen und Wünsche“ (Eribon 2016: 55). Die Wahl rechtspopulistischer Parteien ist in dieser Lesart vor allem als Protest, oder, wie Eribon (2016) es formuliert, als ein „Akt der Notwehr“ unterprivilegierter Schichten zu verstehen, um sich und ihren sozialen Interessen öffentlich Gehör zu verschaffen. Rechtspopulismus sei somit eine neue Form von Kollektivierung, die die Lücke füllt, die traditionelle Sprachrohre der Arbeiterschaft, wie zum Beispiel die Sozialdemokratie, hinterlassen haben.

Wie schon dargestellt, ist Rechtspopulismus aber nicht nur ein Phänomen, das die sogenannten Modernisierungsverlierer/innen betrifft. Dies bestätigen auch Analysen der letzten Bundestagswahl im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, die zeigen, dass die AfD von allen gesellschaftlichen Milieus gewählt wurde. Zwar war die Zustimmung im prekären Milieu mit 28 Prozent am größten, aber auch im konservativ-etablierten Milieu kam die AfD auf einen Wähler/innenanteil von 10 Prozent.

Eine weitere Erklärung für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien findet sich in der Annahme, dass nicht soziale Ausgrenzung, sondern soziale Unsicherheit (Statusängste) ein wesentlicher Treiber der Präferenz für rechtspopulistische Parteien ist. Es geht also nicht nur um die reale Erfahrung sozialer Ausgrenzung, sondern eher um soziale Verunsicherung, die nicht nur in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten zu finden ist, sich aber durchaus aus konkreten materiellen und/oder sozialen Erfahrungen speist. Für diese Deutung sprechen die Befunde von Hilmer, Kohlrausch et al.

(2017) die zeigen, dass neben der tatsächlichen sozialen Position eigene Abstiegs Erfahrungen und vor allem Abstiegsängste in Bezug auf die Zukunft dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. Allerdings ist die subjektive Wahrnehmung der eigenen sozialen Position nicht nur über die aktuelle objektive soziale Lage (Einkommen, Bildung und Berufsposition), sondern auch über eigene Auf- und Abstiegs Erfahrungen und -ängste vermittelt. Hierfür sind Erfahrungen im Arbeitskontext von zentraler Bedeutung: Menschen, die den Aussagen „durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“, „ich stecke in unsicheren Billigjobs fest“, „dass ich für meinen Arbeitgeber leichter erreichbar bin, bedroht mein Privatleben“ zustimmen, wählen häufiger AfD. Umgekehrt wählen Personen, die den Aussagen „durch neue Technologien wird meine Arbeit weniger anstrengend“ und „der technische Wandel sichert meinen Arbeitsplatz“ signifikant seltener AfD. Zusammenfassend lassen sich diese Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass insbesondere der technische Wandel Ängste in Bezug auf die Sicherheit und Planbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie schürt.

Ausmaß und Ursachen von Abstiegsängsten

In Abgrenzung zu Lengfeld, der Abstiegsangst ausschließlich über die Angst vor Arbeitslosigkeit definiert, betont Kohlrausch (2018), dass Abstiegsängste verschiedene Dimensionen haben: Dazu gehören die Ängste um die Arbeitsplatzsituation ebenso wie die Sorge um die kurzfristige und langfristige Verschlechterung der individuellen finanziellen Situation oder des generellen Lebensstandards. Diese Dimensionen haben Überschneidungen, sind aber nicht deckungsgleich und betreffen unterschiedlich weite Teile der Bevölkerung. Abstiegsängste reichen bis weit in die Mittelschichten hinein und betreffen auch Personen mit einem relativ hohen Nettoeinkommen (Kohlrausch 2018): Im Dezember 2016 machten sich ca. 25 Prozent der Befragten große oder sehr große Sorgen um ihre Arbeitsplatzsituation. 39 Prozent der befragten Personen gaben an, sich große oder sehr große Sorgen um die

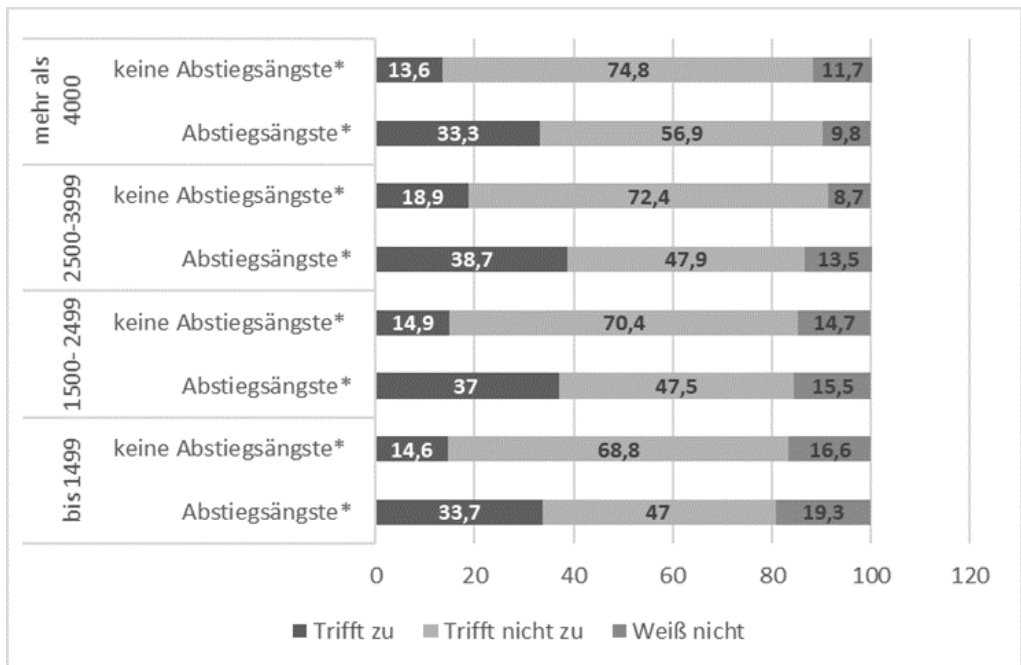
eigene finanzielle Situation zu machen. 20 Prozent gingen davon aus, dass sich ihre finanzielle Situation innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre etwas oder deutlich verschlechtern wird. 49 Prozent machten sich Sorgen oder große Sorgen um ihre finanzielle Situation im Alter. Knapp 47 Prozent sagten, dass die Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können“ eher zutrifft.

Um zu verstehen, warum die AfD bei der letzten Bundestagswahl einen solchen Zuspruch erfahren konnte, ist es daher wichtig, detailliert zu analysieren, aus welchen Erfahrungen soziale Verunsicherung und Ängste vor dem sozialen Abstieg speisen. Diese Aspekte werden im Folgenden auf Grundlage eines Datensatzes untersucht, der von policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erhoben wurde. Die repräsentative Erhebung von 4892 wahlberechtigten Personen wurde als Online-Panel-Erhebung angelegt. Die Befragung wurde

im Dezember 2016 durchgeführt (vgl. Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Als eine mögliche Ursache für das Erstarken des Rechtspopulismus wird immer wieder das Gefühl eines generellen Kontrollverlustes thematisiert (Hilmer, Kohlrausch et al. 2017). Im Kontext dieser Überlegung zeigt **Abbildung 1**, dass Personen die der Aussage „Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zustimmen, in allen Gehaltsgruppen häufiger Abstiegsängste haben. Dies spricht dafür, dass sich Abstiegsängste auch aus dem Gefühl speisen, den Unsicherheiten, die gesellschaftliche Veränderungen wie Digitalisierung oder Globalisierung mit sich bringen, schutzlos ausgeliefert zu sein. Sie sind nicht zuletzt Ausdruck des Gefühls, die Kontrolle über die Gestaltung des eigenen Lebens verloren zu haben. Diese Angst zieht sich durch alle Gehaltsgruppen.

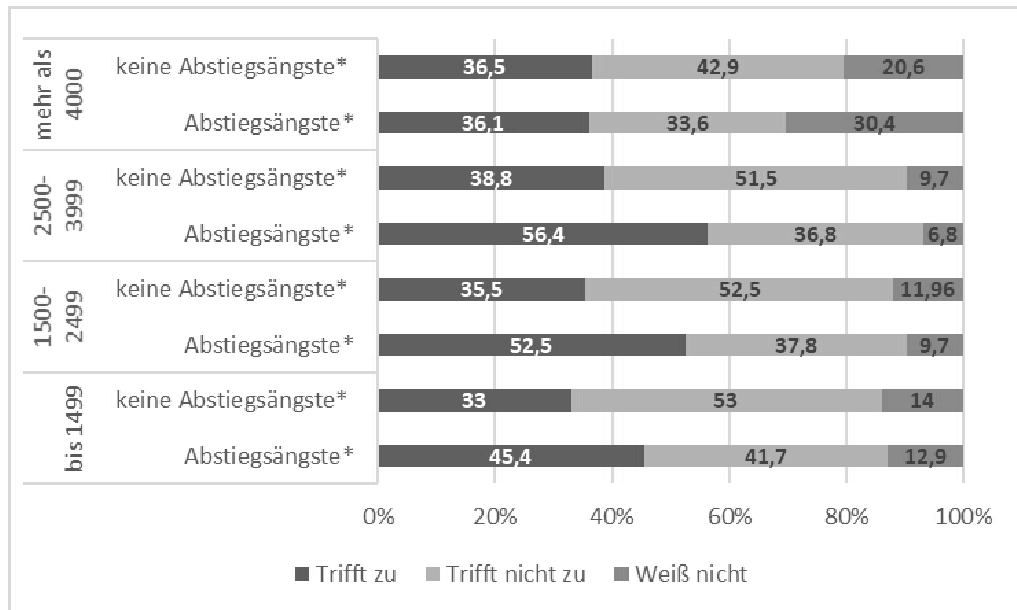
Exemplarisch wird am Beispiel des Gefühls einer wachsenden Kontrolle am Arbeitsplatz in

Abbildung 1: Abstiegsängste und Zustimmung zu der Aussage „Was mit mir passiert wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung.
 N= 2958; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. *Abstiegsängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

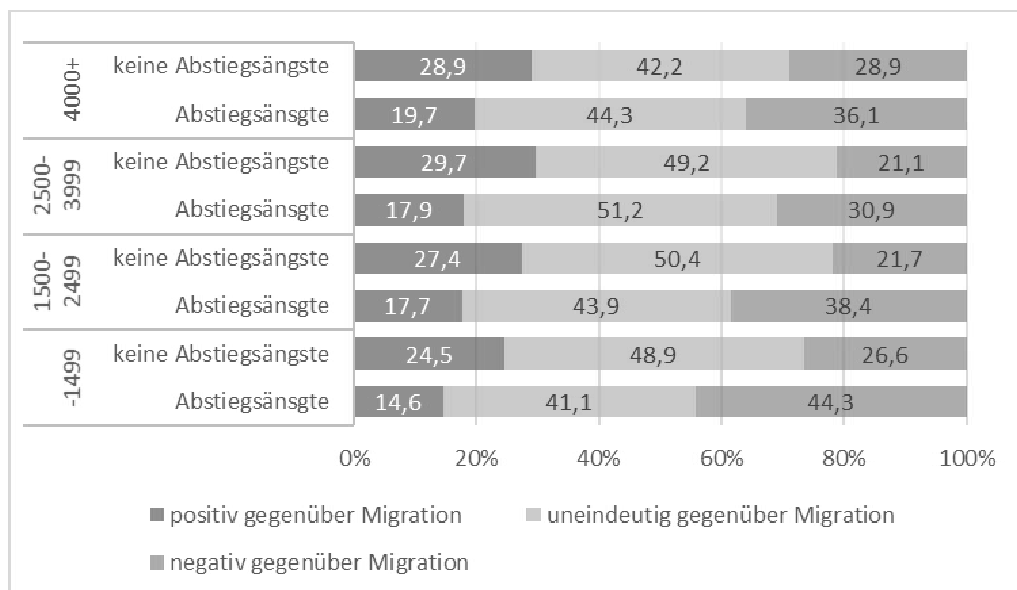
Abbildung 2: Abstiegsängste und Zustimmung zu der Aussage „Durch die Digitalisierung wird die Kontrolle und Überwachung an meinem Arbeitsplatz immer größer“ nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung.

N= 2958; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. *Abstiegsängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

Abbildung 3: Abstiegsängste und Zustimmung bzw. Ablehnung von Migration nach Gehaltsgruppen, Angaben in Prozent



Quelle: Online-Erhebung von pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung.

N= 4582; Personen ohne Einkommen und ohne Angabe nicht ausgewiesen. Abstiegsängste definiert als Zustimmung zu der Aussage „Ich befürchte meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können.“

Abbildung 2 zeigt, dass diese Aussagen auch stark mit Abstiegsängsten korrelieren.

In einem letzten Schritt soll nun untersucht werden, in welchem Zusammenhang die Ablehnung von Migration, das individuelle Nettoeinkommen und Abstiegsängste zueinander stehen. **Abbildung 3** zeigt, dass Personen, die der Migration negativ gegenüberstehen, in allen Gehaltsgruppen häufiger Abstiegsängste haben. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Ablehnung von Migration mit steigendem Gehalt sinkt. Eine Ausnahme stellen hier Personen dar, die über 4000 Euro netto monatlich verdienen. In dieser Gruppe steigt die Ablehnung von Migration wieder.

Fazit

Abstiegsängste reflektieren ein Gefühl der sozialen Verunsicherung, das sich in den unteren sozialen Schichten mit einer schwierigen materiellen Situation erklären lässt. Sie betrifft aber auch Personen, die nicht unmittelbar von einem sozialen Abstieg bedroht sind. Dies lässt sich damit erklären, dass sich Abstiegsängste auch aus einem Gefühl des „Ausgeliefertseins“, auch oder besonders am Arbeitsplatz – speisen. Hier ist auffällig, dass insbesondere Erfahrungen, die auf Veränderung von Arbeit aufgrund der Digitalisierung beruhen, Statusverunsicherungen zu befördern scheinen. Menschen mit Abstiegsängsten stehen Migrationsprozessen häufiger ablehnend gegenüber. Für fortschrittliche Politik besteht die Herausforderung darin, zu zeigen, dass zentrale politische Herausforderungen, wie die Digitalisierung, gestaltbar sind, um dem Gefühl des „Ausgeliefertseins“ politische Handlungsfähigkeit entgegensetzen. ■

Literatur

- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith (2016): Parteipräferenz und Einkommen – Die AfD, eine Partei der Besserverdiener? Berlin: IW-Kurzbericht 19/2016.
- Gidron, Noam; Hall Peter A (2017): The politics of social status: economic and cultural roots of the populist right. In: British Journal of Sociology, Jg. 68, Heft 5.1, S. 57-84.
- Dörre, Klaus (2016): Die nationalsoziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs

Thesen. In: Rehberg, Karl-Siebert/Kunz Franziska/Schlinzig, Tino (Hrsg.): PEGIDA - Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Bielefeld: Transcript, S. 259-288.

- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und Lebenslage – eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung unter besonderer Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern. Ergebnisse einer Online-Befragung. Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung.
- Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69, Heft 2, S. 209-232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70, Heft 1.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Auf-begehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Spiegel Online (2017): AfD im Aufwind: „Der Gerechtigkeitwahlkampf der SPD war nicht klug“. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/afd-im-aufwind-der-gerechtigkeitwahlkampf-der-spd-war-nicht-klug-a-1169313.html>, abgerufen 17.10.17.
- Streeck, Wolfgang (2017): The Return of the Repressed. In: New Left Review, Heft 104, S. 5 - 18.

Soziale Abgrenzung auf Facebook – eine ethnographische Feldstudie über die Generation Y

von Milan Glatzer¹

1. Einführung

In letzter Zeit stehen Themen der sozialen Ungleichheit wieder vermehrt im Blickfeld der öffentlichen Debatte. Dies findet Ausdruck sowohl in einem vermehrten Auftreten von Artikeln, die die wachsende Ungleichheit in Deutschland thematisieren, als auch durch Wortmeldungen von Leuten die unter dem Hashtag #unten ihre Erfahrungen von Unterprivilegierung beschreiben. Die Brisanz des Themas wird durch die Popularität von Literatur unterstrichen, die sich mit sozialer Ungleichheit auseinandersetzt. Dazu gehören die Bestseller „Rückkehr nach Reims“ von Eribon, „Die Abstiegsgesellschaft“ von Nachtwey oder das einflussreiche Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Piketty. Nicht zuletzt wird die Thematik der sozialen Ungleichheit oft in Zusammenhang mit dem stärker werdenden Populismus in der westlichen Welt gebracht und als Erklärungsansatz für dessen Entstehung herangezogen. Die wachsende Ungleichheit, so der verlautende Tenor, habe dazu geführt, dass ein wesentlicher Teil der Gesellschaft abgehängt sei, welcher sich nun in die Arme der Populisten begeben. Doch solch einheitliche Erklärungsansätze zerfransen schnell, sobald man Fragen aufwirft, worin, für wen und wodurch Ungleichheit eigentlich zugenommen haben soll: auseinanderklaffende Einkommensverteilung, stagnierende Entwicklung der Reallöhne bei wachsender Produktivität, der Zugang zu Bildung oder Produktionsmitteln? Keine dieser Variablen scheint zufriedenstellend die Dimension sozialer Ungleichheit einzufangen, sondern bietet im Gegenteil jeweils Spielraum für eine beschönigende Beschreibung der Entwicklungen.

Als Ergänzung zu messorientierten Erklärungsversuchen erscheint daher eine kulturelle Analyse von Phänomenen sozialer Ungleichheit

vielversprechend. Aus diesem Grund habe ich mich mit der Frage beschäftigt, wie Ungleichheit auf kultureller Ebene kenntlich und damit erschaffen und aufrechterhalten wird. Mit diesem Ansatz greife ich auf Bourdieus Konzepte von „Sozialer Distinktion“ und „Kulturellem Kapital“ zurück. Um sich auf einzelne Menschen auszuwirken, muss Ungleichheit zuerst erkennbar gemacht, sprich markiert, und in eine hierarchische Ordnung gebracht werden. Die Mechanismen dieser Markierungsprozesse beschreibt Bourdieu ausführlich in seinem Buch „Die feinen Unterschiede“ aus dem Jahr 1979. Darin führt er eine kulturelle Dimension zum Verständnis gesellschaftlicher Hierarchisierung ein, welches von einem traditionellen materialistischen Verständnis abweicht (Savage, „Class Analysis“ 8). Bourdieu argumentiert, dass vererbtes Kulturelles Kapital ausschlaggebend sei für die Positionierung eines Individuums in der gesellschaftlichen Hierarchie. Dabei lässt sich Kulturelles Kapital als Austragungsform von Geschmäckern verstehen welche als „legitim“ wahrgenommen, und damit als Indikatoren für hohe „Persönlichkeiten“ angesehen werden. Bourdieu zufolge werden diese legitimen Geschmacksformen von staatlichen Bildungsinstitutionen befördert, wodurch Mechanismen sozialer Diskriminierung aufrechterhalten, und jene privilegiert werden, welche durch ihren sozio-ökonomischen Hintergrund bereits „legitimen“ Geschmack aus dem Elternhaus erwerben konnten. Das Beispiel eines Kindes, welches Zuhause klassische Musik gewohnt ist und sich im Musikunterricht dementsprechend differenziert einbringen kann, ist das vereinfachte Beispiel dieser Mechanismen. Inwiefern jedoch die von Bourdieu beschriebenen Mechanismen der sozialen Abgrenzung noch aktuell sind, zu einer Zeit in der Zugang zu Bildung und kulturellen Gütern durch das Internet durchlässiger geworden ist, ist eine zentrale Frage für das Nachvollziehen sozialer Ungleichheiten.

Im Folgenden präsentiere ich daher Auszüge einer webethnographischen Feldforschung, in

¹ Milan Glatzer hat Philosophie, Geschichte, Kultur- und Medienwissenschaften in Freiburg und den U.S.A. studiert. Er absolviert zurzeit seinen Master in Soziologie an der Goethe Universität in Frankfurt mit einem Schwerpunkt auf sozialer Ungleichheit und sieht sich selbst als unfreiwilligen Kosmopoliten.

denen ich das Posting-Verhalten deutscher Angehörige der „Generation Y“ auf Facebook analysiert habe mit Hinblick auf Praktiken der sozialen Abgrenzung wie Bourdieu sie beschrieben hat. Die Analyse bildet sich aus der vergleichenden Beobachtung zweier Gruppen: bei der einen Gruppe handelt es sich um neun identifizierte Stipendiaten der „Studienstiftung des deutschen Volkes“, bei der anderen um 14 geringqualifizierte Individuen. Beide Gruppen wurden anhand von Markern auf Facebook identifiziert, welche ich als aufschlussreich für den Bildungsgrad erachtet habe. Die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ besitzt ihre eigene Facebook-Seite. Profile die einer bestimmten Seite folgen oder sie liken sind von Facebook nicht einsehbar. Daher identifizierte ich mehrere Posts der Stiftungs-Facebook-Seite, welche auf exklusive und teilnehmende Aktivitäten verwiesen. Bei den Posts ist es einsehbar welche Profile diese kommentiert oder mit einem „Like“, „Love“, „Haha“, „Wow“, „Sad“ oder „Angry“ versehen haben. Aus dieser Liste identifizierte ich neun Profile mit geringer Privatsphäreneinstellungen, was eine Voraussetzung für meine Beobachtungen war. Die Identifizierung der Profile von Individuen mit geringerem Bildungsabschluss erfolgte in zweiter Instanz, anhand von Posts, welche negative Merkmale zu den Profilen der Stipendiaten aufwiesen. Neben der notwendigen niedrigen Privatsphäreneinstellung, selektierte ich Profile, die aussagekräftige, biographische Darstellungen geringeren Bildungsgrades aufwiesen, wie etwa Aussagen zu besuchten Schulen, Fotos von Abschlussfeiern, Berufstätigkeiten etc. Dabei sei darauf hingewiesen, dass diese Charakteristiken ausschließlich als Indikatoren einzustufen sind, ohne Tatsachenanspruch. Des Weiteren erhebt ethnographische Forschung keinen Anspruch auf repräsentative Aussagekraft. Stattdessen gilt es nach Geertz eine „Dichte Beschreibung“ zu vollziehen, anhand welcher einzelne Verhaltensweisen im ganzgesellschaftlichen Kontext eingeordnet und erklärt werden können. Des Weiteren ist es mir ein Anliegen, dass die Einblicke in die dargelegten Lebensrealitäten nicht zu Verstärkungen von bestehender Stigmatisierung führen. Meine Absicht ist es, ein Verständnis für kulturelle Unterschiede zu erzeugen, so dass Praktiken der sozialen Abgrenzung ihre Wirksamkeit verlieren. „Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen,

sondern verstehen!“, so fordert uns Bourdieu auf, soziale Ungleichheit zu erkunden.

Kosmopolitische Ästhetik der Verbundenheit

Die neun Profile, die den Stipendiaten zugeordnet werden, folgen einem gemeinsamen Prinzip der *Vernetzung* und *abstrakten Verbundenheit*. Die Darstellung dieser Eigenschaften wird ergänzt durch eine große Betonung von Leichtigkeit und Mühelosigkeit im sich Zurechtfinden in einer *kosmopolitischen Welt*.

Vor dem Hintergrund der letzten Bundestagswahl ist das hervorstechendste Thema der jüngsten Posts der starke Einsatz für demokratische Werte. Dies wird durch persönliche Stellungnahmen kommuniziert, wie z.B.: „Heute ist Bundestagswahl – geht wählen! Es ist nämlich bei weitem keine Selbstverständlichkeit und jede Stimme zählt!“, „WÄHLT!“ oder „Sexismus und Xenophobie auf nur einem Poster vereint? Das schafft nur die AfD. Traut euch, geht wählen! #Bundestagswahl #btw17“. Diese Zitate bringen Sorgen um demokratische Werte angesichts des Erfolgs der rechtspopulistischen Partei AfD zum Ausdruck. In Übereinstimmung mit der Haltung gegen die AfD wird auch Stellung bezogen für die Europäische Union und gegen andere isolationistische politische Bewegungen wie den Brexit oder Trumps protektionistische Politik. Obwohl mein Interesse nicht auf politischen Orientierungen liegt, ist alleine die Tatsache, dass alle Profile Posts mit politischem Anliegen und Engagement aufweisen, aussagekräftig hinsichtlich anderer Praktiken.

Dazu gehört das Posten informativer Inhalte, in denen eine Vielfalt an gesellschaftlichen und politischen Thematiken diskutiert wird. Diese Posts reichen von informativen Inhalten von ‚Gesetzesvorhaben zur Netzregulierung‘ über Berichte zu ‚Einblicken in das Leben und Motive von Mitgliedern des IS‘ bis hin zu dem Versuch, Aufmerksamkeit auf ‚bedrohte Hummelarten‘ sowie ‚Tiermissbrauch in deutschen Zoos‘ lenken zu wollen. Neben rein informativen Inhalten werden auch Artikel gepostet, in denen ‚Sexismus am Arbeitsplatz‘, ‚Waffenbesitz in den USA‘ sowie ‚innovative Technologien, die verstopften Verkehr auflösen‘ diskutiert werden. Diese Beispiele

zeugen von einem Bewusstsein für und Sorge über eine Reichweite an sozialen Themen, welche nicht unmittelbar in Verbindung mit den Erfahrungshorizonten, nationalen oder kulturellen Kontexten der Individuen stehen.

Solche Posts bringen einen Aspekt der *intellektuellen* Verbundenheit mit der Welt zum Vorschein, welcher weiter unterstrichen wird durch eine *geographische* Verbundenheit. Nicht selten sind Bilder aus dem Ausland zu sehen, versehen mit Aussagen wie „How much I have missed this place! Photo credits: The amazing [...]“, „Impressions from the beautiful four months I spent on Cuba.“, „Auf gehts nach New York – dort werde ich dann auch endlich wieder ausgiebig fotografieren! 😊 [...]“ und „Heute Dracula Castle, dann nach Bukarest und dann ‚into the wild‘ 😊“. Diese Kommentare geben nicht nur Informationen über die besuchten Orte preis, sondern auch, dass die repräsentativen Nutzer keine klassisch touristischen Ambitionen an diesen Orten verfolgen. Stattdessen präsentieren sie eine bedeutsamere und aktivitätsorientiertere Motivation, um ihre Affinität zu diesen Orten zu erklären, die von Studienzeiten im Ausland über Arbeitsaufenthalte bis hin zu persönlich gesteckten Zielen reichen. Es ist insofern relevant, dies zu unterstreichen, als dass keines der Profile touristische Bilder oder Bilder mit Darstellungen von Freizeitentspannung aufweist. Die Autoren Prieur und Savage argumentieren, dass es heutzutage „nötig ist, wenn man aus der Menge herausragen möchte, sich nicht nur von der Mühle der täglichen körperlichen Arbeit abzuheben (...), sondern auch vom ‚unterschiedslosen‘ Verfolgen reinen Vergnügens (...) durch Leute welchen zu viel Zeit zur Verfügung steht“, so dass es „heutzutage so aussieht, als ob diejenigen Klassen, die reich an kulturellem und ökonomischem Kapital sind, sich mehr durch Vielbeschäftigung als durch den Müßiggang auszeichnen.“ (316, 315).

Neben Reiseaktivitäten werden Bedeutsamkeit und Ambition auch durch persönliches Engagement unterstrichen. Ein Weg, die Bedeutung des eigenen Engagements zu unterstreichen, ist die Assoziierung mit einflussreichen Organisationen und/oder Individuen. So zeigt ein Post einen frisch erhaltenen Praktikantenausweis bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), ein ande-

res ein Profilbild mit dem Bundesvorsitzenden der FDP Christian Lindner. Ein weiterer Weg, die Bedeutung persönlichen Engagements hervorzuheben besteht darin, die damit verbundene Verantwortung zu betonen: „Guys, I need your help! For a seminar series on innovative / unconventional approaches to economic challenges I am looking for women and non-white or working class speakers. Please let me know all the brilliant female economists (professors, award-winners etc.) that you can think of!“ Diese nebensächliche Enthüllung der Bedeutung der eigenen Aktivitäten findet bei einem weiteren Individuum auf ähnliche Weise Ausdruck, mit dem Post: „RIESENCHANCE! Unbedingt bewerben – bis 20. Dezember! Bei Fragen stehe ich gerne zur Verfügung!“ In diesem Post bietet der/die Betreffende Interessierten Hilfe bei der Bewerbung auf ein prestigereiches Projekt an. Die Information des eigenen Engagements und Erfahrung in diesem Projekt erscheinen als beiläufige Notwendigkeit. Der Post ist auf flüchtige Weise formuliert und suggeriert, dass jeder sich bewerben kann, wodurch die selektiven Bewerbungskriterien heruntergespielt werden. Dies ist insofern exemplarisch, als dass in keinem der Posts das prestigeträchtige Element explizit hervorgehoben wird, noch wird auf den entsprechenden Aufwand hingewiesen, was den Schluss zulässt, dass es als unangemessen eingestuft würde, das zu tun. Diese Schlussfolgerung deckt sich mit Savage, der argumentiert, dass „Menschen in höheren gesellschaftlichen Funktionen sich üblicherweise von jedem Verdacht des Snobismus fernhalten.“ („Social Class 21st Cent.“ 121). Des Weiteren, ergänzt es die Auffassung, wonach „die neue Währung für ‚cool‘ eine ausdrückliche Ablehnung des Snobismus sowie ein Zelebrieren von Diversität“ sei. (114).

Diversität selbst erlangt dabei eine prestigeträchtige Eigenschaft, die ebenfalls auf beiläufige Weise durch sprachliche Kompetenzen dargestellt wird. So postet jemand auf Englisch, dass er nach Kontakten sucht, um eine Unterkunft zu finden: „Dear Berlin-people, I will be moving to Berlin and need accommodation as of June. Maybe until September, maybe longer. If you have any ideas, tips, spare couches, please let me know. Appreciated!“ Dieser Post bestätigt zuvor beobachtete Muster. Neben dem Offensichtlichen, nämlich, dass der Betreffende mobil

ist und fließend Englisch beherrscht, macht der Post deutlich, erstens, dass der Verfasser Leute aus verschiedenen nationalen Hintergründen kennt, welche kein Deutsch beherrschen, sowie sich zweitens in Kreisen bewegt, in denen diejenigen, die Deutsch beherrschen, ebenfalls fließend in Englisch sind. Diese Leichtigkeit sprachlicher Kompetenzen findet auch in beiläufigeren Kontexten gebrauch, wie etwa bei den folgenden, kurzen Sätzen und Einwüfen: „Finally!“, „Porco demonio...“, „Qu'est-ce qu'une Apfelschörle?“, „Flight booked! ☺“, „à Londres!“ und „Solidarité avec la France“. Der lockere Kontext der Verwendung verschiedener Sprachen unterstreicht die Leichtigkeit und Natürlichkeit, mit der sie gesprochen werden. Gelegentlich wird es als eloquent und witzig empfunden, gelegentlich auch als kompetent und notwendig, in einer anderen Sprache zu kommunizieren.

Solche Aspekte vermitteln eine Natürlichkeit im Manövrieren in einer vielfältigen Welt und ergänzen die zuvor beschriebenen Attribute des Kenntnisreichtums von und *Vernetzung* mit Sphären, die über traditionelle lokale Grenzen hinausgehen. Da „die Fähigkeit, außerhalb des eigenen nationalen Bezugsrahmens zu stehen, für sich genommen bereits ein wichtiger kultureller Marker sein kann“, gehen diese Beobachtungen konform mit Prieur und Savage, die argumentieren, dass es „eine Verbindung gibt zwischen dieser Art wissender Aneignung von Kultur und einer gewissen ‚kosmopolitischen‘ Orientierung.“ (310). Der Begriff „kosmopolitisch“ beschreibt dabei eine abstrahierte „Zugehörigkeit zu allen Teilen der Welt, ohne Begrenzung auf ein Land oder dessen Bewohner“ – und kann somit von einer Elite verwendet werden, die sich damit selbstgefällig als aufgeschlossener gibt als jene ohne eine solche Orientierung“ (313).

Kosmopolitische Vorlieben zeigen sich auch am jeweiligen Sinn für Humor. So fügte ein Nutzer seinem Profilbild, in dem er einen eng geschnallten Wanderrucksack mit darüber gezogenem Regenschutz trägt, die Beschreibung hinzu: „It's official, I really am German“. Mit diesem Kommentar lässt der Nutzer eine reflexive Selbstironie erkennen, die wiederum „die Fähigkeit demonstriert, über den eigenen nationalen Referenzrahmen zu urteilen [...], statt diesen als kul-

turelle Gegebenheit anzunehmen.“ (Prieur und Savage 310). Demgemäß unterstreicht der Nutzer die Fähigkeit sich mit „Leichtigkeit und Anmut zwischen verschiedenen Genres zu bewegen, mit Klassifikationen und Typologien zu spielen, was heutzutage selbst als kulturelles Kapital gelten mag.“ (Savage, „Social Class 21st Cent.“ 52). Da Bourdieu zufolge, „in Fragen des Geschmacks [...] jede Determinierung [...] Negierung“ ist, ist es notwendig, „den negativen Referenzpunkt zu identifizieren, im Verhältnis wozu [...] [kosmopolitische Ästhetik] sich definiert“ (56; 57).

Negative Marker des Kosmopolitischen – Lokale Praktiken der Zugehörigkeit

Am auffälligsten bei der identifizierten Gruppe von Nutzern mit geringerem Bildungskapital ist das Aufweisen von Indizien geringer geographischer Mobilität, einer lokalzentrierten Konstellation des sozialen Netzwerkes, sowie Bemühungen im Leben um Erfolge. Dabei wird ein Verständnis des Gemeinwohls ersichtlich, welches die Übernahme von Verantwortung im unmittelbaren Einflussbereich betont. Zusammen stellen diese Charakteristika das handlungsleitende Prinzip pragmatischer *Zugehörigkeit* dar.

Eine auffällige Beobachtung ist, dass bei den meisten Profilen, bei denen Hobbys oder Leidenschaften aufgeführt werden, diese sich um ein, manchmal auch um zwei oder drei Themen drehen. Diese reichen von Hobbys wie ‚Angeln‘, ‚Reiten‘ oder ‚Bodybuilding‘ über Faszination für ‚Luxusautos‘, ‚Vikingerboote‘ und ‚selbstgemachte Garagenwerkzeuge‘ bis hin zur Identifizierung mit einem bestimmten ‚Fußballclub‘. Es ist bezeichnend, dass Interessen und Aspekte des persönlichen Freizeitvertriebs dargestellt werden, da dies im Kontrast zur hochgebildeten Gruppe steht. Ferner finden sich häufig private Informationen über die persönliche und alltägliche Bezugswelt, wie etwa das Bild eines menschenleeren Einkaufszentrums mit dem Hinweis „Nix los in Jena ist ja der Hammer“, dem Bild einer Person, die ihre Katze krault und dem Kommentar dazu: „entspannt den Bauch kraulen lassen...“, einer Fotosammlung und dem Hinweis: „Eine schöne Runde mit lieben Menschen und süßen Hündis“ sowie beiläufige Posts wie „Guten Morgen, wünsche euch allen einen schönen

Freitag und später ein schönes Wochenende“. Andere Posts enthalten etwas außergewöhnlichere Erfahrungen wie „[...]Schau nach oben und dann das !!!Hammer 🖱️ Da willst ja noch hin! Mega kleine Sachen die ein verblüffen!?🤔🤔🤔“, dazu ein Bild eines Heißluftballons mit REWE-Aufschrift, ebenso wie ein Post mit dem Inhalt: „Das war eine Nacht🐱 alle drei Wohnungskatzen abgehauen weil Ben unser Hund Durchfall hat und hat sich mal alle Türen aufgemacht zum Hof. Haben wir nicht gute Tiere. Alle wieder da ❤️❤️❤️❤️“. Die Urheber dieser Posts scheinen die darin enthaltenen Informationen als mitteilungswürdig empfunden zu haben, eben weil sie persönliche Erfahrungen des Alltags einfangen. Der Sinn dieser Posts scheint dabei dem Prinzip zu folgen, anderen einen Bezug zum eigenen Leben zu gewähren und so soziale Verbindung herzustellen.

Wie in der vorherigen Gruppe werden auch in dieser Gruppe häufig informative Posts geteilt. Dabei können sowohl die Bezugnahme zu, wie auch die Begrenzung auf den eigenen Erfahrungsraum weiter als leitendes Postingprinzip beobachtet werden. Die Relevanz informativer Posts entstammt der geographischen und/oder persönlichen Unmittelbarkeit eines Nutzers. So finden sich geteilte Artikel wie: „Umwelthilfe: Fahrverbot für Bielefeld unvermeidlich“, „Brand durch Blitzeinschlag – Blaublicht Report [...] weitere Informationen aus deiner Region“, „Wetterdienst warnt: In diesen 52 Landkreisen kommt es heute noch dicke“, „Forscher warnen: Ibuprofen erhöht das Risiko für Herzstillstand – Millionen Deutsche betroffen“. Bezeichnend für diese Artikel ist, dass sie alle für die jeweiligen Nutzer bzw. deren Netzwerke relevante Informationen enthalten. Abgesehen davon, dass diese Posts das Prinzip des unmittelbaren Handlungsbezugs bestätigen, bietet diese Beobachtung Hinweise auf ein lokalzentriertes Netzwerk, innerhalb dessen die Mehrheit der Facebook-Kontakte mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ein Interesse an Informationen über geographisch naheliegende Vorgänge teilt. Diese Interpretation wird unterstützt durch eine auffällig hohe Frequenz von Posts mit Fahndungsaufrufen: „+++Zeugenaufruf+++ Polizei bittet um Mithilfe nach zwei versuchten Sexualdelikten in Schwerin“, „Wettesingen – 15-jährige Lucy S. vermisst – Polizei bittet die Bevöl-

kerung um Mithilfe“ sowie „Meine Lieben.. Mein schönstes und teuerstes Geburtstagsgeschenk überhaupt. Bitte teilen, so oft es geht!!! Vor dem Haus [...]. Muss heute, am 29.09.17, zwischen 9.45 Uhr und 10.15 Uhr passiert sein. Zeugen gesucht.. ganz dringend 😭? [...]“, mit Bildern eines beschädigten Autos. Bezeichnend beim letztgenannten Post ist, dass es sich um einen geteilten Post eines Nutzers handelt, der nicht Teil der Freundesliste des betreffenden Nutzers ist.

Bei diesen Posts tritt eine andere Vorstellung von Verantwortung hervor als bei jenen Nutzern mit hohem Bildungskapital. Verantwortung scheint hier einer Auffassung der unmittelbaren Auswirkung auf das eigene Umfeld zu entspringen und lässt eine Vorstellung von Allgemeinwohl erkennen, die auf aktivem Handeln innerhalb des eigenen Einflussbereiches beruht. Diese Sichtweise geht konform mit Hervorhebungen von Loyalität: „ICH HABE KEINE FREUNDE, ICH HABE FAMILIE!“, „Ganz egal was auch passiert, wir geh'n durch dick & dünn...“, sowie „FREUNDE FRAGEN NICHT WARUM DU WEINST. BESTE FREUNDE HABEN SCHON DIE SCHAUFEL PARAT, UM DEN PENNER ZU BEGRABEN, DER DICH ZUM WEINEN GEBRACHT HAT!“. Der Aspekt der Loyalität findet ferner Ausdruck in der Wertschätzung enger sozialer Bindungen durch Posts wie „Ich liebe dich [...] Danke für alles was du für mich tust [...] Danke für deine Bedingungslose Liebe“ oder „Schöne Erinnerungen! Schöne Zeiten! Schön! [...] Hoffe Ostern wird wie 09.12-18.02 Hab viel zu erzählen! 😊 Schwesterherz!“.

Neben Posts der Wertschätzung von Kontinuität und Zuverlässigkeit in sozialen Beziehungen finden sich häufig auch solche, die Frustration über einen wahrgenommenen Verlust dieser Werte zum Ausdruck bringen. Unbehagen über weitläufig soziale Dynamiken findet in politischen Posts Ausdruck: „Wo ist diese Merkel... es REICHT jetzt“, wobei eine ältere Frau gezeigt wird, die mit einer Axt in der Hand die Straße entlangläuft, „Angela Merkel sagte: Jeder Mensch in Deutschland verdient im Durchschnitt 3.000€ Da frag ich mich: ‚Bin ich kein Mensch oder bin ich nicht in Deutschland?‘“, „Rentnerin (76) sammelt Flaschen – Jetzt ist sie vorbestraft“, eingeleitet durch den Kommentar Tja, dass ist Deutschland!!!!!!!!!!!!“

„Eins hat die Flüchtlingskrise deutlich gezeigt... ES WÄRE IMMER GELD FÜR DIE ÄRMSTEN BEI UNS DA GEWESEN!!!!“ Diese Posts greifen Themen der finanziellen Unsicherheit auf und bringen Frustration über die Hinnahme dieser Zustände seitens der Regierung und der Gesellschaft zum Ausdruck. Das Tolerieren strukturell prekärer Umstände steht im direkten Konflikt mit dem zuvor beschriebenen Verantwortungsideal, wonach die Unmittelbarkeit sozialer Realitäten als Richtwert sozialen Handelns dient; worunter politisches Handeln gefasst wird. Das Missachten dieses Verantwortungsideals erklärt das Gefühl von Frust und Ungerechtigkeit. Obwohl sich zwischen diesen Formen der Unzufriedenheit und gewissen politischen Orientierungen eine Korrelation andeutet, die für eine Untersuchung gegenwärtiger politischer Entwicklungen vielversprechend erscheint, liegt mein Fokus woanders. Aussagekräftig für meine Untersuchung sind die Ausdrücke von Anstrengung und Mühe, die ein Charakteristikum darstellen, das bei den Profilen hochgebildeter Nutzer abwesend ist.

Es finden sich häufig Posts von Nutzern geringerer Bildung, die Bemühungen im Leben zum Ausdruck bringen. Das expliziteste diesbezügliche Statement ist in folgendem Post zum Ausdruck gebracht: „ICH HASSE ES, WENN MENSCHEN ZU MIR SAGEN ‚DU HAST ABER GLÜCK‘, NEIN VERDAMMT, DAS HABE ICH NICHT“ ICH REIß MIR JEDEN TAG DEN ARSCH AUF UM DAS ZU ERREICHEN, WAS ICH WILL!“ Die meisten jener Posts, die die mühevollen Aspekte des Lebens zum Thema machen, werden jedoch in humorvoller Weise ausgedrückt und unterstreichen noch einmal den Aspekt der sozialen Bezugsherstellung. Dazu gehören etwa Posts mit Phrasen wie: „IM NÄCHSTEN LEBEN MACH ICH WAS OHNE WECKER“, „Eltern: ‚Na, wie lief die Klausur?‘ Ich: ‚Wichtig ist doch, dass wir alle gesund sind‘“, „DER MONTAG AN SICH IST HARMLOS. MAN DARF HALT NUR NICHT AUFSTEHEN!“ All diese Posts zeigen, dass Anstrengung und Mühe Teil des Lebens der entsprechenden Nutzer sind. Darin kann ein Versuch gesehen werden, einen Bezug zu anderen herzustellen und diese in ihren Anstrengungen zu ermutigen, was wiederum die obigen Handlungsprinzipien zur unmittelbaren Bezogenheit, Verantwortung und Zugehörigkeit stärkt.

Als Ergänzung zu Darstellungen von Mühen im Leben, finden sich oft solche von Freizeitaktivitäten. Der Zusammenhang zwischen Freizeitaktivitäten und Mühsal im Leben wird beispielhaft in einem Post sichtbar, der das Gesicht eines von Freude aufgeregten Büroangestellten mit folgender Bildunterschrift zeigt: „Wenn die Arbeit fertig ist und du endlich saufen kannst“. Darin wird eine Einteilung des Lebens in die Sphären der Pflichten und der Freizeit erkennbar. Die Darstellung von Freizeit kann von beiläufigen Kommentaren wie „Mit Schatz in der Sonne liegen ♥“, „Ist grad Kratzeis mit ihrer Anna ☺♥“ oder „Geht jetzt dann noch auf den Wochenmarkt und genießt dann die restlichen Sonnenstrahlen am Pool ☺)♥“, bis hin zu der Beschreibung von Urlaubsaktivitäten wie „Morgen nochmal Bananaboat fahren und den letzten Tag in Spanien genießen“ und „Sind wieder daheim von Rhodos. Es war total schön“ reichen. Letzteres wurde kommentiert mit „Ich hoff ihr habt euch gut erholt ☺“. Während sie den beabsichtigten Zweck von Freizeitaktivitäten zeigen, nämlich Erholungseffekte vom Arbeitsalltag zu erzeugen, sind diese Beobachtungen ferner mit den Ergebnissen von Savage konform. Dieser beobachtete bei Interviews mit Menschen des unteren sozialen Spektrums, dass diese „während sie über jene Aktivitäten sprachen, die ihnen Freude bereiteten, es ihnen [...] wichtig war, diese in einem sozialen Kontext zu verorten, in dem sie diese kulturellen Events mit Erfahrungen der Familie und Freunde in Verbindung brachten.“ („Social Class 21st Cent.” 348).

Die hier aufgezeigten Beobachtungen der Profile von Individuen mit geringem Bildungskapital beschreiben eine Orientierung von kulturellen Praktiken entlang einer Relevanz von Unmittelbarkeit, sowohl hinsichtlich geographischer als auch erfahrungsmäßiger Nähe. Dadurch findet ein Ideal der *Zugehörigkeit* zu einem lokalzentrierten Netzwerk Ausdruck. Verglichen mit den beobachteten Praktiken von Nutzern mit hohem Bildungskapital, korrespondiert diese Beschreibung mit den Ergebnissen von Sjøtt-Larsen, der beobachtete, dass wenn Aspekte der „Entscheidungen hinsichtlich des Lebensstils sich auf lokale versus internationale Orientierung bezogen [...], auch eine klare Opposition bei Haltungen und Lebensstil erkenn-

bar wurde, die parallel zur Opposition zwischen niedrigem und hohem Bildungskapital verlief.“ (zit. n. Prieur und Savage 311). Hinsichtlich der Darstellung der *Vernetzung* und *Verbundenheit* von Profilen hochgebildeter Nutzer tritt eine „implizite Opposition zwischen Immobilität und Mobilität [...] [zutage], wobei geographische Immobilität mit kultureller Beschränktheit assoziiert wird.“ (zit. 311). Es ist in diesem Sinne, dass eine lokalzentrierte Lebensweise als „negativer Referenzpunkt [...]“ fungieren kann, „in Verhältnis zu welchem sich [kosmopolitische Ästhetik] definiert“ (Bourdieu 57). Das wiederum lässt auf Mechanismen sozialer Distinktion hindeuten, wonach Leute „mit einem hohen kulturellen Kapital ihre Welt als weiter erleben als jene mit nur geringerem Level“ (Hold 112 zit. n. Prieur und Savage 310). Diese Interpretationen stützen die Aussage des Wissenschaftlers Coulangeon, der argumentiert, dass „kosmopolitischer Diskurs [...] die Gleichsetzung des Globalen mit ‚modern‘ und des Nationalen oder Lokalen mit ‚rückständig traditionell‘“ fördern. (107 zit. n. 314).

Wenn man diese Lesart akzeptiert tritt ein erneuertes Verständnis von Kulturellem Kapital zu Tage, wonach dieses nicht mehr anhand eindeutig festgeschriebener Marker definiert wird. Stattdessen, konstituiert sich Kulturelles Kapital durch facettenreiche Kenntnisse kosmopolitischer Lebensausrichtungen. Es sind die damit assoziierten und hier beschriebenen Qualitäten der Reflexivität, globalen Verbundenheit und Vernetzung, die dem Kosmopoliten als Attribute höherer Persönlichkeit zugesprochen werden, welche die Wirkweise von kulturellem Kapital erläutert. Mit einer solchen Perspektive erhalten wir ein deutlicheres Verständnis über die Vererbung kultureller Privilegien. Stiftungen und prestigeträchtige Studiums- und Arbeitsplätze fördern nicht nur den internationalen Austausch und damit die Entstehung eines kosmopolitischen Lebensstils, sondern sie fordern ihn auch. Um sich als junger Mensch einen kosmopolitischen Geschmack anzueignen, bedarf es eines privilegierten Zugriffs auf Mittel, die es ermöglichen, etwa nach der Schulzeit Auslandserfahrungen zu sammeln. Eine dadurch zutragen kommende kosmopolitische Ästhetik erhält die Form von kulturellem Kapital in dem

Moment, in dem es, etwa in Bewerbungsgesprächen für Studiengänge oder Berufe, in soziales und ökonomisches Kapital eintauschbar wird. Von der Tatsache, dass ein solches Eintauschen stattfindet und einem Mechanismus unterliegt wonach Geschmack und Persönlichkeit in hierarchischem Bezug zueinander gestellt werden, zeugt die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Diese fördert „die Hochschulbildung junger Menschen, deren hohe wissenschaftliche oder künstlerische Begabung und deren Persönlichkeit besondere Leistungen im Dienste der Allgemeinheit erwarten lassen“. Die Stiftung fördert monatlich die Stipendiaten mit rund 1000 Euro und verweist explizit auf eine profitable Vernetzung der Stipendiaten. In Anbetracht der hier geschilderten Beobachtungen liegt das Argument nahe, dass ein kosmopolitischer Lebensstil als normative Richtlinie für die Einstufungen von Persönlichkeiten und deren Förderungswürdigkeit fungiert. Mit dieser Schlussfolgerung ist das Argument bestärkt, dass Kosmopolitische Ästhetik als Kulturelles Kapital wirkt und dass ferner, Mechanismen der sozialen Abgrenzungen auch in der Gegenwart zum Tragen kommen. Inwiefern man den hier dargestellten Beobachtungen eine weitreichendere gesamtgesellschaftliche Relevanz zusprechen mag, mit Hinblick auf derzeitige politische Dynamiken, sei dem Leser zu beurteilen überlassen. Wie auch immer dies geschehen mag, meine Hoffnung ist es, ein Verständnis für fremde Lebensrealitäten erzeugt haben zu können, was für alles Darauffolgende einen wichtigen ersten Schritt darstellen kann. ■

Quellen:

- Bourdieu, Pierre. *Distinction a Social Critique of the Judgement of Taste*. 1979. Translated by Richard Nice, Routledge, Taylor & Francis Group, 2002.
- Coulangeon, Philippe editor. *The Routledge Companion to Bourdieus Distinction*. Routledge, 2015.
- Hartley, John. *Uses of Television*. Routledge, 1999.
- Hoggart, Richard. *The Uses of Literacy*. Penguin Books, 1957.
- Prieur, Annick, and Mike Savage. „On ‚Knowingness‘, Cosmopolitanisms and Busyness as Emerging Forms of Cultural Capital.“ Coulangeon, pp. 307-318.
- Savage, Mike. *Social Class in the 21st Century*. Pelican an imprint of Penguin Books, 2015. ---. *Class Analysis and Social Transformation*. Open University Press, 2000.

„Digitale Revolution“. Eine Kritik

von Max Reinhardt¹

Einleitung

Die Digitalisierung ist vor allem eins: Sie ist eine Projektionsfläche für gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesellschaftsbilder. Als „digitale Revolution“ werden weitreichende Veränderungen prognostiziert. Der vorliegende Artikel unterzieht die herrschende Vorstellung von einer „digitalen Revolution“ einer Kritik und verdeutlicht, dass Digitalisierungsprozesse feldabhängig und damit den vorherrschenden Feldmechanismen unterworfen sind. Er versteht die Felder als Kräftefelder, in denen verschiedene Fraktionen mit unterschiedlichem Habitus („Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata“ (Bourdieu 1993, S. 100)) um Einfluss, Deutung und Vormacht ringen (zu den Begriffen Feld und Habitus nach Bourdieu vgl. Wacquant 1996).

Unterschiedliche Fraktionen im Kampf um die Deutung der „digitalen Revolution“

Jürgen Leibiger (2016, S. 12 f.) unterscheidet unterschiedliche Fraktionen. Diese Unterscheidung in sechs Fraktionen mit weiteren Teilfraktionen zeigt, wie unterschiedlich die Prognosen einer künftigen Gesellschaft und Wirtschaft sind. Keine von ihnen kann die volle Wahrheit für sich beanspruchen, zumal ihre Einstellungen normativ geprägt sind und im Sinne Bourdieus (1987, S. 219 f.; 2016) von einem bestimmten Standpunkt im sozialen Raum ausgehen. Die Fraktionen positionieren sich vom politischen Feld aus, zu dem auch Intellektuelle und Wissenschaftler zu zählen sind, die sich mit Politik beschäftigen und von einem bestimmten Standpunkt aus das politische Feld analysieren (vgl. Bourdieu 2001). Die Fraktionen zeigen auf, dass der

„technischen“ oder „digitalen Revolution“ sehr unterschiedliche Wirkzusammenhänge zugestanden werden.

1. „Die größte Fraktion“ (Leibiger 2016, S. 12) besteht aus den Anhängern eines unhinterfragten Wirtschafts- und Wohlstandswachstums durch technische Innovationen (vgl. ebd.). Es sind im Grunde vor allem wirtschaftsliberal eingestellte Eliten. Sie sehen in der technischen oder digitalen Revolution einen fast schon naturwüchsigen Prozess, der nicht aufgehalten werden darf, sondern der aus Konkurrenzgründen für den Wirtschaftsstandort notwendig ist. Sie finden sich vor allem in Union, FDP und in den wirtschaftsliberalen Flügeln von SPD und Grünen.
2. „Eine zweite Fraktion“ (Leibiger 2016, S. 12) bilden die Befürworter einer „menschengerechten Gestaltung von Technik, Organisation und Management“ (ebd.) für „ein gutes Leben und Arbeiten auch im digitalen Kapitalismus“ (ebd.). Diese Fraktion speist sich vor allem aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen, die sich von oppositionellen Haltungen verabschiedet haben und an die Machbarkeit durch Gestaltung glauben. Sie glauben vor allem daran, dass die Gestaltungsplanung sich in elitären Zirkeln vollziehen wird. Mit Ausnahme der gewerkschaftlichen Eliten fehlt ihnen zumeist eine Bindung an vor allem oppositionelle Soziale Bewegungen.
3. Eine dritte Fraktion prognostiziert „ein neues Regime der Akkumulation des Kapitals“ (Leibiger 2016, S. 12) vom fordistischen hin zu einem postfordistischen Kapitalismus (vgl. ebd.). So verstünde z.B. Jeremy Rifkin den „Ablösungsprozess“ (ebd., S. 13) des Kapitalismus „nicht als soziale Auseinandersetzung, sondern als Konkurrenzkampf der beiden Paradig-

¹ Max Reinhardt ist Experte sozialer Milieus, ihrer Alltags- und Bildungsstrategien und der politischen Repräsentation. Zum politischen Feld hat er 2011 zum Beispiel bei spw/Nomos Verlag „Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linken Reformismus und Marktliberalismus“ veröffentlicht.

men von Produktion und Reproduktion“ (ebd.). Diese dritte Fraktion findet sich vor allem in intellektuellen, gerade auch feministischen Gruppen, die sich einen Wandel hin zu mehr Gleichberechtigung erhoffen.

4. Die vierte Fraktion sagt mit dem Aufkommen der „technologische[n] Revolution“ (Leibiger 2016, S. 13) und dem Sinken der Profitrate den „Kollaps des Systems“ (ebd.) voraus. Die „wertkritische Schule“ hingegen begründet das Ende des Kapitalismus mit dem „Ende der Arbeit“ (ebd.) das Ausbleiben der Produktion von „Wert und Mehrwert“ (ebd.) durch die technologische Revolution (vgl. ebd.). Diese Fraktion ist vor allem marxistisch geprägt und findet sich in Deutschland vor allem in der Linkspartei und ihnen nahestehenden Institutionen wieder.
5. Eine fünfte Fraktion ist der Meinung, dass die „technologische Revolution [...] unter den Bedingungen des heutigen, reifen Kapitalismus aus verschiedenen Gründen nicht vollzogen oder zumindest nicht von ihren asozialen und destruktiven Folgen für Mensch und Natur getrennt werden“ (Leibiger 2016, S. 13) könne und es deshalb „neuer sozialer Verhältnisse“ bedürfe (vgl. ebd.). Die neue Gesellschaft ist aus Sicht dieser Fraktion entweder ein Sozialismus, ein „Commonismus“ (ebd.) oder „unbestimmt“ (ebd.) ein „Post-Kapitalismus“ (ebd.). Auch dieser Typus von Transformationsbefürwortern ist vor allem in der Linkspartei zu finden.
6. Eine sechste Fraktion einer Gruppe linker sozialdemokratischer Umverteilungspolitiker oder einer anderen vor allem grünen Teilfraktion der De-Growth-Befürworter ist ein grundsätzlicher Kritiker der „gegenwärtige[n] technologische[n] Entwicklung“ (Leibiger 2016, S. 16).

Die fünfte und sechste Fraktion sind die, die am vehementesten eine sich scheinbar naturwüchsig vollziehende technologische

oder digitale Revolution bekämpfen und dem technisch oder digital dominierten Paradigma grundsätzlich widersprechen. Ihnen geht es nicht nur um Gestaltung, sondern auch um eine fundamentale Infragestellung einer technologischen Herrschaft und einer sie tragenden Elite von Informatikern, Ingenieuren und Technokraten (Stichwort Industrie 4.0) mit einer einseitigen Fokussierung auf die Industrie.

„Digitale Revolution“ und die Reproduktion sozialer Ungleichheit

Das Problem der „digitalen Revolution“ ist, dass sie dazu instrumentalisiert werden könnte, soziale Ungleichheiten zu verstärken, statt sie abzubauen. Die historischen Vergleiche zur Industrialisierung liegen zwar zunächst nahe, sind aber insofern zu überdenken, als dass der Sozialstaat als ausgehandelter und erkämpfter Klassenkompromiss extreme Ungleichheiten verhindern kann. Heute erscheinen daher einseitige Prognosen einer Verelendung (vgl. Marx/Engels 1959, S. 23-35) als unrealistisch. Der Staat ist nicht allein das Instrument der herrschenden Klasse, wie noch von Engels behauptet (vgl. Engels 1959, S. 297) — jedenfalls seit dem Erstarken der Arbeiterbewegung und ihrer Vorfeldorganisationen nicht mehr —, sondern immer umkämpft.

Problematisch ist, dass im politischen Feld die Beherrschten häufig sprachlos bleiben oder ihre Sprache diskreditiert wird, weil sie den Sprachcode des politischen Feldes nicht ausreichend beherrschen (vgl. Bourdieu 1987, S. 722). Dies bestätigt auch der Nachweis, dass gerade in den unteren sozialen Milieus der Anteil an Nichtwähler*innen am höchsten ist, wie zum Beispiel eine umfassende Milieustudie zur Bundestagswahl 2013 verdeutlichte (vgl. Vehrkamp 2015).

Der Elitendiskurs zur digitalen Revolution droht diese Ungleichheit eher noch zu verstärken. Bereits der Vordenker von New Labour Anthony Giddens hat Bildung eine andere Funktion zugeschrieben als in der

„traditionelle[n] Vorstellung“ (Giddens 2001, S. 84). Bildung könne die „wirtschaftliche Effizienz steigern wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“ (ebd., S. 83 f.). Sie könne aber nicht mehr wie früher „auf das Leben“ (ebd., S. 84) vorbereiten und wie „in der alten Wirtschaftsordnung“ (ebd.) unabänderliche Berufskompetenzen ausbilden. Bildung könne in der „Wissensökonomie“ (ebd.) nur dabei helfen, die Fähigkeit zu entwickeln, „lernen (und vergessen — alte Gewohnheiten ablegen) zu können“ (ebd.). Als Leitbeispiel nennt Giddens den „Entwickler einer neuen Multimedia-Anwendung“ (ebd.).

Auch Giddens gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitische Vorstellungen waren also getrieben von der Digitalisierung und der Vormachtstellung von Unternehmen wie Apple und Microsoft schon Anfang der 2000er Jahre (vgl. Giddens 2001, S. 85). So bestand seiner Meinung nach die Aufgabe des Staates darin, nicht nur „Wissenschaft und Technologie staatlich zu fördern“ (ebd.), sondern auch Bedingungen für einen „Unternehmergeist“ (ebd.) zu schaffen und Kreativität zu fördern (vgl. ebd., S. 85 f.). Giddens befürwortete in diesem Sinne auch eine Flexibilisierungs- und Deregulierungspolitik, die am Ende aus seiner Sicht zu mehr Gleichheit führen würde (vgl. ebd., S. 86-129).

Allerdings zeigen zahlreiche Studien (vgl. z.B. Vester 2015; Krause u.a. 2017), dass das Vorbild New Labour mit seiner Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik in Deutschland vor allem unter der rot-grünen Bundesregierung (zum Teil auch schon seiner schwarz-gelben Vorgängerregierung) zu mehr sozialer Ungleichheit gemessen an der Einkommensverteilung (vgl. z.B. Vester 2015; Krause u.a. 2017) geführt hat. Das hing vor allem mit der Zunahme der Kapitaleinkommen zwischen 1999 und 2005 (vgl. Spannagel 2015) zusammen.

In der Bildungspolitik hingegen ist die Entwicklung gespalten (vgl. auch Reinhardt 2019a). So hat zwar der Anteil an Gymnasiasen in den unteren sozialen Milieus zwischen

2000 und 2015 prozentual zugenommen (vgl. Müller/Ehmke 2016, S. 307). Es handelt sich dabei aber nur um eine gebremste Bildungsöffnung, denn die ständische Stufung ist trotz einer leichten Abflachung im Schulsystem erhalten geblieben (vgl. Vester 2014, S. 247; vgl. auch Müller/Ehmke 2016, S. 307). Im Hochschulsystem hat der Anteil an Studierenden mit akademischem Hintergrund eines Elternteils zwischen 1995 und 2016 sogar zugenommen: an Universitäten von 51 auf 56 Prozent und an Fachhochschulen von 30 auf 40 Prozent (vgl. Multrus u.a., S. 8).

Digitale Kompetenzen und soziale Ungleichheit

Auch bei der digitalen Kompetenz zeigt sich diese ständische Stufung als „Wissenskluft und Digital Divide“ (Zillien/Haus-Brusberg 2014). Eine Milieustudie zu Einstellungen zum Internet zeigt sogar, dass „die digitale Gesellschaft“ auseinanderdriftet:

„Fanden sich bei den zurückhaltenden, internetfernen Personen 2012 noch deutlich mehr Menschen nicht nur in einfacher, sondern auch in gehobener sozialer Lage, sind die Internetfernen nunmehr nahezu ausschließlich Menschen mit geringem Einkommen und geringer Formalbildung.“ (DIVSI/SINUS 2016, S. 31)

Eine weitere wesentliche Erkenntnis ist zudem, dass eine intensive Nutzung des Internets nicht zwangsläufig zu einer positiven Einstellung zum Internet führt, sondern vielmehr sich ein kritischer Habitus auch bei der Nutzung des Internets durch die „Souveränen Realisten“ im Gegensatz zu den „Netz-Enthusiasten“ zeigt (vgl. DIVSI/SINUS 2016, S. 31). Somit sind für soziale Ungleichheiten nicht nur vertikale (Stichwort „ständische Stufung“), sondern auch horizontale Unterschiede entlang der Achse der zunehmenden Arbeitsteilung entscheidend (vgl. Vester 2014, S. 260).

Unter den 14- bis 24-jährigen-Befragten aus einer noch aktuelleren Befragung sind

keine Offliner mehr zu finden. Bei den 14- bis 24-Jährigen ist vor allem die kritische Fähigkeit im Umgang mit dem Internet — nicht nur zur kritischen Einordnung von Quellen, sondern auch zum Selbstschutz vor Internetmobbing — ein Indikator für die soziale Ungleichheit. Gerade den geringer qualifizierten „Unbekümmerten“ fehlt das „Wissen um Gefahren und Risiken oder beispielsweise wirtschaftliche Hintergründe“ (DIVSI/SINUS 2018, S. 49) und sie waren „am stärksten von tatsächlichen Negativerfahrungen betroffen“ (ebd.): z.B. Internetbeleidigungen, Fake Profile, Profilhacking usw. (vgl. ebd.).

Entscheidend für die Entwicklung einer digitalen Kompetenz ist nach PISA auch nicht der leichte Internetzugang. Die häufige Nutzung ist kein Gütekriterium digitaler Kompetenz, sondern kann sogar kontraproduktiv sein und die „Digital Divide“ verstärken. Vielmehr sind es grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und eine kritische Analysefähigkeit zur Einordnung der Qualität bis hin zur Erkenntnis der schädigenden Wirkung mancher Internetquellen (vgl. OECD 2015, S. 3 f.; S. 13-15).

Darüber hinaus wäre es zur weiteren Emanzipation und zum Abbau sozialer Ungleichheit notwendig, kritische Kompetenzen zu entwickeln. Die Arbeiterbewegung war deshalb so stark, weil sie sich ihrer Möglichkeiten und ihrer sie beschränkenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen im Kapitalismus bewusst wurde und soziale Ungleichheiten bekämpfte. In diesem Sinne ist die Aufgabe einer kritischen Theorie, oder wie es heute subjektorientiert heißt, einer kritischen Kompetenz die „Aufhebung des gesellschaftlichen Unrechts“ (Horkheimer 1980, S. 56). Dabei handelt es sich bei der „Feindschaft gegen das Theoretische überhaupt“ (ebd., S. 48) „in Wahrheit“ (ebd.) um eine Feindschaft „gegen die verändernde Aktivität, die mit dem kritischen Denken verbunden ist“ (ebd.).

Zur Kritischen Kompetenz im Umgang mit der „digitalen Revolution“ sollten dabei

PapyRossa Verlag



Werner Rügemer

DIE KAPITALISTEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Gemeinverständlicher
Abriss zum Aufstieg
der neuen Finanzakteure

Paperback
978-3-89438-675-7
357 Seiten | € 19,90

BlackRock & Co., Hedge- und Private-Equity-Fonds, Amazon, Google u. a.: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts nutzen Finanzoasen, stützen sich auf zivile Beraterarmeen und kooperieren mit militärischen Strukturen. Ein Vergleich mit dem kommunistisch geführten Kapitalismus Chinas umreißt Alternativen.



Karl Czasny

KRITIK DES ARBEITSWERTS

Zum zentralen Begriff der
ökonomischen Theorie
von Karl Marx

Paperback
978-3-89438-681-8
291 Seiten | € 20,-

Karl Czasny rekonstruiert das Marx'sche Arbeitswertkonzept – und er verteidigt es gegen Fehlinterpretationen. Sodann skizziert er die Grundzüge einer marxistischen Krisentheorie, die auf dem Arbeitswertkonzept fußt, und analysiert die aktuelle Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

unterschiedliche zum Teil bereits formulierte Kerngedanken zählen (vgl. z.T. auch Reinhardt 2019b, S. 30-47):

1. Die „digitale Revolution“ ist kein naturwüchsiger Prozess, sondern ist menschengemacht, ebenso wie mögliche Auswirkungen der „digitalen Revolution“.
2. Die Entwicklung digitaler Kompetenzen hat das Potenzial, die Bildungsungleichheit zu verstärken. Maßgeblich ist eine gezielte digitale Kompetenzentwicklung in Schule und Hochschule, die von Lehrenden begleitet wird und für die kollaborativ-solidarische Lernformate eingesetzt werden, statt den Konkurrenzdruck weiter aufzubauen (zur Förderung in der Schule vgl. z.B. Irlon/Sahin 2018).
3. Entscheidend aber für den Abbau von Bildungsungleichheit ist die Förderung von Chancengleichheit bei der Kompetenzentwicklung im Bereich Lesen, Schreiben und kritische Analysefähigkeit. Sie sind die Basis, auf die eine digitale Kompetenzentwicklung aufbauen kann.
4. Die „digitale Revolution“ hätte möglicherweise ungebremsst das Potenzial einer massiven Prekarisierung. Die treibende Kraft dahinter wäre aber eine weitere Durchkapitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft. Das Gegensteuern ist hierbei möglich, wie schon die Industrialisierung mit dem Aufbau des Sozialstaates verdeutlichte.
5. Zu kritisieren ist auch, dass alte eindimensionale Prognosen, wie die der Polarisierung einer akademischen Elite und einer ungebildeten Masse umetikettiert und unter dem neuen Etikett der „digitalen Revolution“ als neue Entwicklung verkauft werden (vgl. zur alten These einer „Wissengesellschaft“ Weber-Menges/Vester 2014, S. 5-16; zur Neuauflage vgl. Brynjolfsson/McAfee 2014). Richtig ist vielmehr, dass der Rückgang der Arbeitnehmer mit zweijähriger Berufsausbildung ein langfristiger Prozess ist und ein „polarisiertes Upgrading“ (Oesch/Rodriguez 2011) hin zu höherqualifizierten Berufen und der Stabilisierung der Un- und Angelernten bei über 20 Prozent der Berufsgruppen festzustellen ist (vgl. Weber-Menges/Vester 2014).
6. Auch der linke Glaube an das Aufkommen einer durch die Digitalisierung entstehenden neuen Klasse oder Klassenfraktion (Crowdworker) als Träger einer neuen sozialen Revolution lässt sich kaum nachweisen – trotz der Zunahme prekarisierter freier Berufe (vgl. Vester 2015, S. 262). Vielmehr sind es unterschiedliche soziale Milieus (Klassenfraktionen), die eine kritische Einstellung haben und die sich für den Kampf gegen soziale Ungleichheit mobilisieren ließen (vgl. DIVSI/SINUS 2016).
7. Die Prekarisierung und die Zunahme sozialer Ungleichheit bei Einkommen und im Bildungssystem war die Folge politischer Entscheidungen (Stichwort Flexibilisierung und Deregulierung der schwarz-gelben Bundesregierung in den 1990er Jahren und insbesondere unter den rot-grünen Bundesregierungen nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender ab 1999 bis 2005).
8. Die Ungleichheit zum Nachteil der Berufsgruppen der sozialen Dienstleistungen im Vergleich mit den für das Exportmodell zentralen besserbezahlten „technisch-industriellen Berufsgruppen“ (Vester 2015, S. 255) sind politisch noch nicht kompensiert und zeitweise durch den Sozialstaatsabbau sogar verstärkt worden.

Schlussbetrachtende Begriffskritik

Die „digitale Revolution“ ist also vielfach konnotiert und abhängig vom Standpunkt der sie betrachtenden bzw. handelnden Akteure. Allein schon die „Begriffskaperung“ der Revolution ist problematisch, weil die

„digitale Revolution“ reinen Fortschritts glauben einseitig auf die Industrie projiziert und Ungleichheiten der sozialen Dienstleistungen reproduziert. Vergessen wird dabei auch, dass soziale Revolutionen oftmals dem Wunsch nach einer Rückkehr zu alten berufsethischen Regeln entsprang, weil alltagsmoralische Einstellungen verletzt wurden, wenn zum Beispiel Arbeiter*innen sich durch völlig überteuerte Mehlpreise oder durch ein viel zu geringes Existenzminimum (Hartz IV) das alltägliche Brot (auch im übertragenen Sinne) nicht mehr leisten konnten oder können (vgl. Thompson 1977; vgl. auch Reinhardt 2018a, S. 75).

Eine kritische digitale Kompetenz wäre eine wichtige Voraussetzung zum Abbau sozialer Ungleichheiten. Dabei haben einige soziale Milieus bereits sehr kritische Einstellungen z.B. zur Nutzung des Internets, obwohl sie es oft nutzen (müssen). Hier gibt es gute Anknüpfungsmöglichkeiten, die aber auch anderen sozialen Milieus durch sinnvolle kollaborativ-solidarische Lernformate zugänglich gemacht werden müssen, gerade auch den bildungsunsicheren sozialen Milieus, die sich mehr Transparenz und Orientierung durch Lehrende wünschen, weil für sie wissenschaftliches Arbeiten und Denken nicht selbstverständlich ist (vgl. Reinhardt 2019a).

Der derzeit geplante Bund-Länder-Digitalpakt für Schulen (vgl. BMBF 2018) enthält zwar bereits auch die Zielrichtung einer besseren Qualifikation von Lehrer*innen und Schüler*innen und einer Begleitung der digitalen Kompetenzentwicklung u.a. durch „analoge Experimente, haptische Erfahrungen und de[n] Austausch mit Mitschülern und Lehrkräften im unmittelbaren Miteinander“ (BMBF 2018). Er sollte aber noch stärker auch die kritische Kompetenz in den Vordergrund rücken, um der pädagogischen Aufgabe einer Inklusion zum Abbau sozialer Ungleichheiten gerecht zu werden. Ein mögliches, allerdings den unterschiedlichen Altersstufen anzupassendes Vorbild könnte „das Konzept der ‚Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung‘“ (Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration 2012, S. 24) sein. Ver-

gleichbares sollte auch für Hochschulen verstärkt ermöglicht werden, um Bildungsteilnahme und Inklusion zu stärken. ■

Literaturverzeichnis

- BMBF 2018: 11.07.2018. Wissenswertes zum DigitalPakt Schule, online: <https://www.bmbf.de/de/wissenswertes-zum-digitalpakt-schule-6496.html> (11.12.2018).
- Bourdieu, Pierre 2016: Sozialer Raum und „Klassen“, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre 1993: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew 2014: The second machine age. Wie die nächste Revolution unser aller Leben verändern wird, Kulmbach.
- DIVSI/SINUS 2018: DIVSI U25-Studie Euphorie war gestern. Die „Generation Internet“ zwischen Glück und Abhängigkeit, Hamburg, online: <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2018/11/DIVSI-U25-Studie-euphorie.pdf> (12.12.2018). DIVSI/SINUS 2016: Internet-Milieus 2016. Gesellschaft in Bewegung, Hamburg, online: <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2016/06/DIVSI-Internet-Milieus-2016.pdf> (11.12.2018).
- Engels, Friedrich 1959 [1884/91]: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band II, 9. Auflage, Berlin/DDR, S. 159-304.
- Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration 2012: Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen. Überarbeitete Neuauflage 2012, Hamburg, online: <https://www.hamburg.de/contentblob/118066/2a650d45167e815a43999555c6c470c7/data/bildungsempfehlungen.pdf> (12.10.2018).
- Horkheimer, Max 1980 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie, In: ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze, Frankfurt a.M., S. 12-56.
- Irlon, Thomas/Sahin, Hilal 2018: Digitale Bildung und soziale Ungleichheit. Soziale Ungleichheiten, digitale Kompetenzen, Bildungsgerechtigkeit, In: GRUNDSCHULE 2-2018, S. 33-35.
- Krause, Peter/Franz, Christian/Fratzscher, Marcel 2017: Einkommensschichten und Erwerbsformen seit 1995, In: DIW Wochenbericht 27/2017, S. 551-563.
- Leibiger, Jürgen 2016: Einführung: Digitalisierung und soziale Verhältnisse im 21. Jahrhundert, In: Dieter Janke/ebd. (Hg.): digitale revolution & soziale verhältnisse im 21. jahrhundert, Hamburg, S. 9-14.

- Marx, Karl/Engels, Friedrich 1959 [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei, In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band I, 9. Auflage, Berlin/DDR, S. 23-54.
- Müller, Katharina/Ehmke, Timo 2016: Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb. In: Reiss, Kristina/Sälzer Christine/Schiepe-Tiska, Anja/Klieme, Eckhard/Köller, Olaf (Hg.): PISA 2015. Eine Studie zwischen Kontinuität und Innovation, Münster/New York, S. 285-316.
- Multrus, Frank/Mayer, Sandra/Bargel, Tino/Schmidt, Monika 2017: Studiensituation und studentische Orientierungen. 13. Studierenden survey an Universitäten und Fachhochschulen, online: https://www.soziologie.uni-konstanz.de/typo3temp/secure_downloads/101284/0/3f79ad497f0ac25e6acc4f52eb058aeee18ff049/Studierenden-survey_Ausgabe_13_Hauptbericht.pdf (10.12.2018).
- OECD 2015: PISA. Students, Computers and Learning: Country note Making the Connection Germany, Paris, online: <http://www.oecd.org/pisa/keyfindings/PISA-2012-students-computers-germany.pdf> (10.12.2018).
- Oesch, Daniel/Rodriguez, Jorge 2011: Upgrading or Polarization? Occupational Change in Britain, Germany, Spain and Switzerland, 1990-2008, In: Socio-Economic Review 3/2011, S. 503-531.
- Reinhardt, Max 2019a (im Erscheinen): Bildungsaufsteiger*innen im Studium: Ungleiche Gleiche? Eine exemplarische Habitusanalyse im Vergleich mit Akademiker*innenkindern, In: Andrea Lange-Vester/Martin Schmidt (Hg.): Herausforderungen in Studium und Lehre, Weinheim.
- Reinhardt, Max 2019b: Studienbrief Hamburger Fern-Hochschule Berufspädagogik für Gesundheits- und Sozialberufe. Berufspädagogik Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Berufspädagogik, Hamburg.
- Reinhardt, Max 2018: 100 Jahre Matrosenaufstand - Geschichte und Zukunft der SPD-Linken und der SPD, In: spw 5/2018, S. 69-76.
- Spannagel, Dorothee 2015: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, In: WSI Report 26/2015, Düsseldorf, online: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_26_2015.pdf (10.12.2018).
- Strube, Sebastian 2015: Die Entstehung des digitalen Prekariats. Crowdworker im Internet haben kaum Rechte und verdienen wenig — dennoch beginnen sie sich zu organisieren, In: Standpunkte Rosa-Luxemburg-Stiftung 2/2015, online: <https://www.rosalux.de/publikation/id/6734/die-entstehung-des-digitalen-prekariats/> (11.12.2018).
- Thompson, Edward Palmer 1977 [1963]: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Band 1 und 2, Frankfurt a.M.
- Vehrkamp, Robert 2015: Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung, In: EINWURF. ZUKUNFT DER DEMOKRATIE 2 | 2015, online: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_EINWURF_2_2015.pdf (10.12.2018).
- Vester, Michael 2015: Der deutsche Pfad: Schief lagen eines Erfolgsmodells. Langfristige Verschiebungen und Spannungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur seit 1991, In: Angela Graf/Christina Möller (Hg.): Bildung – Macht – Eliten. Festschrift für Michael Hartmann, mit einem Grußwort von Günter Wallraff, Frankfurt a.M./New York, S. 231-265.
- Vester, Michael 2014: Bildungsprivilegien unter Druck. Die ständische Bildungsordnung und ihre Herausforderung durch aktivere Bildungsstrategien der Milieus. In: Ulrich Bauer/Alex Bolder/Helmut Bremer/Rolf Dobischat/Günter Kutsche (Hg.): Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung?, VS Verlag, S. 243-267.
- Vester, Michael/Weber-Menges 2014: Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit. Bericht zu dem von der Hans Böckler Stiftung geförderten Kurzprojekt „Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstrumentes für integrierte und differenzierte Langfrist-Analysen der beruflichen Arbeitsteilung und der Prekarisierung der Erwerbsstruktur in der BRD 1991-2009 mit den Daten des Mikrozensus“, Düsseldorf, online: <https://www.boeckler.de/pdf/fof/91490.pdf> (11.12.2018).
- Wacquant, Loic J.D. (1996) Auf dem Weg zu einer Sozialpraxeologie. Struktur und Logik der Soziologie Pierre Bourdieus, In: Pierre Bourdieu/Loic J.D. Wacquant (Hg.): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 17-93.
- Zillien, Nicole/Haus-Brusberg, Maren 2014: Wissenskluft und Digital Divide, Baden-Baden.

Arbeit und Kapital in der digitalen Plattformökonomie: Befunde und Ergebnisse aktueller Arbeiten aus ArbeitnehmerInnenperspektive

von Michael Heiling und Sylvia Kuba¹

In der digitalen „Plattformökonomie“ (euphemistisch auch „Collaborative Economy“²) treffen AnbieterInnen und AbnehmerInnen von Leistungen und Gütern auf digitalen Plattformen aufeinander, um dort punktuell Vertragsbeziehungen einzugehen. Dies gilt sowohl für die so genannte „Sharing Economy“, in der vorrangig Güter und physische Ressourcen (durchaus auch gegen Entgelt³, weswegen dieser Begriff ebenfalls einen Euphemismus darstellt) gemeinsam oder zeitversetzt genutzt werden, als auch für die „Gig Economy“⁴ in der die zur Verfügung gestellte Ressource meist schlichtweg menschliche (Erwerbs-)Arbeit darstellt.

Diesen sich im populären Diskurs oftmals überschneidenden Ausprägungen der digitalen Plattformökonomie ist gemein, dass die AnbieterInnen und AbnehmerInnen ohne die digitale Plattform nicht zusammenkommen würden – oder nur zu ungleich höheren Transaktionskosten. Die Plattform dient als Infrastruktur, die in vielen Fällen von einer profitorientierten Gesellschaft erhalten und im Interesse der EigentümerInnen geführt wird⁵.

Die Entwicklung der digitalen Plattformökonomie hat Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse, auf Arbeitende und KapitaleignerInnen⁶, sohin auf die „Hauptklassen“ im Kapitalismus im orthodoxen Sinne. Während Erwerbsarbeit punktuell und außerhalb des Arbeitsvertrages organisiert wird, treten KapitaleignerInnen nicht mehr als ArbeitgeberInnen, sondern als VerfügerInnen über die Plattforminfrastruktur auf und organisieren diese nach eigenen Regeln (in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen)⁷. Private NutzerInnen treten mitunter als Auftrag- oder ArbeitgeberInnen auf, handeln aber nicht als AgentInnen der KapitaleignerInnen.

In diesem Beitrag wollen wir in Form einer Sekundäranalyse aktuelle Forschungsarbeiten, die im Auftrag/in Kooperation mit der Arbeiterkammer zum Thema Plattformökonomie durchgeführt wurden, diskutieren. Dabei werden jene zentralen Ergebnisse herausgearbeitet, die Arbeitende – also Menschen, die auf Plattformen ihre „Arbeitskraft zu Märkte [tragen]“⁸ – und die VerfügerInnen über die Plattformen betreffen.

Konkret werden in diesem Beitrag vier Arbeiten vorgestellt. Diese Arbeiten haben versucht, Beiträge zu Antworten auf die folgenden Fragen zu liefern:

- 1) Welche quantitativen Ausprägungen des Phänomens „Crowdwork“⁹ lassen sich für Österreich festmachen? (Huws, Joyce, 2016: Crowdwork in Österreich)

¹ Michael Heiling ist Betriebswirt und Politikwissenschaftler, berät in der Arbeiterkammer Wien Betriebs- und Aufsichtsratsmitglieder, analysiert Branchenentwicklungen und beschäftigt sich mit den Auswirkungen des digitalen Wandels auf Arbeit und Wirtschaft.

Sylvia Kuba ist Direktorin der Volkshochschule Wien-Penzing. Davor war sie Leiterin des Programms „Digitaler Wandel“ in der Arbeiterkammer Wien. Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Interessenvertretung der selbstständig Beschäftigten in Österreich.

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Policy-Papers der AutorInnen für den „Momentum-Kongress für kritische Wissenschaft“ 2018 in Hallstatt, Österreich (<http://momentum-kongress.org/rueckblick/momentum18>). Der Volltext des ursprünglichen Kongressbeitrages ist auf der angeführten Homepage frei verfügbar.

² zb Europäische Kommission, 2016, 2.

³ Vgl. Botsman, <https://rachelbotsman.com/blog/the-sharing-economy-dictionary-of-commonly-used-terms/>.

⁴ So bezeichnet etwa Risak (2017, 18) eine Wirtschaftsordnung in der „von digitalen TagelöhnerInnen nur noch punktuelle kurzfristige Leistungen erbracht und dann auch nur die bezahlt“ werden.

⁵ Vgl. etwa Heiling/Kuba, 2017, 38.

⁶ Huws (2016, 12) sieht gar eine „neue Phase der Kapitalakkumulation“.

⁷ Vgl. Heiling/Schumich, 2018, 26.

⁸ Boes et al, 2015, 77.

⁹ Unter Crowdwork im engeren Sinne ist digitale Arbeit zu verstehen, die über eine Plattform vermittelt wird und auch „in der virtuellen Welt erbracht wird“ (Risak, 2017, 21), Huws/Joyce (2016) verwenden allerdings einen weiten Crowdwork-Begriff, der auch andere Formen der plattformbasierten Arbeit umschließt.

- 2) Welche Plattformen und PlattformeigentümerInnen existieren in Österreich im begrifflichen Umfeld der „Sharing Economy“? Lassen sich strukturelle Muster im Bereich der Vermögens- und Ertragslage sowie der Beschäftigten für die Plattformen bzw. die betreibenden Gesellschaften finden? (Heiling, Schumich, 2017: Branchenreport „Sharing Economy“ 2017 bzw. Heiling, Schumich, 2018: „Sharing-Economy-Plattformen“ in Österreich: Erkenntnisse aus dem AK-Branchenreport)
- 3) Welche technischen Voraussetzungen brauchen „Crowdworker“ im engeren Sinne, um sich zu organisieren? Welche technischen Modifikationen können für die (Selbst-)Organisation der Arbeitenden förderlich/hinderlich sein? (Musil, 2018: Technische Perspektiven auf plattformbasierte Arbeit & Selbst-Organisation von Crowdworker)
- 4) Wie gestalten sich Arbeitsprozesse in der Plattformpraxis? Wie nehmen „Rider“ eines plattformbasierten Speisenzustellendienstes ihre Arbeit und ihre Arbeitsbedingungen wahr, wie werden Interessen organisiert? (Herr, 2017: Riding in the Gig-Economy: An in depth-study of a branch in the app-based on-demand food delivery industry¹⁰ bzw. Herr, 2018: Ausgeliefert. Fahrräder, Apps und die neue Art der Essenszustellung)

Zu 1) Quantitative Charakteristika von über digitale Plattformen organisierter Arbeit in Österreich¹¹

2016 gaben 18 Prozent von 2.000 Befragten zwischen 18 und 65 Jahren in Österreich an, im letzten Jahr einmal über eine Plattform gearbeitet zu haben. Doppelt so viele hatten schon einmal über eine Plattform Arbeit gesucht. Nicht unbeträchtliche 5 Prozent erklärten, mindestens einmal wöchentlich über eine Online-Plattform zu arbeiten, 9 Prozent tun dies zumindest einmal monatlich.

Die Plattformarbeit schafft dabei am ehesten einen Zusatzerwerb für NiedrigeinkommensbezieherInnen. Für 59 Prozent der regelmäßigen PlattformarbeiterInnen stellt das Einkommen aus der Plattformarbeit weniger als die Hälfte des gesamten Einkommens dar. Lediglich 2 Prozent beziehen aus der Plattformarbeit ihr einziges Einkommen. Gesamt (also nicht nur aus der Plattformarbeit) verdient fast die Hälfte (48 Prozent) der Befragten, die ihr Einkommen angegeben hatten, weniger als 18.000 Euro pro Jahr, 91 Prozent verdienen unter 36.000 Euro pro Jahr.

Die konkrete Art der Plattformarbeit reicht dabei von hochspezialisierten Tätigkeiten bis hin zu Boten- und Liefertätigkeiten. Die meisten Befragten führen verschiedene Arten von Tätigkeiten durch. Die Annahme, dass viele auch für mehrere verschiedene Plattformen tätig sind, liegt nahe. In der Gruppe der untersuchten Arbeitenden, gibt es einen leichten Männerüberhang (wenn auch nicht sehr ausgeprägt) von 57 Prozent. PlattformarbeiterInnen sind auch jünger als der Schnitt der erwerbstätigen Bevölkerung, rund 12 Prozent sind über 55 Jahre alt.

Diese Ergebnisse können mit einer neuen Studie des Joint Research Center der Europäischen Kommission gespiegelt werden. Die Untersuchung aus dem Jahr 2018, die auf Befragungen in 14 EU-Mitgliedstaaten aufbaut, schätzt für die Europäische Union durchschnittlich 7,7 Prozent¹² der erwachsenen Bevölkerung als monatliche „Platform Workers“ ein, wobei 2,3 Prozent auch einen signifikanten Teil ihres Einkommens (mehr als 50 Prozent) aus dieser Arbeit beziehen. In Bezug auf die Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern liegt nahe, dass mehr Männer als Frauen über Plattformen arbeiten und dass der Männeranteil auch steigt, je stärker die Plattformarbeit (anteilig) zum Einkommen beiträgt¹³.

Zu 2) Die Plattformbranche – divers, intransparent, beschäftigungsschwach?¹⁴

Die Arbeiterkammer versucht mit einer Arbeit aus dem Jahr 2017, einen Überblick über

¹⁰ Die englischsprachige Arbeit von Benjamin Herr aus dem Jahr 2017 basiert auf einer teilnehmenden Beobachtung als Arbeitender in einem app-basierten Plattformunternehmen. 2018 wurde die Analyse zu einer deutschsprachigen Publikation im Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut.

¹¹ Huws, Joyce, 2017.

¹² Pesole et al. 2018: 18.

¹³ Vgl. Pesole et al., 2018: 23.

¹⁴ Heiling, Schumich, 2017 bzw. 2018.

wirtschaftliche Strukturdaten von in Österreich zugänglichen Online-Plattformen im begrifflichen Umfeld der so genannten „Sharing Economy“ zu geben. Von 121 untersuchten Online-Plattformen waren 70 grundsätzlich von Österreich aus zugänglich, 17 davon wurden auch von einer in Österreich firmierenden Gesellschaft betrieben, bei vier weiteren wurde zwischenzeitlich eine Gesellschaft ins Firmenbuch der Republik Österreich eingetragen, allerdings – trotz weiterbestehender Zugänglichkeit – auch wieder gelöscht.

Von den 17 Plattformen, die von einer Gesellschaft betrieben wurden, waren lediglich zwei in Form eines Vereines oder einer Genossenschaft organisiert, alle anderen in Form von Kapitalgesellschaften. Von diesen wiederum waren nur zwei in mehrheitlichem Eigentum von natürlichen Personen, der Rest wurde wiederum von Kapitalgesellschaften gehalten. Dies spricht somit für eine relativ stark „profitorientierte“ Ausrichtung dieser Plattformen. Die Struktur der EigentümerInnen bzw. der betreibenden Kapitalgesellschaften lässt tendenziell die Interpretation zu, dass hier diverse Modelle vorliegen – mit einer deutlichen Schlagseite in Richtung Profitorientierung. Das jüngst gegründete „Sharing-Start-Up“ existiert allerdings ebenso, wie die Online-Plattform, die in die Strukturen eines Konzerns eingebunden ist¹⁵. Im Außenauftritt stellen sich auch solche Unternehmen als „Start-Ups“ dar, die dieses Stadium bereits überschritten haben.

Mehr als die Hälfte der zugehörigen Kapitalgesellschaften hatten ihr bei der Gründung eingebrachtes Eigenkapital komplett verbraucht und wiesen negative Werte für diese Bilanzposition auf. Eine mögliche Interpretation wäre, dass die Ertragserwartungen der KapitaleignerInnen sich auf die fernere Zukunft beziehen, während die Plattformunternehmen derzeit nicht nur in Konkurrenz zu bestehenden Branchen treten, sondern darüber hinaus auch noch das eingesetzte Kapital ihrer EigentümerInnen nicht akkumulieren, sondern reduzieren. Dies kann nur Gewinn versprechen, wenn langfristig enorme Wachs-

tumsraten mit hoher „Skalierung“ unterstellt werden. Für tiefergehende Aussagen fehlt leider die Datenlage: Lediglich eine einzige Gesellschaft erfüllte die Größenkriterien, um ihre komplette Gewinn- und Verlustrechnung veröffentlichen zu müssen¹⁶.

Gesamt waren 223 Personen in den untersuchten Plattformen als Beschäftigte gemeldet, wobei drei Viertel davon auf nur zwei Plattformen zurückzuführen waren¹⁷. An Beispielen wie Uber (drei Beschäftigte in Österreich) oder Car2Go (sieben Beschäftigte in Österreich) zeigt sich sehr schnell, dass das Volumen der auf Plattformen geleisteten (Erwerbs-)Arbeit nicht durch die veröffentlichten Zahlen abgebildet werden kann.

Zu 3) Möglichkeiten und Grenzen der Organisation von Arbeitenden auf Plattformen¹⁸

Der Arbeitsprozess von Crowdworkern (im „engeren Sinne“) wird von technischen Gegebenheiten bestimmt. Die Möglichkeiten und Limitierungen wurden in einer Literaturanalyse und einer qualitativen Untersuchung von Crowdwork- und Communityplattformen der Technischen Universität Wien in Kooperation mit der Arbeiterkammer identifiziert.

Die Annahme, dass Crowdworker eher isoliert arbeiten, erweist sich als falsch. Vielmehr umgibt die Crowdwork-Plattformen ein Ökosystem aus Foren, Gruppen und Werkzeugen, in dem „Worker“ sich auf vielfältige Weise austauschen und zusammenarbeiten. Der Grund dafür ist recht einfach: Worker haben solche Netzwerke entwickelt, weil wichtige Community-Funktionen und Unterstützung für Zusammenarbeit bei Crowdwork-Plattformen selbst meist fehlen. Der Austausch passiert dabei über Online-Foren von Drittanbietern, Online-Foren der Crowdwork-Plattformen selbst, Gruppen auf Social-Media und über crowdwork-spezifische Plattformen, die von Dritten (etwa Interessenvertretungen) entwickelt wurden.

16 Ebd.: 164.

17 Ebd.: 163.

18 Musil, 2018.

15 Ebd.: 161.

Die Motive für die Selbstorganisation weichen wohl nicht stark von Bedürfnissen der Arbeitenden in der „Nicht-Plattform-Welt“ ab: Es geht um Informationsaustausch, gegenseitige Unterstützung, Kollaboration (bei der Arbeit/ bei Projekten) und soziale Interaktion. Identifizierte Themen waren vor allem die nationale Rechtslage, Fragen zum Arbeitsprozess und zu den Instrumenten, die Diskussion der Aufgaben und Verbesserungsmöglichkeiten der Arbeit. Im Bereich des Austausches über Arbeitsbedingungen stehen der Austausch über die Entlohnung, die Ablehnung von Arbeitsergebnissen, damit verbundene Nicht-Bezahlung der Arbeitsleistung und unfaire Bezahlpraktiken im Zentrum. Es geht aber auch um Probleme wie unerwartete Änderungen von Fälligkeitsdaten für Arbeitsaufgaben oder Accountsperrern nach Interaktion mit anderen Workern. Oft werden auch Listen mit „schlechten“ AuftraggeberInnen als Warnung für andere Worker gepflegt. Ein anderes oft diskutiertes Thema ist die Frage, wie viele „Requester“¹⁹ eigentlich von den Plattformen über die Crowdworker erfahren. Nicht zuletzt ist der allgemeine soziale Austausch relevant.

An mehreren Stellen im Crowdwork-Prozess wurden technische Limitierungen festgestellt, durch deren Behebung eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden könnte. Dazu gehört etwa, dass die Abnahmeprozesse mitunter nicht gut strukturiert sind und es keine Requester-Bewertungsmöglichkeiten gibt. Diese könnten auf den jeweiligen Plattformen realisiert werden. Ein weiteres Problemfeld ist fehlende Transparenz, etwa darüber, welche Metadaten von Workern gesammelt werden und ob diese in die Worker-Profile einfließen.

Notwendig wäre es, die mangelnde Daten-Interoperabilität zu beheben, derzeit haben Worker kaum die Möglichkeit, ihre Arbeitshistorie von einer Plattform zu exportieren. Das führt zu einer niedrigen Mobilität der Worker und geringeren Markteintrittsmöglichkeiten für neue Plattformen. Hier könnten Exportfunktionen (im Sinne eines „digitalen Lebenslaufs“) Abhilfe schaffen. Vorgeschlagen wird auch ein

auditierbarer Prozess für Crowdwork-Systeme, um überhaupt überprüfen zu können, ob Empfehlungen oder Richtlinien in Software-Systemen umgesetzt werden.

Zu 4) Arbeitsrealitäten bei app-basierten Fahrradzustelldiensten²⁰

Hinter den Plattformen im relativ neuen Markt der appbasierten Online-Speisenzustellung stehen Erwartungen von Investoren, entsprechend groß ist auch der Druck am Markt bestehen zu bleiben – um eine monopolartige Stellung zu gewinnen. Dieser Wettbewerb wird auch über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ausgetragen. Plattformen, die zu größeren Gruppen gehören, wie Foodora (bis 2018 teil der Delivery-Hero-Gruppe), Deliveroo und UberEats, konkurrieren um solche Positionen. Nahezu an jedem Standort, an dem es solche Unternehmen gibt, gibt es auch ArbeiterInnen, die Arbeitsbedingungen kritisieren.

Dabei zeigt sich eine nationale Verschiedenheit der Geschäftsmodelle. Die Foodora-FahrerInnen in Paris arbeiteten etwa als Freelancer, wohingegen sie in Berlin Verträge haben, aber kein garantiertes Stundenausmaß. In Wien wiederum fährt ein Großteil als FreiberuflerInnen und ein kleinerer Teil ist angestellt.

Der Studienautor stellte in der Zeit bei einem app-basierten Fahrradzustelldienst das eigene Fahrrad, das eigene Smartphone und die eigenen mobilen Daten zur Verfügung. Produktionsmittel, die das Unternehmen (gegen Kautions) zur Verfügung stellt, sind Rucksäcke, Jacken und Helme in der firmenspezifischen (Signal-)Farbe. Das Unternehmen nutzt die Arbeitskraft gleich doppelt: zum einen für die Herstellung der Dienstleistung, zum anderen zur Sichtbarmachung der Marke. Die Aufträge kommen direkt über die App, Arbeitende werden von „Dispatchern“ beraten, die aber keine direkte Vorgesetztenfunktion haben. Die Kontrolle der Arbeitsleistung erfolgt über die App, aber auch über KundInnen, etwa durch Ratings oder direktes Tracking der Zustellenden.

¹⁹ Also AuftraggeberInnen bzw. Auftragsanfragende.

²⁰ Herr, 2017 bzw 2018.

Zunächst bestand reges Interesse des Managements daran, die Ansichten und Meinungen der FahrerInnen über den Arbeitsprozess einzuholen. Im Laufe der Zeit nahm dieses Interesse aber ab: Meetings wurden verkürzt, die Qualität des kommunikativen Miteinanders änderte sich. Was anfänglich ein Austausch war, wurde zu reinem Weiterreichen von Informationen aus der Konzernzentrale.

Bis Anfang 2017 gab es im untersuchten Betrieb einen physischen Aufenthaltsraum für die FahrerInnen. Darin konnten sie Pausen machen, ihre eigenen Fahrräder reparieren, aber auch nach dem Dienst oder in der Freizeit mit KollegInnen Zeit verbringen – dadurch wurde eine „Start-Up-Atmosphäre“, ein Gemeinschaftsgefühl propagiert. Danach erfolgte die Schließung dieses Raumes – offiziell aus Kostengründen. Inwieweit der Austausch der Arbeitenden in diesem Raum über Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie die Formulierung gemeinsamer Interessen zur Schließung beigetragen hat, kann nur vermutet werden.

Gemeinsame Ableitungen und Thesen

Aus den vier Arbeiten lassen sich Thesen zu Arbeit und Kapital – zu den kapitalistischen „Hauptklassen“ in der digitalen Plattformökonomie formulieren, die hier zur Diskussion gestellt werden:

A) Die Plattformökonomie ist unbefriedigend intransparent

Es kann gesagt werden, dass die Datenlage weiterhin nicht ausreicht, um Veränderungen von Arbeit und Kapital durch die Plattformökonomie abschließend oder umfassend beurteilen zu können. Transparenz über die Geschäftsprozesse der Plattformunternehmen fehlt sowohl auf Ebene der öffentlichen Debatte (siehe bei Heiling/Schumich) als auch auf Ebene der Arbeitenden (siehe bei Herr bzw. Musil et al.). Dies hängt mit den jungen Unternehmensbiografien, aber auch mit der kleinteiligen Struktur, die Plattformunternehmen dahingehend privilegiert, dass sie ihre Ertragslage nicht in öffentlichen Registern publizieren müssen, zusammen.

B) In der Plattformbranche wird die Zersetzung greifbarer Rollen von Arbeit und Kapital besonders deutlich sichtbar

Es liegt nahe, dass die EigentümerInnen der Produktionsmittel in der Plattformökonomie in neuen funktionalen Rollen auftreten, als PlattformeigentümerInnen (siehe Heiling/Schumich) nicht als ArbeitgeberInnen. Der Auftrag wird über die App erteilt (siehe Herr), Arbeitende haben keine formalen Vorgesetzten bzw. Kontaktpersonen, die in einer klassischen Linienorganisation sonst als Agenten der EigentümerInneninteressen auftreten könnten. Sowohl im Innen- als auch im Außenauftritt wird mitunter die Hülle des „Start-Ups“ gewählt, um über fehlende formale Strukturen hinwegzublicken und um an das unternehmerische Selbst der einzelnen Arbeitenden zu appellieren, wobei die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse bzw. die Unternehmensgeschichte (siehe Herr oder Heiling/Schumich) dem Bild des „Start-Ups“ nicht standhalten. Nicht zuletzt treten KundInnen als „unbewusste“ InteressenvertreterInnen der EigentümerInnen auf, indem sie Managementaufgaben (Kontrolle und Bewertung, Stichwort: Ratings) gegenüber den Arbeitenden übernehmen²¹.

C) Die Plattform ist eine interessengeleitet regulierte Infrastruktur

Die Plattform, die mitunter von den EigentümerInnen als „Markt“ bezeichnet wird, stellt eine Infrastruktur dar bzw. die EigentümerInnen stellen diese zur Verfügung. Diese Marktinfrastuktur ist aber keineswegs ungeregelt, sondern stark reguliert. Regulator und Aufsichtsorgan ist dabei allerdings keine gesetzmäßige Behörde, sondern das plattformbetreibende Unternehmen, das im Interesse der EigentümerInnen handelt – die wiederum tendenziell profitorientiert handeln (siehe Heiling/Schumich). So werden etwa technische Restriktionen bei der Mobilität und Interoperabilität (siehe Musil) zwischen den Plattformen

²¹ Bei Herr, 2018 kommen diese Umstände in den Zitaten „Warum bist du so blöd gefahren?“ (von einem Kunden, der den Lieferweg des Arbeitenden kontrolliert hat) und „Wir dürfen das, wir sind ein Start-Up“ (von einem Geschäftsführer, angesprochen auf fehlende Standards bei der Rekrutierung) zugespitzt zum Ausdruck.

(„Märkten“) für die Arbeitenden („MarktteilnehmerInnen“) gesetzt und der Organisation der Arbeitenden – neben der physischen Einschränkung (siehe Herr) – technisch-regulatorische (siehe Musil) Grenzen gesetzt.

D) Auf beiden Seiten der Produktionsverhältnisse verstärkt die Plattformwirtschaft verdrängende Prozesse

Eine Reihe von Plattformunternehmen weisen sehr schwache Kapitaldecken bis hin zum negativen Eigenkapital auf (siehe Heiling/Schumich), offenbar wird – um Netzwerkeffekte zu nutzen und langfristig monopolähnliche Marktstellungen zu erreichen – durchaus die zwischenzeitliche Vernichtung von eingesetztem Kapital in Kauf genommen. Dabei stehen diese Plattformunternehmen mitunter in Konkurrenz mit Unternehmen bestehender Branchen, die verdrängt werden können. Auf der anderen Seite der Produktionsverhältnisse steht menschliche Arbeit, die sich mehrheitlich nur für einen „Zusatzverdienst“ eignet (siehe Huws) und somit das „Normarbeitsverhältnis“ und die mit ihm verbundenen Regeln und sozialen Rechte verdrängt.

E) Die Analyse der digitalen Plattformökonomie als neue Chance für bekannte Debatten?

Es ist evident, dass Prekarität und Profitstreben keine neuen Phänomene oder gar Innovationen sind. Allerdings erscheint durch das oft unterstellte enorme Wachstum der digitalen Plattformbranche eine politische Debatte über diese Entwicklungen höchst angebracht, da bestehende Entwicklungen eine neue Dynamik bekommen können.

Nicht zuletzt geht es darum, Entwicklungen strukturell zu benennen und zu problematisieren, um in der Debatte über den digitalen Wandel nicht in rein technische Erörterungen zu verfallen. Im besten Fall kann die Debatte über den digitalen Wandel eine Chance sein, Fragen und Anforderungen an (Erwerbs-)Arbeit und Verteilung neu aufzurollen. Die digitale Plattformwirtschaft eignet sich wohl besonders gut zur Analyse und Debatte, weil die beschrie-

benen Entwicklungen hier sehr deutlich sichtbar werden. ■

Literatur

- Boes, Andreas/Kämpf, Tobias/Langes, Barbara/Lühr, Thomas (2015): Landnahme im Informationsraum. Neukonstituierung gesellschaftlicher Arbeit in der digitalen Gesellschaft, in: WSI Mitteilungen 2/15, 77-84.
- Botsman, Rachel (2013): The Sharing Economy lacks a Shared Definition, <https://bit.ly/2S6gp5s> [17.04.2018].
- Europäische Kommission (2016): Eine europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft, COM 2016 (356) final.
- Heiling, Michael/Kuba, Sylvia (2016): Arbeit für/durch die Plattform. Eine Analyse struktureller Gemeinsamkeiten von Online-Arbeitsvermittlungsplattformen anhand ausgewählter Beispiele der österreichischen „Sharing Economy“, in: Kurswechsel 2/16, 13-22.
- Heiling, Michael/Schumich, Simon (2018): Zwischen Teilhabe und Marktanteilen: Entwurf einer Landkarte für die „Sharing Economy“, in: Momentum Quarterly. Zeitschrift für den sozialen Fortschritt, 2018/1, 17-28.
- Heiling, Michael/Schumich, Simon (2017): AK-Branchenreport „Sharing Economy“ 2017.
- Heiling, Michael/Schumich, Simon (2018): „Sharing-Economy-Plattformen“ in Österreich: Erkenntnisse aus dem AK-Branchenreport, in: WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift, 2/18, 153-167.
- Herr, Benjamin (2017): Riding in the Gig-Economy: An in-depth Study of a Branch in the App-Based On-Demand Food Delivery Industry.
- Herr, Benjamin (2018): Ausgeliefert. Fahrräder, Apps und die neue Art der Essenzustellung.
- Huws, Ursula (2016): Eingeloggt, in: Kurswechsel 2/16, 7-12.
- Huws, Ursula/Simon Joyce (2016): Crowdwork in Österreich.
- Musil, Jürgen (2018): Technische Perspektiven auf Plattform-basierte Arbeit & Selbst-Organisation von Crowdworker.
- Pesole, A./Urzi Brancati, M.C/Fernández-Macias, E./ Biagi, F./ González Vázquez, I. (2018): Platform Workers in Europe, <https://bit.ly/2N2TciX> [21.09.2018].
- Risak, Martin (2017): Gig-Economy und Crowdwork – was ist das?, in: Lutz, Doris/Risak, Martin (Hg.) (2017): Arbeit in der Gig-Economy. Rechtsfragen neuer Arbeitsformen in Crowd und Cloud, 12-27.

Digitalisierung als Geopolitik des Kapitals

von Philipp Staab¹

Digitale Ungleichheit wird heute im Kern als Frage der Rationalisierung von Arbeit diskutiert. Außen vor bleibt dabei die Rolle spezifischer Kapitalsorten, die für die Dynamik der digitalen Ökonomie allerdings von entscheidender Bedeutung ist. Wenden wir den Blick von der Arbeit hin zum Kapital der Digitalisierung, erscheint diese wie ein Programm der Umverteilung von Einkommen zu Vermögen.

Fantasten und Inkrementalisten

Denken wir über die Veränderung sozialer Lagen im Zuge der Digitalisierung des Ökonomischen nach, dann geht es in aller Regel um die Effekte neuer Technologien auf den Faktor Arbeit. Automatisierung, betriebliche Herrschaft, Künstliche Intelligenz (KI), Robotisierung, Gig-Work usw. werden dabei als Vehikel möglicher sozialer Abwertungen oder „technologischer Arbeitslosigkeit“ (Keynes 1930) beschrieben, die sich ausgehend von erfolgreich implementierten digitalen Rationalisierungstechnologien ins Werk setzen.²

Innerhalb dieser Debatte haben wir im Grunde die Wahl zwischen zwei Camps: einem fantastischen und einem inkrementalistischen. Im Lager des Fantastischen macht man uns weis, Roboter übernehmen schon morgen die Mehrheit menschlicher Tätigkeiten, was wahlweise eine Radikalisierung sozialer Ungleichheit (exemplarisch: Collins 2013) oder ein wünschenswertes Ende des Kapitalismus bedinge (Rifkin 2015, Mason 2016). Im Lager der Inkrementalisten dagegen wird unter dem dramatisch klingenden Begriff des „Strukturwandels“ die eigentlich recht beruhigende Nachricht verkündet, die Wellenbrecher etab-

lierter Produktionsmodelle hätten noch jeden technologischen Tsunami in gesellschaftlich bewältigbares Weißwasser verwandelt und würden dies auch in Zukunft tun (vgl. Wolter et al. 2016; Arntz et al. 2018). Daher müsse man zwar „gestalten“, könne dies aber gleichwohl ohne größere Hektik tun.

Einig sind sich, bei allen diagnostischen Unterschieden, Inkrementalisten wie Fantasten in dreierlei Hinsicht: Erstens gehen sie davon aus, dass man mit methodisch und theoretisch ambitionierten Modellen realistische Simulationen hinsichtlich der Zukunft der Beschäftigung erzeugen kann, die freilich nur notdürftig kaschieren können, dass es sich dabei eben um mit allerlei Vorerwartungen angereicherte, hochgradig spekulative Prognosen handelt. Zweites teilen beide Lager ein geradezu rührend naives Bild von Kapitalismus und technologischem Wandel, demzufolge es bei der Implementation neuer Technologien im Grunde immer um die effektive Ausbeutung beziehungsweise Substitution des Faktors Arbeit geht. Drittens werden diese beiden Aspekte eingeführt in einer Blickrichtung, die sich im Grunde auf eine Wiedergabe der hochgradig interessensbasierten Perspektive von Unternehmen und Beratungsindustrie beschränkt. Denn die bei Kritikern befürchtete technologische Arbeitslosigkeit ist natürlich nur die andere Seite der im Unternehmensbereich gehypten Produktivitätsgewinne. Der inkrementelle Wandel von Produktionsmodellen wiederum korrespondiert mit den Interessen jenes korporatistischen Clusters, das der Bundesrepublik in der letzten Dekade eine vollkommen unverhoffte Phase der Hochkonjunktur beschert hat (Kernindustrien, Maschinenbau etc.) und daher mit breiter Brust und sattem Bauch auf die laufende Welle der digitalen Transformation blickt. Die Kritik ist in beiden Fällen nur Spiegel einer einstweilen fiktiven Zukunftsvision unter anderen normativen Vorzeichen oder, in anderen Worten, die Reproduktion spekulativen ‚Wissens‘, welches aus den Höhen des Weltwirtschaftsforums seit Jahren langsam in

¹ Dr. Philipp Staab ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit.

² Diese Perspektive ist freilich wesentlich voraussetzungsreicher als es auf den ersten Blick den Anschein macht. Sie impliziert nämlich die Annahme, dass digitale Technologien heute prinzipiell in der Lage sind, jene Effekte zu erzeugen, die ihnen von unterschiedlichen Seiten zugeschrieben werden, wobei dann notwendigerweise extrem viele Variablen außer Acht gelassen werden – vom tatsächlichen Funktionieren neuer Techniksysteme, über das notwendige ‚Mitspielen‘ von Beschäftigten, bis zur Frage der Adaptionsgeschwindigkeit von Unternehmen.

die Niederungen der Geschäftswelt durchsickert (Pfeiffer 2015).

Von der Arbeit zum Kapital

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Auswirkungen neuer Herrschafts- und Automatisierungstechnologien auf den Faktor Arbeit sind in der historischen wie auch in der gegenwartsanalytischen Arbeitsforschung empirisch breit belegt. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass wir schon seit mindesten 100 Jahren in einer Welt leben, in der Technologien Arbeitsmärkte und damit Klassenstrukturen verändern.

Möglicherweise stellen wir heute die Frage nach der Neusortierung sozialer Ungleichheit durch digitale Technologien dennoch falsch, wenn wir vor allem die Seite der Arbeit in den Blick nehmen. Sicher scheint mir, dass wir die Frage durch diese einseitige Perspektive erheblich verkürzen. Schließlich wenden wir damit den Blick ausgerechnet von jener Arena der Strukturierung sozialer Ungleichheit ab, die nachweislich die dramatischsten Transformationen innerhalb der Sozialstrukturen der vergangenen 40 Jahre erzeugt hat, dem Finanzmarkt. Als digitaler Kapitalismus ist die Transformation des Ökonomischen, deren Zeugen wir seit geraumer Zeit sind, eben, wie der Begriff schon sagt, zentral durch Kapitalbewegungen geprägt und durch Kapitalinteressen getrieben.

Damit sollen hier die diversen ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Filtermechanismen, die die unmittelbare Wirkung der Finanzmärkte auf Ökonomie, Arbeit und Gesellschaft prägen und transformieren, keineswegs in Abrede gestellt werden. Gleichwohl braucht der Teil des globalen Kapitals, der für die Entwicklung sozialer Ungleichheit im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Ökonomie wohl am bedeutendsten ist, insbesondere den Faktor Arbeit zunächst nur als Fiktion. Mögliche Produktivitätsgewinne durch die Substitution von Arbeit müssen glaubhaft gemacht werden, damit die Kapitalreproduktion erfolgreich ablaufen kann. Zunächst handelt es sich dabei allerdings nicht einmal um das

erfolgreiche Losschlagen neuer Technologien am Markt. Es geht vielmehr in erster Linie um den Markt für Unternehmensanteile, die, bei einer solchen Perspektivjustierung weg vom Faktor Arbeit und hin zur Kapitalseite, als eigentliches Produkt der ökonomischen Verwertungsprozesse in Erscheinung treten. Was ist damit gemeint?

Risikokapital als Akteur

Die Expansion der digitalen Ökonomie ist nicht, wie uns einflussreiche Akteure glauben machen wollen, durch die quasi-natürlichen Eigenschaften digitaler und digitalisierter Güter so bedeutsam geworden. Skalen- und Netzwerkeffekte spielen natürlich eine bedeutende Rolle beim Aufstieg weniger mächtiger Digitalunternehmen. Allerdings konnte keines dieser Unternehmen seine wirtschaftlichen Erfolge, beziehungsweise seine meist rasante Expansion, ohne den wichtigsten Treibstoff der Ökonomie erreichen: Unmengen an Geld.

Die Expansion der digitalen Ökonomie erfolgte dabei auf dem Rücken einer sehr spezifischen Kapitalsorte, die im Allgemeinen für den Kapitalismus der letzten Jahrzehnte immer wichtiger geworden und für das Verständnis der Digitalisierung von größter Bedeutung ist: privates Risikokapital. Risikokapital verändert dabei, wie es Stefan Kühl (2002) formuliert hat, die Art des Wirtschaftens in fundamentaler Weise. Durch die eher langfristigen Investitionshorizonte (zwei bis fünf Jahre) können Gründer die aus der Digitalökonomie bekannten ‚growth-before-profit‘-Strategien verfolgen, die Markteroberungen möglich gemacht haben und bis heute möglich machen. Damit ist die Strukturlogik von Risikokapital sowohl von einer kreditbasierten Wachstumslogik zu unterscheiden, bei der Unternehmen in aller Regel Bankkredite für Investitionen nutzen und diese dann möglichst zügig aus anfallenden Gewinnen tilgen, als auch von der börsenorientierten Logik, die große Unternehmen prägt.

Das Kalkül des Risikokapitals besteht im vorbörslichen Handel mit Unternehmensanteilen. Gewinne werden durch Exits erwirtschaftet (Kühl 2002; Staab 2018), das heißt durch das

Losschlagen von Unternehmensanteilen durch Investoren an neuralgischen Punkten der Unternehmensentwicklung – also in aller Regel bei Börsengängen, Mergern und Akquisitionen. Das eigentliche Produkt des „Exit-Kapitalismus“ des Technologiesektors sind folglich nicht die vom Faktor Arbeit produzierten Güter (beispielsweise die Software, die ein Startup am Markt verkauft), sondern die Unternehmen selbst, die mit möglichst großen Erwartungen an zukünftige Profite verbunden werden müssen, damit das Kalkül des Risikokapitals aufgeht (Kühl 2002). In diesem Sinne ist Hype die Grundbedingung eines durch Risikokapital strukturierten ökonomischen Feldes, weshalb diese Kapitalsorte auch als eigentliche Triebfeder des Dotcom-Booms der 1990er Jahre und des folgenden Busts um das Jahr 2000 beschrieben wurde (ebd.).

Dotcom-Boom 2.0

Zweifellos haben wir uns in den vergangenen zehn Jahren, also seit der Finanzkrise von 2008, in einem sukzessive ansteigenden Hochzyklus des Risikokapitals befunden, der, wie schon während der 1990er Jahre, einen Schwerpunkt im Feld der digitalen Technologien hatte und hat. Ein Anzeichen für diesen Dotcom-Boom 2.0 und dem damit verbundenen Hype im Technologiefeld findet sich in der Struktur der diesen Sektor prägenden Exits, die sich zunehmend jener der späten 1990er Jahre annähert. So hatten 76 Prozent der Unternehmen, die in den USA im Jahr 2017 einen Börsengang wagten, nie Profit produziert, was dem höchsten Wert seit der Spitze des Dotcom-Booms im Jahr 2000 (81 Prozent) entspricht (Roose 2018; Ritter 2018). Von 15 Technologieunternehmen, die zwischen Januar und Mai 2018 in den USA an die Börse gingen, konnten nur drei eine in diesem Sinne positive Bilanz aufweisen (ebd.).

Doch nicht alles gleicht den 1990er Jahren. So sind wir in jüngerer Vergangenheit Zeugen einer erstaunlichen Expansion der Risikokapitallogik geworden, in deren Folge sich neue Investoren in diesem Feld tummeln, die in den 1990er Jahren noch keine entscheidende Rolle spielten: von Private Equity Fonds, die mit

ähnlichen Kalkülen wie klassische Venture Capital Gesellschaften operieren, über Sovereign Wealth Fonds, deren Kapital über unterschiedliche Kanäle in diesen Bereich fließt, bis hin zu Giga-Fonds wie dem wahlweise berühmt oder berüchtigten 100 Milliarden US-Dollar schweren Vision Fond von Softbank, dessen wichtigste Geldgeber in Saudi-Arabien sitzen.

Der rasante Zufluss an Kapital aus diesen Kanälen muss als ursächlich für den geradezu explosionsartigen Anstieg in den Bewertungen zahlreicher vorbörslicher Unternehmen gelten, insbesondere natürlich des nicht mehr ganz so exklusiven Clubs der Einhörner (unicorns), also Unternehmen mit einer Marktbewertung von über einer Milliarde US-Dollar. Die Zahl dieser Steroid-Startups hat sich alleine zwischen 2014 und 2017 weltweit von 83 auf 224 beinahe verdreifacht (Stern 2017). Wiederum sind deutliche Zweifel an diesen Marktbewertungen angezeigt, wie einige Ökonomen festhalten. Ihnen zufolge ist das übliche Einhornunternehmen nur die Hälfte seiner Marktbewertung wert (Cornall/ Strebulaev 2018). Auch hier haben wir es mit Symptomen eines von den Kalkülen privaten Risikokapitals strukturierten Marktes zu tun, in dem mit jeder Finanzierungsrunde neue Erwartungen an zukünftige Profite eingepreist werden.

Risikokapital schafft dabei Fakten, die Gesellschaften auf teils überraschenden Wegen tangieren, indem sie die Struktur sozialer Ungleichheit verändern. Ich will dies im Folgenden an zwei Beispielen verdeutlichen, womit freilich kein Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der sozialen Effekte der Kapitallogiken innerhalb der digitalen Ökonomie verbunden ist. Gleichwohl stehen diese Beispiele für einen Trend, der Digitalisierung und soziale Ungleichheit in einen systematischen Zusammenhang bringt: Sie folgen einer Logik des Transfers ökonomischen Wohlstandes von Arbeit zur Kapitaleseite, beziehungsweise von Einkommen zu Vermögen.

Akquisitionen > Börsengänge

Der erste Punkt betrifft die veränderte Dynamik von Exits im Technologiebereich. Zwar

haben wir in den vergangenen Jahren einige, teils spektakuläre Börsengänge erlebt, ein großer Teil des Exit-Geschehens spielt sich allerdings im vorbörslichen Bereich, insbesondere in Form von Akquisitionen ab. Diese Dynamik betrifft auch Deutschland, wie wir nicht erst seit dem Kauf von Qualtrics durch SAP für 8,3 Milliarden US-Dollar im November 2018 wissen. In der Tat findet sich in der Rolle von Akquisitionen für das Exit-Geschehen eine Strukturveränderung im Vergleich zu den 1990er Jahren. Allein zwischen 1997 und 2000 gab es in Deutschland mehr als 400 Börsengänge. Zwischen 2008 und 2016 erfolgten dagegen 95 Prozent der Tech-Exits in Deutschland als Akquisitionen (Staab 2018).

Durchdenkt man diese Dynamik, kommt man zu erstaunlichen Einsichten. Ausgehend von der Einsicht, dass mit der Dominanz privaten Risikokapitals im Markt für Technologieunternehmen systematische Risiken verbunden sind, stellt sich die Frage, wer die potentiellen Risikogruppen dieser Dynamik sind. In den 1990er Jahren waren es offensichtlich vor allem Investoren, die bei Börsengängen Unternehmensanteile erwarben, welche dann während des Busts rasant an Wert verloren. In einem primär von Akquisitionen geprägten System kommt es hingegen zu einer Verlagerung des Risikos: Nicht Investoren, sondern Unternehmen und deren Beschäftigte sind in diesem Fall die zentrale Risikogruppe. Ein Bust des Technologiemarktes ist dann zwar nicht zu erwarten, wohl aber das Einsickern von Risiken in die Bilanzen diverser, akquisitionstarker Unternehmen der ‚old economy‘, wo sich faule Akquisitionen in systematischen Lohndruck übersetzen müssten. Zu Ende gedacht bedeutet eine solche, freilich einstweilen spekulative Dynamik im Exit-Geschehen, dass jene Gewinne, die ursprüngliche Investoren bei Akquisitionen eingestrichen haben, letzten Endes auch aus den Lohntüten von Beschäftigten der Akquisiteure bezahlt würden. Es handelte sich also um einen Transfer ökonomischen Wohlstandes von Einkommen zu Vermögen.

Mega-IPO's³

Eine vom Effekt her ganz ähnliche Dynamik deutet sich derzeit im Bereich der Einhörner an. Denn zwar gibt es heute weniger Börsengänge aus dem Technologiebereich als während der 1990er Jahre. Dafür sind die Kandidaten für IPOs im Sinne ihrer Marktbewertung vielfach wesentlich größer als es die Boom- und Bust-Unternehmen seinerzeit waren. Was mittelfristig passieren wird, wenn das Leittier der Einhornherde, das Ridehailing⁴-Unternehmen UBER, im nächsten Jahr tatsächlich einen IPO wagt, ist terra incognita. Denn anders als der letzte Mega-IPO, nachdem Alibaba im Jahr 2014 auf einen Marktwert von rund 231 Milliarden US-Dollar kam, ist die kolportierte Bewertung von UBER mit 120 Milliarden US-Dollar keineswegs unumstritten. Schließlich hat das Unternehmen seit seiner Gründung im Jahr 2009 konstant riesige Verluste eingefahren. Allein in den vergangenen sieben Quartalen seit Anfang 2017 hat UBER beinahe sieben Milliarden US-Dollar verloren (Richter 2018). Zudem verfügt es über ein verhältnismäßig leicht zu kopierendes Geschäftsmodell, dessen ökonomische Tragfähigkeit zu allem Überfluss keineswegs erwiesen ist (vgl. Sherman 2017). UBER befindet sich nach wie vor in etlichen Märkten in direkter Konkurrenz mit anderen Ridehailing-Unternehmen, deren Kriegskassen ebenfalls prall gefüllt sind. Um im teils ruinösen Wettbewerb mit den Konkurrenten zu bestehen, haben UBER und seine Wettbewerber auf die für Internetunternehmen typische Methode der Markteroberung gesetzt: Subventionierter Konsum. Kunden werden durch niedrige Fahrpreise angelockt, die Löhne von Fahrern bleiben über einem für das Unternehmen ökonomisch sinnvollen Wert oder werden mit Anwerbeboni bestückt, damit möglichst viele Service-Kräfte zur Verfügung stehen.

Ein Ausstieg aus dieser Dynamik und damit ein Pfad in profitable Gefilde ist unter den gegebenen Bedingungen nicht absehbar. Denn

³ Initial Public Offering (auf Deutsch: Erstes öffentliches Angebot): Aktien eines Unternehmens werden interessierten Anlegern öffentlich zum Kauf angeboten.

⁴ Fahrten, die über Apps angeboten und meist von Privatpersonen mit deren privatem Pkw durchgeführt werden.

in gewisser Hinsicht ist der Ridehailing-Markt ein prototypischer Markt des digitalen Kapitalismus: Profite sind hier nur in Monopolpositionen zu erwirtschaften. Im Fall von UBER lässt sich dies leicht nachvollziehen: Konsumentenpreise können nur in sehr begrenztem Ausmaß gesteigert werden, da Kunden bei einer Verteuerung der Dienstleistung zu jenen Konkurrenzunternehmen abwandern würden, die nach wie vor Fahrpreise stärker subventionieren. Zudem ist – wie bei vielen personenbezogenen Dienstleistungen – zu erwarten, dass Konsumenten bei einer signifikanten Verteuerung der Services alternative Angebote nutzen würden (vgl. Baumol 2013): Bus und Bahn, Fahrrad oder den automobilen Selbsttransport.

In dieser Situation bleibt nur das Einsparen von Arbeitskosten als Ausweg zur Profitabilität. Doch auch hier liegen große Steine im Weg. Denn so lange in einem bestimmten Markt noch ein Konkurrenzunternehmen aktiv ist, das bereit ist, weiter Konsumentenpreise und Fahrerentlohnungen aus Risikokapital zu subventionieren, würden die Fahrer vermutlich einfach anfangen, für die Konkurrenz zu arbeiten.

Geopolitik des Kapitals

In dieser festgefahrenen Situation trat nun mit Softbank Anfang 2018 ein neuer Spieler auf den Plan, der gleichwohl für eine übergeordnete strategische Ausrichtung der Kapitaleseite steht und der mit dem Dilemma der Konkurrenz in lokalen Ridehailing-Märkten kalkuliert zu haben scheint. Denn Softbank, das sich 15 Prozent der Anteile an UBER gesichert hat, ist ebenfalls an der südost-asiatischen Konkurrenz Grab, dem indischen Wettbewerber Ola und dem brasilianischen Ridehailing-Unternehmen 99 beteiligt – allesamt in Märkten aktiv, in denen das neue Portfolio-Unternehmen UBER in Konkurrenz zu diesen anderen Softbank-Firmen stand. Bei einer reduzierten Marktbewertung von 48 Milliarden US-Dollar (fast ein Drittel weniger als in der letzten Finanzierungsrunde geltend gemacht wurde) stieg Softbank bei UBER ein und gab dem Management eine signifikante Finanzspritze. Die kolportierte Exit-Bewertung beim angestrebten Börsengang im kommenden Jahr liegt bei 120 Milliarden US-Dollar. Dieser

Wert entspräche einer Multiplikation mit dem Faktor 2,5 der Marktbewertung, auf deren Basis Softbank sich eingekauft hat. Wie kann dies unter den genannten Bedingungen gelingen? Wie kann zum nahenden Börsengang glaubhaft gemacht werden, dass UBER unter den Bedingungen ruinöser Konkurrenz und damit ohne die Möglichkeit den Verdienst von Fahrern zu drücken, in absehbarer Zeit eine solche Marktbewertung rechtfertigen könnte?

Die Antwort auf diese Fragen verbirgt sich in den offensichtlichen, geostrategischen Anstrengungen der Kapitaleseite zur Neusortierung der regionalen Ridehailing-Märkte: Schon kurz nach dem Eintritt von Softbank vermeldete UBER den Rückzug aus Südostasien, womit das dortige Softbank Portfolio-Unternehmen Grab einen großen Schritt in Richtung einer marktbeherrschenden Stellung genommen hat. Bereits wesentlich früher hat sich UBER bekanntlich, im Austausch gegen Minderheitenbeteiligungen an Didi und Yandex-Taxi, aus China und Russland zurückgezogen. Wahrscheinlich ist perspektivisch auch ein Rückzug aus Indien und womöglich Brasilien. Sichtbar wird hier eine Geopolitik des Kapitals, deren Ziel die Sortierung lokaler Märkte hin zum Monopol ist. Denn wo ein Softbank-Unternehmen den Markt nachdrücklich dominiert, kann es die Preise setzen – insbesondere die Preise für Arbeit.

Selbstredend ist in dieser Sache das letzte Wort noch längst nicht gesprochen: Wird es tatsächlich gelingen, in einzelnen Märkten lokale Monopole zu etablieren und zu halten? Sind nicht gerade im Falle der erfolgreichen Monopolisierung einzelner Märkte regulative Gegenmaßnahmen zu erwarten, die die Monopolgewinne zunichtemachen könnten? Lassen sich in Märkten mit wohlfahrtsstaatlichen Mindesttransfers überhaupt genug Fahrer finden, wenn die Löhne einmal einen kritischen Wert unterschreiten? All diese Fragen sind vollkommen ungeklärt. Doch dürfen wir eben nicht vergessen: Es geht bei der Geopolitik des Kapitals im Digitalen nicht primär um nachhaltig erfolgreiche Geschäftsmodelle. Es geht um erfolgreiche Exits. Insofern sind die eben gestellten Fragen falsch formuliert. Die Frage

ist nicht, ob Softbanks Strategie funktioniert. Die Frage ist, ob ein mögliches Funktionieren glaubhaft gemacht werden kann, so dass Neuinvestoren bereit sind, Anteile am Unternehmen zu deutlich höheren Preisen zu erwerben als Softbank und andere Investoren seinerzeit dafür bezahlten.

Von Einkommen zu Vermögen

Um zu verstehen, was all das mit der Entwicklung sozialer Ungleichheit zu tun hat, muss man sich freilich einmal vorstellen, das Kalkül von Softbank ginge auf. Mit der Monopolbildung in einzelnen Märkten wird, wie oben gezeigt, schließlich vor allem eine Nachricht transportiert, nämlich, dass UBER auf Kosten des Faktors Arbeit profitabel werden kann. Wie schon im Falle der Dominanz von Akquisitionen gegenüber Börsengängen hätten wir es in dieser Entwicklung mit einem systematischen Transfer von Einkommen zu Vermögen zu tun, der über die Exit-Orientierung des Technologiesektors ins Werk gesetzt wird: Die Gewinne globaler Vermögensbesitzer, die in Softbank investiert sind, können am Ende nur relativ unmittelbar von jenen UBER-Fahrern kommen, die mit systematischem Lohndruck zu rechnen hätten, entschlosse sich das Unternehmen im Zeichen monopolartiger Marktmacht vom Modell des subventionierten Konsums Abstand zu nehmen. Nicht in den langfristig spekulativen Realitäten von Robotern und künstlicher Intelligenz, sondern in den kurzfristig realen Spekulationen des Kapitals liegt dann die Logik der Neusortierung sozialer Ungleichheit im digitalen Kapitalismus verborgen. ■

Literatur

- Arntz, Melanie/Terry Gregory/Ulrich Zierhahn. 2018. Digitalisierung Und Die Zukunft Der Arbeit. Makroökonomische Auswirkungen Auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit Und Löhne von Morgen. Mannheim: ZEW.
- Baumol, William J. 2013. The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. New Haven/Connecticut.
- Collins, Randall. 2013. The End of Middle-Class Work: No More Escapes. In: Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derluguian, Georgi/Calhoun, Craig (Hrsg.): Does Capitalism Have a Future?, Oxford/NewYork: Oxford University Press, 37–70.
- Cornall, Will/Strebulaev, Ilya A. 2018. Squaring Venture Capital Valuations with Reality. In: Journal of Financial Economics (JFE). Im Erscheinen. In: <https://ssrn.com/abstract=2955455> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2955455>
- Keynes, John Maynard. 1930. Wirtschaftliche Möglichkeiten Für Unsere Enkelkinder. In: http://www.sokratischer-marktplatz.de/pdf/Text_Keynes_Enkelkinder.pdf (16.11.2018).
- Kühl, Stefan. 2002. Konturen Des Exit-Kapitalismus: Wie Risikokapital die Art des Wirtschaftens verändert. In: Leviathan 30(2): 195–219.
- Mason, Paul. 2016. Postkapitalismus. Grundrisse Einer Kommenden Ökonomie. Berlin: Suhrkamp.
- Pfeiffer, Sabine. 2015. Warum Reden Wir Eigentlich Über Industrie 4.0? Auf Dem Weg Zum Digitalen Despotismus. In: Mittelweg 36 (6): 14–36.
- Richter, Felix. 2018. Uber's Loss-Making Ride-Hailing Business. In: <https://www.statista.com/chart/12059/uber-revenue-bookings-and-net-loss> (16.11.2018).
- Rifkin, Jeremy. 2015. The Zero Marginal Cost Society: The Internet of Things, the Collaborative Commons, and the Eclipse of Capitalism. Macmillan USA.
- Ritter, Jay R. 2018. Initial Public Offerings: Updated Statistics. In: https://site.warrington.ufl.edu/ritter/files/2018/03/IPOs2017Statistics_January17_2018.pdf (16.11.2018).
- Roose, Kevin. 2018. The Entire Economy Is MoviePass Now. Enjoy It While You Can. In: <https://www.nytimes.com/2018/05/16/technology/moviepass-economy-startups.html> (16.11.2018).
- Sherman, Len. 2017. Why Can't Uber Make Money? In: <https://www.forbes.com/sites/lensherman/2017/12/14/why-cant-uber-make-money/> (16.11.2018).
- Staab, Philipp. 2018. Exit-Kapitalismus Revisited. Der Einfluss Privaten Risikokapitals Auf Unternehmensentscheidungen, Marktrisiken Und Arbeitsqualität In Technologieintensiven Jungunternehmen. In: Leviathan (2): 212–31.
- Stern, Alex. 2017. Revisiting The Unicorn Club. Get to Know the Newest Crowd of Billion Dollar Startups. In: <https://medium.com/startup-grind/unicorn-club-revisited-e641f9c80e8d> (16.11.2018).
- Wolter, Marc Ingo /Anke Mönnig/Markus Humme/Enzo Weber/Gerd Zika/Robert Helmrich/Tobias Maier/Caroline Neuber-Pohl. 2016. Wirtschaft 4.0 Und Die Folgen Für Arbeitsmarkt Und Ökonomie. Szenario-Rechnungen Im Rahmen Der BIBB-IAB Qualifikations- Und Berufsfeldprojektionen. IAB Forschungsbericht 13/2016. Nürnberg: IAB.

Die Nutzung der KI zum Wohle der Menschen und der Erde

von Christina Colclough¹

Künstliche Intelligenz (KI) – ein Begriff macht die Runde. Und zwar völlig zu Recht. KI oder maschinelles Lernen, sowie autonome und intelligente Systeme finden ihren Weg in jeden Aspekt unseres Lebens. Die Nachrichten, die wir lesen, die Dienstleistungen, die wir angeboten bekommen, die Preise für Waren und möglicherweise bald die Fragen ob wir Jobs bekommen oder auch verlieren, werden zunehmend durch KI bestimmt.

Diese Systeme speisen sich aus den Daten, die wir womöglich allzu leichtfertig weitergeben. Von der Nutzung unseres GPS, über Telefonate mit unseren Banken, über die Apps, die wir auf unseren Smartphones benutzen, durch Einkäufe, die ich mit unseren Kreditkarten tätigen, bis hin zu den Krankenakten, die unter unserem Namen geführt werden, den Freunden und Kontakten, die wir haben, den Likes, die wir vergeben und denen, die die wir nicht vergeben, die Dashcams, die unerkannterweise unseren Aufenthaltsort aufzeichnen, bis hin zu den Fitbits, die jeden unserer Atemzüge, unser Schlafmuster und Bewegungen verfolgen.

Wir werden in einem Umfang überwacht, der bisher nicht vorstellbar war.

Diese Daten werden verwendet, um jeden einzelnen von uns zu analysieren. Unser digitales Ich existiert in vielen Bereichen ohne unser Wissen, aber es wird benutzt, um unsere Meinungen und Verhalten zu beeinflussen. In Bezug auf die Arbeitswelt sind Daten, KI und Algorithmen bereits in vielen Unternehmen im Einsatz. Auch bekannt als Management durch Algorithmen, werden autonome Systeme vom Personalwesen verwendet, um zu entscheiden, wer eingestellt oder entlassen, bestraft oder befördert wird. Obwohl uns die DSGVO solide Rechte und Schutzmaß-

nahmen gegen den Missbrauch unserer personenbezogenen Daten gewährt hat, nimmt die Überwachung der Arbeitnehmer immer mehr zu.

Wir müssen uns nur einen Moment Zeit nehmen und uns fragen, was die langfristigen Folgen all dessen sind. Wirst du wegen deiner Krankenakte keinen Job bekommen? Oder wegen dem Profil deiner Freunde? Oder ist der Grund deine Gewerkschaftszugehörigkeit oder die Daten aus der Messung deiner Produktivität, deines Aufenthaltsortes, deiner Bewegungen und Stimmung?

Gerade weil diese Fragen auf eine Reihe von potenziell negativen Szenarien hinweisen, müssen sie gestellt werden. Und wir müssen sie beantworten. Alle Zukunftsszenarien sind derzeit möglich: von der Übernahme der Kontrolle durch Roboter, über die vielen Arbeitsplätze, die bei der ewigen Suche nach Produktivitätssteigerungen verloren gehen werden, bis hin zu positiveren Beschreibungen, in denen wir lernen, diese Technologien zur Lösung einiger unserer größten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu nutzen. Welche Zukunft uns erwartet, ist keineswegs vorprogrammiert, aber es wird darauf ankommen, dass wir eine grundlegende Frage klären: Welche Gesellschaft wollen wir? Und dann müssen wir entschlossen, manchmal auch völlig neue und kühne, regulatorische und verhaltensorientierte Veränderungen anstreben, um diese Vision zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die zukünftige Arbeitswelt hat UNI Global Union, der Weltverband der Dienstleistungsgewerkschaften sich diese Frage gestellt, und wir haben unsere zehn wichtigsten Prinzipien für die Gestaltung von Künstlicher Intelligenz festgelegt:

- **Erstens** müssen KI-Systeme transparent sein. Einschließlich der Tatsache, dass die Beschäftigten das Recht haben müssen,

¹ Christina Colclough leitet die Abteilung „Plattformarbeit, Digitalisierung und Welthandel“ von UNI Global Union, dem weltweiten Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften. Mehr über ihre Arbeit unter: www.thefutureworldofwork.org/. Die Übersetzung fertigte Martin Ahrens an.

Transparenz bei den Entscheidungen und Ergebnissen von KI-Systemen und den ihnen zugrundeliegenden Algorithmen zu verlangen, und dass die Beschäftigten bei der Einführung, Entwicklung und Bereitstellung von KI-Systemen angehört werden müssen.

- **Zweitens** müssen KI-Systeme mit einer „ethischen Blackbox“ ausgestattet sein. Diese sollte nicht nur relevante Daten enthalten, um Transparenz und Rechenschaftspflicht eines jeden Systems zu gewährleisten, sondern auch eindeutige Daten und Informationen über die in diesem System enthaltenen ethischen Überlegungen.
- **Drittens** muss KI den Menschen und dem Planeten dienen. Durch Verhaltensregeln für die Entwicklung, Anwendung und Nutzung von KI-Systemen bleiben diese mit den grundlegenden Menschenrechten und den Grundsätzen der Menschenwürde, Integrität, Freiheit, Privatsphäre, kulturellen und geschlechtsspezifischen Vielfalt vereinbar und fördern sie diese.
- **Viertens** muss die Endkontrolle immer beim Menschen bleiben. Eine unabdingbare Voraussetzung ist, dass die Entwicklung der KI verantwortungsvoll, unbedenklich und nützlich sein muss, und Maschinen den rechtlichen Status von Instrumenten behalten, wobei juristische Personen die Kontrolle und Verantwortung über diese Maschinen zu jeder Zeit behalten.
- **Fünftens** muss eine geschlechtsneutralen und unverzerrten KI gewährleistet sein. Bei der Entwicklung und Pflege von KI und autonomen Systemen ist es wichtig, dass das System auf negative oder schädliche menschliche Vorurteile kontrolliert wird und dass jede Verzerrung - sei es nach Geschlecht, Rasse, sexueller Orientierung oder Alter - identifiziert und nicht durch das System weitergegeben wird.
- **Sechstens** müssen die Vorteile von KI-Systemen gerecht verteilt werden. Der durch KI geschaffene wirtschaftliche Wohlstand sollte breit und gleichmäßig zum Nutzen der gesamten Menschheit verteilt werden.



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Katharina Pühl / Birgit Sauer (Hrsg.)

Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen

2018 – 289 Seiten – 30,00 €

ISBN 978-3-89691-107-0

Mit Beiträgen von Gundula Ludwig / Volker Woltersdorff, Brigitte Bargetz, Silvia Kontos, Susanne Lettow, Susanne Schultz, Birgit Sauer, Andrea Maihofer, Alex Demirović, Katharina Pühl, Anika Thym, Christa Wichterich, Barbara Fried, Julia Dück, Michael Brie, Alexandra Scheele.



Daher sind sowohl globale als auch nationale Politiken zur Überwindung der wirtschaftlichen, technologischen und sozialen digitalen Kluft notwendig.

- **Siebtens** muss die Sicherstellung einer gerechten Transformation und die Unterstützung der Grundfreiheiten und -rechten gewährleistet sein. Wenn sich KI-Systeme entwickeln und sich neue Realitäten herausbilden, wird sich die Arbeit verändern. Einige Arbeitsplätze werden ganz verschwinden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Maßnahmen ergriffen werden, die einen gerechten Übergang für die betroffenen Arbeitnehmer gewährleisten, einschließlich spezifischer staatlicher Maßnahmen zur Unterstützung bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung.
- **Achtens** die Einrichtung eines globalen Governance-Mechanismus. UNI empfiehlt die Einrichtung von Gremien unter Einbezug aller Stakeholder mit dem Ziel für menschenwürdige Arbeit und ethische KI zu verbinden, und zwar auf globaler und regionaler Ebene.
- **Neuntens**, das Verbot der Zuweisung der Verantwortung an Roboter. Roboter sollten dafür so konzipiert und betrieben werden, dass sie den geltenden Gesetzen und Grundrechten und -freiheiten, einschließlich des Datenschutzes, entsprechen.
- **Zehntens**, das Verbot eines Wettrüstens der KI. Tödliche autonome Waffen, einschließlich der Cyber-Kriegsführung, sollten verboten werden.

Wir müssen jetzt handeln!

Es gibt keine schnellen und einfachen Lösungen für die Entwicklung einer digitalen Zukunft, die der Mehrheit und nicht nur den wenigen dient. UNI hat immer wieder gefordert, dass Regierungen und Unternehmen umdenken und erkennen, dass Gewerkschaften Teil der Lösung sind. In Anbetracht des Ausmaßes des Wandels vor unserer Haustür erfordert eine nachhaltige Zukunft, in der die KI den Frieden

fördert, die Menschen befähigt und ihre Möglichkeiten erweitert, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten. Wir müssen es wagen, uns systemische, institutionelle und marktseitige Mängel und Misserfolge einzugestehen, auf den positiven Erfahrungen aufzubauen und gemeinsam darauf hinzuarbeiten, das Wohlbefinden durch integratives und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Wir müssen uns verpflichten, die Menschen in Arbeit zu halten. Wir müssen den Mut haben, unsere Institutionen an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Und wir dürfen niemals Flexibilität auf Kosten der sozialen Sicherheit akzeptieren. Weniger als all dies zu wollen, reicht nicht aus. ■

Brüssel und der Haushaltsentwurf Italiens

von Arne Heise¹

Stichwort
Wirtschafts-
politik

Finanzpolitik gehört zu jenen Bereichen in der Europäischen Währungsunion (EWU), die als ‚hart‘ koordiniert gelten, weil die Nichtbefolgung vorgegebener Regeln zu automatischen Sanktionen führt, wenn eine qualifizierte Mehrheit der Eurozonemitglieder die Sanktion nicht durch expliziten Beschluss aussetzen sollte.

Die so genannten Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages (MV) über die Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sahen noch die Einhaltung einer strukturellen Defizitgrenze von -3 Prozent des BIP und die Einhaltung einer öffentlichen Verschuldungsquote von 60 Prozent des BIP vor. Diese Verschuldungskriterien wurden in späteren Verfahren – dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (ESWP) und dem Europäischen Fiskalpakt (EFP) – noch restriktiver ausgestaltet, indem die Defizitgrenze von -3 Prozent des BIP nun als absolute (sanktionsfreie) Obergrenze definiert und die strukturelle Defizitgrenze auf -0,5 Prozent des BIP („ausgeglichener Haushalt“) gesenkt wurde. Und die Schuldenstandquote, deren absolute Höhe im MV arbiträr gesetzt wurde und bei der Aufnahmeentscheidung in die Währungsunion keine wirkliche Bedeutung hatte, wurde als Benchmark aufgewertet, indem Eurozonemitglieder in Stabilitätsprogrammen (SP) nun darlegen müssen, welche Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden, falls die aktuelle Verschuldungsquote über der Benchmark-Größe liegt. Außerdem wurde die oben erwähnte Automatik erst mit dem EFP eingeführt, nachdem vorher Sanktionen noch aktiv durch eine qualifizierte Mehrheit beschlossen werden mussten.

So anerkennt die Notwendigkeit einer Koordinierung der Finanzpolitik in einer Währungsunion ist, so sehr sind die konkreten Regelungen des ESWP und des EFP strittig: Die Schuldenstandquote hat keine ökonomische Grundlage, eine strukturelle Neuverschuldung von -3 Prozent (wie im MV) lässt sich unter gewissen Annahmen

herleiten, ein strukturell ausgeglichener Haushalt (wie im ESWP und EFP) hingegen nicht. Eine derart restriktiv eingeschränkte Fiskalpolitik lässt darüber hinaus den Mitgliedstaaten der Eurozone, die eh nicht mehr über eigenständige Geldpolitik verfügen, kein makroökonomisches Steuerungsinstrument mehr in der eigenen Hand.

Um die Einhaltung der Regulierungen des ESWP und des EFP zu kontrollieren und durchzusetzen, haben sich die Eurozone-Mitgliedstaaten einem präventivem und einem korrektiven Verfahren unterworfen, welches von der EU-Kommission administriert wird. Im präventiven Verfahren müssen die Mitgliedstaaten in ihren Haushaltsentwürfen Abweichungen von den oben angegebenen Normen begründen. Werden diese Begründungen vom Ministerrat (unter Vorarbeit der EU-Kommission) nicht akzeptiert, wird das korrektive ‚Verfahren bei übermäßiger Verschuldung‘ in Gang gesetzt. Hierbei wird den Mitgliedstaaten Raum und Zeit gegeben, Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, die die Erfüllung der Benchmarks in der nächsten Zukunft vertrauenswürdig erwarten lässt. Geschieht dies nicht, tritt der oben erwähnte Sanktionsautomatismus in Kraft.

Die neue europafeindliche italienische Regierung hat einen Haushaltsentwurf an Brüssel übersandt, der die Entwürfe der Vorgängerregierung in expansiver Weise revidiert (vgl. Tab.). Sie geht von einer Wachstumsreduktion für das Jahr 2018 aus, die insbesondere internationale Ursachen habe. Damit fällt das Gesamtdefizit für das Jahr 2018 höher aus und die Schuldenstandquote steigt gegenüber den Planungen der Vorgängerregierung für 2018 geringfügig, obwohl das strukturelle Defizit sogar leicht rückläufig ist – hier wirken offenbar die so genannten automatischen Stabilisatoren. Um der Wirtschaft einen Wachstumsimpuls zu geben und mittelfristig wieder auf den ursprünglichen Wachstumspfad zurückzuführen, soll das strukturelle Defizit gegenüber der mittelfristigen Planung der Vorgängerregierung fast verdreifacht werden, wobei sich das Gesamt-

¹ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

defizit allerdings nur etwa verdoppeln würde. Der Konsolidierungspfad der Staatsverschuldung würde dabei flacher ausfallen, allerdings die Arbeitslosigkeit gegenüber den Planungen der Vorgängerregierung reduziert werden können.

struktureller Neuverschuldung und einer Abkehr von der geforderten Konsolidierung der Staatsschuld ausgeht.

Tatsächlich nimmt die italienische Regierung einen Verstoß gegen die europäischen Re-

Tabelle: Haushaltsansätze im Vergleich

	Haushaltsentwurf Vorgängerregierung			Haushaltsentwurf Regierung Conte			Angaben EU- Kommission		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
BIP-Wachstumsrate	1,5	1,5	1,3	1,2	1,5	1,6	1,1	1,2	-
Ausgaben in % des BIP	48,0	-	-	48,0	48,3	-	48,1	48,8	-
Einnahmen in % des BIP	46,4	-	-	46,1	45,8	-	46,2	45,9	-
Strukturelles Defizit in % des BIP	-1,0	-0,6	-0,2	-0,9	-1,7	-	-1,8	-3,0	-
Gesamtdefizit in % des BIP	-1,6	-0,9	-0,2	-1,8	-2,4	-	-1,9	-2,9	-
Primärüberschuss in % des BIP	2,0	2,6	3,3	1,8	1,3	-	1,7	1,0	-
Schuldenstandquote in % des BIP	130,0	127,1	123,9	130,9	130,0	128,1	131,1	131,0	-
Arbeitslosenquote in %	10,7	10,2	-	10,6	9,8	-	10,7	10,4	-

Quelle: Ministero dell' Economia e delle Finance, Italy's Draft Budgetary Plan 2018, Rom 2017, Ministero dell' Economia e delle Finance, Italy's Draft Budgetary Plan 2019, Rom 2018, European Commission; Analysis of the revised Draft Budgetary Plan of Italy, Commission Staff Working Paper, Brüssel 2018

Der Wachstumsimpuls soll gleichermaßen durch steuerliche Vergünstigungen (Rückgang der Einnahmen z.B. durch das Rückgängigmachen bereits beschlossener Mehrwertsteuererhöhungen) wie zusätzliche Ausgabenerhöhungen (durch die Einführung eines existenzsichernden ‚Bürger Einkommens‘ und geringfügiger Steigerungen der öffentlichen Investitionsausgaben) ausgelöst werden.

Die Europäische Kommission moniert nicht nur die Nichteinhaltung der Vorgaben von ESWP und EFP, sondern hält auch die Erwartungen der italienischen Regierung für übertrieben optimistisch: Einerseits bezweifelt sie die Größenordnung der expansiven Fiskaleffekte, andererseits wirft sie der italienischen Regierung vor, die Risiken steigender Zinslast auf die öffentliche Schuld zu verknäueln – weshalb sie von geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und insbesondere klar höherer

Regulierung der Finanzpolitik in Kauf. Wohlwollend könnte man argumentieren, sie nutzt ökonomische Rationalität gegen die Zwänge einer übermäßig restriktiven Regulierung. Die Tatsache, dass nicht investive, sondern konsumtive Ausgaben im Zentrum der zusätzlichen Verschuldung stehen, ist allerdings nur politökonomisch zu erklären. Man könnte allerdings bei einer europafeindlichen Regierung auch unterstellen, sie wolle nur die Schädlichkeit der europäischen Regulierungen aufzeigen und den ‚Schwarzen Peter‘ nach Brüssel schieben.

Brüssel steckt in dem Dilemma, eine ökonomisch unvernünftige Regulierung gegen ein Mitgliedsland durchsetzen zu müssen, die die weitere Entfremdung der Bürger Italiens von der Europäischen Union bedeuten wird². ■

² Zur Drucklegung dieser Ausgabe stand das Verhandlungsergebnis noch nicht fest.

Die aktuelle Zahl 49

von Michael Reschke¹

49 Prozent der Beschäftigten möchten ihre Arbeitszeit verkürzen, gerade einmal zwölf Prozent möchten sie verlängern und die restlichen 39 Prozent ihre jetzige beibehalten. Die aktuelle Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin² berichtet über die Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten in Deutschland. Der Trend ist klar: mehr Arbeitszeitsouveränität, kürzere Arbeitszeiten, flexiblere Arbeitszeiten.

Nicht alle Befunde überraschen. So bestätigen sich noch einmal der Kürzungswunsch bei Vollzeitbeschäftigten und der Verlängerungswunsch bei Teilzeitbeschäftigten und dass die tatsächliche Arbeitszeit häufig über der vertraglichen liegt. Auch die Gründe für die Nicht-Verkürzung verwundern nicht: 39 Prozent führen finanzielle Gründe an, 29 Prozent, dass die Arbeit sonst nicht zu schaffen sei, lediglich zwölf Prozent, dass der Arbeitgeber oder Vorgesetzte dies nicht zuließe.

Schaut man sich die Arbeitszeitwünsche nach Geschlecht an offenbaren sich deutliche Unterschiede: Während für Frauen der Arbeitszeitkorridor zwischen 20 und 34 („lange Teilzeit“) die häufigsten Nennungen erfährt, ist es bei Männern der Korridor 40 bis 47 Stunden („lange Vollzeit“). Über die Lebensphasen hinweg liegen bei Männern die gewünschte, vertraglich vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit eng und konstant beieinander. Bei Frauen hingegen offenbaren sich deutliche Unterschiede zwischen Wunsch und Realität, die in der Regel mit Phasen von Erziehungs- und Pflegeaufgaben einhergehen. Eine weitere Dimension ist die nach der Einflussnahme auf Arbeitszeit. Deutlich wird, dass die „9 bis 17 Uhr“-Stechuhr ausgedient hat. Der Wunsch nach individuellem Einfluss auf Arbeitsbeginn

und -ende sowie Freizeit ist hoch, tatsächliche Einflussnahme aber häufig wenig vorhanden.

Von Befragungen über Feuilleton bis ins Private: Arbeitszeit ist das brennende Thema. Niederschlag findet es in sich verändernden Arbeitszeitregelungen im betrieblichen Kontext und in Tarifrunden. Beispiel Chemische Industrie: Im „Potsdamer Modell“ von IG BCE und Nordostchemie wird eine generelle Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ersetzt durch einen Arbeitszeitkorridor von 32 bis 40 Wochenstunden, dieser ist betrieblich auszugestalten. Ein anderes Beispiel sind die durch die IG Metall oder die EVG erstrittenen Optionsmodelle, in denen sich Beschäftigte zwischen mehr Entgelt und mehr Freizeit entscheiden. Bezeichnenderweise stimmen die meisten für mehr Freizeit.

Die Arbeitgeber haben in der Frage der Arbeitszeitflexibilisierung Widerstände in der Regel aufgegeben. Spannender sollten die Auseinandersetzungen um die neben der Flexibilisierung zweite Dimension werden: dem Volumen der Arbeitszeitverkürzung. Diese Dimension ist eine harte Verteilungsfrage, geht es bei ihr doch auch um die Frage, ob das Entgelt in gleichem Maße sinkt wie die Arbeitszeit oder gar nicht bzw. lediglich anteilig (Stichwort: Digitalisierungsdividende).

Diese Auseinandersetzung muss die SPD aktiv führen. Erste „Testballons“ zu einer gesellschaftlichen Diskussion um Arbeitszeit wurden bereits gestartet (Stichwort: „neue Vollzeit“ (Nahles) oder „Vollzeit für Eltern“ (Schwesig) von 32 Wochenstunden als neue Norm). Auch die Brückenteilzeit kann in diesen Kontext gesetzt werden. Hieran sollten wir anschließen. Klar ist: Arbeitszeitpolitik geht alle an. Zeit, nicht nur zu diskutieren wie und wo wir zukünftig arbeiten wollen, sondern auch wie lange. ■

1 Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

2 BAuA-Arbeitszeitbefragung: Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten in Deutschland Corinna Brauner, Anne Marit Wöhrmann, Alexander Michel Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Projekt F 2398) (11/2018).

Die Linke, die Kosmopoliten und die Kommunitaristen

Über einen Gegensatz, der keiner sein muss

von Sönke Hollenberg und Christian Krell¹

1. Plötzlich gehen zwei Gespenster um: Kosmopoliten und Kommunitaristen.

Ein neuer Konflikt scheint die Gesellschaften westlicher Industriestaaten zu spalten. Die Differenz zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. So oder so ähnlich klingen vermehrt die Schlagzeilen der Analysen gesellschaftlicher Unterschiede in den westlichen Demokratien. Mit dieser neuen Konfliktlinie wird sich dabei den Phänomenen der Spaltung der Gesellschaft, dem Wandel des Parteiensystems und dem drohenden Zerfall der liberalen Demokratie genähert. Auf den Endpolen der neuen *cleavage* sehen Politikwissenschaftler wie Wolfgang Merkel dabei zum einen die Kosmopoliten der Gesellschaft, die besser Gebildeten, die von der Globalisierung profitieren und mit hohem kulturellem Kapital ausgestattet sind. Dementsprechend ist Individualisierung für sie eher gelebte Realität und votieren sie stark für Menschenrechte und offene Grenzen. Demgegenüber stehen die Kommunitaristen, mit tendenziell niedrigerer Bildung. Sie gelten als weniger mobil und hätten ein höheres Interesse an nationalstaatlichen Grenzen². Ferner präferieren sie lokale Gemeinschaften und Identitäten.

Auch in der politischen Öffentlichkeit wird die Spaltung der Gesellschaft in die beiden Lager vermehrt thematisiert. Auf die Seite der Kommunitaristen schlägt sich dabei, wie schon in der Habermas-Streeck-Debatte, erneut Wolfgang Streeck und postuliert in der Zeit: „All political is local“³, was er konsequenterweise mit

einem Plädoyer für einen lokalen Patriotismus kombiniert. Dies nicht zuletzt, weil die „Weltgesellschaft keine Steuern erheben“ könne.⁴ Dabei werden die Argumente der Kommunitaristen neben den Fragen von Grenzen häufig auch mit einer Kritik an zu hoher Elitenorientierung linker Parteien verbunden, die die Klassenfrage und damit die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen des „kleinen Mannes“ vergessen und sich stattdessen nur noch auf Themen wie Gender, Menschenrechte, Ökologie und den internationalen Krisen von Flucht und Migration und mithin sogenannte Identitätspolitik fokussiert hätten. Insbesondere ein Überschuss an vermeintlicher Moral linker Kosmopoliten der oft mit neoliberalen Ansichten einhergehe, wird dabei von kommunitaristisch orientierten Akteuren wie dem Dramaturg und „Aufstehen“-Co-Initiator Bernd Stegemann⁵ oder dem Politikwissenschaftler Nils Heisterhagen⁶ beklagt. Auch der Kampfbegriff der Hypermoral des konservativen Philosophen Arnold Gehlen wird in diesem Zusammenhang verwendet und den Kosmopoliten vorgeworfen. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser sieht in der Kombination von Progressivität in gesellschaftlichen Fragen (Sexualität, Migration, Feminismus) und der Fokussierung auf Identitätspolitik bei gleichzeitiger Nicht-Beachtung von sozialen Fragen einen „progressiven Neoliberalismus“⁷ am Werk, für den beispielhaft Hillary Clinton im US-amerikanischen Wahlkampf gestanden habe.

Demgegenüber betonen kosmopolitisch orientierte Denker wie Jürgen Habermas die europäische Verantwortung Deutschlands und

1 Sönke Hollenberg (1989) ist Referent für Integration und Teilhabe im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter der Universität Bonn.

Dr. Christian Krell (1977) ist Professor im Bereich Staatsrecht und Politik der Hochschule des Bundes. Zuvor leitete er die Akademie für Soziale Demokratie (2007 – 2016) und das nordische Büro (2016 – 2018) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm. Er ist Lehrbeauftragter der Universität Bonn und Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

2 Vgl. Wolfgang Merkel, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst/ Kubbe/ Poguntke, Parties, Governments and Elites, 2017, Wiesbaden.

3 Wolfgang Streeck, Ein Weltbürger ist nirgendwo Bürger, in: „Die Zeit“, Nr.

26/2018, 21.06.2018.

4 Ebd.

5 Vgl. Bernd Stegemann, Von linker Moral und neoliberalen Interessen, in: „Die Zeit“, Nr. 24/2018, 07.06.2018.

6 Vgl. Nils Heisterhagen, Die liberale Illusion, 2018, Bonn.

7 Nancy Fraser, Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Geiselberger (Hrsg.), Die große Regression, 2017, Berlin, S. 77.

beklagen den nationalstaatlichen Rückzug, der von Kommunitaristen wie Streeck gefordert wird. Stattdessen pocht Habermas auf europäische Lösungen in Fragen von Migration und sozialem Ausgleich und fordert nicht zuletzt echte europäische Solidarität von Deutschland ein.⁸ Gegen den Rückzug in die nationale Wagenburg kämpft auch der Journalist und Autor Georg Diez. Er hält die neuerlichen Diskussionen um die Frage der Heimat für den falschen Weg, plädiert stattdessen für Identitätsangebote jenseits der Nation⁹ und fordert eine Einwanderungspartei¹⁰.

2. Und die politische Linke?

Ein unüberbrückbarer Konflikt zwischen beiden Seiten also? Und was für Folgen hat das für linke Parteien? Die Frage der Orientierung in diesen Themenkomplexen spaltet die Parteien links der Mitte dabei tatsächlich schon. So gab es in der Linkspartei einen wochenlangen und teils öffentlich ausgefochtenen harten Streit zwischen dem Lager um Katja Kipping und der Gruppe um Sahra Wagenknecht über die Positionierung in der Frage der offenen Grenzen und der generellen Strategie. Während Katja Kipping dabei für eine Politik der offenen Grenzen wirbt und auf die Erfolge neuer Mitglieder und Wählerschichten im urbanen, studentischen Milieu verweist, sieht Wagenknecht offene Grenzen als eine Forderung des Neoliberalismus und versucht mit der Gründung ihrer Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Enttäuschte von der AfD zurückzugewinnen. Im Verbund mit Oskar Lafontaine, der schon 1990 diskutiert hat, ob man das Recht auf Asyl nicht stark einschränken müsse und seitdem nicht müde wird, die Vorzüge nationaler Abschottung zu preisen, ist wohl auch die sogenannte Sammlungsbewegung in der hier verwendeten Unterscheidung im Lager der Kommunitaristen zu verorten.

In der SPD wird der Richtungsstreit zwar nicht so erbittert ausgetragen, aber auch dort pocht der ehemalige Parteichef Sigmar Gabriel auf eine Kursänderung. So beklagt er im Spiegel eine zu starke Orientierung an Umweltschutzthemen oder der Ehe für alle, problematisiert eine übergriffige Postmoderne des „Anything Goes“ und fordert stattdessen eine Hinwendung zu Fragen der Identität, Heimat und Leitkultur.¹¹ Auch die Grünen schließlich, die man vielleicht noch am ehesten in einem kosmopolitischen Lager verorten würde, sind in dieser Frage unterschiedlich aufgestellt und zumindest teilweise gespalten. Die parteiinterne Debatte um den Band „Wir können nicht allen helfen“ des Grünen Oberbürgermeisters Boris Palmer¹² inklusive der Distanzierungen von Cem Özdemir und anderen verweist auf die Bandbreite selbst bei dieser Partei. Auch die neuen elektoralen Höhenflüge der Umweltpartei basieren zwar sehr stark, allerdings nicht nur auf den kosmopolitisch orientierten bürgerlichen Milieus der Großstädte. Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen konnte die Partei auch in kleineren Gemeinden und auf dem Land große Gewinne verzeichnen. Auch die neuen Parteivorsitzenden Habeck und Baerbock versuchen gerade in neue Milieus vorzudringen und stellen ihre Sommerreise in kleine Dörfer, aber auch zu Traditionsorten deutscher Demokratiegeschichte unter das Motto „Des Glückes Unterpfand“ (und damit explizit in Bezug zur Nationalhymne) und verbanden dies mit einem Plädoyer für mehr sozialen Zusammenhalt.¹³

Abseits der Grünen kann man die Unsicherheit und Unentschiedenheit linker Parteien bei den Fragen in der neuen Konfliktlinie also förmlich greifen. Dabei wächst die Angst, sich entweder final von der Arbeiterschaft und den Prekären abwenden zu müssen oder bei einem Kurswechsel neue urbane und liberale Wählergruppen zu verlieren. Was tun also? Einige Politikwissenschaftler wie Wolfgang Merkel

8 Vgl. Jürgen Habermas, Sind wir noch gute Europäer, in: „Die Zeit“, Nr. 28/2018, 05.07.2018

9 Georg Diez, Das große Sicherheitstheater, online unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/heimat-und-nation-grosses-sicherheitstheater-kolumne-a-1209567.html>, 27.05.2018.

10 Georg Diez, Warum wir eine Einwanderungspartei brauchen, online unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/politik-in-deutschland-warum-wir-eine-einwanderungspartei-brauchen-a-1215835.html>, 01.07.2018.

11 Sigmar Gabriel, Sehnsucht nach Heimat. Wie die SPD auf den Rechtspopulismus reagieren muss, in: „Der Spiegel“, Heft 51/2017.

12 Palmer, Boris: Wir können nicht allen helfen. Ein Grüner über Integration und die Grenzen der Belastbarkeit, München, 2017.

13 Habeck, Robert: Des Glückes Unterpfand, online unter: <http://www.robert-habeck.de/texte/blog/des-gluecks-unterpfand/>, 2018.

gehen davon aus, dass sich linke Parteien tatsächlich klar auf einer Seite positionieren müssen. Insbesondere für die SPD stellt er fest, dass sie sich „von ihrem Anspruch [...], Volkspartei zu sein“ verabschieden und sich stattdessen für eine Seite entscheiden müsse¹⁴. Die Annahme dieser Argumentationsrichtung ist also eine Unvereinbarkeit der beiden Positionen, sowohl inhaltlich, als auch strategisch. Ist das richtig? Müssen sich linke Parteien zwischen den beiden Lagern entscheiden oder führt das zu strategischen Fehlschlüssen? Ist stattdessen vielleicht eine Symbiose nötig und wenn ja, wie kann sie gelingen?

3. Kein Gegensatz! Brücken statt Gräben

Aus unserer Sicht wäre es verheerend, wenn sich die politische Linke in dieses „Entweder-Oder“ hineinbegeben würde. Insbesondere für die Sozialdemokratie mit ihrem nach wie vor gegebenem Volkspartei-Charakter und -Anspruch würde diese Strategie zu ihrem Niedergang beitragen. Wir werden im Folgenden historische, empirisch-demoskopische und normative Argumente für diese These nennen.

Historisch betrachtet ist die Sache zumindest für die Sozialdemokratie klar. Sie war schon immer eine Partei, die eine weite Brücke zwischen höchst unterschiedlichen Interessen spannen musste. Egal, ob es um die Allianz zwischen Lasalleanern und Eisenachern in der Gründungsphase der Partei, um die Nato-Doppelbeschluss-Befürworter und ihre Gegner oder um die vermeintlichen Modernisierer und Traditionalisten in den 1990er Jahren ging. Aus historischer Perspektive wäre eine Entscheidung zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen also nicht zu begründen. Im Gegenteil: Der besondere Erfolg der SPD beruhte auf dieser anspruchsvollen Synthese und zeichnete sich nicht zuletzt auch durch die Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft und ihrer Versöhnung mit dem Bürgertum aus.

Dass es empirisch möglich ist die Gräben zu schließen und Brücken zu bauen zwischen verschiedenen Milieus, gesellschaftlichen Gruppen und Interessen, zeigen dabei auch jüngere elektorale Beispiele. So gelang es Bernie Sanders sowohl klassische Interessen der Arbeiterschaft zu repräsentieren (nicht zuletzt durch seine Glaubwürdigkeit angesichts seines jahrzehntelangen Kampfes gegen ökonomische Ungleichheit) als auch ein hohes Ansehen in der Black Lives Matter Bewegung zu genießen. Eine zentrale Botschaft seiner Kampagne war dabei passenderweise: „Our job is not to divide. Our job is to bring people together.“¹⁵ Sanders scheiterte schließlich bekannterweise in den Vorwahlen der Demokraten an Hillary Clinton, die dann jedoch auch aufgrund ihrer geringen Ausstrahlungskraft in den Arbeiterbezirken des Rust Belts die Wahl gegen Trump verlor. Jeremy Corbyn gelang in Großbritannien Ähnliches, als er mit Labour im Wahlkampf einen großen Rückstand aufholen konnte und bei den Parlamentswahlen nur knapp den konservativen Tories unterlag. Auch ihn zeichnet die Glaubwürdigkeit der Vertretung von Klassenpolitik aus, bei gleichzeitigem Betonen der Diversität der Gesellschaft. Sicherlich, in Mehrheitswahlsystemen ist es weiterhin leichter, unterschiedliche Interessen und Identitäten unter einem Dach zu versammeln, als das in den hoch fragmentierten Parteiensystemen in Ländern mit Verhältniswahlrecht der Fall ist. Doch zeigte nicht der Hype um Martin Schulz und der fast nicht mehr für möglich gehaltene kurze demoskopische Höhenflug der SPD, dass es auch in solchen Systemen möglich ist? So strahlte Schulz anfangs sowohl in kommunitaristisch orientierte Milieus als mit seinem leidenschaftlichen Einsatz für Europa auch in die kosmopolitische Jugend aus.

Die Beispiele von Corbyn über Sanders bis hin zu Schulz verweisen zudem darauf, dass die Unterscheidung zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen eine idealtypische Vereinfachung ist. In real existierenden Gesellschaften und auf gegebenen Wählermärkten sind die je-

14 Wolfgang Merkel, „SPD muss Anspruch der Volkspartei aufgeben“, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/wolfgang-merkel-spd-muss-an-spruch-der-volkspartei-aufgeben/22734200.html>, 26.06.2018.

15 Nick Corasaniti, Bernie Sanders Relies on Supporters for Ad About Unity, online unter: <https://www.nytimes.com/2016/02/14/us/politics/bernie-sanders-relies-on-supporters-for-ad-about-unity.html>, 13.02.16.

nigen, die sich sehr eindeutig auf die eine oder andere Position verpflichten lassen, vermutlich sehr überschaubar. Im Gegenteil scheinen die Realtypen für Argumente beider Provenienz ansprechbar: Der Thematisierung von gesellschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ebenso wie der materiellen. Empirisch wird dies auch daran sichtbar, dass Menschen zu beiden Seiten des Spektrums gleichzeitig neigen können und „eindimensionale ‚Entweder-oder‘ -Betrachtungsweisen“ daher nicht hilfreich seien, wie Jan Eichhorn schreibt.¹⁶ Der Anteil dieser Mittegruppen liegt dabei zudem bei der SPD am höchsten.¹⁷ Auch Thilo Scholle und Sascha Vogt verweisen zu Recht auf die Heterogenität der potenziellen Wähler_innen der SPD und die verschiedenen Erwartungen an die Partei.¹⁸ Dabei darf eine Mitte-Orientierung dieser Art nicht mit der wirtschaftspolitischen Mitte-Strategie der Sozialdemokratie des Dritten Weges verwechselt werden. Auch dürfen Parteien dabei nicht der Gefahr der Profillosigkeit unterliegen und als „Partei ohne Eigenschaften“ gelten, wie Marc Herter schreibt¹⁹.

Dass es jedoch nötig ist, Brücken zu bauen in Gesellschaften, deren einzelne Teile mehr und mehr auseinanderdriften, ist allerdings unbestritten und zeigt auch Andreas Reckwitz mit seiner These der *Gesellschaft der Singularitäten* auf. In seiner Darstellung des Wandels der Moderne von der „Logik des Allgemeinen“ zur „Logik des Besonderen“²⁰ schildert Reckwitz die damit einhergehenden Veränderungen in der Arbeitswelt und der Lebensführung sowie die daraus entstehenden Gräben u.a. zwischen einer auf Sicherheit bedachten und industriell geprägten alten Mittelklasse und einer kulturell- und freiheitsorientierten neuen Mittelklasse der postindustriellen Wissensgesellschaften. Doch wie können die Gräben zwischen den verschiedenen Milieus überbrückt werden?

Wie können gesellschaftliche Differenzierung, Pluralisierung und der kosmopolitische Blick in Einklang gebracht werden mit dem Wunsch nach Verbindendem, Gemeinschaft und Heimat? Was kann also das Verbindende in der Differenz sein?

Gewiss gibt es tatsächlich einen Mangel an Begegnung zwischen den unterschiedlichen Gruppen. Filterblasen in sozialen Netzwerken, Segregation in Großstädten, Verlust von Begegnung mit Anderen in politischen und sozialen Großorganisationen und ein Schrumpfen der öffentlichen Räume, in denen sich verschiedene Individuen als Bürger begegnen können. Stattdessen kann man eine wachsende Vereinzelung und Individualisierung beobachten, die nicht zuletzt durch die neoliberale Ideologie der reinen Orientierung am Marktindividuum die Solidarität, und damit das Band der Freundschaft zwischen den Menschen, untergräbt²¹. Die Forderung nach mehr lokaler Gemeinschaft auf Seiten der Kommunitaristen ist also verständlich. Dieser Wunsch wird nicht zuletzt verstärkt durch mangelnde Anerkennung, die ländlich lebende, nur gering qualifizierte und in sogenannten „einfachen Dienstleistungen“ arbeitenden Teile der Bevölkerung heute von Seiten kosmopolitisch orientierter Städter, die in der Kultur- und/oder Wissensökonomie arbeiten, erfahren. Doch muss diese Gemeinschaft ethnisch homogen sein? Oder kann sie inklusiv gestaltet werden? Und wird Heimat heute nicht vor allem durch einen aggressiven Kapitalismus bedroht, dessen Zerstörungspotenzial sich durch Finanzspekulationen sowohl auf städtische Wohnräume als durch seine Wachstumsideologie auch auf die ländliche Natur auswirkt? Zudem zerstört der Klimawandel die Natur sowohl hier als auch in den Gebieten, aus denen er Menschen zur Flucht hierher zwingt. Gerade ein „linker Realismus“²² muss sich diesen Tatsachen und der eigenen Verantwortung daran stellen und darf nicht auf falsche Sündenböcke abzielen.

16 Jan Eichhorn, Der nationale Kosmopolit, online unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/der-nationale-kosmopolit-2996/>, 18.10.18.

17 Ebd.

18 Thilo Scholle/ Sascha Vogt, Sehnsucht nach Heimat? Sehnsucht nach einem guten Leben!, in: spw 1/2018.

19 : Eine Allianz für den sozialen Fortschritt – Gedanken zur politischen Mobilisierung einer solidarischen Mehrheit, in: spw 4/2018.

20 Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, 2017, Berlin, S. 27.

21 Vgl. dazu auch Zygmunt Bauman, Die Angst vor den Anderen, 2016, Berlin, S. 108.

22 Nils Heisterhagen, Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen, 2018, Bonn.

Im Rückgriff auf Didier Eribon und seine Schilderungen der Entfremdung von linken Parteien zur Arbeiterschaft aus *Rückkehr nach Reims* wird oft eine Re-Thematisierung von Klassenfragen gefordert. Zurecht, denn angesichts der ungeheuren Ungleichverteilung von Wohlstand und einem existierenden Gefühl vieler prekär Gestellten von den etablierten Politikern auch links der Mitte vernachlässigt zu werden, bedarf es eines intensiven Einsatzes für mehr Umverteilung und Repräsentation der Prekären. Doch damit auch eine Reduzierung des Einsatzes für die Rechte von Frauen oder sexuellen Minderheiten zu verknüpfen, ist weder normativ sinnvoll noch strategisch klug. Auch Eribon selbst wehrt sich gegen diese Art von Vereinnahmung und betont die Gleichrangigkeit von Identitätspolitik und Klassenpolitik.²³

Der normative Auftrag der politischen Linken ist es, angesichts dieser Herausforderungen für Verbindung und Zusammenhalt zwischen beiden Gruppen zu sorgen: Den Kosmopoliten den Einsatz auch für die lokale Gemeinschaft sowie Solidarität auch mit den Prekären in ihren eigenen Gesellschaften abzuverlangen und ihnen Anerkennung zuteilwerden zu lassen. Ferner sollten sie sich bewusst werden, dass eine rein auf Differenz bedachte Identitätspolitik auch zu Gruppendenken führen und auf der anderen Seite ebenso einen Wunsch nach konträrer Identitätspolitik auslösen kann. So wird das Konzept der Anti-Diskriminierung mittlerweile auch von Männern und/oder Weißen genutzt, die damit ihre Rechte verteidigen wollen. Doch auf der anderen Seite ist auch klar, dass es keine Rückkehr in die rein nationalstaatlich begrenzte Welt, mit zwei klar getrennten und heterosexuellen Geschlechtern geben wird, in der das Elend außerhalb dieser Grenzen keine Rolle spielt. Es gilt Kommunitaristen also auf Pluralität und internationale Solidarität zu verpflichten.

Denn wie Isolde Charim schreibt: „Es gibt keinen Weg zurück in eine nicht-plurale, in

eine homogene Gesellschaft.“²⁴ Und das ist auch gut so, möchte man mit Klaus Wowereit hinzufügen. Denn eine homogene Gesellschaft beschränkt auch immer die Freiheitsspielräume all derer, die eben nicht der Norm entsprechen.

4. Was tun?

Wir sind davon überzeugt, dass die politische Linke nicht durch die Betonung des Trennenden zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen wieder mehrheitsfähig werden kann, sondern im Gegenteil durch eine Strategie, die die Interessen beider Gruppen als etwas Zusammenhängendes anspricht und repräsentiert.²⁵ Hier sollen fünf Bausteine einer solchen Strategie angesprochen werden, die für die einzelnen Parteien der politischen Linken gelten, aber auch für das politische Lager insgesamt. Dabei begreifen wir die Grünen als Teil eines linken Lagers, wissend, dass dies innerhalb wie außerhalb der Grünen umstritten ist, aber auch anerkennend, dass absehbar fortschrittliche Mehrheiten nur in einer Dreiparteien-Konstellation möglich sind.

1. Solidarität, Anerkennung und die inklusive Gesellschaft

Ein Diskurs, der Brücken bauen und unterschiedliche Gruppen ansprechen soll, muss inklusiv sein. Abgrenzung und Ausgrenzung, sei es „Fremdarbeitern“, den „Gutmenschen“ oder wem auch immer gegenüber, verstärkt die Fliehkräfte einer Gesellschaft, wovon die politische Linke bisher nie profitieren konnte. Die Renaissance des Solidaritätsbegriffs, wie sie etwa von Andrea Nahles versucht wird, ist demgegenüber vielversprechender. Solidarität selbst ist eine Brücke. Nicht nur für diejenigen, die sie geben und für diejenigen, die sie benötigen, sondern auch für all die, die sich durch sie gesichert wissen. Solidarität ist dabei nicht nur normativ wünschenswert, sondern findet als Wert auch breiten gesellschaftlichen Zuspruch. So

24 Isolde Charim, *Ich und die Anderen*, 2018, Wien, S. 29.

25 Sehr gut vollzogen wird dies in der Betonung gemeinsamer Erfahrungen, wie sie Naika Foroutan und Daniel Kubiak am Beispiel von Ostdeutschen und Migranten feststellen. Vgl. Naika Foroutan/ Daniel Kubiak, *Ausschluss und Abwertung: Was Muslime und Ostdeutsche verbindet*, in: „Blätter“, 7/18, S. 93-102.

23 Didier Eribon, „Nationalismus ist auch ein Problem der Linken“, online unter: <https://www.derstandard.de/story/2000080814645/didier-eribon-nationalismus-ist-auch-ein-problem-der-linken>, 03.06.2018.

stufen etwa in der Wertestudie der Hans-Böckler-Stiftung 89 Prozent der Befragten weiterhin die Solidarität als für sie wichtigen Grundwert ein.²⁶ Bemerkenswerterweise gibt es auch in zahlreichen Ländern Europas eine hohe Bereitschaft zu europäischer Solidarität.²⁷ Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Dominanz und dem Predigen des marktorientierten Wettbewerbs ist das außergewöhnlich und verweist auf die hohe Attraktivität solidarischer Wertmuster über die vermeintlichen Gräben zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen hinweg. Ferner bedarf es mehr Anerkennung für die Leistung, die viele für die Gesellschaft erbringen, ob in wichtigen aber nur schlecht bezahlten Berufen oder durch ein Ehrenamt. Ziel muss es sein, dass sich alle als Teil dieser Gesellschaft verstehen und sie gemeinsam verbessern möchten. Das könnte auch ein Baustein einer linken Identitätspolitik für alle sein.²⁸

2. Gestalten!

„Take back control“ – Das war der attraktive Slogan der Brexit-Befürworter. Er hat auch deshalb verfangen, weil es in breiten Teilen der Bevölkerung die Wahrnehmung gibt, dass einem die Kontrolle über das eigene Leben völlig entglitten ist. Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung – benennen für viele Menschen vor allem Prozesse, denen man nicht Herr werden kann, sondern denen man ausgesetzt ist. Linke Politik hat dieses Bild verstärkt, indem sie etwa in den rot-grünen Jahren betont hat, man könne sich den globalen Weltmärkten und ihren Dynamiken nur anpassen, sie aber nicht mehr gestalten. Diese Ohnmachtserfahrung als Gefühl, das eigene Leben und die eigene Umwelt nicht mehr beeinflussen zu können, beschreibt der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa als

mangelnde Resonanz.²⁹ Wenn eine linke Politik attraktiv sein will, dann muss sie klar machen, dass sie gestalten kann. Dass es einen Unterschied macht, ob sie da ist oder nicht. Gerade für den Brückenschlag in den kommunitaristisch orientierten Bereich scheint es entscheidend, dass nichts – auch nicht die Zuwanderung – vermeintlich unkontrolliert geschieht, ohne dass man mitentscheiden könne. Ergebnisse der empirischen Sozialforschung weisen im Übrigen immer wieder darauf hin, dass die Akzeptanz von Entscheidungen – selbst, wenn sie nicht den eigenen Wünschen entsprechen – dann wesentlich höher ist, wenn man in das Entscheidungsverfahren eingebunden war.³⁰

3. Erkennbar sein

Progressive politische Bewegungen haben – unter anderem – das Ziel, einen Unterschied zum Bestehenden zu verkörpern. Dazu gehört mit Adorno auch „das Ganze sich vorzustellen, als etwas, was völlig anders sein könnte“³¹, also in hoffnungsvollen Alternativen zu denken und zu kommunizieren. Wer dabei wie die bleierne Verkörperung des Status quo wirkt, kann wahrscheinlich keine einladende Brücke zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen bilden. Wichtig bei dieser nach vorne gerichteten Erkennbarkeit: Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft liegt ein maßgebliches Unterscheidungsmerkmal darin, vernunft- und kompromissorientiert zu sein und unterschiedliche Interessen auszuhandeln statt bei tumben Parolen mitzumachen. Zwischen denjenigen, die „dafür“ und denjenigen, die „dagegen“ schreien, gibt es jede Menge Raum für diejenigen, die nach dem „wie jetzt genau?“ fragen. Besonders für die SPD mit ihrer historisch höchst produktiven Kompromissorientierung liegt darin eine Chance.

26 Rita Müller-Hilmer/ Jérémie Gagné, Jérémie, Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017, Forschungsförderungs-Report der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 2, Februar 2018, online unter: https://www.boeckler.de/pdf_fof/99690.pdf.

27 Jürgen Gerhards/ Holger Lengfeld/ Jürgen Ignácz/ Florian Kley/ Maximilian Priem: How Strong is European Solidarity? FU Berlin, Working Paper No.37, Februar 2018, online unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/makrosoziologie/arbeitspapiere/pdf/BSSE-Nr.-37.pdf>.

28 Das gleiche gilt für die Stärkung der Arbeiteridentität und die Anpassung davon an die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. An diesem Punkt wird auch deutlich, dass es zwischen sozial- sowie identitätspolitischen Fragen häufig Überschneidungen gibt, von denen nicht zuletzt die Sozialdemokratie auch lange profitieren konnte.

29 Vgl. Hartmut Rosa, Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, 2016, Berlin.

30 Robert Vehrkamp/ Christiane Tillmann, Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“, Bertelsmann Stiftung, 2014, Gütersloh, online unter: https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905_Demokratie-Studie.pdf.

31 Theodor W. Adorno, in: Traub/Wieser (Hrsg.), Gespräche mit Ernst Bloch, 1980, Frankfurt/M.

4. Make Capitalism social again

Das Progressive Zentrum hat vor kurzem unter dem Titel „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ eine hoch aufschlussreiche Studie veröffentlicht.³² Diejenigen, die in strukturschwachen Regionen oder Stadtteilen mit hohem rechtspopulistischem Wähleranteil leben, also den vermuteten Hochburgen der Kommunitaristen, geben als größtes Problem ihres Alltags unsichere Arbeitsbedingungen und den Wegfall von sozialer Infrastruktur an. Forderungen nach nationaler Abschottung oder der Bevorzugung von „Deutschen“ gibt es, sie beruhen i.d.R. auf der Annahme, dass zwar etwas für Zuwanderer getan werde, nicht aber zur Absicherung des eigenen Lebens oder zur Verbesserung des eigenen Umfelds. Dass Vorbehalte gegenüber gleichgeschlechtlichen Ehen oder Unisex-Toiletten bestünden, wird in der Studie nicht genannt. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass ein verbindendes Narrativ zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen weniger auf nationale Abschottung und Geschlechterrollen von vorgestern setzen muss, sondern darauf, die Wertschöpfung des Kapitalismus besser zu verteilen, nicht zuletzt in eine attraktive öffentliche Infrastruktur. Regelmäßig fahrende Busse, schöne Schulen und funktionierende Schwimmbäder könnten also mehr zur gleichzeitigen Ansprache von Kosmopoliten und Kommunitaristen beitragen, als sogenannte Ankerzentren oder die Anprangerung des „Genderwahns“.

5. National, international, egal!

Der Hinweis von Wolfgang Streek ist richtig, dass die Weltgemeinschaft keine Steuern erheben kann. Aber es gibt keinen Grund, das nicht zu ändern. Wenn der Kapitalismus besser eingeeht werden und mehr Menschen zugutekommen soll, ist die Rückkehr in eine kommunitaristisch-behagliche nationale Gemeinschaft, in der man alles regeln könne, eine Scheinalternative. Probleme wie der Klimawandel werden allein im nationalstaatlichen Rahmen nicht zu gestalten sein. Es kommt darauf an, auf den je-

weils angemessenen Ebenen zu handeln. Natürlich ist die Nation „für die Mehrheit der Menschen überall auf der Welt weiterhin die primäre Bewusstseins-, Gefühls- und Kommunikationsgemeinschaft“³³. Und für die politische Linke ist es wichtig, das nicht nur anzuerkennen, sondern auch in konkrete Politik umzusetzen. Viel zu oft, wurde der Nationalstaat in den frühen 2000er Jahren als machtlos angesichts der Globalisierung dargestellt. Ihn nun aber als einzige realistische Gestaltungsebene zu begreifen ist ebenso verkürzt. Gerade sehen wir etwa am Beispiel der Digitalisierung, wie erfolgreich die europäische Ebene beim Setzen von Standards und Regeln sein kann, die einzelne Nationalstaaten nicht setzen können oder wollen. Hier zeigt sich das Potential einer brückenbildenden Strategie: Nur in einem klugen Mix zwischen nationalen – vielleicht kommunitaristischen – und internationalen – vielleicht kosmopolitischen – Ansätzen kann politisches Gestalten gelingen.

5. Fazit: Bildet Banden

Am Ende ist es simpel und doch nicht leicht: Der Marktradikalität und Vereinzelungstendenz des Kapitalismus auf der einen sowie der Regression des Rechtspopulismus auf der anderen Seite gilt es die Radikalität einer Utopie der Gesellschaft der Freien und Gleichen entgegenzuhalten. Eine Gesellschaft, in der ein Jeder und eine Jede ein freies Leben führen kann, in der der familiäre und soziale Hintergrund nicht über den Lebensweg bestimmt und kein anderer entscheidet, wen man lieben darf und wen nicht. Es geht also darum, den Kampf *gegen* Rassismus, Sexismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, oder Gewalt gegen Minderheiten mit dem Kampf *für* faire Löhne, Umverteilung, bezahlbares Wohnen, vernünftige Pflege, sozialen Zusammenhalt und den Erhalt einer intakten Umwelt zu verbinden. Beides ist logisch, empirisch und normativ verwoben. Der Weg zur Mehrheitsfähigkeit der politischen Linken wird nicht durch das Vertiefen von Gräben, sondern nur über das Bauen von Brücken gelingen. ■

32 Hillje, Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Das Progressive Zentrum, 2018, online unter: <http://www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen/>.

33 Peter Brandt, Wir brauchen eine linke Ökumene, online unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/wir-brauchen-eine-linke-oekumene-2910/>, 08.08.2018.

Plädoyer für eine linke Zornsammelstelle

von Werner Kindsmüller¹

Im ARD-Sommerinterview vom 3. Juni 2018 hat die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles angekündigt, man wolle bis zum Herbst entscheidende Forderungen der sozialen Gerechtigkeit umsetzen. So wolle die SPD ein gutes Kita-Gesetz sowie die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung und das Rückkehrrecht aus der Teilzeit zur Vollzeit durchsetzen. Ein weiteres wichtiges Projekt sei die Absicherung des Rentenniveaus zur Vermeidung der Altersarmut. Alles gute Projekte. Sozialdemokraten arbeiten eben fleißig die Punkte ab, die sie im Koalitionsvertrag „durchgeholt“ haben. Und Vieles davon ist in den vergangenen Monaten auch gelungen. Aber ist das die Politik und die Sprache, die den Zeiten angemessen ist? Glaubt man so etwa, die Aufmerksamkeit der Menschen wiederzuerlangen?

So wichtig jede dieser Einzelmaßnahmen ist, sie gehen am mentalen Zustand einer fiebrigen und teilweise hysterisch reagierenden Gesellschaft vorbei. Die Frage: Welche Antwort hat die SPD auf die tiefen Verunsicherungen und Verängstigungen in der Mitte der Gesellschaft und die immer schriller werdenden Töne der Menschen über den Weg unserer Welt in eine gute Zukunft? Diese Grundsatzfrage kann man nicht mit einem noch so vernünftigen Katalog gesetzlicher Änderungen beantworten, sondern nur mit einer neuen Erzählung, die den Zorn und die Ängste der Menschen artikuliert. Insofern fehlt es der SPD im Moment an zweierlei: einer Erzählung und einer Sprache, die die Menschen erreicht. Die SPD muss eine „Zornsammelstelle“ werden, für all die Menschen, die an unserem ökonomisch-politischen System zweifeln. Dazu muss sie zuallererst wieder mehr als Partei, ja, als Bewegung und weniger als Regierung in Erscheinung treten. Statt diplomatisch abgewogen auf den Dieselskandal zu reagieren, – damit sich ja kein Betriebsrat bei VW auf den Schlipps getreten fühlt – könnte man z.B. doch Betrüger als Betrüger bezeichnen und es

gut finden, dass Leute wie Audi-Chef Stadler in Untersuchungshaft genommen werden.

Der bei Linken nicht besonders geschätzte Peter Sloterdijk hat bereits vor mehr als zehn Jahren beobachtet, dass sich die Quanten von Zorn und Dissidenz in unserer Gesellschaft akkumulieren. Allerdings existiert keine „Zornsammelstelle mit einer verbindlichen Was-tun?-Perspektive“. Damit hat er sehr gut die Situation der Linken in Europa charakterisiert. Es gäbe zurzeit keine „popularisierbaren Formen, ...die im Stande wären den potenziellen Zusammenbruch der gegenwärtig erfolgreichen Sozial- und Wirtschaftssysteme in attraktive Visionen für die Zeit danach zu übersetzen.“² Insbesondere die Linke biete „keine orientierungsmächtigen Szenarien, keine überzeugenden Narrative mehr, die ihnen (den Menschen) einen vitalen Platz im Weltgeschehen anweisen.“ (317) Mehr als zehn Jahre später sehen wir, was dann passiert: Die Probleme suchen sich ihre Lösungen, oder mit Sloterdijk: „In dieser Situation legt sich der Rückgang auf ethnische oder subkulturelle Geschichtserfindungen nahe. Sind solche nicht verfügbar, treten lokale Wir-Sie-Konstruktionen an ihre Stelle.“ (317)

Sloterdijk fordert eine linke Zornkultur. Das Anschwellen des Zorns der Menschen hat seine Gründe, die wir verstehen müssen, wollen wir angemessen damit umgehen. Dazu drei Bemerkungen:

Erstens begegnet die Linke den bisher erfolgreichsten „Zornsammlern“, den rechtspopulistischen Kräften hilflos. Man scheint nicht zu verstehen, dass deren Erfolg das Ergebnis einer gefährlichen Kombination ökonomischer Verteilungskämpfe über Lebenschancen und kultureller Deutungskämpfe ist. Wir erleben überall in Europa einen gesellschaftspolitischen Rückschritt, begleitet von kultureller Regression, Ressentiments und Nationalismus. „Erwerbstätigkeit gewährt zunehmend weniger Menschen Sicherheit, Status und Prestige sowie die Mög-

¹ Werner Kindsmüller ist Sozialwissenschaftler und ehemaliger Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein.

² Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit. Frankfurt a. Main 2006; Zit. S. 315 f.

lichkeit einer kontinuierlichen Lebensplanung.“³ Zugleich polarisiert sich die Mitte. Das Risiko zur „Abstiegsgesellschaft“ zu gehören, schätzt Oliver Nachtwey auf 30 Prozent, Menschen, die täglich kämpfen müssen, um klarzukommen – mit prekären Einkommen, steigenden Mieten und mit Unsicherheit über die Zukunft.

Zunehmend erkennt auch die Mittelschicht: Eine andere Welt ist möglich, nämlich eine schlechtere. Die bevorstehenden Transformationsprozesse in den gut bezahlten Dienstleistungssektoren ängstigen sie zurecht. Randall Collins vertritt die Auffassung, dass die Digitalisierung und die Einführung Künstlicher Intelligenz zu einer massiven „Verdrängung der Mittelschichtarbeit“ führen könnte.⁴ Weder Bildung und Qualifizierung noch die Leistungsbeurteilung wird sie davor schützen.

Da die Menschen fühlen, wie sich alles Feste verflüssigt und wie sich Gewissheiten auflösen, klammern viele sich an vermeintlich Haltgebendes. Zudem mehren sich die Statuskämpfe um die Anrechte auf den prekär gewordenen Wohlstand. Teile der Mitte grenzen sich immer stärker von den Schwächeren ab. Diese Ängste und Verhaltensweisen werden von den Rechtsnationalen bedient. Sie bieten dafür ein kulturelles Deutungsmuster (hier verkürzt als Kulturessentialismus bezeichnet – Heimat, Nation, Rasse), dem die Linke nur die Ideale einer kosmopolitischen und individualistischen Hyperkultur entgegensetzen hat. Über ein eigenes attraktives kulturelles Deutungskonzept der historischen Umbrüche verfügt die Linke nicht.

Zweitens legen zwar immer mehr politische Analytiker und Historiker mit guten Gründen dar, dass wir weltweit das Vorspiel zu einer „Krise in den Grundstrukturen der modernen politischen Weltökonomie“ erleben.⁵ Ich sehe aber

keine Hinweise darauf, dass die Dimension der Transformation des kapitalistischen Systems in der Führung der SPD in ihrer strategisch-politischen Bedeutung auch nur annähernd verstanden wird. Dabei ist das Muster der kapitalistischen Entwicklung in den OECD-Staaten seit Mitte der 70er Jahre hinlänglich bekannt: Halbierung der Wachstumsraten, Verdoppelung der privaten und öffentlichen Verschuldung, Entkoppelung der Produktivitätsentwicklung von den Lohneinkommen, Zunahme der Ungleichheit nach GINI, Fall der Profitrate, Rückgang der Bruttoinvestitionen, Zunahme der Gewinne aus Finanzspekulationen. Mit dem Übergang zum digitalen Kapitalismus scheint sich nun ein neues Akkumulationsregime zu etablieren, das sich mit einer regressiven Modernisierung gut verträgt und auf die liberalen Grundlagen unserer Gesellschaft verzichten kann.

Da „*der neue Populismus nicht für die Verlierer von gestern, sondern für die voraussichtlichen Verlierer von morgen*“⁶ steht, steht uns das Schlimmste noch bevor, wenn wir nicht bald beginnen, eine Erzählung zu formulieren, die die verängstigten Menschen erreicht. Ja, es gibt eine „*Krise der linken Imagination*“ (O. Nachtwey, S. 232).

Drittens: „Affekte und Emotionen sind unfein. Wir haben ja die besseren Argumente.“ – So denken viele Linke. Somit überlassen wir die Welt der Affekte den Rechtsnationalen. Wer so denkt, muss sich nicht wundern, wenn er mit der AfD um Platz drei konkurrieren darf. Er verkennet nämlich, wie politische Einstellungen entstehen; nicht durch deliberative Diskurse sondern, indem Gefühle, Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen einen Ankerplatz suchen. Die Linke braucht ein kulturelles Deutungskonzept unserer Zeit, das nicht nur den Kopf, sondern vor allem auch Herz und Gefühl, die Bedürfnisse, Ängste und die Hoffnungen der Menschen anspricht.

Während der Linken der „narrative Kollaps“ (Douglas Rushkoff) droht, schafft es die Rechte erfolgreich, nicht nur die Themen zu setzen,

3 Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin 2016, S. 121

4 Randall Collins: Das Ende der Mittelschichtarbeit. In: Immanuel Wallerstein u.a.: Stirbt der Kapitalismus? Frankfurt a. Main 2014, S. 54

5 Das jüngste Beispiel ist von dem bedeutenden Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein und anderen bedeutenden amerikanischen Sozialwissenschaftlern herausgegebene Band unter dem Titel: Stirbt der Kapitalismus? Frankfurt a. Main 2014. S. 239. Die fünf Autoren bejahen die Frage und kommen zu dem Schluss: „Letztlich ist das Ende des Kapitalismus ein Anlass zur Hoffnung.“

6 Ivan Krastev: Europadämmerung. Ein Essay. Berlin 2017; zit. nach: Philip Manow: Dann wählen wir uns ein anderes Volk...²MERKUR 827 (April 2018), S. 11

sondern auch die Stimmungen und Gefühle der Menschen zu repräsentieren. Dagegen ist die SPD mit ihrer Art der Politik vollkommen abgekoppelt von der Wahrnehmungs- und Gefühlswelt der Menschen.

Wie Ungerechtigkeiten politisch thematisieren?

So viel Ungerechtigkeit wie heute, gab es in Deutschland seit Jahrzehnten nicht mehr. Aber wie werden Ungerechtigkeiten von Menschen überhaupt wahrgenommen? Wann können sie politisch handlungsrelevant werden? Hilfreich sind die empirischen Befunde, die Sylvia Terpe unter dem Titel: „Ungerechtigkeit und Duldung. Die Deutung sozialer Ungleichheit und das Ausbleiben von Protest“ bereits 2009 vorgelegt hat.⁷ Ich habe die wesentlichen Ergebnisse dieser Studie und weitere relevante Literatur im Folgenden unter politisch-strategischen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Sylvia Terpes Forschungsansatz folgt der Frage, „*warum Menschen sich so oft damit abfinden, Opfer ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse zu sein*“ (S. 9) und Ungerechtigkeiten klaglos hinzunehmen. Man möchte meinen, angesichts der immer krasser werdenden Verteilungsverhältnisse von Einkommen und Vermögen, müssten die Menschen rebellieren. Gründe genug gäbe es ja: die steigenden Mietpreise, die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit, die schlechte Entlohnung in vielen Dienstleistungsberufen, die unverschämten hohen Gehälter von DAX-Vorständen, die Betrugereien der Automobilkonzerne – die Liste ließe sich beliebig verlängern. All diese Themen, die sozialdemokratische Anliegen sind, kommen im Moment so gut wie nicht vor.

Die SPD will mehr soziale Gerechtigkeit. Ist das der richtige Ansatz?

Die politische und die wissenschaftliche Diskussion über Ungerechtigkeit orientiert sich in der Regel an normativen Gerechtigkeitsidealen. Zahlreiche empirische Untersuchungen der

vergangenen Jahrzehnte machen deutlich, dass man über Gerechtigkeit politisch nur erfolgreich reden kann, wenn man die Menschen da abholt, wo und wie sie **Ungerechtigkeiten** konkret empfinden.

Aus dieser Perspektive ergeben sich, orientiert an den Befunden von Sylvia Terpe, einige praxisrelevante Erkenntnisse für die Überprüfung von politischen Strategien der sozialen Gerechtigkeit:

- (1) Für die meisten Menschen, die mit der Bewältigung des täglichen Lebens, mit Konsum und den kleinen Freuden des Lebens vollaufbeschäftigt sind, bilden sog. Frames, Deutungsmuster, Interpretationsrahmen für Geschehnisse. Diese erlauben es ihnen ohne großen Aufwand die aktuellen Ereignisse zu „erklären“. Innerhalb dieser Frames ist die Welt in Ordnung. Man muss sich nicht ständig fragen: „Was geht hier eigentlich vor?“ „Was bedeutet das für mich?“ Diese Frames bilden eine „*unbemerkt bleibende Hintergrund Erwartung, die als gegeben angenommen werden*“ (Erving Goffmann)⁸. Sie sind die Korsettstangen des Alltags. Solange alles reibungslos verläuft, schenken die Akteure dem politischen Tagesgeschehen keine besondere Beachtung. Sie gehen ihren persönlichen Zielen nach und die jeweilige Ordnung wird als legitim angesehen.
- (2) Ereignisse, die sich gegen eine Integration in die erprobten Deutungsmuster sperren, lösen Irritationen aus. Sie werden mitunter als Bedrohung der normalen, bisherigen Alltagswelt wahrgenommen. So z.B. Leistungskürzungen, Änderungen im beruflichen Alltag, die als Bedrohung empfunden werden, Veränderungen des sozialen Umfelds, diffuse Ereignisse, deren Bedeutung für den Alltag man nicht beurteilen kann, etc. Als Ungerechtigkeit werden solche Störungen vor allem dann erlebt, wenn sie geeignet sein könnten, den eigenen Status quo infrage zu stellen. Dies kann zu politischen Reaktionen führen, insbesondere dann, wenn aus der

⁷ Sylvia Terpe: Ungerechtigkeit und Duldung. Die Deutung sozialer Ungleichheit und das Ausbleiben von Protest. Konstanz 2009

⁸ Erving Goffmann: Das Individuum im öffentlichen Austausch. Frankfurt a. Main 1982. Zit. nach Sylvia Terpe. A.a.O. S. 52

Vergangenheit bestehende Lebensansprüche und -erwartungen plötzlich durch Entscheidungen entwertet werden, für die man „die Politik“, „die Merkel“ etc. verantwortlich machen kann.

- (3) In extremen Situationen, wie z.B. in Kriegen und deren Nachwirkungen zerbrechen diese Korsettstangen und die eigene Ordnung ist gefährdet, und damit auch die soziale Ordnung. Aber auch als Eingriffe in die eigenen „Besitzstände“ empfundene politische Maßnahmen (Hartz IV, Migration) können die persönliche Alltagsordnung schwerwiegend infrage stellen. Empörung und politisches Verhalten der Menschen zielen in solchen Situationen primär auf die Wiederherstellung des Status quo ante. Vor allem dann, wenn durch die Bedrohung der Alltagswelt der soziale Status und das Netz der sozialen Beziehungen gefährdet bzw. das Selbstwertgefühl bedroht erscheint, kann dies als ein Bruch mit der Alltagswelt interpretiert werden, der das politische Verhalten verändert⁹. Die Verunsicherung vieler Menschen der Mittelschicht in Anbetracht der Gefahren durch die Digitalisierung, so diffus sie im Moment auch sein mag, besitzt ein Veränderungspotenzial für politisches Handeln, das nicht groß genug eingeschätzt werden kann. Aber wer hebt es?
- (4) Störungen der Deutungsmuster führen in jedem Fall dazu, dass Themen, die bisher für den Einzelnen nur geringe Bedeutung hatten – da sich ja alles im „grünen Bereich“ abspielt hat – plötzlich eine höhere Relevanz in seiner Wahrnehmung erlangen. Sie können zu einer Neuinterpretation der Frames führen, wenn sich das Geschehen nicht mehr in die bestehenden Deutungsmuster integrieren lässt. *„Je länger die Bedrohung und Störung der Normalität aber anhalten, desto stärker kann sich auch der ‚injustice frame‘ in den Vordergrund drängen und umso deutlicher werden Akteure zum Ausdruck bringen können, was genau sie als ungerecht empfinden oder was*

der Auslöser für diese Gefühle darstellt.“¹⁰

Dieser neue Frame ist seinerseits ein Set von Deutungsmustern, die entlastend wirken sollen, indem sie ein System von Erklärungen für komplexe Erscheinungen der sozialen Wirklichkeit bieten. Hier knüpfen populistische Deutungen, Verschwörungstheorien, etc. an. Es kann aber auch sein, dass das neue „injustice frame“ einem linken Erklärungssystem entliehen wird, sofern ein solches angeboten wird (s. Podemos). In einer Welt, in der immer mehr Menschen die konkrete Erfahrung der Ungerechtigkeit machen, bedarf es eines linken Deutungsangebots, das an den Affekten der Menschen ansetzt, um die rechtsnationale Hegemonie zu verhindern.

- (5) Ungerechtigkeit wird emotional wahrgenommen (Frustration, Zorn und Furcht); kognitive Aspekte besitzen hingegen einen untergeordneten Stellenwert. Es ist auch nicht entscheidend, ob die empfundenen Ungerechtigkeiten objektiv vorliegen. Von Ängsten und Gefühlen zu sagen, sie seien „falsch“, ist unangemessen. Sobald ein Ereignis mit Bezug auf den Lebensalltag als ungerecht – und damit als Störung der eigenen Lebensordnung – empfunden wird, ist dies relevant.
- (6) Sollen Ungerechtigkeitserfahrungen politisch angesprochen werden, dann müssen die Affekthaushalte der Menschen erreicht werden. Häufig spricht die politische Kommunikation nur den Verstand an. Sylvia Terpe weist darauf hin, dass *„Emotionen nicht nur das Resultat von Ungerechtigkeitseinschätzungen sein können, sondern dass sie darüber hinaus ein notwendiges Bindeglied zu den potenziellen Handlungsvollzügen darstellen.“* (81). Affekte treiben das Handeln der Menschen an. Werden diese emotionalen Bestandteile einer als politisch gedeuteten Situation bei den Menschen nicht wachgerufen, verhalten alle guten Argumente. Den Menschen bleiben dann Resignation, Duldung und Rückzug.

⁹ Politisches Handeln umfasst das gesamte Spektrum: Wahlverhalten, politische Aktivitäten, Protest, Revolte.

¹⁰ Terpe, S. 55. Die politischen Einstellungen zur Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland seit September 2015 lässt sich in den hier dargestellten Kategorien gut erklären.

(7) Sollen als ungerecht empfundene Ereignisse politisch relevant werden, müssen die dafür Verantwortlichen benannt werden können. Solange Menschen ein gesellschaftspolitisches Ereignis als unvermeidlich bewerten, eröffnen sich für sie kaum Handlungsräume. Wenn ihnen allerdings die Verursacher für das ungerecht empfundene Ereignis klar werden, ergeben sich Handlungsoptionen. Dafür braucht die Linke ein Narrativ, einen Deutungsrahmen, der die Ungerechtigkeiten unseres kapitalistischen Systems benennt. Nur wenn die Affekte der Menschen aufgenommen werden und im Rahmen eines Narrativs eine stimmige Erklärung angeboten werden kann, lassen sich die kritischen Potenziale des Protests erschließen und mit einem politischen Handlungskonzept sowie mit konkreten Forderungen verbinden.

Was muss die Linke tun?

Die erste Runde ist an die Rechte gegangen. Die SPD muss verstehen, dass wir uns in einem Kulturkampf befinden. Es geht um die politische und kulturelle Hegemonie – und die Zukunft der liberalen Gesellschaft. Wenn die SPD brav so weitermacht, wird sie bedeutungslos, weil sie die Empfindungen der Menschen ignoriert und nicht versteht, dass diese Empfindungen politisch sind.

An diesem Punkt sollte sich die SPD ihre historische Mission bewusst machen: Diese besteht darin, die Energie des heißen, aber letztlich ziellosen Zorns, den die Ungerechtigkeiten einer kapitalistischen Gesellschaft permanent den Menschen ins Gesicht treiben, in kalten Zorn umzuwandeln und zugleich als Antriebskraft für das Projekt einer besseren Gesellschaft zu nutzen.

Um der Gefahr der politisch-kulturellen Hegemonie einer völkisch-nationalen Entwicklung in Europa zu begegnen, müssen wir folgende vier Aufgaben in Angriff nehmen:

1. Die Sorgen und Gefühle, die Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen ernst nehmen und sie in einer klaren Sprache öffentlich und auch konfrontativ thematisieren.

Die Verantwortlichen benennen. Um das zu tun, muss man den Menschen nicht nach dem Munde reden.

2. Die von den Menschen als ungerecht empfundenen Entwicklungen (Dumpinglöhne in vielen Dienstleistungsberufen, Mietwucher, Renditegier) als Phänomene einer politisch-ökonomischen Entwicklung unseres Turbo-Kapitalismus massentauglich kommunizieren. Wir brauchen eine neue Erzählung, die die elementaren Bedürfnisse der Menschen und ihre Hoffnung auf ein gutes Leben über ein System stellt, das sich als unfähig erwiesen hat, den Menschen Sicherheit und Wohlstand zu geben.
3. Die Vorstellung eines alternativen (nicht-materialistisches) Wohlstandsmodells entwickeln und ein Narrativ zu beschreiben, das individuelle Freiheit mit solidarischen Strukturen verbindet¹¹.
4. Tagespolitische Forderungen entwickeln, die die Bedürfnisse der Menschen heute mit der Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Logik verbinden.

Paradoxerweise kann die Linke vom Vorgehen der Rechten bis zu einem gewissen Grade sogar lernen. Dies gilt sowohl für das „Hinhören“, aber auch das Aussprechen von dem, was ist, in einer Sprache, die wir wieder lernen müssen. Der leider schon verstorbene, einstige britische Historiker am Kings College, Tony Judt hat auf die Frage, warum wir uns eine andere Art von Gesellschaft nicht mehr vorstellen können, geantwortet: „*We simply do not know how to talk about these things any more.*“¹² Wir sprechen über politische Fragen im bürokratisch-technischen Jargon, aber wir haben verlernt über so Elementares zu sprechen, wie darüber, wie wir leben wollen, was ungerecht ist und warum es anders werden muss. Und so sollten wir über die Ungerechtigkeiten, die der globale Kapitalismus über die Menschen bringt, auch wieder Zorn empfinden. ■

11 Ausführlich befasse ich mich in meinem zweibändigen Buch mit dem Titel „Insolvenz der Moderne. Warum wir neue Wohlstandsmodelle brauchen“ (Hamburg 2015) mit dieser Frage.

12 Tony Judt: *Ill fares the land*. New York 2010, S. 34

Die falsche Weltformel – das Grundeinkommen als Antwort auf den digitalen Kapitalismus?

von Benjamin Mikfeld¹

1. Zur Aktualität der Debatte um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“

Mit der Auflösung der „industriellen Moderne“ im globalen und digitalen Kapitalismus sehen einige den Sozialstaat, wie wir ihn kennen auf dem Prüfstand. Eine besondere Attraktivität scheint wieder einmal die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und seiner verschiedenen Untervarianten zu entfalten. Das Konzept ist alles andere als neu. Sowohl Liberale als auch Linke führen die Diskussion seit vielen Jahrzehnten. Entsprechend umfassend sind die Erwartungen an ein BGE: Es soll Armut verhindern, mehr Verteilungsgerechtigkeit herstellen, schlechte Arbeitsverhältnisse zurückdrängen oder auch Niedriglöhne aufstocken, eine Antwort auf die erwartete digitale Automatisierungswelle sein, den Sozialstaat vereinfachen, ausbauen oder auch zurückbauen, eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit sowie Eigen- und Sorgearbeit ermöglichen, den Wachstumszwang und teilweise sogar den Kapitalismus an sich überwinden helfen. Nun sollte man grundsätzlich skeptisch sein, wenn ein einziges Instrument so viele (und widersprüchliche) Ziele zugleich erreichen verspricht. Das Magazin „Der Spiegel“ schreibt nicht zu Unrecht, das Grundeinkommen sei eine „Weltformel für alles und jeden“.² Zudem gibt es natürlich nicht das eine BGE-Konzept, sondern man muss – darauf wird zu Recht immer wieder hingewiesen – zwischen eher wirtschaftsliberalen und egalitär-emanzipatorischen Modellen und ihren sehr unterschiedlichen Zielen sorgfältig unterscheiden.

Aus politisch-strategischer Perspektive ist diese Debatte auch für Kritiker/innen des BGE sehr ernst zu nehmen. Denn sie drückt eine Unsicherheit darüber aus, ob unser Sozialmodell mit Lohnarbeit, Sozial- bzw. Konfliktpartnerschaft,

Sozialversicherungen usw. noch zukunftsfähig ist. Das BGE steht symbolisch für das Bedürfnis nach Sicherheit in unsteten Erwerbsbiografien sowie einem einfachen und unbürokratischen Sozialstaat, der mehr Freiheit für alle Bürger/innen ermöglicht. Diese Zielsetzung wird hier im Grundsatz geteilt. Fraglich ist hingegen, ob das BGE hierfür die richtige Antwort ist. In diesem Beitrag wird unter Abschnitt 3) die (auch gewiss nicht neue) Kritik am BGE formuliert und unter Abschnitt 4) eine Alternative benannt, die in Teilen zumindest den Versuch unternimmt, eine Brücke zwischen Befürworter/innen und Kritiker/innen des BGE zu schlagen.

2. Exkurs: Digitalisierung der Arbeitswelt als Treiber der Debatte

Vorab ein kurzer Ausflug in die Digitalisierungsdebatte, weil sie ein maßgeblicher Treiber für die Aktualität der Forderung nach einem BGE ist. „Die Digitalisierung“ ist der derzeit wohl am meisten diskutierte „Megatrend“. Sie es ist zugleich, unter anderem, weil befürchtet wird, dass durch den erwarteten Produktivkraftsprung in Zukunft Roboter und Künstliche Intelligenz menschliche Arbeit in großem Umfang ersetzen könnten. Aus ähnlichen Gründen werden Forderungen nach einer „Robotersteuer“ laut.

In den kontroversen Diskursen über Digitalisierung und Arbeit spiegeln sich sehr unterschiedliche Weltbilder und Ziele.³ Der vor allem im Silicon Valley propagierte Diskurs „Gesellschaftsoptimierung durch Digitalisierung“ sieht in seinen disruptiven Geschäftsmodellen nicht nur den „Kundennutzen“, sondern in der „Gig Economy“ für Crowdworker/innen, Uber-Fahrer/innen und Airbnb-Wohnungsvermieter/innen auch den sozialen Aspekt der Chance eines Zuverdienstes. Im deutschen Diskurs um die „In-

1 Der Autor ist Leiter der Abteilung „Leitung, Planung, Strategie“ im Bundesministerium der Finanzen und Mitherausgeber der spw.

2 Der Spiegel vom 14.5.2016

3 Ausführlicher hierzu: Mikfeld, Benjamin (2017): Digitale Transformation und die Arbeitswelt der Zukunft. Diskurse über den Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeit im digitalen Zeitalter, Diskussionspapier der Kommission »Arbeit der Zukunft« der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

dustrie 4.0“ wird versprochen, das industriebasierte Wirtschaftsmodell mit Sozialpartnerschaft und qualifizierter Facharbeit in die Zukunft zu verlängern. Unter der Chiffre der „New Work“ werden Arbeitsformen vor allem der Kreativ- und Wissensarbeiter/innen verhandelt, die Selbstverwirklichung und Freiheit jenseits der tradierten industriellen Beziehungen versprechen. Vertreter/innen des Diskurses „Dezentralisierung und Demokratisierung“ wiederum hoffen auf eine Alternativedigitalisierung in der Null-Grenzkosten-Ökonomie mit der Ausweitung von Commons und tendenziell eine Überwindung der Lohnarbeit. Andere wiederum richten ihre Kritik gegen den „digitalen Kapitalismus“.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob der Begriff des „digitalen Kapitalismus“ überhaupt geeignet ist, um das „Neue“ analytisch vollständig zu fassen zu bekommen. Zum einen haben viele gesellschaftliche Auswirkungen der Digitalisierung zunächst einmal nicht zwingend etwas mit dem Kapitalismus zu tun. Hierzu gehören u.a. veränderte Kommunikationsformen in den sozialen Netzwerken oder auch das in China staatlich propagierte Verhaltenskontrolldesign durch „Social Scoring“. Zum anderen ist die konkrete Ausprägung des Kapitalismus durch digitale Technologien allein nicht zu erklären, ohne andere Bindestrich-Kapitalismen in den Blick zu nehmen. Hierzu gehören der Finanzmarktkapitalismus, der globalisierte Kapitalismus, aber auch einige Aspekte des sogenannten kulturellen oder kognitiven Kapitalismus und in der Summe wachsende soziale und kulturelle Spaltungen in der Gesellschaft.⁴

Die Digitalisierung wird Wirtschaft und Arbeitswelt transformieren, so viel ist klar. Aber wie genau diese Transformation aussehen wird, ist nicht alleine eine Frage der Technologien, sondern auch der institutionellen Rahmenbedingungen, der Sozialsysteme und politischer Weichenstellungen. Die Befürchtungen einer weit reichenden Automatisierung der Arbeit speisen sich vor allem aus anekdotischer Evidenz und der Fehlinterpretation von Studien wie der von Frey/Osborne⁵, die auf theoretische Potenziale abzie-

len. Automatisierbar sind bestimmte Tätigkeiten, aber nicht zwingend ganze Berufe. Zudem ist eine zentrale Frage, ob etwaige Produktivitätssteigerungen – wie bislang in der Wirtschaftsgeschichte – zu Beschäftigung in neuen Feldern führen. Viele gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Nachfrage nach Arbeit in den nächsten Jahrzehnten nicht abnehmen wird, jedoch veränderte Kompetenzprofile gefordert sind und es erhebliche Verschiebungen zwischen den Berufen und Branchen geben wird.⁶ Derzeit nimmt die Beschäftigung (auch die sozialversicherungspflichtige) in Deutschland zu und nicht ab.

Die Herausforderungen für die Arbeits- und Sozialpolitik in der digitalen Arbeitswelt liegen also in erster Linie nicht darin, eine Antwort auf das „Ende der Erwerbsarbeit“ zu finden. Zum einen geht es darum, die Erwerbstätigen zu befähigen, mit dem Strukturwandel Schritt zu halten. Sprich: Es geht um mehr und bessere Qualifizierung. Zum anderen bietet die Digitalisierung neue Optionen für Arbeit- und Auftraggeber, das „Transformationsproblem“ der Arbeit zu lösen, also Arbeitspotenzial in Arbeitsleistung zu übersetzen.

- Digitale Assistenten im weitesten Sinne können von körperlicher Arbeit und monotonen Tätigkeiten entlasten, sie können aber auch zur Leistungsverdichtung und Kontrolle sowie zur Schließung der „Poren des Arbeitstages“ genutzt werden. Wir erleben die Zunahme eines „digitalen Taylorismus“.
- Arbeitsstrukturen werden – getrieben durch den beschleunigten Innovationsmodus der Digitalisierung – „agiler“, vor allem bei qualifizierten Beschäftigten. Auch dies kann mehr „Freiheit“ bedeuten, aber ebenso eine neue Qualität der Subjektivierung, also die Mobilisierung von Eigenverantwortung, Kreativität, Nutzung der Freizeit etc. für den Unternehmenserfolg.
- Und schließlich ermöglichen digitale Vermittlungsplattformen, dass man für bestimm-

4 Hierzu als kultursoziologische Diagnose: Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin.

5 Frey, C. & Osborne, M. A. (2013). The Future of Employment: How Susceptible

are Jobs to Computerization?. University of Oxford.

6 Vgl. Vogler-Ludwig, Kurt; Düll, Nicola; Krieche, Ben (2016): Arbeitsmarkt 2030 - Wirtschaft und Arbeitsmarkt im digitale Zeitalte. Prognose 2016, Bielefeld.

te Tätigkeiten nicht mehr die/den ganze/n Lohnarbeitnehmer/in mit all ihren/seinen sozialen Rechten beschäftigen muss, sondern über Crowdwork auf formell selbstständige Arbeit zugreifen kann. Plattformen, die On-Demand-Leistungen (Uber, Helpling & Co.) anbieten, negieren die Verantwortung als Arbeitgeber und vermitteln Selbstständige. Allerdings sind diese Erwerbsformen in Deutschland derzeit noch eine Randerscheinung.

All dies forciert die Debatte über ein BGE. Zum einen „von oben“ seitens der „Vordenker/innen“ des Silicon Valley und einiger Konzernchefs, die diese neue digitale Arbeitswelt forcieren, sich gesellschaftspolitisch „entlasten“ wollen und zugleich um die Sicherung von kaufkräftiger Nachfrage bemüht sind. Zum anderen „von unten“, weil Teile der jungen Generation und der „prekär“ Erwerbstätigen, Freiberufler/innen sowie Wissens- und Kreativarbeiter/innen nach einer neuen Sicherheit in der neuen Arbeitswelt verlangen.

3. Zentrale Kritikpunkte am Bedingungslosen Grundeinkommen

Grundsätzlich lassen sich – wie erwähnt - wirtschaftsliberale und egalitär-emanzipatorische Modelle unterscheiden. Während erstere vor allem auf eine Vereinfachung der Sozialsysteme abzielen, setzen letztere auf die „große Umverteilung“.

Liberalen Modelle des Grundeinkommens, die wie jüngst das von Straubhaar unter der Flagge „Radikal gerecht“⁷ segeln, sind eigentlich ein trojanisches Pferd, das am Ende auf weniger soziale Sicherheit hinausläuft und damit eher „radikal unsozial“ sind. Erstens sind sie kein „echtes“ Grundeinkommen, sondern meist Modelle einer negativen Einkommensteuer, bei denen eigenes Einkommen angerechnet wird. Dies zielt auf einen Ausbau des Niedriglohnsektors ab. Zweitens wollen sie eine Art Sozialstaats-Flatrate. So will Straubhaar alle sozialpolitischen Maßnahmen in einem Instrument bündeln: „Das Grundeinkommen ersetzt alle heute bestehenden sozialpolitischen Transfers, also Rentenzahlungen,

Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe u.a.“⁸ Wer also bei Arbeitslosigkeit, in Erziehungsphasen oder im Alter seinen Lebensstandard halten will, muss sich dafür privat versichern. Diese Modelle sind also – ob explizit gewollt oder nicht – auch ein Programm zur Förderung der privaten Versicherungswirtschaft.

Mit Blick auf den digitalen Kapitalismus soll die nachfolgende Kritik in erster Linie auf die egalitär-emanzipatorischen Modelle bezogen werden, weil in der Skepsis gegenüber den wirtschaftsliberalen Modellen im progressiven Spektrum vermutlich größere Einigkeit besteht.

Die egalitär-emanzipatorischen Konzepte setzen auf ein „echtes“ bedingungsloses Grundeinkommen für alle, das mit erheblichen Steuermehreinnahmen finanziert werden soll, so dass auch eine Umverteilung von „oben nach unten“ realisiert wird.

Die Grundsatzfrage:

Mehr oder weniger deutlich vertreten die Protagonist/innen eines egalitär-emanzipatorischen BGE die Position, dass die Bürger/innen vom „Zwang“ zur Erwerbsarbeit zu befreien seien. Teils geht es darum, dass niemand niedrig entlohnte oder unattraktive Lohnarbeit verrichten solle, teils geht es um die Überwindung von Lohnarbeit und damit des Kapitalismus an sich. Es stellt sich also die sehr grundsätzliche Frage, ob wir das Modell einer hoch arbeitsteiligen, auf Lohnarbeit, Produktivität, Innovation und möglichst nachhaltigem Wachstum basierenden Ökonomie für zukunftsfähig halten oder nicht. Zum einen bezieht sich der Streit darauf, ob die „protestantisch-industrielle Arbeits- und Leistungsethik, die historisch gleichermaßen in marktliberale wie sozialistische Denkweisen und Ordnungsvorstellungen Eingang gefunden hat“⁹ ihre normative Gültigkeit eingebüßt habe. Hier kreuzen sich eher linksliberäre mit liberalen Interpretationen, denen zufolge im Sozialstaat Bismarck'scher Tradition mit „Rationalisierung, Bürokratisierung und Anonymisierung Stück für Stück der individuelle Mensch über

⁸ Ebenda, S. 15

⁷ Straubhaar, Thomas (2017): Radikal gerecht. Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert, Hamburg.

⁹ Lessenich, Stephan (2009): Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs, Bonn.

Bord geworfen”¹⁰ werde. Zum anderen leitet sich daraus die konkrete Streitfrage der „Bedingungslosigkeit“ ab. Doch selbst wenn man in Rechnung stellt, dass der gesellschaftliche Kitt dieser Arbeits- und Leistungsethik an den Rändern bröckelt, ist sie damit völlig hinfällig? Ist der „Zwang zur Erwerbsarbeit“ das Problem? Oder sind es eher die schlechte Entlohnung, die unzureichende soziale Absicherung und die Qualität bestimmter Arbeiten, die als soziales Problem anzusehen sind? Ist es überhaupt ein Problem, dass jeder und jede in einer arbeitsteiligen modernen Gesellschaft die moralische (und auch sozialstaatlich sanktionierte) Verpflichtung hat, durch eigene Arbeit (die nicht zwingend Erwerbsarbeit sein muss, aber die tatsächlich „nachgefragt“ wird) einen produktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand zu leisten? Es ist freilich legitim, die Position zu vertreten, dass alle ohne „Zwang“ machen können, was sie wollen und dann dafür ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Allerdings ist zweifelhaft, ob diese Utopie eine gesellschaftliche Akzeptanz findet, die erwünschten Ziele erreicht oder überhaupt „technisch“ realisierbar ist.

Einwand 1: Schwächung der kollektiven Durchsetzung von Arbeitnehmer/inneninteressen

Das Konzept des BGE konzentriert sich auf die Umverteilung von Geld durch den Staat. Auch wenn die Befürworter/innen stets betonen, dass andere politische Maßnahmen damit nicht erledigt sind, so steht das BGE doch im Zentrum ihrer politischen Konzeption und Kampagnen. Es handelt sich hier im Kern um einen „Sekundärverteilungs-Sozialismus“, in dem die Frage der (primären) funktionalen Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen – wenn überhaupt – nur indirekt zu beantworten versucht wird. Gäbe es das BGE in existenzsichernder Höhe, dann sei niemand gezwungen, bestimmte Arbeiten anzunehmen. Würde die Nachfrage nach solcher Arbeit abnehmen, müssten die Löhne steigen. Etwas irritierend ist, dass viele auch polit-ökonomisch Geschulte hier eher neoklassisch auf der Ebene von Angebot und Nachfrage argumentieren und die Bedingungen für eine lohnpoli-

tische Aushandlung ignorieren.¹¹ Zumindest sollte man bedenken, dass sich viele Protagonist/innen der wirtschaftsliberalen Modelle (wenn auch bei niedriger Leistungshöhe) den genau gegenteiligen Effekt versprechen; sie haben die negative Einkommenssteuer immer auch mit dem erklärten Ziel in die Diskussion gebracht, Arbeit im Niedriglohnsektor auszuweiten. Selbst ein BGE von 1.000 Euro pro Kopf ist nicht viel Geld. In einer Konsumgesellschaft werden sich die Allermeisten etwas hinzuverdienen wollen und müssen. Viele Analysen zeigen, dass die gesunkene Lohnquote in den entwickelten Ökonomien auch etwas mit abnehmender Tarifbindung zu tun hat. Je nach konkreter Ausgestaltung des BGE könnten aber Anreize bestehen, keinen regulären Vollzeitjob anzustreben. Aber werden Teilzeitjobs, Minijobs, selbstständige Arbeit oder gar Schwarzarbeit die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer/innen- und der Gewerkschaften stärken? Steigt die Akzeptanz und Bereitschaft der kollektiven Interessenvertretung, wenn nur ein Bestandteil des Einkommens davon abhängt? Wohl eher nicht. Die Auswirkungen auf die Lohnfindungsmechanismen wären höchst ungewiss und das Risiko einer Ausweitung von staatlich subventionierten Niedriglöhnen groß. Sofern das Bedingungslose Grundeinkommen dazu dienen soll, gerade dies zu verhindern, stellt sich die Frage, warum der Umweg über ein BGE gegangen werden muss. Dann wären lohnpolitische Instrumente und eine Stärkung der Tarifbindung der direkte Weg.

Einwand 2: Fehlende sozialpolitische Zielgenauigkeit und weitere Ungereimtheiten

Das bedingungslose Grundeinkommen setzt auf monetäre Transfers, obwohl die Ursachen von sozialer Ungleichheit und soziale Risiken viel komplexer sind. Wie bereits erwähnt, wird entgegnet, es gehe nicht darum, Ausgaben für Bildung, Arbeitsförderung und soziale Dienstleistungen zu reduzieren oder die Sozialversicherungen abzuschaffen. Doch letztlich würden natürlich permanente Verteilungskonflikte zwischen verschiedenen staatlichen Aufgaben und Ausgaben provoziert (siehe Einwand 5). Sinnvoller wäre es, zielgenauer Chancengleichheit zu

¹⁰ Steuernagel, Arm (2017): Was kommt nach Bismarck? Was uns die Geschichte der Sozialsysteme lehrt, S. 20, in: Steuernagel, A./Hornemann, B. (Hg.): Sozialrevolution, Frankfurt/New York.

¹¹ Exemplarisch: Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin, S. 307.

schaffen, Armut zu verhindern, den Zugang zu gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen zu verbessern und die sozialen Risiken des modernen Lebens abzusichern.

Hinzu kommt ein in linkslibertären Kreisen unbeliebtes – und zugegeben – etwas „paternalistisches“ Argument. Ist bestimmten Milieus der sozialen Unterklasse (man verzeihe diesen Begriff, er ist soziologisch und nicht wertend gemeint) oder auch gering qualifizierten Geflüchteten damit geholfen, ihnen ein Grundeinkommen zu zahlen, sie aber nicht auch zu verpflichten, sich um Qualifizierung und Arbeit zu bemühen? Führt dies nicht zu einer Verfestigung von Armutslagen? Das BGE wird keine Angleichung der Lebenslagen erreichen können, weil die jeweiligen Empfänger der Geldleistung unterschiedliche Voraussetzungen für den selbstbestimmten Einsatz des Grundeinkommens haben. Das BGE könnte somit insgesamt die Spaltung der Gesellschaft vertiefen.

Zudem stellen sich „technische“ Fragen an den Schnittstellen der Sozialsysteme. Ist die/der „Nur-BGE-Empfänger/in“ eigentlich automatisch steuerfinanziert kranken- und pflegeversichert (was die Kosten erhöhen würde)? Manche Konzepte beinhalten geringere Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, weil die Lohnersatzleistungen zur Sicherung des Lebensstandards ja nun auf dem BGE aufsetzen. Aber was ist bei geringeren RV-Beiträgen mit den Ansprüchen der Bestandsrentner/innen im Umlagesystem? Müssen in der digitalen Arbeitswelt nicht mehr Mittel für aktive Arbeitsförderung eingesetzt werden? Was ist mit sehr unterschiedlichen regionalen Lebenshaltungskosten? Gibt es Metropolenzuschläge oder ein BGE-Wohngeld?

Einwand 3: Fehlende normative Basis in der Gesellschaft

Mit großer Euphorie verweisen die BGE-Befürworter/innen auf die wachsende mediale und gesellschaftliche Bedeutung des Themas, auf prominente Unterstützung und verschiedene nationale Experimente. Die deutlichen Unterschiede zwischen liberalen und egalitär-emanzipatorischen Modellen werden hier zumeist verschwiegen. Vermutlich würde es für eine kleine Lösung wie einem Experiment mit einer negativen Ein-

kommensteuer sogar eine gewisse Akzeptanz geben. In der bundesdeutschen Gesellschaft und ihrem Sozialstaat herrscht über viele soziale Milieus hinweg aber eine Gerechtigkeitsvorstellung, die mit der Formel „Leistung gegen Teilhabe“ beschrieben wird. Dieses Gerechtigkeitsempfinden würde mit dem BGE verletzt. Jede/r, die/der nur das BGE in Anspruch nimmt und keinen eigenen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung leistet, setzt voraus, dass es Bürger/innen gibt, die dieses durch Arbeit erwirtschaften. Warum soll die Mehrheit den (nicht gesellschaftspolitisch begründeten) „Exit“ einer Minderheit finanzieren? Wenn dies nur eine kleine Minderheit ist, stellt sich die Frage der normativen Akzeptanz. Wenn diese Minderheit wächst, stellt sich zudem verschärft die Finanzierungsfrage (Einwand 5).

Es wird u.a. von feministischer Seite eingewendet, das BGE ermögliche, dass häusliche Sorgearbeit endlich bezahlt werde. Soweit, so gut. Aber das könnten auch ein besseres „Pflegengeld“ analog zum Elterngeld oder auch für diesen Zweck finanziell geförderte Arbeitszeitkürzungen gewährleisten. Selbstständige wollen Auftragschwankungen absichern und Produzenten von digitalisierbaren Kulturgütern fürchten um den Lohn ihrer Arbeit – auch hier ließe sich über zielgenauere Instrumente nachdenken. Produzenten von „Commons“ oder Vertreter/innen der „solidarischen Ökonomie“ wollen ihre Nicht-Markt-Arbeit gewürdigt wissen. Aber warum ist das Aufgabe des Staates bzw. der Steuerzahler/innen? Eine Gesellschaft braucht Mechanismen – und der Markt sowie öffentlich finanzierte Dienstleistungen und Nichterwerbsphasen für Sorgearbeit sind solche – die darüber entscheiden, ob die geleistete Arbeit auch gesellschaftlich nötig ist und nachgefragt wird.

Schlussendlich wird das BGE, zumal in Varianten einer steuerlich nicht angerechneten „Sozialdividende“, nicht nur über Steuern für „Superreiche“ zu finanzieren sein, sondern es wird bereits im Bereich gut verdienender Arbeitnehmer/innen zu Mehrbelastungen führen. Ob es gegen diese politisch durchzusetzen ist, dürfte mehr als fraglich sein.

Das BGE ist in der egalitär-emanzipatorischen Variante immer vor allem ein Projekt

eines linkslibertären Milieus gewesen. In manchen theoretischen Konzepten schwingt hier die utopische Hoffnung einer „Multitude“ aus Präkären und Kreativschaffenden im „kognitiven Kapitalismus“ mit. Dabei bleiben aber zum einen die Werte und Interessen großer Teile der arbeitnehmerischen Mitte ebenso außer Acht wie eine solide politische Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Einwand 4: Die permanente Politisierung des BGE

Während sich einige Konzepte des BGE deziert auf eine Leistungshöhe festlegen – wie zum Beispiel, dass das Volumen 50 Prozent des BIP betragen solle¹² – weichen andere dieser zentralen Frage aus und erklären, dies sei politisch festzulegen. Es macht aber einen gewaltigen Unterschied, ob das BGE 400 oder 1.200 Euro beträgt. Doch nehmen wir mal an, es gäbe eine fiktive politische Mehrheit im Deutschen Bundestag, die ein egalitär-emanzipatorisches BGE einführt. Viele Bürger/innen folgen der intendierten Zielsetzung, kündigen ihre miesen Jobs oder gehen in Teilzeit. Ein BGE ist aber anders als eine Sozialversicherung kein garantierter rechtlicher Anspruch. Eine andere Mehrheit im nächsten Bundestag könnte die Sache anders sehen und das BGE kürzen oder abschaffen. Es könnte auch so sein, dass die (fiktiv) anfänglich positive Sicht in der Bevölkerung sich umkehrt, wenn negative Effekte wie eine wirtschaftliche Krise oder Arbeitskräftemangel und Finanzierungsprobleme auftreten. In jedem Fall wird die Leistungshöhe des BGE in jedem Bundestagswahlkampf Thema sein und in der Tendenz wird dies wohl nicht zu einer Stabilisierung von Systemvertrauen und einem verlässlichen Sozialstaat führen.

Einwand 5: Offene ökonomische und finanzpolitische Fragen

Schließlich bleiben die Finanzierungsfragen ungeklärt: Im Jahr 2017 lag das Sozialbudget der Bundesrepublik (einschließlich Arbeitgeberausgaben) bei 965,5 Milliarden Euro und damit bei knapp 30 Prozent des BIP. Dieser Anteil wird sich in Zukunft durch den demografischen Wandel

eher erhöhen. Die großzügigen BGE-Konzepte kosten brutto über eine Billion Euro, wie erwähnt fordern einige sogar ein BGE, das der Hälfte des BIP entspricht. Völlig richtig ist, dass von diesen Bruttokosten Einsparungen abziehen sind. Dies sind zum einen einige der Förder- und Fürsorgesysteme (wie das ALG II, Sozialhilfe, Ausbildungsförderung, Kindergeld), zum anderen auch Verwaltungsausgaben. Dennoch blieben die größten Ausgaben wie die Sozialversicherungsbeiträge und Bundeszuschüsse zu diesen bestehen. Es würde also weitaus mehr als die Hälfte des BIP über den Sozialstaat umverteilt.

Nur am Rande sei erwähnt, dass manche liberalen Modelle eine Finanzierung über eine deutlich höhere Mehrwertsteuer fordern, was die Verteilungswirkung teilweise ad absurdum und zu erheblichen ökonomischen Risiken führen würde.

Ökonomische Risiken ergeben sich aber auch dann, wenn die Finanzierung über eine Umverteilung von oben nach unten realisiert wird. Wenn ein so großer Teil der Einkommen vom Staat abhängt – was passiert in einer wirtschaftlichen Krise? Leistungskürzungen, die prozyklisch wirken? Steuererhöhungen? Verschuldung?

Da Erwerbsarbeit stärker besteuert würde, sind die Anreizwirkungen höchst komplex. Auch könnten Beschäftigte, die eher Zusatzjobs machen, weniger in ihre fachliche Spezialisierung investieren. Das ist aber in einer arbeitsteiligen Gesellschaft die Voraussetzung für hohe Produktivität und damit auch einen hohen Verteilungsspielraum.

Zudem muss man die Befürworter/innen des BGE beim Wort nehmen. Sie wollen ja explizit, dass es keinen Zwang zur Erwerbsarbeit gibt und eine „radikale Arbeitszeitverkürzung“. Hier beißt sich aber leider die Katze in den Schwanz, weil mehr Staatsausgaben aus weniger Wertschöpfung und damit einem schrumpfenden Steuersubstrat finanziert werden sollen. Wenn immer mehr Bürger/innen „Eigenarbeit“ leisten und die Erwerbsarbeit reduzieren, zerstört sich das System von selbst, weil im Marktsektor weniger Wertschöpfung stattfindet und weniger Einnahmen generiert werden, die das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren können oder die

¹² Wie das Konzept der BAG Grundeinkommen der Partei „Die Linke“.

verbleibende Arbeit müsste verteuert werden.¹³ Volkswirtschaftlich wirft das Fragen auf, weil dann ja einer wie auch immer finanzierten Nachfrage weniger „heimische“ Güter und Dienstleistungen gegenüber stehen, die importiert werden müssen. Nun mag die Reduzierung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses in gewissem Maß problemlos sein, aber auf Dauer kann diese Logik ökonomisch vermutlich nicht funktionieren.

Und schließlich sind wir wieder bei den unter Einwand 2 formulierten Konflikten zwischen den Aufgaben und Ausgaben des Staates. Es fehlen nötige Finanzen für Investitionen und Innovationen, die die Volkswirtschaft zu Wachstum befähigen und damit die staatlichen Einnahmen generieren, die über den Sozialstaat umverteilt werden können.

Einwand 6: BGE als Irrweg eines „transformativen Projekts“

Doch vielleicht sind die unter 5) formulierten Einwände ja gar keine, weil das BGE nicht als sozialpolitisches Projekt im bestehenden System gedacht ist, sondern als „transformatives Projekt“. Zwei Argumentationsstränge sind hier hervorzuheben. Zum einen wird die These formuliert, dass der Kapitalismus in der digitalen Ökonomie an seine Grenzen gelange, weil immer mehr Güter nicht rivalisierend und ausschließend sind. Digitale Güter kennen keine Knappheit, weil sie beliebig reproduzierbar sind. In der Nullgrenzkostenökonomie würden daher zunehmend Gemeingüter („Commons“) produziert und Lohnarbeit würde obsolet. Das BGE wird daher von Theoretiker/innen wie Paul Mason, die den unter 5) formulierten Widerspruch vermutlich erkennen, auch nur als Übergangslösung verstanden.¹⁴ Einen harten empirischen Beweis für die Nullgrenzkostenökonomie lassen die Theoretiker/innen leider bislang vermissen. Digitale Güter wie Musik oder Software könnten – würde man geistige Eigentumsrechte überwinden – eine Allmende sein. Aber soll jetzt der Hobbymusiker so „entlohnt“ werden wie eine Band die Millionen Anhänger hat? Auch könnten wichtige Medikamente mit

weniger Patentschutz viel billiger werden. Doch von einer Nullgrenzkostenökonomie im Maschinenbau oder bei der Müllabfuhr ist bislang wenig am Horizont zu erkennen. Nimmt man hilfsweise die „Kreativwirtschaft“ als Maßstab für solche Güter, so beträgt ihr Anteil an der Wertschöpfung derzeit etwas mehr als zwei Prozent. Die kulturell und kreativ Tätigen über die Branchen der Kreativwirtschaft hinaus haben an der Gesamterwerbstätigkeit einen Anteil von etwas mehr als fünf Prozent.¹⁵ Ein zweiter Strang folgt den Postwachstumskonzepten und will durch das BGE mehr Arbeit jenseits der stofflichen Steigerungslogik befördern – von der Sorgearbeit bis zu Tauschringen. Nun spricht nichts dagegen, die Digitalisierung der Ökonomie nicht den Plattformmonopolisten zu überlassen und stattdessen alternative Modelle wie Plattformen auf Genossenschaftsbasis zu unterstützen.¹⁶ Ebenso wenig sollte negiert werden, dass der globale ressourcenintensive Wachstumspfad nicht zukunftsfähig ist. Aber auch hier gilt: Es gibt sowohl zur Förderung einer „alternativen Digitalisierung“ als auch für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften bessere und zielgenauere Instrumente. Die Vorstellung einer Ökonomie, die maßgeblich auf Umsonst-Software, lokalen Genossenschaften oder gar jenseits von Lohnarbeit und Geldsystem funktioniert, ist von der real existierenden deutschen Volkswirtschaft weit entfernt. Und ob die Bürger/innen in eine moderne digitale Variante einer vorkapitalistischen Ökonomie des Tauschens von Hufeisen gegen Ziegenmilch zurückwollen, ist höchst fraglich. Auf die für uns alle Lebenden absehbare Zeit werden wir wohl eine in die globale Ökonomie integrierte hoch arbeitsteilige Volkswirtschaft sein, teils mit Lohnarbeit, teils mit selbstständiger Arbeit. Für diese gilt es eine soziale Einbettung des Kapitalismus zu entwickeln und durchzusetzen.

4. Die Alternative: Eine gezielte Modernisierung des Sozialstaats im demografischen und digitalen Wandel

Eine Alternative zum BGE, die aber einige seiner berechtigten Ziele aufnimmt, ist eine Po-

¹³ Vgl. Flassbeck, Heiner et al (2012): Irrweg Grundeinkommen. Warum die große Umverteilung von unten nach oben beendet werden muss, Frankfurt/Main.

¹⁴ Mason, Paul (2016): Postkapitalismus, Berlin.

¹⁵ BMWi (2017): Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2016, Berlin.

¹⁶ Vgl. Scholz, Trebor (2017): Plattform-Kooperativismus statt Share Economy, in: Lehmann, Klaus-Dieter et al: Teilen und Tauschen, München.

litik, die auf folgenden – vermutlich für BGE-Fans zu traditionellen – Bausteinen basiert:

Erstens: Eine Lohnpolitik, die durch einen (höheren) Mindestlohn und eine Stärkung der Tarifbindung die Primäreinkommen stärkt.

Zweitens: Eine zielgenaue Armutsprävention und soziale Grundsicherung, die nicht repressiv und bevormundend ist, die Lebensleistung anerkennt, die aber auch nicht völlig auf Bedarfsprüfungen und Anreize zur Erwerbsarbeit verzichten kann.

Drittens: Eine Strategie zur Humanisierung der Arbeitswelt 4.0, die die Potenziale der Digitalisierung zu einer Verbesserung und Aufwertung der Arbeit nutzt.

Viertens: Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss auf die Förderung von „guten Erwerbsbiografien“ ausgerichtet werden, z.B. durch eine bessere Arbeitsförderung, einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, den Umbau der Arbeitslosen- in eine Arbeitsversicherung und Lebensphasen begleitende Instrumente wie geförderte Sorgearbeit und ein Persönliches Erwerbstätigenkonto (siehe unten).

Fünftens: Gerade, weil wir es mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien zu tun haben, brauchen wir eine universelle soziale Sicherung, die alle Erwerbsformen einbezieht, also eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und die Einbeziehung von Selbstständigen in die Gesetzliche Rentenversicherung.

Sechstens: Sollten sich die Annahmen einer enormen Produktivitätssteigerung und Automatisierung durch die digitale Revolution bewahrheiten, wäre die Verkürzung der Arbeitszeiten für alle ein besserer Weg.

Siebtens: Ebenso gilt es, den Strukturwandel so zu gestalten, dass nicht automatisierbare Arbeit (auch) in den SAHGE¹⁷-Berufen¹⁸ auf-

gewertet und gut entlohnt wird. Die Arbeit geht uns nicht aus. Aber die Finanzierung von nicht marktvermittelter gesellschaftlicher Arbeit ist für sich genommen schon ein harter politischer Konflikt, auf den man sich konzentrieren sollte.

Ein konkreter Alternativvorschlag zum BGE: Das persönliche Erwerbstätigenkonto

Eine mögliche Brücke und „kleine Lösung“, die die Befürworter/innen des BGE vermutlich nicht ganz zufrieden stellen wird, aber zugleich auch von den Traditionalist/innen des deutschen Sozialmodells eher skeptisch gesehen wird, ist die Realisierung eines Sozialkontenmodells. Im Kern geht es darum, dass jeder und jede Bürger/in mit der Vollendung des 18. Lebensjahres oder alternativ dem Eintritt ins Erwerbsleben eine Art „Sozialerbe“ erhält, das als Konto geführt wird und investiv in bestimmten Lebenssituationen eingesetzt werden kann, sei es für Qualifizierung, zum Übergang in eine Selbstständigkeit oder ggf. auch für Sabbaticals. Dieses Konzept allein wäre eine große haushaltspolitische Herausforderung, deren Priorität zu erörtern wäre. Gleichwohl: Derzeit werden in Deutschland nach Schätzungen des DIW 400 Milliarden Euro pro Jahr vererbt. Gelänge es, einen kleinen Teil dieses Volumens an alle Bürger/innen umzuverteilen oder andere Formen des „leistungslosen“ Rent-Seeking zu besteuern wäre dies ein Beitrag für mehr Chancengleichheit sowie Verteilungs- und Generationengerechtigkeit. Es wäre zugleich ein Schritt in Richtung eines Sozialstaates, der Freiheit und Eigenverantwortung zutraut und nicht bevormundet. In ein derartiges Persönliches Erwerbstätigenkonto wie es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im „Weißbuch Arbeiten 4.0“ im Jahr 2016 vorgeschlagen hat und von der SPD als „Chancenkonto“ ins Wahlprogramm übernommen wurde, könnten perspektivisch auch einige bedarfsabhängige Transferleistungen wie das BAföG oder Elterngeld und bessere Leistungen für Pflegearbeit integriert und das Konto so bedarfsbezogen aufgestockt werden. Auch ein solches Instrument wäre eine Antwort auf das „moderne Leben“ und könnte den Sozialstaat bürgernäher, einfacher und gerechter machen. ■

17 Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit, Pflege, Erziehung

18 Vgl. Sachverständigenkommission (2017): Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Soziale Rechte statt Chancen

Joachim Rock¹

Die Aussicht auf eine Chance ist nicht für jeden ein Versprechen. Gerade Menschen in prekären Lebenslagen wissen um die enge Verwandtschaft von Chance und Scheitern. Trotzdem scheint die Chance das Versprechen der Stunde zu sein. Das „Teilhabechancengesetz“ wurde jüngst beschlossen, ein „Qualifizierungschancengesetz“ ist auf dem Weg und das „Chancenkonto“ gilt als innovativer Beitrag zur Finanzierung „lebenslangen Lernens“. Die Aussicht auf ein solches „lebenslänglich“ ist jedoch für viele mehr Drohung als Versprechen. Diese Chancenrhetorik schließt an liberale Gerechtigkeitskonzeptionen der 1990er Jahre an: „Es geht nicht länger um das soziale Recht gleicher Chancen, sondern jeder bekommt die Chance, die er individuell – durch Leistung oder naturgegebene unterschiedliche Fähigkeiten – verdient.“² Eine andere Sozialpolitik erfordert aber nicht nur eine andere Rhetorik, sondern auch eine andere Politik, denn, mit Schiller: Wo die Tat nicht spricht, wird das Wort nicht viel helfen.

Die SPD bleibt bisher in Zustimmung oder Ablehnung auf die Agenda-Reformen fokussiert. Wenn man das ändern will, gilt es zuerst und vor allem dafür zu sorgen, dass Menschen genügend Einkommen zum Auskommen haben. Tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne sind ein Mittel dazu. Auch wer die Forderung nach einem Mindestlohn von 12,63 Euro³ nicht teilt, muss anerkennen, dass eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung, auch mit einer Unterbrechung für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen, einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente oberhalb der Grundsicherung eröffnen muss. Die SPD trägt eine Mitverantwortung dafür, dass dies heute nicht

der Fall ist, und sie muss Verantwortung dafür übernehmen, dass sich das ändert.

Für eine Mindestsicherung in der Sozialversicherung

Die Debatte um die Grundsicherung für Arbeitsuchende bildet dabei nur einen, wenn auch wichtigen, Ausschnitt ab. Ein entscheidender Schritt vorwärts liegt in der notwendigen Stärkung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Beide sehen – und das ist im internationalen Vergleich die Ausnahme – keine Mindestleistung vor. Die Idee, Mindestsicherungselemente in der Sozialversicherung zu stärken, ist bereits in den 1980er Jahren im sozialwissenschaftlichen Umfeld der Gewerkschaften entstanden, gerichtet gegen Konzepte einer einheitlichen Grundsicherung auf niedrigem Niveau. Stephan Leibfried etwa trat für eine „soziale Bürgerschaft“ ein: „Eine Strukturkongruenz, in der Steuern und Sozialleistungssysteme mit zureichender Sockelung verknüpft würden, könnte zureichende Lebensmöglichkeiten für alle sichern, Bedarfsprüfungen unwichtig werden lassen und nicht hinnehmbare soziale Ungleichheit (...) über eine allgemeine, sozialstaatlich geformte Besteuerung aller Sozialleistungen korrigieren.“⁴ Vorschläge dazu wurden auch schon früher in der SPD formuliert und konkretisiert.⁵

Mit sich wandelnden Erwerbsverläufen wirkt sich die in der Arbeitslosenversicherung erfolgte Kürzung der Rahmenfrist – des Zeitraums, in dem eine Anwartschaftszeit von derzeit zwölf Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erreicht werden muss, um Ansprüche zu erwerben – auf zwei Jahre negativ aus. Sie sollte wieder auf drei Jahre verlan-

1 Dr. Joachim Rock ist Abteilungsleiter für Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband. Der Artikel gibt seine persönliche Meinung wieder.

2 Vgl. Nachtwey, Oliver 2009: Marktsozialdemokratie, 224.

3 Diese Summe hat das BMAS am 7. Mai 2018 in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage als notwendigen Stundenlohn errechnet, um nach 45 Beitragsjahren in Vollzeitbeschäftigung eine Nettorente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu bekommen.

4 Leibfried, Stephan 1990: Soziale Grundsicherung – Das Bedarfsprinzip in der Sozial- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Vobruba, Georg (Hrsg.) 1990: Strukturwandel der Sozialpolitik. Frankfurt am Main, 228.

5 Vgl. Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm und Kommission Sozialpolitik beim SPD-Parteivorstand 1986: Die Zukunft sozial gestalten, 35; auch: Transfer-Enquete-Kommission 1981: Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, 163 ff.

gert werden. Gleichzeitig sollte die Anwartschaftszeit auf sechs Monate verkürzt werden. Da weiter gelten soll, dass je zwei Monate Erwerbstätigkeit einen Anspruch auf einen Monat Arbeitslosengeld eröffnen, entstünden so schon bei sechsmonatiger Beschäftigung dreimonatige Ansprüche. Das wäre ein Gewinn an Sicherheit, gerade für den Übergang zwischen Stellen und zur Orientierung. Beide Maßnahmen führen nur zu überschaubaren Mehraufwendungen.⁶ Zusätzlich sollte für langjährig mehr als nur geringfügig Beschäftigte ein Anspruch auf ein Mindestarbeitslosengeld eingeführt werden. Ein Beschäftigter, der mit dem Mindestlohn vollzeitbeschäftigt ist, erwirbt nur einen Anspruch von etwa 700 Euro monatlich; wer 1.301 Euro verdient, einen von etwa 590 Euro. Ein Mindestarbeitslosengeld von 800 Euro, im Bedarfsfall kombiniert mit dem Anspruch auf Wohngeld, würde diesen Beschäftigten die Sicherheit geben, auch mittelfristig unabhängig von einer Grundsicherung leben zu können. Auch das Mindestarbeitslosengeld erfordert vergleichsweise geringe zusätzliche Ausgaben im dreistelligen Millionenbereich.⁷

Für Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung gilt gleichermaßen, dass die berufliche Fort- und Weiterbildung massiv ausgebaut werden muss. Zwischen August 2017 und Juli 2018 konnte nur jeder Zehnte der 853.000 Langzeitarbeitslosen an einer geförderten Maßnahme teilnehmen. Ein massiver Ausbau zielgruppenspezifischer Förderangebote, auch für zugewanderte Menschen, ist deshalb wichtig.⁸

Die Grundsicherung vom Kopf auf die Füße stellen

Mit 9,2 Prozent der Bevölkerung war Ende 2017 fast jeder Zehnte auf Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung angewie-

sen. Die Zahl der eigentlich Anspruchsberechtigten liegt deutlich darüber, denn zwischen 30 und 60 Prozent der Berechtigten nehmen ihre Ansprüche nicht wahr. Es geht deshalb nicht nur darum, Mindestsicherungsleistungen bedarfsgerecht⁹ zu gestalten, sondern vor allem auch darum, soziale Lagen zu verhindern, in denen Menschen darauf verwiesen werden. Das klingt banal, ist es in einem Sozialstaat, der fast ein Zehntel seiner Bevölkerung in Grundsicherungssystemen verwaltet, aber nicht.

Die Realität des „Arbeitslosengeldes II“ hat mit dem Namen nichts zu tun: Nur etwa jeder vierte Leistungsberechtigte ist arbeitslos. Im Oktober 2018 gibt es fast genau sechs Millionen Leistungsberechtigte. 1,64 Millionen davon sind als Kinder und Jugendliche nicht erwerbsfähig und deshalb auch nicht arbeitssuchend. Von den verbleibenden fast 4,2 Millionen Erwerbsfähigen sind weitere 2,65 Millionen Menschen nicht arbeitssuchend, weil sie bereits in Voll- oder Teilzeit arbeiten und nur aufstockende Leistungen beziehen, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigt sind oder sich in Schule, Studium und Beruf oder in Erziehung und Pflege engagieren. 370.000 Menschen davon sind vorübergehend arbeitsunfähig oder fallen unter Ausnahmeregelungen für ältere Menschen. Mit 1,54 Millionen Leistungsbeziehenden ist gerade einmal jeder Vierte arbeitssuchend, und selbst von diesen Menschen geht etwa ein Drittel einer Tätigkeit nach, die jedoch 15 Stunden/Woche nicht überschreitet und damit in der Statistik ausgeblendet bleibt.

Auf Sanktionen sollte grundsätzlich verzichtet werden, denn die Grundsicherung markiert bereits das Existenzminimum. Als Rechtfertigung von Sanktionen wird angeführt, diese beträfen nur drei Prozent der Leistungsbeziehenden. Umgekehrt muss man dann fragen, ob eine so geringe Zahl ein System rechtfertigt, in dem 2017 952.839 Sanktionen ausgesprochen wurden, von denen 733.799 einfache Meldevsäumnisse waren? Sanktionen werden weit überwiegend wegen geringer Verstöße ausge-

6 Vgl. Stephan, Gesine/Hofmann, Barbara (2015): Abgänge aus Beschäftigung und Zugänge in den Leistungsbezug. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Von einer Verlängerung der Rahmenfrist hätten zwischen 10/2012 und 09/2013 35.000 Personen profitiert, von einer Verkürzung der Anwartschaftszeit 137.000 Personen.

7 Der Paritätische 2012: Paritätisches Modell für ein Mindestarbeitslosengeld I. Berlin.

8 Vgl. Hofmann, Tina/Schabram, Greta/Rock, Joachim 2018: Kaum Bildungsaufstieg aus der Arbeitslosigkeit – zur Fort- und Weiterbildung in der Arbeitsförderung. Paritätische Forschungsstelle. Berlin.

9 Für das Jahr 201 würde eine sachgerechte Regelsatzermittlung nach Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle einen Eckregelsatz von 571 Euro ergeben.

sprochen, sie treffen überwiegend die falschen, treiben Menschen aus den Hilfestrukturen in Schwarzarbeit und verdeckte Armut. Wer Sanktionen zwar nicht abschaffen, aber den Sanktionsautomatismus vermeiden will, der reduziert Tatbestände und Adressatenkreis, nimmt etwa schon engagierte Berechtigte aus und stellt Sanktionen für die verbleibenden Fälle in das gebundene Ermessen der Mitarbeitenden in den Jobcentern. Dies würde helfen, die Zahl der Sanktionen auf einen Bruchteil zu reduzieren. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet Mitte 2019 über die Sanktionen. Einer ohnehin absehbaren Reduzierung der rigiden Praxis durch politisches Handeln zuvorzukommen, wäre den Schweiß der Edlen wert.

Den 2,65 Millionen Aufstockenden fehlt es nicht in erster Linie an Arbeit, sondern an Geld. Derzeit werden sie von der Bundesagentur beraten und vermittelt, erhalten die Aufstockung jedoch durch die Jobcenter. Diese Trennung macht keinen Sinn. Die Aufstocker sollten künftig einen steuerfinanzierten Zuschlag durch die Bundesagentur bekommen und so unabhängig von der Grundsicherung sein, zumal es sich in der Regel um vergleichsweise geringe Beträge handelt. Häufig verfügen sie schon jetzt über ein für den eigenen Unterhalt ausreichendes Einkommen, werden aber als Angehörige einer sog. „Bedarfgemeinschaft“ zum Fürsorgeempfänger gemacht, indem ihr Einkommen rechnerisch (horizontal) auf die Gruppe verteilt wird und dadurch alle als bedürftig gelten. Würde man stattdessen Menschen, die sich selbst finanzieren können, durch die Rückkehr zur sog. „vertikalen Einkommensanrechnung“ aus der Grundsicherung heraushalten, würde sich die Zahl der Beziehenden spürbar reduzieren lassen. Denn bei der vertikalen Einkommensanrechnung wird das eigene Einkommen nicht fiktiv auf die Gruppe verteilt, so dass Erwerbstätige, die sich selbst versorgen können, auch nicht in die Grundsicherung rutschen. Mehrkosten entstünden dadurch nicht, weil die Betroffenen verpflichtet bleiben, für ihre Familie einzustehen. Im SGB XII gilt dieses Prinzip bis heute. Auch die Bürokratie ließe sich verringern: Da in dieser Gruppe wenige Menschen hohe Einkommen aus Kapitalerträgen generieren, verfügt die Bundesagentur mit den Versicherungsdaten be-

PapyRossa Verlag



Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2018

Preis der »schwarzen«
Null: Verteilungsdefizite
und Versorgungslücken

Paperback
978-3-89438-665-8
273 Seiten | € 17,90

Im Zentrum der kritischen Analyse der Wirtschaftspolitik stehen der eklatante Wohnungsmangel in Ballungsräumen, der Pflegenotstand sowie Versäumnisse in der Bildungspolitik. Weitere Themen sind die (Finanz-)Krise der EU und das Regime der Schuldenbremse.



Klaus Müller

LOHNARBEIT UND ARBEITSLOHN

Basiswissen Politik /
Geschichte / Ökonomie

Pocketformat
978-3-89438-667-2
127 Seiten | € 9,90

Angesichts großer Unterschiede fragen sich viele, ob die Löhne gerecht sind. Was ist aber ein gerechter Lohn? Was ist das Wesen des Lohnes, was der Inhalt seiner vielen Formen? Wie wirken sich Lohnänderungen auf die Verteilung des Volkseinkommens, das Preisniveau und Arbeitslosigkeit aus?

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

reits über die wesentlichen Informationen über das Einkommen. Im Gegensatz zum Grundsicherungsbezug bedarf es keiner zusätzlichen Bedarfsprüfung, sondern lediglich der eidesstattlichen Versicherung über das (Nicht-)Vorliegen etwaiger zusätzlicher Einkommen.

Um eine weitere Gruppe aus der Grundsicherung zu holen, sollten Jugendliche grundsätzlich nur über die Bundesagentur gefördert werden, die schon heute für berufsvorbereitende Maßnahmen und Ausbildungsbeihilfen zuständig ist. Darüber hinaus sollte das BAFöG existenzsichernd ausgestaltet werden.

Die Debatte um Kinderarmut erkennt häufig, dass diese niemals allein auftritt: Jedes arme Kind lebt in einem armen Haushalt. Die vorangegangenen Maßnahmen sind deshalb selbst Bestandteil einer wirksamen Politik gegen Kinderarmut. Es gilt aber auch: Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen, und sie gehören nicht ins Jobcenter. Dafür bedarf es einer Grundsicherung, die alle Kinder erreicht. Neben dem diffusen Vorschlag eines „Teilhabegeldes“ der Bertelsmann Stiftung liegt dazu ein im Detail ausgearbeitetes Konzept zivilgesellschaftlicher Organisationen¹⁰ vor. Es setzt sich zusammen aus dem steuerrechtlichen Existenzminimum in Höhe von 399 Euro monatlich und – solange dies nicht kostenfrei verfügbar ist – einer Pauschale für Betreuung, Erziehung und Ausbildung (BEA) von 220 Euro monatlich. Da diese Leistung versteuert werden soll, erhielten Familien für jedes Kind mindestens etwa 300 Euro monatlich, wobei die Leistung mit sinkendem Familieneinkommen auf bis zu 619 Euro monatlich anwachsen würde. Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld, Unterhaltsvorschuss und andere pauschale Leistungen würden dabei entfallen. Die Nettokosten dieses Konzeptes lägen bei etwa 22 Milliarden Euro, was etwa einem Fünfzigstel des bisherigen Sozialbudgets entspräche. Durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuern – derzeit fallen bei etwa 400 Milliarden Euro vererbtem Vermögen lediglich 6,3 Milliarden Steuereinnahmen an – ließe sich eine solche Reform auch finanzieren.

Die Rente sicher machen: Mindestrente und „gedehnte Äquivalenz“

Unterschätzt wird die Rolle der Alterssicherungspolitik. Mit Rentenpolitik kann nicht jede Wahl gewonnen, aber jede Wahl verloren werden. In den vergangenen Jahren ist das Armutsrisiko Älterer massiv angestiegen, von 10,7 Prozent 2005 auf 16 Prozent im Jahr 2017. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden hat sich von 257.000 im Jahr 2003 auf 514.000 im Jahr 2017 verdoppelt und wird sich nach Berechnungen im Auftrag der Rentenversicherung bis 2030 im ungünstigen Fall sogar auf 1,05 Millionen¹¹ erneut verdoppeln. Der darin enthaltene Hinweis, dass „kein Tsunami“ drohe, beruhigt wenig, zumal 40 bis 60 Prozent der Leistungsberechtigten ihre Ansprüche aus Scham oder Unwissenheit nicht wahrnehmen und in der Statistik damit auch nicht auftauchen. Das sorgt für breite Verunsicherung, bei den 20 Millionen Menschen im Rentenbezug ebenso wie bei den 37 Millionen aktiv Versicherten. Dennoch ist in der SPD noch kein Konzept für die Begleitung der laufenden Arbeit der Rentenkommission erkennbar. Unbedingt abzuwehren ist eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Das wäre gerade für Menschen in körperlich fordernden Berufen, wie der Pflege, nichts anderes als eine Kürzung der Renten. Schon heute gelingt nur zwischen 34 und 45 Prozent der Versicherten der Wechsel aus einer regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Rente. Der 7. Altenbericht der Bundesregierung¹² (2016) weist ferner aus, dass die Lebenserwartung der Menschen mit einem Einkommen von bis zu 60 Prozent des Durchschnittseinkommens im Alter von 65 Jahren über sieben Jahre niedriger liegt als bei denen mit einem Einkommen von über 150 Prozent des Durchschnittseinkommens. Das sind keine individuellen, sondern klassenspezifische Unterschiede. Wohlhabende Menschen leben länger und beziehen höhere Renten über längere Zeiträume, während einkommensärmere Menschen geringere Renten kürzer in Anspruch nehmen. Das

11 Loose, Brigitte L./Kaltenborn, Bruno (2018); Grundsicherung wegen Alters: Projektion bis 2030. Berlin, 18.

12 Bundestagsdrucksache 18/10210, im Internet: <https://www.bmfsfj.de/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7---altenbericht---bundes-tagsdrucksache-data.pdf>, S. 60.

10 Im Internet: www.kinderarmut-hat-folgen.de

ist eine Umverteilung von unten nach oben, die durch eine Anhebung des Renteneintrittsalters weiter verstärkt würde. Stattdessen gilt es, dass Solidaritätsprinzip in der Rentenversicherung zu stärken, indem das Äquivalenzprinzip bewahrt, aber gedehnt wird. Während geringe Einkommen in Abhängigkeit von ihrer Höhe aufgewertet werden sollten, können hohe Einkommen eine relative Abwertung erfahren. Dazu könnte die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung angehoben, gleichzeitig aber Beiträge ab einem bestimmten Betrag nur noch anteilig leistungssteigernd berücksichtigt werden („gedehnte Äquivalenz“)¹³. In der Rentenversicherung würde dabei nicht einmal zugunsten von einkommensarmen Menschen umverteilt, sondern lediglich die bestehende Ungleichheit reduziert.

In Deutschland garantiert auch eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung keine armutsfeste Rente. In 31 von 35 OECD-Staaten ist das anders. Ein Mindestsicherungsziel in Höhe eines Mindestarbeitslosengeldes sollte auch in der Rentenversicherung für kontinuierlich über mehrere Jahrzehnte in Vollzeit beschäftigte Menschen eingeführt werden und die solidarische Komponente einer „gedehnten Äquivalenz“ flankieren. Diese Mindestsicherung wäre aus Steuermitteln zu finanzieren und würde die Grundsicherung im Alter nicht nur vermeiden helfen, sondern auch Vertrauen in die soziale Sicherheit der Zukunft bieten.

Die Bertelsmann Stiftung hat jüngst in ihrer Populismus-Studie herausgearbeitet, dass das sozialpolitische Profil der Parteien wesentlich über ihren Wahlerfolg entscheidet: „Die sozialen Fragen sind die wichtigsten Brückenthemen für eine Gesellschaft, die sich kulturell und sozial immer tiefer spaltet. Sollten sich die etablierten Parteien nicht um diese sozialen Themen kümmern, werden die Populisten das übernehmen“, kommentierte Wolfgang Merkel¹⁴ die Ergebnisse. Die SPD ist dabei unter Druck. Ihr sozialpolitisches Profil bleibt unscharf. Viele

erreichte Verbesserungen, etwa für erwerbsgeminderte Menschen, greifen erst in der Zukunft. Die 1,8 Millionen Menschen, die schon jetzt eine Erwerbsminderungsrente beziehen, profitieren dadurch nicht und fühlen sich zurückgesetzt, während das Erreichte für die, die (noch) nicht erwerbsgemindert sind, naturgemäß keine Rolle spielt. Dies ist nur eines der Beispiele für Reformen, die an den Interessen von relevanten Teilen der früheren Stammwählerschaft vorbeigehen, während aus den Reihen der GRÜNEN weitgehende Reformvorschläge formuliert werden und auch Teile der CDU deutliche Leistungsverbesserungen („Plus-Rente“) fordern. Das Zeitfenster für die Wiedergewinnung sozialpolitisch attraktiven Profils ist kurz. Noch vor den Landtagswahlen in Sachsen will die AfD dort einen Bundesparteitag der sozialpolitischen Profilbildung widmen. Der völkische Flügel um Björn Höcke wird sich dort aller Voraussicht nach mit Forderungen nach einem sozialpopulistischen Programm durchsetzen.

Die sozialpolitische Debatte ist nicht nur in der SPD, aber eben auch dort durch Vielstimmigkeit und Orientierungslosigkeit gekennzeichnet. Ein „solidarisches Grundeinkommen“, hinter dem sich nur eine Neuauflage öffentlich geförderter Beschäftigung verbirgt, oder ein „Grundeinkommensjahr“, das sich nur gut situierte Beschäftigte erlauben können, weckt Erwartungen, die zwangsläufig enttäuscht werden müssen. Eine Fortsetzung der Stückwerkpolitik trägt ebenfalls nicht zu einer neuen Profilbildung bei. Es muss anders werden, damit es besser wird. ■

¹³ Weiterführend: Der Paritätische (2018): Mut zur Korrektur. Ein alterssicherungspolitischer Auftrag. Berlin, 34.

¹⁴ Quelle: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/oktober/deutschlands-mitte-wird-populistischer/>, Stand: 25.11.2018.

Rezension: Streitbare JuristInnen. Eine andere Tradition

von Folke große Deters¹

„Streitbare JuristInnen“ (Band 2) knüpft an den viel gelesenen ersten Band von 1988 an – und ist wie dieser ausdrücklich auch für Menschen ohne Jura-Examen sehr lesenswert. Die heutige Redaktion der „Kritischen Justiz“ legt in ihrer Fortsetzung einen stärkeren Schwerpunkt auf die Zeit nach 1945 und die Debatten in der Folge von 1968. Schon die geschlechtergerechte Anpassung des Titels macht deutlich, dass der Frauenanteil unter den Vorgestellten deutlich erhöht wurde. Der erste Teil enthält insgesamt 24 Porträts von bereits verstorbenen Jurist*innen, die sich als Anwält*innen, Richter*innen, Wissenschaftler*innen, Politiker*innen sowie Künstler*innen im engeren und im weiteren Sinne „kritisch“ mit dem Recht beschäftigt haben. Lebende Protagonist*innen kommen im zweiten Teil in Interviews zu Wort. Insbesondere dieser zweite Teil ist sehr gut gelungen. Die Verteidiger Heinrich Hannover, Hans-Christian Ströbele und Rupert von Plottnitz schildern eindringlich und anschaulich ihre Erinnerungen an die RAF-Prozesse (befragt von Hannes Honnecker und Wolfgang Kaleck). Nachvollziehbar ist die Lehre von Hans-Christian Ströbele aus den „Stammheim-Prozessen“, „dass der Versuch, die Grenzen rechtsstaatlicher Verfahrenssicherung und -maximen mit der Begründung zu verlassen, anders können wir bestimmten Sicherheitsrisiken nicht mehr erfolgreich zu Leibe rücken, immer schiefgeht“ (S. 574). Eine Einsicht, die in Zeiten der Einführung einer theoretisch unendlich langen Präventivhaft in Bayern an Aktualität eher noch gewonnen hat. Neben der gerechtfertigten Kritik an der Prozessführung wäre mit dem Abstand der Jahre auch eine kritische Reflexion über die Rolle der Verteidigung in verschiedenen Fällen interessant gewesen: etwa der Versuch, den „Stammheim-Prozessen“ einen politischen Charakter zu geben oder unter anderem die Vernehmung des US-Präsidenten Richard Nixon als Zeugen zum Krieg in Vietnam zu beantragen.

Kritische Justiz (Hrsg.) Streitbare JuristInnen. Eine andere Tradition

Band 2

Nomos Verlag
Baden-Baden 2016
678 Seiten, 38 €



Interessant und gut strukturiert sind auch die weiteren Interviews: Wolfgang Hoffmann-Riem und Alfred Rinken schildern Modellversuche aus den 1980er Jahren zu einer einstufigen Jurist*innenausbildung, die das Ziel hatte, anders als heute keine unreflektierten Subsumtionsautomaten auszubilden, sondern die gesellschaftliche Einbettung der Rechtsanwendung stärker zu thematisieren (befragt von Janwillem van de Loo). Diese vielversprechenden Versuche wurden leider durch die Regierung Kohl im Jahr 1984 sang- und klanglos beerdigt und auch bei der Einführung der Schwerpunktbereiche im Jahr 2003 nicht zu neuem Leben erweckt.

Susanne Pötz-Neuburger, Sibylla Flüge, Barbara Degen und Malin Bode stehen anhand ihres persönlichen und politischen Werdeganges exemplarisch Pate für das Engagement feministischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik (befragt von Ulrike Lembke). Helmut Kramer beschreibt, wie die Justiz noch in den 1980er Jahren zu vertuschen versuchte, in welchem Maße sich hohe Justizfunktionäre 1941 zu Komplizen der Euthanasie-Morde der Nationalsozialisten machen ließen (befragt von Tanja Hitzel-Cassagnes).

Die Porträts im ersten Teil enthalten eine große Vielfalt von Persönlichkeiten und Professionen mit dem Anspruch, ganz unterschiedliche Facetten der „streitbaren“ Auseinandersetzung mit dem Recht abzubilden.

¹ Folke große Deters ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in der NRW SPD.

Dabei sind nicht alle porträtierten Personen in erster Linie durch ihre juristischen Berufe bekannt geworden. Aber die Bezüge zur „Juristerei“ im Denken und Handeln des Liedermachers Franz Josef Degenhardt (Clemens Sudhof) sowie der Literaten Kurt Tucholsky (Bernhard Weck) und Franz Kafka (Andreas Fischer-Lescano) werden in den Porträts überzeugend aufgewiesen. Bei Kurt Tucholsky und insbesondere bei Franz Kafka tritt dabei eine radikale Rechtskepsis zu Tage, mit der zu beschäftigten es sich vor allem aus kritischer Perspektive lohnt: Streitbare Jurist*innen werden wohl nie ein völlig entspanntes Verhältnis zur Rechtsform haben, die ganz unvermeidlich immer auch ein Machtinstrument ist.

Einen besonderen Schwerpunkt dieses Bandes bildet die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit Recht aus feministischer Perspektive (Hedwig Dohm, Margarete Berent und Marie Munk, Anna Mackenroth, Nora Platiel, Marie Raschke), wobei viele der Porträtierten auch zu anderen rechtspolitisch relevanten Fragen in Erscheinung getreten sind. Die Porträts von Helga Einsele (Hannelore Maelicke), Winfried Hassemer (Monika Frommel) und Edda Weßlau (Ingeborg Zerbes) weisen darauf hin, dass der Kampf für ein rechtsstaatlich domestiziertes Straf- und Strafvollstreckungsrecht bis heute ein wichtiges Betätigungsfeld kritischer Jurist*innen ist. Beim Inzestbeschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 (BVerfGE 120,324) setzte sich Winfried Hassemer als einziger Richter dafür ein, die Strafbarkeit des einvernehmlichen Geschwister-Inzests für verfassungswidrig zu erklären. Sein Sondervotum enthält eine eindrucksvolle Stellungnahme gegen ein moralisierendes Strafrecht und seziert schonungslos, wie freiheitsfeindlich die sozialtechnokratische Sicht der Senatsmehrheit auf das Strafrecht als Mittel zum nahezu beliebigen Zweck ist.

Neben einer Vielzahl von Anwalt*innen und Verteidiger*innen (zum Beispiel Alfred Apfel, Sebastian Cobler, Werner Holtfort, Anna Mackenroth, Diether Posser) werden auch interdisziplinär denkende Theoretiker wie Otto Bauer, Eugen Ehrlich, Leopold Kohr und Jürgen Seifert vorgestellt. Der von Thilo Scholle porträ-

tierte Otto Bauer schuf sein eindrucksvoll theoriegesättigtes Werk zum „Austromarxismus“ neben seinem „Hauptberuf“ als Spitzenpolitiker der österreichischen Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit. Die Beschäftigung mit ihm lohnt sich aus der Perspektive kritischer Jurist*innen schon deshalb, weil er den liberalen Verfassungsstaat theoretisch weder rein affirmativ behandelt noch komplett verworfen hat. Auch heute könnte sein Werk streitbare Jurist*innen der Gegenwart und Zukunft dazu anregen, auf dem Boden unserer rechtsstaatlichen Verfassung für die tatsächliche – auch materielle – Einlösung des demokratischen Gleichheitsversprechens zu kämpfen.

Beim Vorwort, bei der Auswahl der Porträtierten sowie in den Porträts selber hätte eine stärkere Bezugnahme auf den Untertitel des Buches gutgetan: „Eine andere Tradition.“ Bei aller Vielfalt hätten die Autor*innen bei ihren Beiträgen stärker auf die Auseinandersetzung mit diesem Anspruch verpflichtet werden müssen. In einigen Porträts liegt der Schwerpunkt stattdessen zu stark auf biografischen Details. Nicht immer ist die Auswahl nachvollziehbar: Auch wenn Magdalene Schoch unzweifelhaft einen beeindruckenden Werdegang und ein hohes Maß an moralischer Integrität vorweisen kann, bleibt zweifelhaft, ob alleine die Lebensgeschichte jemanden zum Teil der „anderen Tradition“ machen kann. Grundsätzlicher lässt sich fragen, welches Maß an oppositioneller Gesinnung gegen den juristischen und gesellschaftlichen Mainstream nötig ist. Reicht ein Sondervotum oder muss die „Streitbarkeit“ prinzipieller verstanden werden?

Spannend wäre gewesen, über die Auswahl der porträtierten Personen und Interviewpartner*innen auch über mögliche Bruchlinien innerhalb der „anderen Tradition“ zu reflektieren. So stehen klassisch-rechtsstaatliche Positionen gelegentlich im Widerspruch zu Forderungen nach mehr „Anti-Diskriminierung“. Der Umgang mit Kopftuch und Burka oder die jüngst erhobene Forderung nach einem Verbot sexistischer Werbung dürften auch unter Jurist*innen umstritten sein, die sich selbst als „kritisch“ verstehen ■

Rezension: Franz L. Neumann – Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus

von Ridvan Ciftci¹

Der Behemoth – die Bezeichnung eines Ungeheuers aus der jüdischen Mythologie, vor dessen Stärke der Mensch kapitulieren musste – war für einige bedeutende Staatstheoretiker eine bestimmende Figur, um symbolisch Unrecht, Zwang und Gewalt darzustellen. So griff Thomas Hobbes als bürgerlicher Staatstheoretiker die Figur zur Analyse des Naturzustandes in seiner 1668 erschienenen Schrift „Behemoth oder Das Lange Parlament“ auf. Gegenstand seiner Analyse war der von 1642 bis 1649 andauernde Englische Bürgerkrieg zwischen Karl I. und dem House of Commons, der schließlich mit der Hinrichtung des Königs und der zeitweiligen Errichtung einer englischen Republik endete. Die Schrecken und Grausamkeiten des Krieges waren für Hobbes ein Beleg für seine These, dass der Mensch im Naturzustand nicht friedlich mit seinen Mitmenschen zusammenleben könne. Der „Krieg aller gegen alle“, fehlender Eigentumsschutz und das Chaos stehe dabei symbolisch für die mythologische Figur des Behemoth. Die Angst vor diesem Ungeheuer treibe die Menschen zum Zusammenschluss in Gestalt eines Staates, der Garantien wie Eigentumsschutz und Schutz von Leib und Leben gewähre. Dieser allmächtige Staat wird durch das Seeungeheuer Leviathan symbolisiert. Wo der Behemoth für Anarchie und Gesetzlosigkeit stehe, symbolisiert der Leviathan ein politisches Zwangssystem, in dem die Herrschaft des Gesetzes rudimentär bestehe und sich hauptsächlich auf die Gewährung individueller Rechte fixiere.

Franz Leopold Neumann (1900-1954) knüpft an diese Vorarbeiten Hobbes' explizit an und analysierte die nationalsozialistische Gesellschaft unter Bezugnahme dieser mythologischen Figuren. Für ihn war schnell klar: Hinter der Fassade des nationalsozialistischen

Alfons Söllner, Michael Wildt (Hrsg)

**Franz Neumann
Behemoth.
Struktur und Praxis
des Nationalsozialismus
1933–1944**



Europäische Verlagsanstalt
Neuaufgabe 13. April 2018
757 Seiten, 38 €

Staates herrsche der „Unstaat“, in dem Terror und Gewalt Alltag sei. Die NS-Herrschaft könne daher mit der Figur des Behemoth am idealsten charakterisiert werden. Neumann, von Beruf promovierter Jurist, Schüler des bekannten Weimarer Arbeitsrechtlers Hugo Sinzheimer sowie Syndikus der Bauarbeitergewerkschaft, verkörperte den Archetypus des politischen Intellektuellen, der ohne die Extreme des 20. Jahrhunderts nicht zu denken gewesen wäre. Er verstand in seinen Arbeiten analytisches Denken und politische Praxis zusammenzuführen. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beschränkte sich daher nicht nur auf die Aufklärungsarbeit über den Charakter eines Systems, sondern war verknüpft mit der politischen Neuordnung Deutschlands. Besonders seine methodologische Verbindung von Rechtstheorie und Rechtswissenschaft mit einer Gesellschaftstheorie ist eine von kritischen Rechtswissenschaftlern bis heute geschätzte Vorgehensweise.

Kurz: Für Neumann ist die Theorie des Rechts nur als Theorie der Gesellschaft möglich. In seinem opus magnum „Behemoth“ – 1942 erstmals im amerikanischen Exil veröffentlicht, 1944 in einer zweiten Aufla-

¹ Ridvan Ciftci, geb. 1988, lebt in Bielefeld und ist Rechtsreferendar. Er ist Mitglied im Unterbezirksvorstand der SPD Bielefeld.

ge umfangreich erweitert und erst 1977 als deutsche Ausgabe erschienen – geht er der Beziehung zwischen politischer Theorie, Rechtssystem, Ökonomie und Sozialstruktur nach und deckt in einer minutiösen Analyse die Bedeutung von Recht und Staat im Nationalsozialismus auf. Seine Herrschaftsanalyse bleibt also nicht im Dickicht schillernder Begriffe oder verschleiender statt benennender Abstraktionen stecken. Er versucht anstelle dessen akribisch anhand von historischen Zusammenhängen, ökonomischen und sozialen Daten, neuesten Gesetzestexten und Verwaltungsverordnungen, das NS-Regime darzustellen.

Neumanns „Behemoth“ gliedert sich in drei große Abschnitte: die politische Struktur des Nationalsozialismus, die totalitäre Monopolwirtschaft und die neue nationalsozialistische Gesellschaft. In seiner Analyse der politischen Strukturen des Nationalsozialismus stellt er eine Einheit von Staat und NSDAP fest, die erst die Gleichschaltung aller Lebensbereiche ermöglicht habe. In dieser Einheit verbirgt sich auch der alltägliche Zustand von Gewalt, Zwang und bürokratischer Rationalität, welches durch die Funktion des charismatischen Führers stabilisiert und ideologisch durch die Begriffe „Volk“ und „Rasse“ unterfüttert werde. Das Wirtschaftssystem im Nationalsozialismus ist durch Monopolisierungstendenzen im Privatsektor gekennzeichnet, welches durch die staatliche Interventionspolitik durch Preiskontrollen, Zwangsarbeit und Kartelle abgesichert werde. Nur so waren die extremen Profitsteigerungen möglich. Die Rassenideologie und die Enteignung jüdischen Vermögens durch die „Arisierung“ von Betrieben kam Unternehmen zugute, die der NSDAP seit ihrer Anfangszeit in der Weimarer Republik nahestanden. In seiner Analyse der neuen nationalsozialistischen Gesellschaft stellt Neumann fest, dass diese nur mit direkter Gewalt und ideologischem Terror durchgesetzt werden konnte und auch nur mit diesen Mitteln aufrechterhalten werden könne. Neumann vereinheitlicht nicht die herrschende Klasse als einen monolithischen Block, in der keine Interessengegensätze existieren, sondern als

ein Konglomerat von Gegensätzen, die durch die Volkstumsideologie verdeckt werden.

Das NS-Regime baut nach Neumann daher auf vier Säulen auf: Partei, Bürokratie, Armee und Wirtschaft. Ihr gegenüber ist die Arbeiterbewegung mit ihren beiden Parteien, SPD und KPD, hoffnungslos unterlegen. Neumann endet mit der Feststellung, dass der Nationalsozialismus einen „Unstaat“ kreierte habe, der in einem Gegensatz zu den bisherigen Staatsformen der europäischen Geschichte stehe.

Die Neuauflage, herausgegeben durch den Politikwissenschaftler Alfons Söllner und dem Historiker Michael Wildt, enthält eine Biographie von Neumann, in der seine Lebensabschnitte und sein Werk anschaulich dargestellt werden, sowie ein Nachwort, der den „Behemoth“ in den Kontext der internationalen NS-Forschung stellt. In Zeiten autoritärer Tendenzen in Deutschland und auf der Welt ist die Neuauflage nicht nur eine Mahnung vor neuen rechten Bewegungen. Sie bietet auch eine Einführung in die umfassende Analyse von autoritären Gesellschaften auf Grundlage marxistischer Theorie. ■

Rezensionen: Sozialismus und Arbeiterbewegung

von Thilo Scholle¹

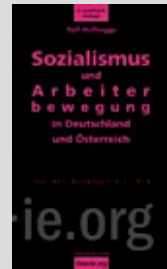
Ganz im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Bedeutung für die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland lässt sich nicht behaupten, dass die Regale der Buchhandlungen vor Überblicksdarstellungen und Monographien zur Geschichte der Arbeiterbewegung überquellen würden. Vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass der vorliegende Text von Ralf Hoffrogge bereits wenige Jahre nach seiner Erstveröffentlichung in neuer überarbeiteter Auflage vorliegt. Erschienen ist der Band als Teil der schönen Reihe „theorie.org“ des Stuttgarter Schmetterling Verlages, der ansonsten auch mit lesenswerten Einführungen zu Marx und weiteren Themen der politischen Linken aufwartet.

Erfasst ist die Zeit von den Anfängen der Bewegung bis zum Ausbruch des Krieges 1914. Eröffnet wird die Darstellung mit den Bauernkriegen. Über „Maschinenstürmer und Handwerkerkommunismus“ geht es dann zur „Trennung von Liberalismus und Sozialismus“. An ein Kapitel zur Verbotszeit während des Sozialistengesetzes schließt ein längerer Abschnitt zur Sozialdemokratie 1890 bis 1914 an. Neu aufgenommen wurde ein Kapitel zur Entwicklung der Sozialdemokratie in Österreich bis 1914. Gegenstand der Betrachtung ist dabei ausdrücklich nur die sich selbst als „sozialistisch“ verstehende Arbeiterbewegung, zu der der Autor auch basis-orientierte bzw. anarcho-syndikalistisch orientierte Gruppen zählt; christliche oder liberale Stränge der Arbeiterbewegung bleiben weitgehend unberücksichtigt. Anspruch des Autors ist darüber hinaus, auch Eigeninitiativen von Arbeiterinnen und Arbeitern in den Blick zu nehmen und nicht nur Organisationsgeschichte zu schreiben. In seiner Einleitung hält der Autor zutreffend fest, die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung sei insgesamt ins Abseits gedrängt. Recht pauschal ist allerdings das dann folgende Urteil zur Sozialdemokratie, der der Autor unterstellt, sich vom Sozialstaat verabschiedet zu haben – sicherlich eine zu simple und pauschale

Ralf Hoffrogge Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich

Von den Anfängen bis 1914

Schmetterling Verlag
2. erweiterte Auflage
Stuttgart 2017
240 Seiten, 12 €



Ulrich Peters Unbeugsam und Widerständig

Die radikale Linke in
Deutschland seit 1989/90

Unrast Verlag
Münster 2014
728 Seiten, 29,80 €



Feststellung, die dann im weiteren Verlauf noch mit der Behauptung verbunden wird, abseits von Linkspartei und Gewerkschaften habe ein Großteil der heute aktiven linken Gruppen in ihrer politischen Aktivität keinen Bezug mehr zur Geschichte des Sozialismus. Dies wird dem vorhandenen Interesse vieler Mitglieder und der Arbeit im Umfeld der SPD beispielsweise rund um die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gerecht.

Trotz seines Anspruchs, auch die Selbstorganisation von Arbeiterinnen und Arbeitern in den Blick zu nehmen, schätzt der Autor das u.a. von Karl-Heinz Roth entwickelte Theorem von der „anderen“ sprich basisorientierten Arbeiterbewegung im Gegensatz zur starren und hierarchischen partei- und gewerkschaftsbürokratischen Arbeiterbewegung recht kritisch ein. Ein klarer Gegensatz sei mit Blick auf die historische Entwicklung schwer zu finden, stellt Hoffrogge fest: In vielen Fällen werde es sich eher um die Basis der organisierten Arbeiterbewegung gehandelt haben, die an einem bestimmten historischen Punkt ihrer Entwicklung unzufrieden mit ihrer Vertretung gewesen sei, aber deshalb nicht gleich als völlig andere Bewegung eingeordnet werden könne.

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Ein langes Unterkapitel widmet sich dem Revisionismusstreit innerhalb der Sozialdemokratie. Dieser habe sich, so Hoffrogge, direkt aus den Widersprüchen der politischen Praxis entwickelt: Die SPD habe sich bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert kaum noch andere politische Auseinandersetzungen als Wahlkämpfe vorstellen können. Sehr interessant ist auch das Unterkapitel zur Kolonialpolitik, in dem Hoffrogge die grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik bei gleichzeitigem Wohlwollen einiger Revisionisten für eine „humane“ Kolonialpolitik herausarbeitet. Insbesondere Karl Kautsky wird hier Einfluss auf ablehnende Positionierungen zugeschrieben – im Gegensatz zum Kolonien durchaus befürwortenden Gustav Noske. Gut gelungen ist auch der ausführliche Abschnitt zu „Antisemitismus und Universalismus“, in dem der Autor herausarbeitet, dass das in der Sozialdemokratie verbreitete „Prinzip des Universalen“ missverstanden worden sei als Form von Homogenität – mit der Tendenz dass dann die Emanzipation der Juden mit ihrer Assimilation gleichgesetzt wurde. Damit lässt sich dieser Debattenstrang von zeitgenössischen antisemitischen Vorstellungen klar trennen.

Das Paradox der Sozialdemokratie im Kaiserreich habe gerade in ihrer Einigkeit bestanden: Diese habe einerseits Stärke bedeutet, andererseits sei aus Angst vor Spaltung und Verbot die Machtprobe gescheut worden.

Insgesamt ist Hoffrogge eine pointierte und gut lesbare Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg gelungen. Es wäre sehr zu wünschen, dass der Autor sich bei Gelegenheit an eine Darstellung des restlichen 20. Jahrhunderts machen würde.

Die radikale Linke in Deutschland seit 1990

Einen Sprung an das andere Ende des 20. Jahrhunderts macht der Band von Ulrich Peters. In den Blick genommen wird die „radikale Linke“ in Deutschland – für den Autor im Prinzip alle Gruppierungen links der Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt stehen dabei die parteiungebundenen Strukturen und Bewegungen, angesprochen werden aber auch der kommunistische Flügel in der PDS, die DKP, Trotzkisten und Anarcho-Syndikalisten. Innerhalb der PDS differenziert

der Autor ausdrücklich. So werden beispielsweise die Gebrüder Brie und Gregor Gysi als Exponenten „sozialistisch verbrämter bürgerlicher Ideologie“ vorgestellt. Die politisch-theoretischen Ausgangsüberlegungen des Autors sind denn auch recht einfach: der Staat sei das Machtinstrument der herrschenden Klasse „und kein zur Neutralität verpflichteter Ausschuss“. Zwar ist der Autor der DDR gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt, die Wiedervereinigung wird dennoch als „Annexion“ durch die Bundesrepublik, später auch als „Kolonialisierung“ des Ostens titulierte. Auch das Verhältnis des Autors zum Thema Gewalt ist ambivalent, eine grundsätzliche Abgrenzung zum Einsatz von Gewalt beispielsweise bei Auseinandersetzungen mit Faschisten erfolgt jedenfalls nicht.

Die Darstellung des Bandes ist ausführlich und zum Teil sehr detailliert. Ausgangspunkt ist die Feststellung einer „Erosion der radikalen Linken“, die bis in die 1970er und 80er Jahre zurückverfolgt wird. Dabei geht es dem Autor nicht um eine reine Organisations- oder Ereignisgeschichte. Geschildert und eingeordnet werden immer wieder auch die politisch-theoretisch-strategischen Debatten. In Bezug auf die Entwicklung der „Antideutschen“ geht der Autor sehr kritisch mit der Ambivalenz von Israel-Kritik in der radikalen Linken um, grenzt sich aber letztlich von diesem Theorie- und Bewegungsstrang ab. Mit Blick auf die „Antiglobalisierungsbewegung“ steht wiederholt die Abgrenzung von Akteuren wie Attac sowie den Weltsozialforen als letztlich zu zahm und angepasst im Zentrum. Die Gewerkschaften werden insbesondere mit Blick auf ihre Beteiligung am „Bündnis für Arbeit“ und ähnlichem um die Jahrtausendwende hart kritisiert.

Die Beschreibung der Jahre bis 2014 als „grundlegender antidemokratischer Umbau“ geht deutlich zu weit, dies gilt erst recht auch für die Beobachtung einer „Transformation der parlamentarischen Demokratie in ein qualitativ neuartiges System“, das „als formaldemokratisches Notstandsregime“ bezeichnet werden könne. Insgesamt bietet der Band interessante Beschreibungen und Einordnungen von Bewegungen der radikalen Linken und ihrer theoretisch-strategischen Debatten – wenn auch auf einer analytisch recht stark verkürzten Folie. ■

Sammelrezension: Marx – Biographien und Interpretationen

von Thilo Scholle¹

Mit Band 1 seiner auf drei Bände angelegten Marx-Biographie hat Michael Heinrich den Beginn eines monumentalen Werkes vorgelegt. Behandelt wird in diesem ersten Band der Zeitraum von 1818 bis 1841, also von Karl Marx' Geburt bis zum Abschluss der Promotion. Ausgangspunkt des Werkes ist die wertende Feststellung, bisherige Marx-Biographien seien meist unbefriedigend: zum einen, weil in Bezug auf die Biographie von Marx oft viel an Spekulativem nicht offengelegt werde und eine ausschließlich auf dem Belegbaren beruhende Darstellung nicht geleistet werde, zum anderen weil viele Autoren für die Entwicklung des Marxschen Werkes nur einen eingeschränkten Blick hätten. Anspruch der vorliegenden Arbeit sei es daher, stets offen zu legen, was belegbar sei und an welchen Stellen der Verfasser mit eigenen Schlüssen Lücken in der biographischen Überlieferung ausfülle. Zudem solle die Entwicklung des politischen Denkens und wissenschaftlichen Arbeitens Marxens im Kontext seiner Zeit dargestellt werden. Gerade die Jugend- und Studienphase werde in vielen Biographien vernachlässigt. Interessant ist die Feststellung des Autors, der „Epochenbruch“ zwischen 1780 und 1860 sei größer gewesen als in der Phase danach, selbst bis zur heutigen Zeit – bezogen vor allem auf die Entfaltung des Kapitalismus und die Veränderung der ihn umgebenden Gesellschaftsverfassung.

Wichtig sei auch ein Blick auf Marxens dichterische Versuche während des Studiums. Zu diesem Zeitpunkt habe Marx geglaubt, als Dichter und Intellektueller reüssieren zu können, bevor er dann eine wissenschaftliche Karriere anstrebte. Die Aufgabe dieses Berufswunsches sei vor allem die Abwendung von einer bestimmten Auffassung von Wirklichkeit und deren möglicher Kritik gewesen: Die Hinwendung Marxens zum Werk Hegels wird nach Ansicht des Autors in vielen Biographien nur unzureichend erklärt. Es spreche einiges dafür, dass Marx sich mit Hegels

Kritik der Romantik auseinandergesetzt habe und dadurch die Vorstellung, „mittels Kunst am Wohle der Menschheit zu arbeiten“ aufgegeben habe. Der oft im Zusammenhang mit Marxens Wendung zu Hegel als auslösend angesehene „Doktorclub“ der Junghegelianer in Berlin habe diesen Übergang nicht bewirkt, sondern lediglich die bereits erfolgte Veränderung bekräftigt. Den Junghegelianismus sieht der Autor zudem nicht als „Schule“ sondern eher als „Diskurs“ verschiedener Akteure. Gewürdigt werden vom Autor auch Marxens Fähigkeiten als Jurist – seine rechtswissenschaftliche Ausbildung sei nach den Maßstäben der Zeit durchaus solide gewesen. Größeren Raum nimmt auch der Blick auf Marxens theologische Studien ein – wichtig insbesondere für den Bezug zu Bruno Bauer.

Die Darstellung ist überaus gelungen, den eigenen Anspruch löst der Autor vollständig ein. Dabei schreibt er gut lesbar und ansprechend – und mit Sympathie für Marx, ohne ihn zu überhöhen. Insgesamt eine tatsächlich Maßstäbe setzende Biographie, auf den für das Jahr 2020 angekündigten zweiten Band darf man gespannt sein!

Ein moderner Klassiker ist die neu aufgelegte Marx-Einführung des 2014 verstorbenen Frankfurter Politikwissenschaftlers Iring Fetscher. Anders als Michael Heinrich hält dieser fest, Marx' Gedichte an Jenny „verdienten nur als Beitrag zur Psychologie des Menschen Marx Beachtung“ – eine größere persönliche politische Bedeutung von Marx' Dichtungen sieht er nicht. Persönliches behandelt der Band nur sehr am Rande, im Mittelpunkt steht die Nachzeichnung der wichtigsten theoretischen Blöcke in Marxens Schaffen. Angesprochen ist vor allem der Theoretiker Marx, nicht der politische Aktivist. Das Buch ist schnörkellos und frei von Schwärmerei für Marx geschrieben, stellt den Denker dafür umso präziser und lesenswerter vor.

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Das in der Einführungs-Reihe „100 Seiten...“ des Reclam-Verlags erschienene Bändchen von Dietmar Dath bietet einen guten Essay zum Einstieg in Marx'sches Denken. Eingangs hält der Autor fest, dass wohl eher nicht die Texte von Marx, sondern ein Gefühl der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen die Menschen „in den Denk- und Handlungshorizont linker Überzeugungen schleudern“. In diesem Sinne sieht der Autor Marx'sches Denken eher als „kalte Wut“, „die lernt und versteht, um das zu ändern oder abzuschaffen, was sie provoziert hat“. Letztlich gehe es darum, das Übel zu verstehen, statt es nur zu hassen. Im Folgenden wird zunächst die intellektuelle Entwicklung von Marx nachgezeichnet. Wichtig ist Daths Feststellung, dass die Welt sich im Marx'schen Sinne nicht nach einer Idee entwickle – Menschen sich aber einzeln oder kollektiv nach einer Idee richten könnten. Damit setzt er dem Marx häufig unterstellten Determinismus Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, damit auch Verantwortung des einzelnen bzw. sozialer Gruppierungen entgegen. Neben den philosophischen Grundüberlegungen von Marx werden auch Grundbegriffe der Kritik der politischen Ökonomie vorgestellt. Insgesamt handelt es sich um ein Büchlein, das nicht eine umfassende Einführung ersetzen kann und auch nicht will, das aber angenehm nüchtern und gut geschrieben einige Ausgangspunkte für Marx'sches Denken aufzeigt.

Eine schöne Marx-Einführung hat auch Christoph Henning vorgelegt. „Marx und die Folgen“ will dabei sowohl Leben und Werk vorstellen, als auch Hinweise zum weiteren Denken im Anschluss an Marx geben. Beides gelingt dem Autor sehr gut. Ausgangspunkt ist (unter anderem) die Feststellung, dass ökonomische und gesellschaftliche Problemlagen zwischen der Zeit, in der Marx lebte und wirkte und heute gar nicht so unterschiedlich seien. Innerhalb der Arbeiterbewegung nehme Marx eine Position ein zwischen den „staatsbejahenden Anhängern von Ferdinand Lassalle und Eduard Bernstein“ und den „direkten Aktivisten oder Syndikalisten im Geiste von Bakunin“. Die gesamte Darstellung beschreibt Marxens Denken und Schaffen als

Kurt Bayertz

Interpretieren um zu verändern

Karl Marx und seine Philosophie

Verlag C.H. Beck

München 2018, 272 Seiten, 24,95 €

Berliner Debatte Initial

Heft 2/2018

Marx und der Anarchismus

157 Seiten, 15 €

Jochen Dahm/ Frank Decker/

Thomas Hartmann (Hg.)

Klasse, Kapital und

Revolution. 200 Jahre Marx.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Bonn 2018, 198 Seiten, 14 €

Dietmar Dath

Karl Marx.

Verlag Philipp Reclam jun.

Ditzingen 2018, 102 Seiten, 10 €

Iring Fetscher

Marx

Eine Einführung

Suhrkamp Verlag

Berlin 2018, 159 Seiten, 17 €

Georg Fülberth

Friedrich Engels

PapyRossa Verlag

Köln 2018, 124 Seiten, 9,90 €

Jan Gerber

Karl Marx in Paris.

Die Entdeckung des Kommunismus

Piper Verlag

München 2018, 239 Seiten, 22 €

Michael Heinrich

Karl Marx und die Geburt der

modernen Gesellschaft

Biographie und Werkentwicklung

Band I: 1818 – 1841

Schmetterling Verlag

Stuttgart 2018, 424 Seiten, 29,80 €

Arbeit eines nüchternen und dynamischen Geistesarbeiters, der sich intellektuell weiter entwickelte, neue Erkenntnisse suchte und mit in seine Denkgebäude einbaute. Gesellschaftstheorie mit Marx sei eine komplizierte Angelegenheit: „Zu unterscheiden ist einerseits die vielfältige konkrete Gestalt einer Gesellschaft von deren prägender Grundstruktur, sind andererseits die Selbstverständnisse der Menschen und Gruppen von deren realer Verankerung in der gesellschaftlichen Realität, um damit möglichen Verkennungen auf die Spur zu kommen. Als drittes verkomplizierendes Element tritt die gewaltige kapitalistische Dynamik hinzu.“ Der Autor skizziert zudem, dass Marx auch zu Fragen von Feminismus, Umwelt und Postkolonialismus etwas zu sagen hatte.

Eine hervorragende Arbeit ist dem Münsteraner Philosophie-Professor Michael Quante gelungen. Nach einem „Einstieg in die komplexe und vielschichtige Marxsche Theorie“ folgen vier „kritische Interventionen“. Dieser Einstieg ist ausgesprochen lesenswert. Der Autor geht dabei davon aus, dass sich „der Kern des Marxschen Denkens als Philosophie rekonstruieren“ lasse. Zudem lasse sich eine Kontinuität zentraler philosophischer Thesen und Denkmotive feststellen. Die Skizze gelingt gut, insbesondere in Bezug auf die Dimensionen von „Arbeit“ und „Entfremdung“ bei Marx: Bedürftigkeit werde nicht um ihrer selbst willen anerkannt – eigentlich die ethische Prämisse bei Marx – sondern nur in ihrer Relevanz im Tauschgeschäft. Problem der Marx-Rezeption sei u.a., dass sie häufig auch im Zusammenhang mit der Legitimation sich auf Marx berufender politischer Systeme gestanden habe. Die Texte der „kritischen Interventionen“ sind bereits andernorts veröffentlicht worden: Das Marxsche Kapital stellt der Autor als ein Stück kritischer Sozialphilosophie und kritischer Gesellschaftstheorie vor. Spannend ist auch der Text „Karl Marx: Ein Theoretiker der Gerechtigkeit?“ in dem der Autor herausarbeitet, dass die Marxsche Kritik auch eine ethische Dimension habe – nämlich jedem Menschen nach seinen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Auch Kurt Bayertz, mit Michael Quante gemeinsam Herausgeber des „Marx-Handbuchs“ widmet sich in seinem lesenswerten Band mit dem vielsagenden Titel „Interpretieren um zu verändern“ Marx als Philosophen und führt aus, Marx habe allerdings die philosophischen Voraussetzungen seiner Theorie vor sich selbst und seinen Lesern verborgen. Ausführlich widmet sich der Autor dem Thema „Materialismus“ bei Marx, ein Begriff, den er ebenfalls als philosophische Kategorie einordnet. Marx sei es um die Verbindung von Theorie und Praxis gegangen, um die Frage, wie soziale Revolution möglich werde. Das Marxsche Projekt „eines wissenschaftlichen Sozialismus als der Verbindung von Theorie und sozialer Bewegung“ müsse man allerdings als gescheitert ansehen. Interessant ist auch die Auseinandersetzung mit dem Marxschen Konzept von Basis und Überbau. Bayertz geht hier davon aus, dass auch der Überbau materiell sein und zudem auf die Basis zurückwirken könne: Das „gesellschaftliche Sein“ erfordere ein weiteres Verständnis als die Beschränkung auf die Produktionsverhältnisse. Wichtig ist der Hinweis des Autors, die Vorstellung einer „gesetzmäßigen Entwicklung“ bedeute bei Marx etwas Weiches, nicht eine absolute Regel, sondern eher die Beschreibung dessen, was bei normalem Verlauf passieren würde. Marx habe keinen Determinismus vertreten, menschliches Handeln sei aber trotzdem nicht voraussetzungslos. Menschen seien „Subjekte der Geschichte“ im doppelten Sinne: „Sie machen sie, sind ihr aber auch zugleich unterworfen.“

Originell ist auch der Zugriff des emeritierten Professors für Politische Philosophie Urs Marti-Brander, der Marx konsequent als Protagonist aufklärerischen Freiheitsdenkens interpretiert. Dabei gelingt Marti-Brander die Eingliederung Marxens in die Tradition aufklärerischen Denkens etwas zu glatt und einfach. Zugleich zeigt er aber auch sehr gut die tiefe Verankerung Marxens in dem philosophischen Denken seiner Zeit. Die Interpretation des Autors lässt hergebrachte „marxistische“ Sichtweisen des Marxschen Werkes und Kontextes weitgehend beiseite. Maxime Marxens sei gewesen, die diesseitige Existenz

der Menschen zum Gegenstand rationaler Reflexion zu machen und zu prüfen, wie man sie erträglicher gestalten könne. Die Leitfrage sei: „Was beschränkt die Handlungsfreiheit der Menschen; wie lässt sich Freiheit erweitern (...)?“ Die Leistung der vorliegenden Arbeit ist der Nachweis, dass die Theorien von Marx auf einem freiheitlichen und individualistischen Fundament beruhen und er jede Art der Bevormundung unmissverständlich abgelehnt habe. Die einzelnen Kapitel widmen sich darüber hinaus u.a. der Frage nach dem Verhältnis von Marx zum Antisemitismus, dem Marxschen Verfassungsdenken, der Praxis der Politik sowie den Vorstellungen zu Individualität und Selbstbestimmung. In den biographischen Verweisen ist der Text nicht immer ganz genau. Folgerichtig aber nicht ganz zufriedenstellend ist das Fazit des Autors, Marx sei in erster Linie Anwalt der Freiheit, nicht der Verteilungsgerechtigkeit gewesen.

Nicht überzeugen kann der Band von Jan Gerber „Karl Marx in Paris“. Schon der Ausgangspunkt ist merkwürdig: Der Autor beginnt mit der Feststellung, Bertolt Brecht habe 1945 das Kommunistische Manifest neu schreiben wollen, da die Kategorien der Arbeiterbewegung bei der Erklärung des Holocaust versagt hätten: Anders als vorhergesagt „entledigte sich das Proletariat nicht seiner Ketten, sondern seiner jüdischen Nachbarn.“ Der Band wolle der Frage nachgehen, was an den Marxschen Topoi nicht stimme. Der Verfasser unterstellt Marx (und Engels), sie seien davon ausgegangen, dass die historische Entwicklung mit geradezu naturgesetzlicher Dynamik auf eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zulaufe. Hier und im folgenden springt der Autor zwischen verschiedenen Marx-Texten aus unterschiedlichen zeitlichen Abschnitten hin und her. Bezugspunkt für die grundsätzlichen Aussagen zu Marx scheint aber insbesondere das Kommunistische Manifest zu sein, ein bekanntermaßen mindestens ebenso wissenschaftlicher wie agitatorischer Text. Zudem nimmt der im Titel des Buches angesprochene Aufenthalt von Marx in Paris nur einen Teil der Darstellung ein. Paris wird dabei vor allem als Ort beschrieben,

Christoph Henning

Marx und die Folgen

J.B. Metzler Verlag, Stuttgart 2017
149 Seiten, 19,99 €

Jürgen Herres

Marx und Engels. Portrait einer intellektuellen Freundschaft

Reclam Verlag, Ditzingen 2018
314 Seiten, 28 €

Urs Marti-Brander

Die Freiheit des Karl Marx Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter

Rowohlt Verlag,
Reinbek bei Hamburg 2018
380 Seiten, 24 €

Marcello Musto

Der späte Marx

Eine intellektuelle Biografie der Jahre 1881 bis 1883

VSA-Verlag, Hamburg 2018
151 Seiten, 14,80 €

Michael Quante

Der versöhnte Marx

Die Welt in Aufruhr

mentis Verlag, Münster 2018
115 Seiten, 12,90 €

Widerspruch

Münchner Zeitschrift für Philosophie Heft 65/ 2017

180 Seiten, 10 €

Uwe Wittstock

Karl Marx beim Barbier

Leben und letzte Reise eines deutschen Revolutionärs

Blessing Verlag, München 2018
288 Seiten, 20 €

an dem tatsächliche Revolten immer wieder stattfanden und in dem sich der als radikaler Demokrat angetretene Marx zum Kommunisten entwickelt habe. In ausführlichen Passagen werden dagegen Marxens ökonomische Studien in England angesprochen. Marx und Engels hätten die Entwicklung Manchesters (fälschlicherweise) allgemein gesetzt. In den Marxschen Schriften „kracht es nur so vor Notwendigkeiten, vor Determinismus und Prädestination“. Der Autor selbst hält „die soziale Frage“ weiterhin für hochrelevant, während für viele Linke ein Abschied davon leicht gefallen sei, da sie sich im Anschluss an Marx für die tatsächliche Lage des Proletariats noch nie groß interessiert hätten. Insgesamt kann die Darstellung überhaupt nicht überzeugen. Marx' Zeit in Paris spielt entgegen der Titelformung nur eine geringe Rolle und die Argumentationsführung der Darstellung erscheint insgesamt sehr einseitig. Marx wird auf einen Dogmatismus und Determinismus reduziert, der vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung nur Scheitern kann. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen der Marxschen Überlegungen findet demgegenüber kaum statt.

Dem intellektuellen Zusammenspiel von Marx und Engels widmet sich Jürgen Herres. Dabei geht es dem Autor nicht um eine Doppelbiographie, sondern um die „Sondierung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten“ beider Denker. Diesem Anspruch wird der Autor in der in recht nüchternem Stil gehaltenen Arbeit vollauf gerecht. Etwas unübersichtlich ist manchmal der Aufbau, der auch vor zeitlichen Sprüngen nicht halt macht. Der Autor, als Mitarbeiter der MEGA ein ausgewiesener Experte, plädiert zudem für einen ideologiekritischen Zugang zu Marx und Engels. Beide seien keine Erfinder einer in sich geschlossenen Theorie gewesen. Breiten Raum nimmt naturgemäß die inhaltliche Zusammenarbeit der beiden ein. Dabei kommt Herres zu der Feststellung, dass Engels während der Zeit der räumlichen Trennung beider zwischen London und Manchester nur unzureichend über den Fortgang von Marxens tatsächlicher Theorieentwicklung – und vor allem den Schwierigkeiten, Fortschritten und Rückschritten – informiert

war. Dennoch sei Engels auch in dieser Zeit weit mehr als nur ein „normaler“ Gesprächspartner gewesen.

Der Darstellung von Friedrich Engels Leben und Wirken ist ein kleiner Band von Georg Fülberth gewidmet. Der emeritierte Marburger Professor beschreibt den intellektuellen Weg von Engels mit Bezug zu Marx, dessen ökonomische Lehren er ebenfalls nicht als abgeschlossenes System wertet. Die wissenschaftliche Vorgehensweise im Rahmen einer materialistischen Geschichtswissenschaft sieht er demgegenüber als durchaus konsequent ausgearbeitetes Vorgehen an. Etwas befremdlich ist die Einordnung Lenins in den Kreis derjenigen, die notwendige Weiterentwicklungen des Marxschen Werkes betrieben hätten. Engels eigenes Schaffen wird gewürdigt, einschließlich der Anstrengungen bei der Publikation der Marxschen ökonomischen Schriften aus dem Nachlass. Weniger positiv wertet Fülberth demgegenüber den Versuch Engels, die Dialektik auch als allgemeines Prinzip der Naturwissenschaften zu entfalten.

Der Literaturjournalist Uwe Wittstock nimmt für seinen Band „Karl Marx beim Barbier“ die letzte Reise von Marx im Jahr 1882 nach Algier zum Anlass, den Verlauf dieser Reise mit einer Biographie Marxens zu verbinden. Während der zur Erholung gedachte Aufenthalt in Algier eher romanhaft geschildert wird, sind die dazwischengeschalteten längeren Passagen zur Biographie Marxens sachbezogene Darstellungen. Die Biographie ist gut erzählt und durchaus von Respekt gegenüber Marx als Kritiker des Kapitalismus und als bedeutendem Denker und Begründer der modernen Soziologie getragen. Allerdings würden (zentrale) Aspekte seines Denkens wie die Arbeitswerttheorie heute keine Relevanz mehr besitzen. Nicht ganz nachvollziehbar ist, dass der Autor immer wieder verkürzend und vereinfachend behauptet, Marx habe die Kommunisten in der Verantwortung für die Anleitung der Arbeiter zur Revolution gesehen, und eigentlich immer auf die Auslösung von Revolutionen gezielt. Auch beim Thema „Antisemitismus“ im Werk von Marx scheint

der Autor eher auf Seiten einer Interpretation zu stehen, die antisemitische Bezüge bei Marx findet. So zeichnet der Autor insgesamt ein respektvolles und lesenswertes Portrait von Marx, das aber die Unabgeschlossenheit und Dynamik des Marxschen Denkens letztlich nicht in den Blick bekommt und ihn dadurch doch weitgehend historisiert.

Einen interessanten Heft-Schwerpunkt hat die Philosophiezeitschrift „Widerspruch“ zusammengestellt. In ihrer Einleitung hält die Redaktion fest, im Gegensatz zu Marxens 100. Geburtstag befände man sich nun in der paradoxen Situation, dass „verändernde Praxis und interpretierende Theorie auseinander klaffen, die Marx doch hatte verbinden wollen“. Kern des Schwerpunkts sind 20 Beiträge von DenkerInnen unterschiedlicher Theorierichtungen, die anhand dreier Leitfragen ihren jeweiligen Zugriff auf das Marxsche Werk erläutern. Die angesprochene Lücke zwischen Theorie und Praxis können die Beiträge allerdings auch nicht schließen. Andreas Arndt stellt die Frage, ob die Marxsche dialektisch-materialistische Methode denn überhaupt mehr darstelle und leiste als aktuelle inter- oder transdisziplinäre Zugriffe dies auch tun würden. Hauke Brunkhorst hebt hervor, dass Marx im Gegensatz zu Kant und Hegel unser Zeitgenosse sei, weil er verstanden habe, dass nur die vollständige Aufhebung der Philosophie in die Wirklichkeit die Hoffnung am Leben halten könne, die Philosophie zu verwirklichen, ohne sie den Imperativen des Bestehenden zu unterwerfen. Widerspruch herausfordert der Artikel von Karl Homann und Ingo Pries, die Marx u.a. vorwerfen, er habe übersehen, dass das Verhältnis von Kapital und Arbeit keineswegs immer antagonistisch sei.

Ein sehr lesenswerter Themen-Schwerpunkt ist auch der Redaktion der „Berliner Debatte Initial“ mit ihrem Heft 2/2018 gelungen, dass sich dem Thema „Marx und der Anarchismus“ widmet. Die Erkenntnisse sind nicht bahnbrechend neu, geben aber einige spannende Einblicke in gemeinsame, parallele oder auch gegenläufige Entwicklungen im Marxschen wie auch anarchistischen Denken. So skizziert Steffen Wasko die Bezüge

von Marx und Bakunin auf die „hegelianische Frage des Staates“, Maurice Schuhmann und Ulrich Busch widmen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten dem Verhältnis von Marx und Proudhon, Peter Seyferth dem Thema „Arbeitsfeindschaft in Marxismus und Anarchismus“ und Jürgen Leibiger der Fragestellung „Ende oder Transformation des Eigentums“.

Der von Jochen Dahm, Frank Decker und Thomas Hartmann herausgegebene Sammelband „Klasse, Kapital und Revolution“ basiert größtenteils auf Vorträgen einer 2017/18 von der Akademie der sozialen Demokratie der FES und der Uni Bonn veranstalteten Vortragsreihe. Die durchweg gut lesbaren Beiträge decken ein weites Spektrum ab. Von der Tiefe her zielen die meisten Beiträge auf erste Einordnungen. Den Auftakt macht die Rede der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles auf dem Festakt des Parteivorstandes zum Marx-Jubiläum am 5. Mai in Trier, in der Nahles die Sozialdemokratie auffordert, wieder im Anschluss (auch) an Marx zu denken. Nina Power wendet sich dem Verhältnis von Marxismus und Feminismus zu und plädiert für eine „Wiedervereinigung der ökonomischen, kulturellen und politischen Stränge, die das Projekt der zweiten Welle des Feminismus kennzeichnen“ – die Wiedervereinigung „sozialrevolutionärer und feministischer Ansätze“. Insgesamt ist so ein gut lesbarer Band „mittlerer Flughöhe“ entstanden, der auch interessante Einstiege in die Neu-Beschäftigung mit Marx eröffnet. ■

DL 21 Aktuell

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD.

Hartz IV ist und bleibt falsch

von Hilde Mattheis¹

In der SPD wird seit einigen Wochen intensiv darüber diskutiert, wie wir mit Hartz IV umgehen sollen. Nachdem sich bereits der niedersächsische Ministerpräsident gegen eine komplette Abschaffung von Hartz IV ausgesprochen hatte, kam jüngst auch aus Brandenburg die Behauptung, der Grundgedanke von Hartz IV – fordern und fördern – sei und bleibe richtig. Wer in solchen Denklagen verharret, nimmt in Kauf, dass die SPD nie aus der Glaubwürdigkeitskrise herauskommt. Denn Hartz IV ist längst über die Auswirkung auf das Leben von ALG II-Empfänger*innen hinaus zu einem Symbolthema für unseren Zustimmungsschwund geworden.

Es ist also höchste Zeit, dass die Korrektur zur „Überwindung von Hartz IV“ nicht nur von denen gefordert wird, die diese schon immer gefordert haben. Niemand aber sollte eine solche Abkehr von Hartz IV als vorrangig taktische Notwendigkeit sehen und in unzureichenden Schritten angehen, sondern aus Überzeugung, dass unser Sozialstaat wieder verlässlich wird und bei Bedarf Solidarität und kollektive Absicherung garantiert.

Hartz IV ist das Symbol für gesellschaftlichen Abstieg, Angst, soziale Kälte, Scham und Entwürdigung. Viele ALG II-EmpfängerInnen, oftmals Menschen, die hart gearbeitet und wenig angespart haben, fühlen sich durch dieses System in ihrer Würde verletzt. Das schreiben sie zurecht vor allem der SPD zu. Zwar hatten auch die Grünen, die Union und die FDP die Reformen aus voller Überzeugung mitgetragen, aber die SPD galt bis dahin als Schutzmacht gegen soziale Ungerechtigkeit. Stattdessen aber reihte sich die Sozialdemo-

kratie ein in die Claqueure neoliberalen Gedankenguts.

Viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte in unseren Sozialstaat zeigen gesellschaftliche Folgen: Zunahme und Verfestigung von Armut, Vererbung von Hartz IV Karrieren bei gleichzeitiger Konzentration von immer mehr Reichtum. Auch Korrekturen an dieser Sozialpolitik des „Forderns und Förderns“ konnten das Vertrauen, dass der Staat für alle sorgt, nicht zurückgewinnen.

Wenn also Hartz IV jetzt im Zusammenhang mit einem „Mentalitätswechsel in der Grundsicherung“ diskutiert werden soll, muss das auf einer absolut verlässlichen Grundlage geschehen. Wir müssen die Fehler der Vergangenheit eingestehen und klar benennen. Und es gehört dazu, sich bei jenen Menschen zu entschuldigen, die wir mit dem sozialen Kahlschlag der Hartz-Reformen auf die Abwärtstreppe gestoßen haben, von der sie kaum wieder hochkommen.

Nun gibt es die unterschiedlichsten Vorschläge für eine Reform. Nicht nur von der SPD-Spitze, sondern auch von den Grünen. Wichtig wäre es, wenn insbesondere die SPD sich wieder klar zu einem Sozialstaat bekennen würde, der klare Grundsätze verkörpert:

Der Staat muss seine Bürger*innen schützen und sich um seine Bürger*innen kümmern.

Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander, sondern solidarisches Miteinander.

Profitinteressen haben in den Bereichen der sozialen Sicherheit wie Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung nichts zu suchen.

Sozialpolitik setzt gerechte Verteilung und die Orientierung am Gemeinwohl voraus.

In diese Einbettung, die dann auch von einer Erhöhung des Mindestlohnes, der massiven Einschränkung der Leih- und Zeitarbeit und der Werkverträge begleitet wird, sind in dem Konzept der Demokratischen Linken

¹ Hilde Mattheis, MdB, ist Vorsitzende der DL21.

in der SPD folgende Punkte zentral: Die Erhöhung und Koppelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I an die Zeit der Beschäftigung und das Alter. Der Zugang zur Arbeitslosenversicherung muss wieder erleichtert werden. Die Sanktionen müssen abgeschafft werden, niemand darf gegängelt werden, sondern es muss im Gegenteil positive Anreize für Arbeitssuchende geben. Die Regelsätze sind neu zu berechnen und anzuheben, so dass ein Mindestarbeitslosengeld oberhalb des Grundsicherungsniveaus gezahlt wird. Die Zuverdienstmöglichkeiten sind zu reformieren, denn die heute festgelegten Grenzen bedeuten insbesondere für Menschen, die nach unsicherer Auftragslage arbeiten, z.B. in künstlerischen Berufen, krasse Einschnitte, so dass sich ein Zuverdienst häufig nicht lohnt. Gleichsam müssen die Grenzen für einzubehaltendes Vermögen erhöht werden, so dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, keine Angst vor Verlust ihres gesamten Ersparnis haben müssen.

Außerdem müssen endlich Kinder bei der Grundsicherung gesondert in den Blick genommen werden. Nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes sind über vier Millionen Kinder in diesem reichen Land von Armut betroffen. In einem so wohlhabenden Land wie dem unseren darf das nicht hingenommen werden. Daher muss in einem ersten Schritt das Kindergeld nicht auf den Regelsatz angerechnet werden. Ziel muss die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe des Existenzminimums sein, das mit steigendem Einkommen abgeschmolzen wird.

Das Konzept „Fordern und Fördern“ ist in der Praxis zum reinen Fordern verkommen. Die Geschichten der Betroffenen über sinnlose und sich endlos aneinanderreihende Weiterbildungen sind bekannt. Fort- und Weiterbildungen sind im Sinne des lebenslangen Lernens und der Umschulung bzw. Qualifizierung für den Arbeitsmarkt sinnvoll. Aber der durch das Hartz-System geschaffene Markt an Seminaren und Zertifikaten wird kaum kontrolliert oder evaluiert. Hier müssen wir zu einem wirklichen, zielgerichteten Fördern kommen.

Im Zusammenhang mit der Debatte um Hartz IV ist auch das Thema Grundeinkommen wieder stärker in den Fokus gerückt. Auf der gemeinsamen Herbsttagung von DL21 und spw, die Ende Oktober in Mannheim stattfand, haben wir uns daher intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Neben einer rot-rot-grünen Runde am Vorabend der Tagung erläuterten Nils Peter, der stellvertretende Vorsitzende der Bundesjugendwerkes der AWO, Dr. Dorothee Spannagel, Referatsleiterin am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und Florian Helfer, ein Gewinner eines bedingungslosen Grundeinkommens der Ausschreibung von „Mein Grundeinkommen“, ihre Positionen. Natürlich haben wir auch mit unseren Teilnehmer*innen ausführlich diskutiert. Das zentrale Ergebnis war: Konzepte, die auf Einsparungen des Sozial Etats beruhen, werden wir als DL21 nicht unterstützen. Teilhabe und Existenzsicherung gehören zusammen und sind Kernelemente unseres Sozialstaatsmodells. Und alle pauschalen Zuwendungen werden unserem Anspruch von Gerechtigkeit nicht gerecht.

Wir halten es für sinnvoll, Konzepte wie ein solidarisches Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose stärker zu erforschen und zu testen. Dabei muss überprüft werden, ob diese staatlichen Garantien helfen, den psychischen Druck von den Menschen zu nehmen und die Arbeitsaufnahme erleichtern.

Für die Demokratische Linke in der SPD ist klar: Wer diese grundlegende Reform will, muss auch sagen, wie sie umgesetzt werden soll. Mit der CDU/CSU wird das niemals funktionieren. Das gelingt nur in einem progressiven Bündnis, wofür es sich mehr denn je zu kämpfen lohnt. ■

Kongress DigitalCapitalism 2018 6./7. November: Videodokumentation der Vorträge

Am 6./7. November 2018 fand in Berlin der Kongress „Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen“ statt. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Neben der FES hatten auch die Zeitschriften spw, Neue Gesellschaft sowie die Blätter für deutsche und internationale Politik, das Institut für Geschichte der Zukunft der Arbeit, der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung den Kongress vorbereitet. Mehr als 800 Teilnehmer*innen waren vor Ort dabei, mehrere Tausend haben die 14 Fachforen, vier Podiumsdiskussion und ein Streitgespräch online verfolgt. Insgesamt waren 60 Referent*innen beteiligt. Die Videos sind nun über die Kongress-Homepage www.fes.de/digitalcapitalism verfügbar.

Der Kongress wird im Jahr 2019 fortgesetzt. Und auch spw wird die Debatte um die Digitalisierung im nächsten Jahr weiterführen.

Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz

Workshopdokumentation des Forums Neue Politik der Arbeit

In den Diskussionen des „Forums Neue Politik der Arbeit“ spielten das Thema „Wirtschaftsdemokratie – Neue Wirtschaftsdemokratie“ und das Thema „Europa“ immer eine zentrale Rolle. Fragt man nach wirtschaftsdemokratischen Themenstellungen in anderen Ländern Europas, fällt der Blick etwas unerwartet auf die Schweiz. Das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trägt den Titel: „Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“. Mit diesem aktuellen und offensiven Bezug auf die wirtschaftspolitischen Traditionen der Arbeiterbewegung unterscheidet sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz deutlich von ihren Schwesterrorganisationen in Europa.

Diese auffällige Differenz und die Reflexion der Debatten des Forums Neue Politik der Arbeit der letzten Jahre war für das Forum Anlass Cédric Wermuth, Vize-Präsident der Sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung der Schweiz, und Pascal Zwicky, Referent Grundsatzfragen, Sozialdemokratische Partei der Schweiz am 07. und 08.09.2018 nach Berlin einzuladen, um mit ihnen die folgenden Fragen zu diskutieren:

Was bedeutet Wirtschaftsdemokratie heute? Wieso stellt Wirtschaftsdemokratie vom Standpunkt der Schweizer SP ein taugliches und aktuelles Konzept dar, um die vielfältigen Krisen der Gegenwart zu bewältigen und den Weg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft zu ebnen? Und welche konkrete Politik lässt sich daraus ableiten? Welche Konsequenzen lassen sich in deutscher und europäischer Perspektive aus den Erfahrungen der Schweizer Sozialdemokratie ziehen?

Die Frage der Steuerung der Wirtschaft bleibe wichtig, es handle sich aber um eine vorausschauende Debatte, nicht um eine „breite Initiative“, lautet ein vorläufiges Fazit im von Helmut Martens verfassten Tagungsprotokoll.

Nicht zuletzt geriet die Debatte des FNPA um „Neue Wirtschaftsdemokratie“ deshalb ins Stocken, „weil die deutsche Wirtschaft nach der Weltfinanzkrise Gewinner der neoliberalen Globalisierung geworden“ sei. „Umbrüche in Leitindustrien (Automobilindustrie), ökologische Krise“ sowie „digitale Machtverschiebungen“ kennzeichneten die aktuelle Lage. „Marktabhängigkeiten und -zwänge“ schlugen zunehmend durch, so Martens. „Konkurrenzhaftes Denken und Handeln wird so einerseits gefördert, während seine Grenzen für Viele immer bitterer erfahrbar werden“.

„Rationalität der Kooperation der Arbeitenden“ stünden hierzu im Widerspruch und müssten „zur Geltung“ gebracht werden. Es gehe daher „um Demokratisierung von Arbeit und um mehr Entscheidungsrechte für die Arbeitenden“. Offen bleibt aus Sicht der TeilnehmerInnen die Rolle des deutschen

Korporatismus. Zwar berge er wirtschaftsdemokratische Handlungsmöglichkeiten. Sie zu politisieren und transnational auszurichten, komme jedoch einer „Quadratur des Kreises“ gleich.

Im Unterschied zur Schweiz verlaufen die genannten Entwicklungen im Kontext einer Krise der demokratischen Repräsentation. Wirtschaftsdemokratie sei daher ein wichtiger Teil einer deutlich umfassenderen Problemkonstellation.

Damit stelle sich die erweiterte Frage intersektionaler und klassenverbindender Alternativen zur „profitgesteuerten Entwicklung“.

- Unter <http://fnpa.eu/index.php/workshops/ws-2018> stehen ausgewählte Dokumente der SPS und ein Vortrag von Pascal Zwicky sowie die Präsentationen, Schaubilder und ein Kurzprotokoll des Workshops zum download bereit.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD
www.forum-dl21.de

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Katharina Meßmer, Christina Schildmann, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 -525 049 8 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-). Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 56 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, Dezember 2018

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Gerhard Armanski
Monsieur le Capital und Madame la Terre
Blauer Planet im Würgegriff
265 Seiten | € 24.90 | 2015
ISBN: 978-3-89691-712-6
Westfälisches Dampfboot



Jörg Meyer (Hrsg.)
Arbeiten & Feminismus
Gespräche mit Christiane Benner, Monika Brandl, u.a., Nachwort von Christina Klenner
120 Seiten | 2017 | € 11.00
ISBN 978-3-89965-748-7 | VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Gabriele Eissenberger
Nicht nur ein Stück Geschichte Chiles
Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung
245 Seiten | € 24.90 | 2014
ISBN: 978-3-89691-962-5
Westfälisches Dampfboot



Eicker-Wolf, Kai / Schreiner, Patrick
Mit Tempo in die Privatisierung
Autobahnen, Schulen, Rente – und was noch?
Neue Kleine Bibliothek 245
194 Seiten | Sept. 2017 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-655-9 | PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

David Harvey
Marx' »Kapital« lesen
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger
416 Seiten | unv. Nd. 2017 | € 24.80
ISBN 978-3-89965-415-8 | VSA-Verlag



Andreas Fisahn
Staat, Recht und Demokratie
Eine Einführung in das politische Denken von Marx und Engels, Neue Kleine Bibliothek 258
ca. 160 Seiten | März 2018 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-664-1 | PapyRossa Verlag

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
- Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- ☐ Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3
- ☐ Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

IBAN _____ BIC _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.